44. Jahrgang 1996 / 1. Heft / Januar ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

RUDOLF VRBA
Die mißachtete Warnung
Betrachtungen über den Auschwitz-Bericht 1944

RUPRECHT POENSGEN
Schloß Salem im Dritten Reich

MARTIN H. GEYER
Deutscher Sport und die „Hallstein-Doktrin"

ROLF STEININGER
Das Scheitern des britischen EWG-Beitritts 1963

DOKUMENTATION
Die geheime Militärkooperation zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920–1933
(Sergej A. Gorlow)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Norbert Frei, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Andreas Wirsching
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

44. Jahrgang | Heft 1 | Januar 1996

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Rudolf Vrba	Die mißachtete Warnung. Betrachtungen über den Auschwitz-Bericht von 1944	1
Ruprecht Poensgen	Die Schule Schloß Salem im Dritten Reich	25
Martin H. Geyer	Der Kampf um nationale Repräsentation. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die „Hallstein-Doktrin“	55
Rolf Steininger	Großbritannien und de Gaulle. Das Scheitern des britischen EWG-Beitritts im Januar 1963	87

MISZELLE

Carl-Ludwig Holtfrerich	Zur Debatte über die deutsche Wirtschaftspolitik von Weimar zu Hitler	119

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DOKUMENTATION

Sergej A. Gorlow Geheimsache Moskau – Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920–1933 133

ABSTRACTS 167

MITARBEITER DIESES HEFTES 171

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Anke Thulke. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreis incl. gesetzlicher MWSt 1996: Jahresabonnement Inland DM 92,40 (DM 78,– + DM 14,40 Versandspesen); Österreich öS 701,– (577,– + 124,– Versandspesen); Schweiz und übriges Ausland DM/sFr 94,80 (78,– + 16,80 Versandspesen).
Studentenabonnement (nur Inland) DM 74,40 (60,– + 14,40 Versandspesen); Einzelheft DM 26,–, öS 192,–, sFR 26,– + Versandspesen. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

RUDOLF VRBA

DIE MISSACHTETE WARNUNG

Betrachtungen über den Auschwitz-Bericht von 1944

Bis zum 19. März 1944 war Ungarn ein „selbständiger" Bundesgenosse Nazi-Deutschlands, nach diesem Tag aber, an dem der Einmarsch deutscher Truppen begann, verwandelte es sich in ein „besetztes" Land, zumal es auch zu einem ungenau definierten juristischen Statuswandel kam. Der Reichsverweser, Admiral Nikolaus v. Horthy, blieb zwar in seiner Stellung, doch machte sich die deutsche Präsenz mehr und mehr fühlbar. Immerhin funktionierten Horthys Polizei und Gendarmerie nach wie vor. Den in Ungarn lebenden Juden brachte der deutsche Einmarsch eine dramatische Verschlechterung ihrer Lage, alsbald vielen den Tod. Seit 5. April waren Juden gezwungen, den Gelben Stern zu tragen, und vier bis sechs Wochen später setzte SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann mit seinem Apparat – allerdings ganz offensichtlich mit Horthys Zustimmung – die Deportation der ungarischen Juden in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau in Gang. Am 7. Juli 1944 hat Horthy, nach Appellen, Protesten und der Androhung von Repressalien durch neutrale Staaten und die alliierten Mächte, die Einstellung der Deportationen angeordnet. Inzwischen waren aber bereits 437 000 Juden nach Auschwitz deportiert worden, von denen rund 400 000 sofort nach ihrer Ankunft den Tod in den Gaskammern gefunden hatten. Der Rest mußte Sklavenarbeit leisten. Weniger als fünf Prozent dieser Deportierten sind je zurückgekehrt[1].

Historiker haben sich wieder und wieder mit dem Massenmord an den ungarischen Juden beschäftigt[2]. Vor allem das unglaubliche Tempo des Deportationsvorgangs setzt in Erstaunen. Schließlich waren vom 19. März bis zum 7. Juli 1944 weniger als vier Monate vergangen. Ebenso bemerkenswert ist die Passivität der Deportierten. Warum hatten die in die Deportationszüge getriebenen Juden keine Vorstellung, welchem Schicksal sie entgegenfuhren? Ihre Unkenntnis war ja offensichtlich Voraussetzung ihrer Passivität. Waren in Auschwitz keine Vorbereitungen getroffen worden und war von diesen Vorbereitungen nichts nach außen gedrungen? Seit Hannah Arendt 1963 ihr Buch über den Eichmann-Prozeß veröffentlicht hat[3], ist na-

[1] Randolph L. Braham, The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary, 2 Bde., New York 1981.

[2] Vgl. John S. Conway, Der Holocaust in Ungarn. Neue Kontroversen und Überlegungen, in: VfZ 32 (1984), S. 179–212.

[3] Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mentlich das Verhalten der Judenräte in der Slowakei und in Ungarn umstritten. Sind die Judenräte gewarnt worden? Falls sie gewarnt wurden, warum haben sie dann die Warnung nicht an die Masse der zur Deportation bestimmten Juden weitergegeben? Geheimhaltung war doch, von der SS aus gesehen, unabdingbar für den reibungslosen Ablauf der Aktion. Zu diesen Fragen möchte ich noch einmal Stellung nehmen, gestützt auf den Bericht, den Alfred Wetzler und ich, im April 1944 aus Auschwitz ausgebrochen, wohin wir im April bzw. Juni 1942 aus der Slowakei deportiert worden waren, sogleich dem Slowakischen Judenrat liefern konnten[4], gestützt auf meine Erinnerungen an den weiteren Gang der Dinge und ferner gestützt auf Quellen wie den Brief, den Rabbi Michael Beer Weissmandel und Gizi Fleischmann, beide Mitglieder des Slowakischen Judenrats, am 22. Mai 1944 an jüdische Repräsentanten in der Schweiz schickten[5].

Am 15. Januar 1944, also etwa zwei Monate vor der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen, hörte ich, so um 10 Uhr vormittags, erstmals davon, daß nun auch die Ermordung jener Juden bevorstand, die, rund eine Million zählend, in Ungarn noch in relativer Freiheit lebten. Dies erfuhr ich in Birkenau am südlichen Ende der Abteilung B II a, auch Quarantäne-Abteilung genannt. Mein Informant war ein deutscher Kapo, ein Berliner, mit dem Vornamen Jupp (für Josef), der den roten Winkel trug. Er stand auf der anderen Seite des südlichen Endes des elektrischen Zaunes um die Abteilung B II a, auf der Straße zwischen den Abteilungen B I (Frauenlager) und B II (Männerlager), innerhalb der „Kleinen Postenkette" Birkenaus und ungefähr 30 Meter westlich des Haupteingangs ins Lager; die Straße führte direkt zu den Krematorien II und III, beide etwa einen Kilometer westlich des genannten Punktes. Ich kannte Kapo Jupp schon länger, hatte ihn aber mindestens ein Jahr lang nicht mehr gesehen. Gleichwohl riskierte Jupp sein Leben, als er mir die Neuigkeit berichtete. Jedoch war bereits geraume Zeit vor der zufälligen Begegnung im Januar 1944 ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen uns entstanden. Ich hatte ihn vor meiner Verlegung nach Birkenau (1942) kennengelernt, als ich noch Häftling in Auschwitz I war. Er selbst war in mehreren Konzentrationslagern gewesen, ehe er als deutscher Kapo nach Auschwitz I verlegt wurde. Als ehemaliger – nichtjüdischer – Gewerkschafter trug er den roten Winkel der politischen Häftlinge, und so kannte ich ihn als „roten" Kapo. Obwohl er sich äußerlich der Ordnung des Konzentrationslagers fügte (was blieb ihm auch anderes übrig?), war er innerlich nach wie vor überzeugter Anti-Nazi. Unter den nichtjüdischen deutschen Häftlingen in Auschwitz gab es etliche seiner Art. Ich lernte ihn durch gemeinsame Freunde (andere

[4] Hierzu John S. Conway, Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz. Glaubwürdigkeit und Wirkungsgeschichte, in: VfZ 27 (1979), S. 260–284; jetzt auch Sandor Szenes/Frank Baron, Von Ungarn nach Auschwitz. Die verschwiegene Warnung, Münster 1994.

[5] Dr. D. S. Wyman bin ich dankbar für eine Kopie dieses Briefes. Das deutschsprachige Schreiben trägt die Bezeichnung „Hechaluz Geneva Office, Abschrift und Übersetzung der beigelegten Hebr. Kopie": War Refugee Board Archives, Box 60, General correspondence of Roswell McClelland, F. Misc. Docs., Re: Extmn. Camps for Jews in Poland. Das hebräische Original erwähnt bei Braham, The Politics of Genocide, S. 938, Anm. 40.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politische Häftlinge) kennen, und so wußte er, daß ich eine „linke" anti-nationalsozialistische Vergangenheit hatte, bevor ich nach Auschwitz kam. Daher gab es zwischen uns ein gewisses Maß an gegenseitigem Vertrauen.

Nachdem er mich erkannt hatte und an den elektrischen Zaun herangekommen war, begrüßte er mich mit dem Satz: „Ich hab Dich über ein Jahr nicht gesehen, ich hab gedacht, Du bist längst tot!" Doch freute er sich, mich am Leben und „gut ausschauend" zu sehen, und er fragte mich, ob ich nicht ein paar Zigaretten „organisieren" könne – was ich tatsächlich versprechen konnte. Danach wollte ich von ihm wissen, was er und „seine Männer" hier eigentlich machten, und er sagte – wobei er betonte, wie „geheim" dies sei –, daß sie eine neue Bahnlinie direkt zu den Krematorien bauten. Überrascht erwähnte ich, daß doch vor gar nicht langer Zeit die „alte" Rampe repariert worden sei. Kapo Jupp erwiderte, SS-Leute hätten sich – was er mit angehört habe – darüber unterhalten, daß in Bälde rund eine Million Juden aus Ungarn eintreffen werde und daß das System mit der alten Rampe nicht ausreiche, eine solche Menge Menschen schnell genug abzufertigen.

Ich schenkte der Mitteilung sofort Glauben. Nach meinen bisherigen Erfahrungen wußte ich, daß die Vernichtung einer so enormen Zahl von Opfern in sehr kurzer Zeit einige Änderungen des erprobten bisherigen Verfahrens auf der Rampe erfordern mußte. Und wir wußten in Birkenau, daß nur noch in Ungarn eine jüdische Gemeinde existierte, deren rasche Vernichtung in der Tat solche Änderungen der Auschwitzer Routine notwendig machen würde. Vor allem würde eine relativ kleine Änderung – der Bau einer zwei Kilometer langen Bahnlinie von der „alten" Rampe direkt zu den Krematorien – die Notwendigkeit eliminieren, eine Million Opfer von der „alten" Rampe in tausenden von LKW-Fahrten – unter Begleitung von bewaffneten Wachen auf Motorrädern – zu den Krematorien zu transportieren.

Für mich stand sofort fest, daß die Deutschen den Massenmord an den ungarischen Juden vorbereiteten und daß ich vom Kapo Jupp eine wahrheitsgemäße, zuverlässige Information bekommen hatte. Viele Historiker scheinen noch immer nicht erkannt zu haben, daß die Deutschen den Massenmord an den ungarischen Juden schon geraume Zeit vor der sogenannten „Besetzung" Ungarns am 19. März 1944 planten. Wie wir heute wissen, trafen Eichmann und sein Stab unmittelbar nach der Besetzung Ungarns in Budapest ein, und zwar mit genau ausgearbeiteten Plänen zur Kontaktaufnahme mit ganz bestimmten Führern der ungarischen Juden. Sie gedachten die Akten und die Verbindungen sowohl der ungarischen Behörden wie diverser angesehener jüdischer Funktionäre und ihrer Organisationen zu benützen, um eine schnelle Ghettoisierung der jüdischen Massen zu erreichen, der dann der ebenso schnelle Abtransport zur Tötungsmaschinerie in Auschwitz folgen sollte. Offensichtlich planten sie die „Besetzung" Ungarns bereits einige Zeit vorher, und die Rolle von Auschwitz stellte einen wichtigen Teil der Planung dar.

Nach meinem Zusammentreffen mit Kapo Jupp wurde ich täglich an das Schicksal, das den ungarischen Juden bevorstand, erinnert, da Jupps Arbeitsgruppe bald hunderte von anderen Häftlingen folgten, jetzt vor allem aus Birkenau, die nun an der „neuen" Rampe arbeiteten. Selbst dem ungeübten Auge wurde rasch klar, daß sie

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine direkt zu den Krematorien führende Bahnlinie bauten. Doch erhielt ich Informationen auch noch aus anderen Quellen. Im Quarantäne-Lager B IIa gab es eine Gruppe deutscher Kapos, die meist den grünen Winkel der Berufsverbrecher trugen; ihr Organisator war der Lagerälteste namens Tyn, ein Krimineller mit dem schwarzen Winkel der Asozialen. Dieser Tyn und seine Genossen hielten enge Verbindung mit den SS-Unterscharführern Buntrock und Kurpanik, die im Quarantäne-Lager die SS vertraten. Buntrock und Kurpanik waren Alkoholiker, und das Geld für ihr teures Laster kam von Tyn und seinen Spießgesellen, die Neuzugänge terrorisierten und ihnen bislang durch alle Kontrollen gerettetes Gold und Geld abnahmen. Beide Unterscharführer zeigten sich recht redselig, wenn sie – was oft der Fall war – betrunken waren, und aus dieser „vertraulichen" Quelle erfuhr ich, daß in Kürze „ungarische Salami" eintreffen werde. Es gehörte zu den Gepflogenheiten von Auschwitz, die Transporte aus den verschiedenen Ländern mit den Namen der jeweils charakteristischen dauerhaften Eßwaren zu bedenken, die von vielen Deportierten für die Reise ins Unbekannte mitgenommen worden waren. Diese Lebensmittel wurden den Neuzugängen – zusammen mit ihrem übrigen Gepäck – sofort abgenommen und in den „Kanada" genannten Lagerteil verbracht, von wo Büchsennahrung ihren Weg zu den Kasinos der Offiziere und Unterführer der SS fand. Ein Teil wurde auch unter größten Risiken von Häftlingen ins Lager geschmuggelt. Trafen Transporte von holländischen Juden ein, bereicherte Käse den Speisezettel jener Herren; es kamen Sardinen aus Frankreich, Oliven aus Griechenland. Jetzt redete die SS also von „ungarischer Salami", von einer für lange Reisen hervorragend geeigneten Dauerwurst.

Was den wahren Zweck von Auschwitz und der hier nun seit fast zwei Jahren laufenden Tötungsindustrie angeht, so war natürlich, namentlich auch für die ungestörte Fortsetzung des Auschwitzer „Geschäfts", Geheimhaltung sehr wichtig, doch innerhalb der Begrenzung von Auschwitz-Birkenau wurde das Geheimnis nicht streng gewahrt: Die SS nahm an, daß trotz einer lebhaften „Flüsterpropaganda" im Lager, die nicht zu stoppen war, nichts nach außen dringen konnte. Offensichtlich war die Annahme der SS durchaus gerechtfertigt, denn bis zu meiner Flucht - zusammen mit Wetzler – aus Auschwitz-Birkenau im April 1944 war die tatsächliche Bestimmung von Auschwitz – als Hauptort des von den Nazis organisierten Massenmords – der Außenwelt verborgen geblieben. Diese kaum glaubliche Geheimhaltung ist nach dem Kriege von vielen Historikern festgestellt worden[6]. In Auschwitz wußten praktisch alle Häftlinge, daß die eintreffenden Juden größtenteils in den Gaskammern sterben mußten. Jedoch habe ich während meiner Zeit in Auschwitz, die immerhin von Juni 1942 bis April 1944 reichte und in der zahllose Judentransporte aus ganz Europa eintrafen, nicht einen Juden getroffen, der vor seiner Ankunft in Auschwitz etwas von Gaskammern gehört hätte. Diese Unwissenheit der Neuzugänge hat nicht

[6] Martin Gilbert, Auschwitz and the Allies, New York 1981, S. 339ff.; Walter Laqueur, The Terrible Secret, Boston/Toronto 1980, S. 145, David S. Wyman, The Abandonment of the Jews. America and the Holocaust, New York/Toronto 1984, S. 288.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur mich immer wieder verblüfft, sondern auch alle anderen damaligen Auschwitzer Häftlinge[7].

Die Wahrung des Geheimnisses von Auschwitz war aber eine entscheidende Voraussetzung der Ausplünderung und des Massenmords, die dort seit Jahren tagtäglich als Routine betrieben wurden. Die Passivität zahlloser jüdischer Mütter und Väter, die ihre Kinder zu einem elenden Tod in den Gaskammern von Auschwitz brachten, war keineswegs die Folge „jüdischer Minderwertigkeit", wie die Nazis behaupteten. Auch war sie nicht die Folge „ihrer Unfähigkeit, die Wahrheit zu begreifen", wie der israelische Historiker Yehuda Bauer meint[8]. Gewiß sahen die Juden, wie ich von denen erfuhr, die nicht gleich nach ihrer Ankunft umgebracht wurden, bei Verlassen ihrer Heimat in großer Sorge ihrer unbekannten und durchaus sinister erscheinenden neuen Bestimmung entgegen. Bis in ihren Heimatorten die Herrschaft der Nazis etabliert war, hatten sie in einer zivilisierten Gesellschaft gelebt. Nachdem in allen von Deutschland besetzten oder kontrollierten Ländern nationalsozialistische oder pronationalsozialistische Verwaltungen eingerichtet waren, fanden sie sich aber plötzlich totaler Entrechtung und systematischem Terror durch die nazistischen und pro-nazistischen Regime ausgesetzt. Diese Regime protegierten so mörderische Banden wie die Hlinka-Garde in der Slowakei und die Ustascha in Kroatien. Ähnlich geartete terroristische Organisationen agierten überall im deutschen Macht- und Einflußbereich, wo sie mit Hilfe der Regierungen – die manchmal in priesterlicher Gewandung auftraten wie in der Slowakei Tisos, manchmal mit nationalistischem Eifer wie im Kroatien des Ante Pavelić – eine Pogrom-Atmosphäre schufen. Die Juden neigten zu der Hoffnung, daß sie durch Gehorsam der zunehmenden Gewalttätigkeit in ihrer Heimat entrinnen könnten. Sie huldigten sogar dem optimistischen Glauben, größere Sicherheit zu finden, wenn man sie in weniger gefährliche „Umsiedlungsgebiete" deportierte, oder daß vielleicht ihre Kinder eine Chance bekamen, in irgendwelchen „Judenreservaten im Osten" den Krieg zu überleben. Mit solchen Erwartungen wurden die Juden in die Deportationszüge gelockt. Als sie in Auschwitz ankamen und erkannten, daß man sie beschwindelt hatte, fanden sie sich bereits innerhalb der Mordlager (die in Anpassung an die NS-Ideologie, derzufolge die Juden als Ungeziefer galten, manchmal „Vernichtungslager" genannt werden), meist schon unmittelbar

[7] Langbein hat Zeugnisse zahlreicher Überlebender aller Nationalitäten gesammelt. Alle bestätigen, vor ihrer Ankunft in Auschwitz nie von dem Lager gehört zu haben. Vgl. Hermann Langbein, Menschen in Auschwitz, Wien 1972, S. 140ff.; ferner A. Fiderkiewicz, Brzezinka. Birkenau, Warschau 1962, S. 246. Hierzu auch die Aussage von Elie Wiesel: „Wir wurden zwei Wochen vor D-Day festgenommen und wußten nicht, daß es Auschwitz gab. Wie ist das möglich? Jedermann wußte es, nur die Opfer nicht. Niemand sorgte sich genug, um uns zu sagen: Geht nicht!" In: W. Nicholls, Christian Antisemitism. A History of Hate, Northvale/N.J. 1993, S. 353.

[8] Yehuda Bauer, A History of the Holocaust, New York 1982, S. 314. Bauer meint, daß „Kenntnis der Fakten nicht immer das gleiche ist wie Akzeptierung der Fakten. Um zu überleben, hatten viele zu leugnen, was sie wußten. Die spätere Behauptung, wenn jemand – die Führung, Kastner oder sonst einer – sie aufgeklärt hätte, wäre ihr Verhalten anders gewesen, kann so nicht angenommen werden." Dies impliziert, daß „die Führung" und Kastner die Fähigkeit besaßen, die Fakten „zu kennen und zu akzeptieren", die nach Auschwitz Deportierten aber nicht.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor den Gaskammern und Krematorien. Jetzt hatten sie nur noch die Wahl, verwundet und zu Tode gequält zu werden oder weniger kompliziert zu sterben. Oft wurden sie umgebracht, bevor sie Zeit hatten, sich die Alternativen klarzumachen; dies war ein notwendiger Teil der Technik des Massenmords, wie sie die Nazis in Auschwitz und anderen Schinderstätten des Dritten Reiches praktizierten.

So glaubte ich, es werde einen erheblichen Unterschied machen, wenn es mir gelingen sollte, aus Auschwitz auszubrechen und in der Welt draußen die Wahrheit über das Geschick der potentiellen Kandidaten für die „Umsiedlung" zu verbreiten; das Geheimnis wäre gelüftet und damit die entscheidende Voraussetzung des störungsfreien Ablaufs der Massenmorde beseitigt. Ich hatte nicht den geringsten Zweifel an meiner Fähigkeit, die Außenwelt über die Realitäten von Auschwitz aufzuklären, da ich mit der Maschinerie des Lagers und seiner Geographie ebenso vertraut war wie mit seinen Funktionsprinzipien und den Ereignissen während der Jahre meiner Haft. Da wir Häftlinge in Auschwitz sowohl an den Arbeits- wie an den Schlafstellen häufig peinlich genau untersucht wurden, auch durch Leibesvisitationen, vermied ich es, mir Notizen zu machen, und verließ mich ganz auf mein recht zuverlässiges Gedächtnis. Der geringste Verdacht oder gar ein Indiz dafür, daß ich die Vorgänge im Lager für eine eventuelle Verbreitung in der Außenwelt beobachtete, hätte mir einen alles andere als leichten Tod eingebracht.

Zuerst plante ich meinen Ausbruch für den 26. Januar 1944, zusammen mit Charles Unglück, einem jüdischen Häftling aus Polen, dort 1911 in Tschenstochau geboren. Vor seiner Festnahme hatte er in Frankreich gelebt, in Auschwitz war er seit Juni 1942. Auf Grund einer technischen Panne kam ich zu spät zu unserem verabredeten Treffpunkt. Er stand vor der Wahl, es allein zu versuchen oder die Flucht zu verschieben. Er entschied sich für den Alleingang und fand noch am selben Tag den Tod[9].

Meinen nächsten Fluchtplan „schmiedete" ich zusammen mit einem anderen jüdischen Häftling aus der Slowakei, Alfred Wetzler, geboren 1918 in Trnava. Wetzler befand sich seit April 1942 in Birkenau (Häftlings-Nr. 29162), wo er „Schreiber" der Leichenkammer in Birkenau B Ib und später, nach der Reorganisation des Lagers im Juni 1943, „Blockschreiber" in Block 9 von B IId war, das damals zum Hauptlager wurde. Ich kannte Wetzler aus Trnava, wo ich vor meiner Deportation aus der Slowakei gelebt hatte (obwohl ich in Topolcany geboren bin). Gut über sechshundert jüdische Männer aus Trnava waren 1942 nach Auschwitz deportiert worden (darunter Wetzlers Vater und zwei seiner Brüder). Im Frühjahr 1944 waren davon nur noch Wetzler und ich am Leben. In den Jahren, in denen wir sehen mußten, wie alle unsere Freunde und Bekannte aus Trnava ermordet oder Opfer der Verhältnisse im Lager wurden (vor allem 1942), waren wir enge Freunde geworden und vertrauten einander. Dieses gegenseitige Vertrauen war die fundamentale Voraussetzung der vielen kleinen Schritte, die zur Vorbereitung der Flucht gehörten. Es gab keine „Widerstandsgruppe" oder „Organisation", die entschieden hätte, daß wir beide aus-

[9] Rudolf Vrba/Alan Bestic, I cannot forgive, London 1963, S. 209 ff.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

brechen sollten[10] oder welchen Weg wir einschlagen sollten, sofern es uns gelang, die Verfolgung zu überstehen, die nach jedem Fluchtversuch organisiert wurde. Unser Ausbruch war auf Montag, den 3. April 1944, festgesetzt, doch zwangen uns mehrere unvorhergesehene technische Schwierigkeiten zu einer Vertagung auf den 7. April.

Es gehörte zu unserem Plan, daß wir uns in Birkenau in der noch unfertigen Abteilung B III versteckten, etwa 300 Meter östlich von Krematorium V. Wir verließen Birkenau erst am 10. April, nach dem Abbruch der intensiven dreitägigen Menschenjagd, die nach der Entdeckung unseres Verschwindens eingesetzt hatte. Nach mancherlei Fährnissen gelang es uns am Morgen des 21. April, einem Freitag, die slowakische Grenze zu überschreiten[11]. Wir trafen auf einen slowakischen Bauern, der in der Nähe der slowakisch-deutschen (früher slowakisch-polnischen) Grenze einsam und alleine mit seinem Pferd sein Feld pflügte. Der Bauer – Andrej Cánecký aus dem nahen slowakischen Dorf Skalité – wußte nicht so recht, was er von uns halten sollte; er hatte nur aus einiger Entfernung gesehen, daß wir offenbar ohne Papiere die Grenze überquert hatten[12]. Er war sich nicht sicher, ob es sich bei uns um Schmuggler oder aus anderen Gründen lichtscheue Reisende handelte. Ich war relativ gut angezogen, trug ein holländisches Tweed-Sakko, einen weißen Wollpullover, Breeches und exzellente Schaftstiefel – alles in Auschwitz aus den Beständen von „Kanada" organisiert, das heißt gestohlen. Nach vierzehn Tagen in Wald und Feld war meine Eleganz allerdings etwas ramponiert, und ich mußte meine Stiefel über die Schulter gehängt tragen, da mir nach einem starken Anschwellen der Füße, das der ungewohnte Marsch verursacht hatte, nichts anderes übriggeblieben war, als das Schuhwerk mit einem Rasiermesser aufzuschneiden. In den vergangenen Tagen hatte ich kaum etwas anderes gegessen als ein bißchen Brot.

Andrej Cánecký bot uns die Möglichkeit, uns in seinem Haus zu waschen und auszuruhen, und während des Essens erklärte er uns die Umgebung; er nannte die Namen der umliegenden Dörfer und als nächste Stadt Cadca. Er erwähnte auch jüdische Ärzte in den Dörfern und einen Dr. Pollack in Cadca. Das erweckte meine Aufmerksamkeit, da ich Gelegenheit gehabt hatte, die Bekanntschaft Dr. Pollacks zu machen, und zwar kurz vor meiner Deportation im Juni 1942 mit einem Transport slowakischer Juden, der am 14. Juni 1942 das Lager Nováky verließ. Dr. Pollack sollte

[10] Nachdem ich die Tschechoslowakei 1958 verlassen hatte, sind dort mehrere plumpe Versuche gemacht worden, meine und Wetzlers Flucht als Ergebnis der Aktivität einer Widerstandsgruppe hinzustellen. So selbst in dem ansonsten wertvollen Buch von A. Burger, Dáblova dilna, Prag 1988, S. 23. Zwar gab es eine Widerstandsgruppe, die „Kampfgruppe Auschwitz", doch hatte diese nichts mit unserer Flucht zu tun; vgl. Hermann Langbein, Menschen in Auschwitz, S. 301.

[11] Vrba/Bestic, I cannot forgive, das mehrere Nachdrucke erlebte, z. B. Escape from Auschwitz, New York 1985, erschien auch in deutscher Übersetzung (Ich kann nicht vergeben, München 1964).

[12] Fünfzig Jahre später erschienen Berichte, in denen behauptet wurde, Cánecký habe auf uns gewartet und dies sei das Werk einer größeren Organisation gewesen, die mit dem polnischen Untergrund zusammengearbeitet habe. Vgl. H. Swiebocki, Zeszyty Oswiecinskie, Numer Specjalny (IV), Raporty Uciekinieriw z KL Auschwitz, Wydownictwo Panstwowego Muzeum w Oswiecimiu 1991. Das entbehrt jeder Grundlage.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damals mit dem gleichen Transport wie ich „umgesiedelt" werden. Ich lernte ihn im Lager Nováky kennen. Auf Grund einer Ausnahmeregelung wurde er jedoch von der Deportationsliste gestrichen und konnte weiterhin in der Slowakei praktizieren. Ein hoher Prozentsatz der Ärzte in der Slowakei waren nämlich Juden, und als Tisos pro-nationalsozialistisches Regime im Frühjahr 1942 mit der „Umsiedlung" jüdischer Ärzte begann, kam es allenthalben zu Protesten, weil sich die Dörfler plötzlich ohne die geringste medizinische Versorgung fanden. Daher stellte das Tiso-Regime, das sich das Wohlwollen der Bauern nicht verscherzen wollte, die noch nicht deportierten Ärzte frei, und zwar für ärztliche Tätigkeit in den kleinen Ortschaften, während die „arischen" Ärzte nun in den Städten und den größeren Krankenhäusern dominierten.

Als ich erfuhr, daß Dr. Pollack, mit dem ich 1942 ein Stück des jüdischen Geschicks in der Slowakei geteilt hatte, jetzt in der nächstgelegenen Kleinstadt, Cadca, lebte und praktizierte, stand es für mich sofort fest, daß wir über ihn mit den noch existierenden jüdischen Gemeinden in Verbindung treten mußten. Alfred Wetzler stimmte dem zu. Andrej Cánecký setzte uns dann auseinander, daß ein Nachtmarsch nach Cadca unsicher sei, außerdem zwei bis drei Nächte dauern würde. Er hingegen müsse am kommenden Montag ohnehin mit der Bahn in die Stadt, um dort auf dem Markt seine Schweine zu verkaufen. Er bot uns an, uns übers Wochenende zu beherbergen und uns in bäuerliche Kleidung zu stecken. Wenn wir ihm beim Transport und Verkauf der Schweine behilflich seien, würden wir kaum der Polizei, der Gendarmerie und irgendwelchen Informanten auffallen. Wir nahmen dieses großherzige Angebot an und blieben bis Montag morgen in Cáneckýs Haus. Dann fuhren wir mit ihm und seinen Schweinen die 30 Kilometer bis Cadca mit der Bahn, und am Montag Nachmittag fand ich mich als Patient in Dr. Pollacks Sprechzimmer ein. Die Praxis dieses Arztes in Cadca befand sich in der dortigen Kaserne. Als mich Dr. Pollack in der Stille seines Sprechzimmers mit geschorenem Kopf (in Auschwitz war kein Haar erlaubt) und im Gewand eines Bauern vor sich sah, hat er mich nicht erkannt. Nachdem ich aber erklärt hatte, wen er vor sich hatte, wo wir uns kennengelernt hatten und daß ich in die Slowakei zurückgekommen war, aus der man mich 1942 deportiert hatte, erinnerte er sich an mich. Seine Verblüffung war nicht weiter überraschend, da außer Wetzler und mir noch kein slowakischer Jude aus Auschwitz zurückgekommen war, seit die Deportationen im Oktober 1942 vorläufig gestoppt worden waren. Vom März bis Oktober 1942 waren rund 60000 Juden aus der Slowakei deportiert worden, davon 30000 nach Auschwitz, die übrigen nach Majdanek, Treblinka, Belzec und Sobibor; die Gesamtzahl der Juden im damaligen slowakischen „Staat" hatte 85000 betragen. Zur Zeit meines Ausbruchs aus Auschwitz waren dort von den 30000 noch 67 Männer und etwa 400 junge Frauen am Leben. All die anderen „umgesiedelten" slowakischen Juden waren noch 1942 im Lager umgekommen oder gleich bei ihrer Ankunft ermordet worden.

Als Dr. Pollack im Frühjahr 1942 von der Deportation zurückgestellt wurde, galt diese Ausnahmeregelung auch für seine Frau und seine Kinder, nicht aber für seine Eltern, Brüder, Schwestern und deren Familien. Er fragte mich, ob ich etwas über

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Schicksal seiner Verwandten wisse, und ich mußte ihm sagen, daß sie tot waren. Er hatte seit 1942 nichts mehr von seinen Verwandten oder vom Geschick der anderen Deportierten gehört, doch hatte ihr Schweigen und spurloses Verschwinden natürlich nichts Gutes verheißen. Er fragte mich dann, was er für mich tun könne. Ich wollte wissen, ob es noch irgendwelche Repräsentanten jüdischer Organisationen in der Slowakei gab, und Dr. Pollack versicherte mir, daß er in der Lage sei, diskret einen sofortigen Kontakt mit dem Judenrat in Bratislava (ÚZ = Ústredna Zidov) herzustellen, der die 1942 nicht deportierten und noch in der Slowakei lebenden 25000 vertrat. Wetzler und ich verbrachten die Nacht in Cadca, und zwar im Haushalt von Frau Beck, einer Verwandten des berühmten Rabbi Leo Baeck[13]. Am nächsten Morgen fuhren wir mit der Bahn zur nächsten größeren Stadt, Zilina, wo uns im Park vor dem Bahnhof Erwin Steiner in Empfang nahm, ein Vertreter des Judenrats. Er brachte uns zum Jüdischen Altenheim, das die Büros des Judenrats beherbergte, nachdem die alten Leute 1942 „umgesiedelt" worden waren. Dort trafen wir seine Frau, Ibolya Steiner (die als Schreibkraft fungierte), dazu Oskar Krasnyanski, ebenfalls ein wichtiger Vertreter des Judenrats. Der Vorsitzende des Rats, Dr. Oskar Neumann, kam am folgenden Tag. Meine Identität und die Alfred Wetzlers konnten sofort verifiziert werden, da der Judenrat von jedem Transport aus der Slowakei eine Liste der Deportierten hatte, ferner ein persönliches Dossier des einzelnen Deportierten mit Foto. (Tatsächlich waren ja die Transporte mit Hilfe der Listen des Judenrats organisiert worden[14].)

Nach relativ kurzen Diskussionen, in denen die tödliche Bedrohung der großen und fast noch intakten jüdischen Gemeinde in Ungarn klar dargetan wurde, kamen wir überein, die uns bekannten Auschwitzer Fakten Krasnyanski zu diktieren, der gut stenographieren konnte, und Krasnyanski diktierte dann – in unserer Abwesenheit – seine Niederschrift Ibolya Steiner. Er wollte von Wetzler und mir getrennte Aussagen, damit mein Diktat nicht das Wetzlers beeinflussen sollte und umgekehrt. Er schloß sich daher zuerst mit mir in einem Büro ein, und ich begann – mit der Hand und Entfernungen aus dem Gedächtnis schätzend – einen inneren Plan von Auschwitz I zu zeichnen, anschließend von Auschwitz II, dann von der Lage der alten Rampe. Danach erklärte ich die interne Organisation und die Funktionsweise des Auschwitzer Lagerkomplexes, wobei ich die Anlagen für das gewaltige Sklavenarbeiterkontingent, das den Giganten der deutschen Industrie diente (Krupp, I. G. Farben, Deutsche Ausrüstungswerke), ebenso beschrieb wie andererseits die Gaskammern und die Krematorien, die ganze Maschinerie des Massenmords. Auf Grund meiner Erfahrungen als Augenzeuge an der Rampe und im Quarantäne-Lager vermochte ich die Geschichte der während meiner Haftzeit eingetroffenen Transporte ziemlich

[13] Als Mitglied des Judenrats von Theresienstadt hat sich Rabbi Leo Baeck daran beteiligt, die Wahrheit über Auschwitz „gewöhnlichen" Juden vorzuenthalten, als er sich entschloß, den Insassen des Ghettos nicht zu sagen, daß der Transport nach Polen den Tod bedeutete. Vgl. Bauer, History, S. 220; Braham, The Politics of Genocide, S. 722.

[14] I. Kamenec, Po stopách tragedie, Bratislava 1991, S. 169.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genau zu rekonstruieren. Besonderes Gewicht legte ich auf die Schilderung des Geschicks, das dem sogenannten Tschechischen Familienlager widerfahren war, das sich zur Zeit unseres Ausbruchs in B IIb befand. In diesem Lager hatten etwa 4000 tschechische Juden mit ihren Familien, einschließlich der Kinder, genau ein halbes Jahr lang existiert, vom 8. September 1943 bis zum 8. März 1944, als sie, nur einen Monat vor unserer Flucht, ermordet wurden. Ein weiterer Transport tschechischer Juden aus Theresienstadt war in B IIb um den 20. Dezember 1943 herum „auf Eis gelegt" worden, um sechs Monate später umgebracht zu werden.

Der Ausdruck „Transport auf Eis gelegt" bedeutete nach den administrativen Gepflogenheiten, die damals in Auschwitz herrschten, daß die beiden Transporte die bürokratische Bezeichnung „Sonderbehandlung mit 6 Monaten Quarantäne" trugen. „Sonderbehandlung" war der Fachausdruck für Ermordung in den Gaskammern. Die tschechischen Familientransporte waren in B IIb untergebracht, und so hatte ich als „Blockschreiber" in der benachbarten Abteilung B IIa ohne große Schwierigkeiten mit diesen Leuten über den elektrischen Stacheldrahtzaun hinweg, der die beiden Abteilungen trennte, in Verbindung treten können. Da es sich um Tschechoslowaken handelte, mit denen mich die Sprache und andere Gemeinsamkeiten verbanden, war es nur natürlich, daß ich mit ihnen während der letzten sechs Monate ihres Lebens persönliche Bande knüpfte. Ihr Schicksal ging mir also – da weniger anonym – noch näher als das Schicksal der übrigen Opfer, die aus allen Teilen Europas kamen und gleich nach der Ankunft ermordet wurden. Aus diesem Grund haben die tschechischen Familientransporte im Vrba-Wetzler-Bericht eine größere Rolle gespielt, als ihnen nach der Zahl der Opfer, etwas weniger als 9000, im Vergleich zur Gesamtzahl der nach meinen Beobachtungen während meiner Auschwitzer Zeit Ermordeten, nämlich 1,75 Millionen, eigentlich zukam.

Die statistischen Angaben im Vrba-Wetzler-Bericht beruhen hauptsächlich auf der Tatsache, daß ich bis zum 8. Juni 1943 zum „Aufräumungskommando" gehörte, das an der „alten Rampe" eingesetzt war. In dieser Zeit war ich bei der Ankunft aller Transporte anwesend und in der Lage, Zahlenangaben zu sammeln und meinem Gedächtnis einzuprägen. Weder ich noch Wetzler hatten bei unserer Flucht aus Birkenau Papiere bei uns, auch hat es vor dem Ausbruch keine Besprechung mit irgendeinem mythischen „Komitee" gegeben. Nach meiner „Entlassung" aus dem „Aufräumungskommando" war ich die übrige Zeit als „Blockschreiber" im Quarantäne-Lager B IIa beschäftigt und konnte daher meine Statistik auf dem laufenden halten, sowohl durch die Beobachtung der vor meinen Augen eintreffenden Transporte wie durch Unterhaltungen mit jenen „Zugängen", die nach ihrer Ankunft in Auschwitz zunächst ins Quarantäne-Lager kamen. Gewöhnlich wurden nur die Überlebenden der „Quarantäne" auf die verschiedenen Einheiten der Sklavenarbeiterarmee verteilt. Diese Zugänge wußten natürlich in der Regel, woher ihre Transporte kamen und wie stark sie vor der Selektion für die Gaskammern gewesen waren. Von meinem Platz in B IIa konnte ich auch diejenigen, die nicht für Sklavenarbeit ausgewählt worden waren, auf ihrem Weg zu den Gaskammern sehen, obwohl ich nach dem 8. Juni 1943 nicht mehr auf der „alten Rampe" „arbeitete".

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mein Fluchtgenosse Alfred Wetzler ist über die Vorgänge in Auschwitz wahrscheinlich ebenso gut informiert gewesen wie ich; er konnte meine Angaben bestätigen und hat sie in seiner unabhängigen Aussage vor Krasnyanski in der Tat bestätigt, wenn ich auch nicht wußte, was er Krasnyanski in meiner Abwesenheit diktierte. Letzterer faßte dann unsere beiden Aussagen in großer Eile zu einem maschinenschriftlichen Bericht zusammen. In einer Vorbemerkung zum endgültigen Text des Berichts sagte Krasnyanski, das Dokument enthalte die Aussagen zweier Juden, die aus Auschwitz entkommen seien. Es wäre heute natürlich schwer zu entscheiden, welcher Teil des Berichts auf mich und welcher auf Wetzler zurückgeht, und so ist es richtig, den Bericht als Resultat unser beider Bemühungen anzusehen, unternommen nach unserem besten Wissen[15]. Wir fügten dem Bericht noch einen Zusatz hinzu, in dem ich meine Erlebnisse während eines kurzen Aufenthalts – zwölf Tage – in Majdanek festhielt (ich kam nicht direkt aus der Slowakei nach Auschwitz, sondern wurde aus Majdanek nach Auschwitz verlegt). Die Diskussionen mit den Vertretern des Judenrats in Zilina fanden alle in slowakischer Sprache statt, und auch der Bericht war ursprünglich in dieser Sprache abgefaßt, wurde nach meiner Kenntnis aber sofort ins Deutsche und Ungarische und später dann ins Englische und Französische übersetzt[16]. Das weitere Geschick des Berichts ist oft genug geschildert worden[17]. Hier möchte ich nur sagen, daß am Donnerstag, den 27. April 1944, die Arbeit an ihm abgeschlossen und die Endfassung geschrieben war. Obwohl der Bericht offensichtlich vermengte, was ich gesagt hatte und was mein Genosse Wetzler, stimmte ich ihm zu, wie er nun vorlag, denn vor allem kam es jetzt darauf an, die ungarischen Juden möglichst rasch vor der tödlichen Gefahr zu warnen, in der sie schwebten. Irgendwelche Korrekturen zu verlangen, um kleinere Irrtümer zu tilgen und unwichtige Details genauer darzustellen, hätte nur Zeitverlust bedeutet. Tatsächlich passierte ein Transport mit ungarischen Juden Zilina bereits am 28. April, und die Massendeportation ungarischer Juden nach Auschwitz begann vierzehn Tage nach der Billigung des Berichts durch uns, das heißt durch Wetzler und mich.

Inzwischen kam es am 28. April im Jüdischen Altenheim in Zilina zu einer geheimen Konferenz des Slowakischen Judenrats; anwesend war vielleicht ein Dutzend Menschen, darunter der Vorsitzende des Slowakischen Judenrats, Dr. Oskar Neu-

---

[15] In den sechziger Jahren sind Wetzler und ich sowohl in der Tschechoslowakei wie in Israel fälschlicherweise als „Botschafter" einer größeren Organisation – manchmal „internationalistisch-proletarisch", manchmal „jüdisch-zionistisch" – hingestellt worden, die schriftliches Material aus Auschwitz mitgebracht hätten. Vgl. M. Kárny, Historie oswetimské zprávy Wetzlera a Vrby, in: D. Toth (Hrsg.), DATEI, Banska Bystrica 1992, S. 167 f.

[16] Erst in den sechziger Jahren erfuhr ich, daß auch eine Übersetzung ins Englische angefertigt wurde von Blanche Lucas, nach dem Krieg Mitarbeiterin von Goddard & Son in London, während des Krieges Sekretärin des britischen Korrespondenten Walter Garrett in Zürich, der als erster den Bericht der britischen Regierung zur Kenntnis brachte. Vgl. Werner Rings, Advokaten des Feindes, Wien/Düsseldorf 1966, S. 144.

[17] Braham, The Politics of Genocide, Kap. 23.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mann, einige Vertreter der ungarischen Juden, Wetzler und ich. Wir mußten Fragen beantworten und weitere Erklärungen geben. Gemäß den Regeln illegaler Arbeit unter NS-Okkupation, wurden keine Namen genannt. Einem der Teilnehmer an der Besprechung, einem Rechtsanwalt, fiel es überaus schwer, daran zu glauben, daß im „zivilisierten Deutschland" tatsächlich Menschen exekutiert wurden, ohne vor ihrem Tod juristischen Beistand gehabt zu haben. Alle beeindruckte mein Tweed-Sakko, das auf der Innenseite das Zeichen eines bekannten Amsterdamer Schneiders trug; ein solches Sakko stellte in der damaligen Slowakei eine Rarität dar.

Der 1. Mai kam heran, und der Slowakische Judenrat legte großen Wert darauf, daß wir die Behausung des Rats in Zilina vor diesem Tag verließen, da die Staatspolizei am 1. Mai, traditionell ein Feiertag der Gewerkschaften, besondere Vorkehrungen gegen etwaige anti-nationalsozialistische Aktivitäten traf. Es mußte angenommen werden, daß sie wie gewöhnlich jüdische Einrichtungen und Gebäude durchsuchten, in allen Juden pflichtgemäß „jüdisch-bolschewistische Agitatoren" sehend. Wetzler und ich verfügten uns in eine Kleinstadt in der Hohen Tatra, Liptovský Sväty Mikulás. Jedoch benützten wir nach unserer Flucht aus Auschwitz – schließlich waren Haftbefehle gegen uns ausgestellt worden – natürlich andere Namen: Ich legte mir den Namen Rudolf Vrba zu, der in der Tschechoslowakei nicht ungewöhnlich ist. Ich behielt dann diesen Namen als „Kriegsnamen" und ließ den Namen legalisieren, sobald nach der Niederlage der Nazis wieder ein normales tschechoslowakisches Rechtssystem geschaffen worden war. Im April 1944 rüstete mich in Zilina der Slowakische Judenrat mit falschen Papieren von exzellenter Qualität aus, die mich, Rudolf Vrba, als „reinrassigen Arier" – drei Generationen zurückverfolgt – auswiesen, und ich war nun imstande, mich mit diesen Papieren in der Slowakei zu bewegen, ohne Gefahr zu laufen, bei den häufigen Polizeirazzien in Restaurants, Zügen, Bahnhöfen und Straßen aufgegriffen zu werden. Krasnyanski versicherte uns, unser Bericht sei inzwischen in „die richtigen Hände" gelangt, und zwar sowohl in Budapest – der „zionistische Führer" in Ungarn, Dr. Rudolf Kastner, wurde in diesem Zusammenhang mit besonderer Achtung genannt – wie in Bratislava; wir müßten uns darüber keine Sorgen mehr machen. Meine Aufgabe, die ungarischen Juden zu warnen, eine Aufgabe, die mir mein Gewissen gestellt hatte und nicht irgendein Komitee in Auschwitz oder sonst irgendwo, war also erfüllt.

Wetzler und ich verbrachten die nächsten sechs Wochen in Liptovský Sväty Mikulás. Ich fuhr jedoch öfter nach Bratislava, wo ich einen jüdischen Freund aus Trnava aufsuchte, Josef Weiss[18], den ich vor meiner Deportation nach Majdanek und Auschwitz gut gekannt hatte. Weiss konnte 1942 der Deportation entgehen und arbeitete 1944 in Bratislava im Amt zur Vorbeugung von Geschlechtskrankheiten, ein Platz, der auf Grund seiner Sammlung vertraulicher Data von Geschlechtskranken selbst vor der Polizei relativ sicher und daher für die geheime Vervielfältigung unseres Berichts sehr geeignet war. Weiss verteilte Kopien an etliche junge Juden, die sie in Un-

[18] Josef Weiss hat den Krieg überlebt und ist später nach Israel emigriert.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

garn zu verbreiten suchten[19]. Eine dieser Kopien des Berichts fand ihren Weg in die Schweiz, nach Bern; über Mosche Kraus, den Direktor des Palästina-Büros in Budapest, kam sie in die Hände von George Mandel-Mantello, einem ungarischen Juden, der in der Schweiz lebte und nun erfolgreiche Anstrengungen unternahm, den Bericht dort zu publizieren[20]. Die Veröffentlichung des Berichts in der Schweiz führte zu einer ausgedehnten Pressekampagne[21] und zu einer internationalen Kettenreaktion[22], die schließlich Horthy, den Reichsverweser in Ungarn, veranlaßte, die Deportationen am 7. Juli 1944 zu stoppen.

In der Zwischenzeit konnten wir, Wetzler und ich, uns sechs Wochen lang in Mikulás erholen. Im Mai hörten wir lediglich spärliche Gerüchte über die Deportationen aus Ungarn. Wie ich nach dem Kriege erfuhr, war der Slowakische Judenrat über die umfassenden Deportationen aus Ungarn sehr gut unterrichtet[23], doch gab der Rat an Wetzler oder an mich nicht die kleinste Information weiter. In der pro-nationalsozialistischen slowakischen Presse des Msgr. Tiso fanden sich darüber auch nur recht kärgliche Nachrichten. Dann aber, am 6. Juni 1944, dem Tag der alliierten Invasion in Frankreich, gelangten zwei weitere Häftlinge aus Auschwitz in die Slowakei und berichteten uns den Stand der Dinge im Lager.

Auch diese beiden Ausbrecher aus Birkenau waren Juden: Arnost Rosin, geboren 1912 in Snina in der Slowakei (Häftlingsnummer 29858), und Czeslaw Mordowicz aus Mlawa in Polen, geboren 1921 (Häftlingsnummer 84216). Beide waren seit 1942 in Auschwitz, also „alte Häftlinge", und beide flohen gemeinsam am 27. Mai 1944. Nach einer schwierigen Wanderung überquerten sie am 6. Juni die slowakische Grenze östlich der Hohen Tatra, etwa 200 Kilometer östlich des Punktes, wo Wetzler und ich über die Grenze gegangen waren. Am öffentlichen Lautsprecher im ersten slowakischen Dorf, das sie passierten, in Nedeca, hörten sie die Nachricht, daß die Alliierten in der Normandie gelandet waren. Naiverweise nahmen sie an, der Krieg sei vorbei, gingen in die nächste Wirtschaft und wollten dort ihre Rechnung mit Dollar bezahlen, die sie aus Auschwitz mitgebracht hatten. Sie wurden prompt verhaftet, doch statt als Juden behandelt zu werden, wurde ihnen ein viel geringeres Delikt vorgeworfen, nämlich ein Verstoß gegen die Devisenbestimmungen. Nach einer Woche im Gefängnis kamen sie gegen eine saftige Geldstrafe wieder frei. Die Buße zahlte der Slowakische Judenrat, und dank der Verbindungen des Rats wie auch dank des raschen Wandels der politischen Situation in der Slowakei – nur drei Monate später brach der slowakische Aufstand gegen die Nazis aus, und die sowjetische Armee stand bereits dicht vor den slowakischen Grenzen – wurden Rosin und Mordowicz freigelassen.

---

[19] Im Frühjahr 1944 nahm der illegale Verkehr über die slowakisch-ungarische Grenze erheblich zu, da viele slowakische Juden nach Ungarn gingen, um sich dorthin 1942 geflüchteten Familienangehörigen anzuschließen.

[20] Vgl. Conway, Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz, S. 278.

[21] Vgl. Jenö Lévai, Zidosors Europabén, Budapest 1948, S. 327ff.

[22] Gerald Reitlinger, The Final Solution. The Attempt to Exterminate the Jews of Europe, London 1968, S. 466ff.

[23] Das geht aus dem Brief Rabbi Weissmandels vom 22.5. 1944 hervor; vgl. Anm. 5.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wetzler und ich hatten Rosin und Mordowicz in Auschwitz persönlich gekannt. Alle vier gehörten wir zu den „alten Häftlingen", die in Auschwitz länger als ein Jahr überlebt hatten. Solche Überlebenden waren selten und oft durch gegenseitige Unterstützung, soweit sie gegeben werden konnte, miteinander verbunden. So eine Art „Mafia der Alten" existierte in allen Konzentrationslagern der Nazis, und die Überlebenszeit war das Maß der Seniorität. In Auschwitz gab mehr als ein Jahr Überleben beträchtliche Seniorität. So mußten Wetzler und ich den beiden Neuankömmlingen nicht vorgestellt werden, wir kannten uns. Von Rosin und Mordowicz erfuhren wir, daß in der kurzen Zeit vom 15. Mai bis zum 27. Mai, dem Tag ihrer Flucht, mehr als hunderttausend ungarische Juden in Birkenau angelangt und größtenteils prompt ermordet worden waren.

So wurde von Krasnyanski zum Vrba-Wetzler-Bericht ein Zusatz aufgenommen, der Rosin-Mordowicz-Bericht, in dem der laufende Massenmord an den ungarischen Juden beschrieben wurde. Die aus Ungarn in Auschwitz ankommenden Opfer hatten keine Ahnung, was „Umsiedlung" in Wahrheit bedeutete, genausowenig wie die fast zwei Millionen Opfer, die umgebracht worden waren, bevor Wetzler und ich aus Auschwitz entkamen und unseren Bericht zu Protokoll gaben. Erst nach dem Krieg erfuhr ich, daß mehr als 400000 ungarische Juden nach Auschwitz gebracht wurden und dort vor dem 7. Juli einen schrecklichen Tod erlitten, ohne vom Ungarischen Judenrat über die wahre Natur ihrer „Umsiedlung" aufgeklärt worden zu sein. Sie waren in die Deportationszüge mit der Hoffnung gestiegen, in eine jüdische „Reservation" oder in ein Ghetto zu kommen, wo Zuflucht vor dem unglaublich brutalen Terror der Polizei des Horthy-Regimes zu finden sei. Der Terror hatte sie dazu gebracht, „freiwillig" in die Deportationszüge zu steigen, um Repressalien gegen die schwächeren Mitglieder ihrer Familien zu vermeiden. Nach einer bereits entsetzlichen Fahrt fanden sich die Deportierten jedoch in den Händen grausamer und erbarmungsloser deutscher Henker in der Totenfabrik Birkenau. „Glückliche" zehn Prozent wurden für geeignet befunden, Sklavenarbeit zu leisten, und danach auf diverse Sklavenarbeitslager in allen Ecken des Deutschen Reiches verteilt. Davon haben einige tatsächlich überlebt.

Im Zusammenhang mit unserem Bericht wurden wir im Laufe des Juni 1944 auf Ansuchen des Slowakischen Judenrats noch zweimal bemüht. Ich sollte am 20. Juni 1944 persönlich mit einem Repräsentanten des Vatikans sprechen und einige Tage danach Rabbi Michael Beer Weissmandel aufsuchen, der damals als die führende theologische jüdische Autorität in der Slowakei, ja in ganz Osteuropa galt. Da es der Judenrat so wünschte, begleitete mich bei den zwei Treffen nicht Wetzler, sondern Mordowicz[24], damit jeweils beide Ausbrecherpaare vertreten waren.

[24] In meinem Buch (I cannot forgive) habe ich Mordowicz nicht erwähnt, da er damals noch in der neo-stalinistischen Tschechoslowakei Nowotnys lebte und möglicherweise in Schwierigkeiten gekommen wäre, hätte ich die Aufmerksamkeit wieder auf seine Verbindung mit mir, dem Emigranten, gelenkt.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 20. Juni 1944 trafen Krasnyanski und ein Dolmetscher mit mir und Mordowicz im Kloster zu Svaty Jur[25] zusammen, rund 40 Kilometer von Bratislava entfernt, wo wir von einem eleganten Priester empfangen wurden, den ich damals für den Apostolischen Legaten, Msgr. Burzio, hielt, bei dem es sich aber tatsächlich um Msgr. Mario Martilotti handelte, ein Mitglied der vatikanischen Nuntiatur in der Schweiz[26]. Martilotti – der uns sagte, er werde am nächsten Tag in die Schweiz fahren – kannte unseren Bericht, er hatte eine deutsche Übersetzung gelesen. Er verstand mein Deutsch sehr gut, hatte aber Schwierigkeiten, selber Deutsch zu sprechen; sein Französisch war wesentlich besser. Offensichtlich wollte er sich vergewissern, ob die Ausbrecher vertrauenswürdig seien. Unsere Unterhaltung dauerte mehrere Stunden, doch hatte die Zusammenkunft, soweit wir heute wissen, keine weiter reichenden Konsequenzen; sie lieferte lediglich verläßliche Informationen für die privaten Ohren des Vatikans. Die Veröffentlichung des Vrba-Wetzler-Berichts im Westen kam Ende Juni 1944 nicht mit Hilfe des Vatikans zustande, wie manchmal geglaubt wird, sondern auf anderen Wegen.

Der Besuch bei Rabbi Weissmandel fand nach unserem Besuch in Svaty Jur statt. Er war, es muß gegen Ende Juni gewesen sein, noch rätselhafter. Die wahre Absicht dieser recht späten Einladung lag nicht offen zutage. Wetzler und ich hatten uns bereits zwei Monate in der Slowakei aufgehalten, bevor mich Rabbi Weissmandel zu Kaffee und einer Plauderei einlud, und noch nach der Einladung – für mich und Mordowicz – wußte ich nicht recht, was davon zu halten war. Vielleicht war die Einladung nur Teil einer rabbinischen Alibi-Strategie: Wir sollten nicht sagen können, man habe uns nicht angehört. Der Rabbi empfing uns in seinem Studierzimmer in der Jeschiwa von Bratislava. Weder Krasnyanski noch ein Dolmetscher waren anwesend. Während unserer relativ kurzen Unterhaltung – etwa eine Stunde – merkte ich, daß der Rabbi mit den Einzelheiten unseres Berichts durchaus vertraut war. Andererseits erwähnte er nicht, daß er schon früher – unabhängig von uns – Informationen über den Massenmord an den Juden in Treblinka, Belzec und Sobibor erhalten hatte, dazu einige Mitteilungen über Auschwitz, den sogenannten „Polnischen Majors-Bericht"[27] – all dies erfuhr ich erst nach dem Krieg, als ich den Brief lesen konnte, den er am 22. Mai 1944 geschrieben hatte[28]. Er sagte uns auch nicht, daß er über direkte und indirekte Verbindungen zur SS verfügte, vor allem zu Wisliceny, der als deutscher „Berater" bei der Tiso-Regierung fungierte, das heißt, dieser die Wünsche Berlins in Fragen der Judenpolitik übermittelte; Wisliceny war ein enger Mitarbeiter Eichmanns, dem er zwei Jahre zuvor bei der Organisierung der Deportation von 60000 slowakischen Juden nach Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Sobibor und Bel-

[25] Vrba/Bestic, I cannot forgive, S. 256.

[26] John S. Conway, The First Report About Auschwitz, in: Simon Wiesenthal Center Annual 1984, S. 133–151, hier S. 143.

[27] Der Bericht des „polnischen Majors" wurde nach dem November 1943 geschrieben, als der polnische Häftling Jerzy Tabeau (in Auschwitz als Jerzy Wesolowski) flüchten konnte. Der Text in H. Swiebocki, Zeszyty Oswiecimskie, S. 77–129.

[28] Vgl. Anm. 5.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zec geholfen hatte, ein Jahr zuvor bei der Deportation griechischer Juden nach Auschwitz. Und der Rabbi sprach ebensowenig über seinen wahrhaft wahnwitzigen „Europa-Plan", das heißt über sein Angebot an die SS, ihr 2 Millionen Dollar – die er gar nicht hatte und nie hätte zahlen können – zu überreichen, falls die Deportationen europäischer Juden nach Polen eingestellt würden. Da die Juden aus dem größten Teil des deutschen Machtbereichs in Europa bereits deportiert waren, sollte die Offerte also praktisch nur die Deportation der ungarischen Juden stoppen[29]. Von der Auschwitzer Alltagswirklichkeit aus gesehen, stellt der „Europa-Plan" für mich bestenfalls das Produkt eines verdrehten und nicht mehr richtig arbeitenden Geistes dar, schlimmstenfalls aber den Vorwand des Rabbi und des Judenrats für anrüchige „Verhandlungen" mit der SS; davon später.

Während der Audienz war der Rabbi sehr höflich und behandelte uns – nach seinen Worten – als die Abgesandten von fast zwei Millionen Juden, die bis dahin in Auschwitz den Tod gefunden hatten. Zu dieser Episode ist noch zu sagen: Die rabbinische Schule – Jeschiwa – des Rabbi S. D. Ungar und dann seines Schwiegersohns Rabbi M. B. Weissmandel befand sich ursprünglich in Nitra, wo ich einen Teil meiner Kindheit verbrachte (1930–1933). Wir wohnten in der gleichen Straße wie die Rabbis, mein Großvater mütterlicherseits, Bernat Grünfeld, der später in Majdanek ermordet wurde, gehörte zu ihrer Gemeinde. Aus meinen Kindertagen, ich war damals acht Jahre alt, erinnerte ich mich lebhaft an Rabbi Ungar, der mich einmal – was eine große Auszeichnung für ein Kind war – in sein Besprechungszimmer mitnahm. Ich durfte bei Erwachsenen sitzen und bekam wie sie Tee und Kuchen. Seit diesem Kuchen-Erlebnis war mein Verhältnis zu jener jüdischen Gruppe stets herzlich gewesen. Als die Mehrheit der Juden von Nitra – einschließlich meiner Großeltern – 1942 „umgesiedelt" wurde, durften Rabbi Weissmandels Jeschiwa und seine Schüler in Nitra bleiben. Der Rabbi und zu einem Teil auch die Schüler wurden 1942 von der Deportation ausgenommen, weil die Slowakei unter Msgr. Tiso sich als „katholischer Staat" verstand und folglich religiöse Schulen, selbst jüdische, unbelästigt existieren sollten. Jedoch wurde die jüdische Schule von örtlichen faschistischen Rabauken verwüstet, und offenbar deshalb verlegte man sie irgendwann 1943 nach Bratislava, wo sie „besser geschützt werden konnte". Als ich im Frühjahr 1944, aus Auschwitz geflohen, nach Bratislava kam, überraschte es mich, die Jeschiwa von Rabbi Weissmandel fast im Zentrum der Stadt zu sehen, offensichtlich die Protektion sowohl der pro-nazistischen slowakischen Behörden wie der dortigen deutschen Stellen genießend. Die sichtbare Existenz einer Jeschiwa mitten in Bratislava, nur ein paar hundert Kilometer südlich von Auschwitz, empfand ich als ein typisches Produkt des Geistes von Goebbels und des unverschämten Humors der Nazis. Da saßen die Schüler von Rabbi Weissmandel und studierten vor den Augen der Welt jüdische Ethik, während man in Birkenau ihre Schwestern und Mütter ermordete und verbrannte. Für mich, nur zwei Monate und eine bescheidene Wegstrecke von Auschwitz entfernt, war diese jüdische Universität nichts anderes als ein Zir-

[29] Yehuda Bauer, The Jewish Emergence from Powerlessness, Toronto 1979, S. 24.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kus, in dem Rabbi Weissmandel die Rolle eines – gewiß tragikomischen – Clowns spielte.

Nach unserem Besuch bei Rabbi Weissmandel hatte ich nur noch wenig Kontakt mit dem Slowakischen Judenrat, der mich aber immerhin mit 200 slowakischen Kronen pro Woche unterstützte, damals ein durchschnittlicher Arbeiterverdienst und bequem ausreichend, mir ein illegales Leben in Bratislava zu ermöglichen. Am 29. August 1944 erhob sich die slowakische Armee gegen die Nazis, und die Wiederherstellung der Tschechoslowakei wurde proklamiert. Meine Beziehungen zum Slowakischen Judenrat endeten nun, da ich mich sofort freiwillig zur Armee meldete. Auf Grund des schnellen Vordringens der Deutschen in der Slowakei und des Rückzugs der regulären slowakischen Armee wurde ich zur Partisaneneinheit des Hauptmanns Milan Uher kommandiert („Held des Nationalen Slowakischen Aufstands in memoriam"). In Lubina, dem Heimatdorf des Hauptmanns, erhielt ich Anfang September 1944 meine tschechoslowakische Uniform, mein Gewehr und meine Munition und setzte nun meinen Krieg gegen die Nazis mit konventionellen Mitteln fort; Ende Mai 1945 wurde ich aus der Armee entlassen. Im gleichen Jahr ging ich nach Prag, um dort Chemie und Biochemie zu studieren, was ich schon vor meiner Deportation nach Auschwitz vorgehabt hatte. Nach einer ehrenvollen Militärzeit – ich wurde während des Slowakischen Aufstands mehrmals ausgezeichnet – und der Legalisierung meines tschechoslowakischen Namens standen mir in Prag alle Türen offen. Ich schloß meine Studien ab und begann eine Laufbahn in der Wissenschaft (Biochemie und Neurochemie). 1958 emigrierte ich freiwillig aus der Tschechoslowakei und setzte meine Lehr- und Forschungstätigkeit in Israel (im Landwirtschaftsministerium), im Vereinigten Königreich (Medical Research Council), in den USA (Harvard Medical School) und in Kanada (Medical Research Council of Canada und University of British Columbia) fort.

Zur Zeit dieser Niederschrift sind seit den geschilderten Ereignissen mehr als fünfzig Jahre vergangen, und über die damaligen Vorgänge ist viel geschrieben worden. Es gibt Kontroversen sowohl über den Inhalt des Vrba-Wetzler-Berichts wie über sein nachfolgendes Geschick. Einige wichtige Punkte bedürfen der Klärung. Der tschechische Historiker Kárny schrieb 1992[30], weder ich noch Wetzler hätten etwas über die in Auschwitz getroffenen Vorbereitungen zur Ermordung der ungarischen Juden gewußt: „Im ganzen Bericht von Wetzler und Vrba findet sich keine Erwähnung dessen, was in Auschwitz offenes Geheimnis gewesen sein soll, nämlich daß jetzt die ungarischen Juden drankommen und daß in Auschwitz bereits Vorbereitungen für ihre Ermordung getroffen werden. Hätte es im Lager ein solches offenes Geheimnis gegeben, wäre es von den ausgebrochenen Häftlingen gewiß als notwendig angesehen worden, diese Vorbereitungen in ihrem Bericht besonders hervorzuheben." Kárny glaubt ferner, den Beweis für meine und Wetzlers Ignoranz erbringen zu können, indem er das Ende des chronologischen Teils unseres Berichts wörtlich zitiert: „Mitte März kam eine kleine Gruppe von Benzburger und Sosnowitzer Ju-

[30] Kárny, Historie oswetimské zprávy Wetzlera a Vrby, S. 174 f.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den, die aus ihren Verstecken ausgehoben wurden. Von einem erfuhren wir, daß sich viele polnische Juden nach der Slowakei und von dort nach Ungarn retten und daß ihnen hierbei die slowakischen Juden helfen. Nach der Vergasung des Theresienstadter Transportes hatten wir bis zum 15. März 1944 keinen Zuwachs. Der Lagerbestand sank, weshalb dann alle Männer von fortlaufend ankommenden Transporten von insbesondere holländischen Juden in das Lager gebracht wurden. Wir verließen das Lager am 7. April 1944 und hörten noch, daß große Transporte mit griechischen Juden ankommen."

Kárny führt seinen Gedankengang fort, indem er sagt: „Wenn es Wetzler und Vrba für angebracht hielten, Gerüchte über erwartete Transporte griechischer Juden mitzuteilen, warum haben sie dann nicht berichtet, daß Transporte mit hunderttausenden ungarischer Juden erwartet wurden, wenn deren Ankunft tatsächlich ein offenes Geheimnis in Auschwitz war. Wenn sie von der Hilfe sprachen, die slowakische Juden polnischen Juden leisteten, die nach Ungarn flüchteten, warum haben sie diese polnischen Flüchtlinge nicht vor der Gefahr gewarnt, die ihnen gerade in Ungarn drohte." Und so behauptet er, „(Wetzler und Vrba) ... wußten nicht, daß die Endlösung in Ungarn unmittelbar bevorstand". Mit anderen Worten: Kárny gibt zu verstehen, die Vorbereitungen für den Holocaust der ungarischen Juden seien deshalb nicht weitergemeldet worden, weil wir damals gar nichts darüber gesagt hätten.

Eine Kopie des slowakischen Originaltextes unseres Berichts ist nach meiner Kenntnis nicht erhalten, und so vermag ich nicht kategorisch zu sagen, ob in diesem Originaltext die Warnung vor dem unmittelbar bevorstehenden Holocaust der ungarischen Juden enthalten war oder nicht. Jedoch habe ich eine klare Erinnerung daran, daß ich, bei der Prüfung der endgültigen Fassung des Berichts, mit Krasnyanski über diesen Punkt diskutierte. Ich bestand darauf, die Warnung in den Bericht aufzunehmen, während Krasnyanski der Meinung war, es solle nur von bereits geschehenen Morden die Rede sein, so daß die Schlußfassung als ein Bericht allein über Fakten dastehe, nicht „geschwächt" durch „Vorhersagen" und „Prophezeiungen". Ich weiß nicht mehr, wessen Meinung sich durchsetzte. Jedoch weiß ich sehr genau, daß mir Krasnyanski zusicherte, die jüdischen und andere Autoritäten würden jedenfalls sofort über alle von uns berichteten Einzelheiten der Vorbereitung des Massenmords an den ungarischen Juden unterrichtet werden.

In der Tat gibt es unanfechtbare Beweise dafür, daß die Auschwitzer Vorbereitungen, wie sie von Wetzler und mir geschildert worden waren, den jüdischen Autoritäten in der Slowakei und anschließend deren Partnern in Ungarn mitgeteilt wurden. Überdies gingen diese Informationen alsbald an die schon erwähnten jüdischen Kontaktpersonen in westlichen Ländern, vor allem an die in der Schweiz. Der Brief Rabbi Weissmandels und Gizi Fleischmanns, von dem bereits die Rede war[31], ist am 22. Mai 1944 geschrieben worden, vier Wochen nachdem Wetzler und ich es von Auschwitz bis in die Slowakei geschafft hatten, aber zwei Wochen bevor Mordowicz und Rosin in der Slowakei anlangten (6. Juni 1944), hat also nicht auf deren Informa-

[31] Vgl. Anm. 5.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionen beruhen können. Dieser Brief ist in seiner maschinenschriftlichen Fassung fünf Seiten lang und wurde durch einen zuverlässigen Kurier in die Schweiz gebracht, das Original zum Berner Büro der Hechaluz.

Der Brief beginnt mit zwölf Absätzen, bezeichnet (a)–(m), die detaillierte Angaben über das in Auschwitz praktizierte System enthalten. In Absatz (l) heißt es: „Schon im Dezember [1943] und im Januar [1944] ist [in Birkenau] eine besondere Bahnlinie gebaut worden, die zu den Stätten der Vernichtung führt, und zwar als Vorbereitung des neuen Werks der Vernichtung der ungarischen Juden. Das haben gut informierte Leute dort in der Hölle gesagt; dort wird dies ohne Bedenken besprochen, ohne Furcht, daß jemand draußen davon erfahren wird, da sie überhaupt annehmen, daß niemand im Lande etwas über das Geschehen in dieser Hölle weiß."

Im Absatz (m) sagt Rabbi Weissmandel, so „ist ihr System in Auschwitz, wohin sie seit gestern [von Ungarn] täglich 12000 jüdische Seelen transportieren, Männer, Frauen, alte Leute, Kinder, Kranke und Gesunde, und dort werden die Deportierten Tag für Tag erstickt und verbrannt und zu Dünger für die Äcker verarbeitet." In einem anderen Teil des Briefs beschreiben der Rabbi und Gizi Fleischmann die unmenschlichen Methoden des Transports nach Auschwitz und das weitere Schicksal der Deportierten folgendermaßen: „(e) Diese Transporte kommen in Auschwitz nach zwei bis drei Tagen Fahrt ohne Lüftung, ohne Nahrung, ohne Wasser, Leib an Leib gepreßt, an. Auf diese Weise stirbt eine beträchtliche Anzahl bereits während der Fahrt; die Überlebenden gehen nackt in spezielle Räume großer Gebäude, und zwar in dem Glauben, daß sie ein Bad nehmen werden. Dort werden sie dann – jeweils 2000 Seelen – mit Zyanid vergast."

In den Absätzen (f) und (g) ist festgehalten: „Nach authentischen Aussagen einiger Zeugen gab es Ende Februar [1944] in Auschwitz vier solcher Vernichtungsstätten, und Gerüchten zufolge werden diese Anlagen erweitert ... Die Leichen werden in speziell für diesen Zweck gebauten Öfen verbrannt."

Es kann nicht überraschen, daß Rabbi Weissmandel in seinem Brief die Quellen derart wichtiger Informationen nicht beim Namen nennt, doch sagt er auf Seite 3 des Schreibens, daß die Angaben von „zwei kürzlich aus Auschwitz entkommenen Juden" stammten. Wir können also sicher sein, daß sein Brief auf die Lektüre unseres Berichts gestützt war, die irgendwann zwischen dem 28. April und dem 22. Mai stattgefunden haben muß. Die Annahme ist zwingend, da in jenen Wochen keine weiteren Augenzeugen aus Auschwitz flüchten konnten und nie eine andere Quelle in Rede stand. Auch kannte der Rabbi, wie ich schon erwähnte, bei unserem Treffen Ende Juni 1944 die Einzelheiten unseres Berichts sehr gut. Angesichts dieser Sachlage steht es wohl außer Zweifel, daß der Rabbi den Hilferuf, den er in die Schweiz schickte, auf den Bericht über Auschwitz gründete, den Wetzler und ich gegeben hatten. Nur diese Erklärung ist plausibel.

Daraus folgt, daß sich jene Historiker irren, die in letzter Zeit darzutun suchten, Wetzler und ich hätten vor unserer Flucht von den Auschwitzer Vorbereitungen für die Ermordung der ungarischen Juden nichts gewußt. Tatsächlich hatten wir von diesen Vorbereitungen Kenntnis und haben sie klar und überzeugend geschildert.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. Oskar Neumann, der Vorsitzende des Slowakischen Judenrats, hat das in einer nach dem Krieg gemachten Aussage eindeutig bestätigt[32].

Es ist auch bemerkenswert, wie gut der Rabbi über Details der Deportationen aus Ungarn unterrichtet war, obwohl er doch in der Slowakei, in Bratislava, lebte. Er sagt in seinem Brief, die Deportationen hätten östlich der Theiß begonnen, 12000 würden täglich abtransportiert, jeder Waggon enthalte 60 oder mehr Personen, jeder Zug bestehe aus 45 Waggons usw. Dies zeigt, daß die jüdische Führung in Bratislava und die in Budapest enge Verbindung hielten und daß dem Judenrat in Bratislava – erst recht dem in Budapest – vor und während der Deportationen gut und rasch funktionierende Informationskanäle auch in entferntere Regionen Ungarns zur Verfügung standen, obwohl Juden nicht mehr reisen durften.

Auch die Kirchen, die katholische wie die protestantische, hatten keine Schwierigkeiten, sich die gleichen Informationen über den Fortgang der Deportationen zu beschaffen, und es gibt genügend Beweise dafür, daß sie recht gut wußten, was vor sich ging; eine jüngst erschienene Studie zeigt das im Detail[33]. Der unabweisbare Schluß lautet also: Spätestens im Mai 1944 wußten die führenden Repräsentanten aller Konfessionen, daß die ungarischen Juden zur Schlachtbank geführt wurden, und aus irgendeinem Grunde unterließen es die führenden Repräsentanten aller Konfessionen, die Massen der Opfer, mehr als vierhunderttausend, zu warnen. Die jüdischen Autoritäten unterrichteten zwar ihre Verbindungsleute in der Schweiz über die Vorbereitungen für die Deportationen und über den Ablauf der Deportationen selbst, nicht aber die Deportierten.

Die „Interpretation" all dieser Ereignisse ist naturgemäß eine schmerzhafte Sache, und meine Interpretation – das geht aus dem bisher Gesagten hervor – unterscheidet sich wesentlich von den Interpretationen, die Y. Bauer, A. Cohen und andere vor allem israelische Holocaust-Forscher geben, die Lob und Preis für die „verdienstvolle Arbeit" Weissmandels, Dr. Kastners und sonstiger „Unterhändler" finden. Ich sehe mich gezwungen, derartige Interpretationen als Produkte von Wissenschaftlern zu verstehen, die nicht allein die jüdische Zukunft, sondern auch die jüdische Vergangenheit schöner machen möchten. Vielleicht liegt das Problem zum Teil darin, daß viele, die damals die Nazis nicht direkt erlebten, nicht fähig sind, die wahrhaft bösartige Natur des Nazismus zu begreifen; daher wissen sie nicht, wie zwecklos „Verhandlungen" mit den Nazis sein mußten, wenn man nicht gleich stark oder stärker war. Für diejenigen von uns, die in Auschwitz die Nazis in Aktion erlebten, ist diese grundlegende Wahrheit leichter zu verstehen. Wenn die Nazis sich in Bratislava oder Budapest auf irgendwelche „Verhandlungen" mit Juden einließen, so deshalb, weil sie Täuschungsmanöver brauchten, um die Judenräte in den Dienst ihrer Absichten zu stellen, die ganz einfach waren: die Juden rasch ihres persönlichen Eigentums zu berauben, auf der Grundlage von Namen und Adressen, die von den Judenräten zu liefern waren, Deportationslisten aufzustellen, die Deportationsopfer zum „reibungslo-

[32] J. O. Neumann, Im Schatten des Todes, Tel-Aviv 1956, S. 178ff.
[33] Szenes/Baron, Von Ungarn nach Auschwitz.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen" Einsteigen in die Eisenbahnwaggons zu kriegen und sie dann in Auschwitz ökonomisch und effizient umzubringen, und zwar unter Wahrung des Geheimnisses ihres mörderischen Imperiums. Die Tatsache, daß die Nazis in Budapest und anderswo auch Bestechungsgelder von jüdischen Honoratioren, etwa von F. v. Freudiger[34], annahmen, hat ihre hingebungsvolle Arbeit für das große Ziel der „Endlösung" nur wenig beeinträchtigt. Es ist ja bekannt genug, daß auch in Auschwitz die SS, vom Kommandanten Höß bis zum kleinsten SS-Mann im Lager, nicht nur aufs Umbringen von Juden erpicht war, sondern auch aufs Plündern und Stehlen. Das war sogar Teil der inoffiziellen Belohnung für die Mordarbeit, wenngleich Heinrich Himmler scheinbar anderer Meinung war. Juden – oder sonst jemand, der in schwacher, verwundbarer Position und nicht deutsch war – zu berauben und zu betrügen, war für die SS so selbstverständlich wie ihre Ermordung. Die jüdischen „Unterhändler" zu erpressen und stattliche Bestechungsgelder zu nehmen, verpflichtete die Nazis zu nichts, war Teil ihres zynischen Spiels. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einige relevante Fakten hinweisen, wie sie uns andere Teilnehmer am Drama des extrem schnellen Massenmords an ungarischen Juden überliefert haben.

Rabbi Weissmandels Kontakt- und Vertrauensmann in Ungarn war ein wichtiges Mitglied des dortigen Judenrats, Fülöp von Freudiger, Schwiegersohn des verstorbenen Rabbi von Bratislava, Akiba Schreiber, und Zögling einer slowakischen Jeschiwa[35]. In einem späteren Bericht vermerkte Freudiger, daß am 19. März 1944, an dem Tag also, an dem deutsche Truppen die Westgrenze Ungarns überschritten, Eichmanns „Sondereinsatzkommando" Verbindung mit dem Judenrat und mit etlichen einflußreichen jüdischen Honoratioren aufnahm. Die beteiligten Offiziere von Eichmanns Stab waren SS-Obersturmbannführer Krumey, SS-Hauptsturmführer Hunsche, SS-Standartenführer Kurt Becher und der bereits erwähnte Dieter Wisliceny. Dieser Wisliceny brachte sogar einen hebräisch geschriebenen Brief von Rabbi Weissmandel mit, in dem der Rabbi seinem Freund Freudiger mitteilte, „daß sie Wisliceny vertrauen könnten"[36]. Freudiger sagt ferner, daß er aus Bratislava, vornehmlich von Rabbi Weissmandel, regelmäßig Post bekommen habe, und zwar durch einen Kurier der ungarischen Botschaft, der die Strecke Bratislava – Budapest oft mit dem Nachtschnellzug zurücklegte[37]. Schon in der zweiten Maiwoche 1944 erhielt Freudiger von Weissmandel die Mitteilung, nach Informationen aus dem slowakischen Verkehrsministerium habe die slowakische Regierung zugestimmt, daß 310000 ungarische Juden durch die Slowakei nach Auschwitz transportiert würden. Natürlich wußte Rabbi Weissmandel zu diesem Zeitpunkt nicht nur generell über Auschwitz Bescheid, sondern auch über die speziellen Vorbereitungen für den Empfang und die Ermordung des „Zugangs" aus Ungarn; schließlich waren bereits drei Wochen

[34] Fülöp v. Freudiger, Five Months, in: Randolph L. Braham (Hrsg.), The Tragedy of Hungarian Jewry. Essays, Documents, Depositions, New York 1986, S. 237–293, hier S. 266.
[35] Ebenda, S. 238.
[36] Ebenda, S. 239, 245.
[37] Ebenda, S. 262.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vergangen, seit Wetzler und ich unseren Bericht geliefert hatten. Freudiger bestätigt, daß die Mitteilungen, die er von Rabbi Weissmandel bekam, neben Angaben über den bisherigen Gang der Dinge in Auschwitz auch Informationen über die Zurüstungen für die ungarischen Juden enthielten[38]. Freudiger erklärte ferner, daß danach Angehörige des Judenrats diese Informationen „an Parlamentsmitglieder, an Bischöfe und sogar an Horthy" geleitet hätten[39]. Jedoch ist es Tatsache, daß in der Zeit vom 15. Mai bis zum 7. Juli 1944 die zur Deportation Bestimmten, die der Warnungen des Vrba-Wetzler-Berichts am meisten bedurft hätten, über ihr Schicksal im Dunkeln gehalten wurden.

Auf der anderen Seite zeitigten die Verhandlungen von Angehörigen des Judenrats, vornehmlich die der von Dr. Kastner geführten zionistischen Gruppe, einen begrenzten Erfolg. Ein Transport mit 1800 jüdischen Personen aus Ungarn wurde im August 1944 von Eichmann nicht nach Auschwitz, sondern – auf langen und verschlungenen Wegen – in die Schweiz dirigiert. Wer in diesem Transport fuhr, gehörte offensichtlich nicht zu den Armen der Juden Ungarns. Freudiger hält fest[40], daß die SS, vertreten durch Standartenführer Kurt Becher, als Abschlagszahlung für den Transport Bargeld, Devisen, 18 kg Gold, 180 Karat Diamanten und 1000 oder 2000 Dollar pro Person kassierte, was 1944, als der Wert des Dollar in Ungarn astronomische Höhen erreicht hatte, ein unglaubliches Barvermögen für einen Durchschnittsbürger darstellte. Ob die Wahrung des Geheimnisses der Todesmühlen von Auschwitz von den Judenräten selbstauferlegt oder Teil des Preises für die Freilassung einer kleinen Anzahl privilegierter Juden war, kann aus offensichtlichen Gründen nicht entschieden werden. Doch ist die Annahme sicherlich nicht weit hergeholt, daß es sich für Eichmann auszahlte, wenn er knapp 2000 reiche oder mit guten Beziehungen ausgestattete Juden in die Schweiz entließ und dafür mit der Unwissenheit der übrigen ungarischen Juden über das Geschehen in Auschwitz belohnt wurde. Klar ist, daß diese prominenten Juden die in unserem Bericht enthaltenen Informationen durchaus kannten. Andreas Biss, ein enger Mitarbeiter Kastners und Freudigers, beschreibt eine bemerkenswerte Episode jener Reise: Irgendwo wurde der Zug auf seiner Fahrt nach Westen zu einem Ort namens Auspitz umgeleitet; daraufhin brach unter den Passagieren eine Panik aus, weil sie für einen Moment Auspitz mit Auschwitz verwechselten[41]. Während es also in Ungarn 437 000 Juden gab, die über Auschwitz und die dort zu ihrer Ermordung getroffenen Vorbereitungen nicht informiert wurden, wußte eine winzige Minderheit von 1800 Juden, die auf dem Weg in die Schweiz waren, sehr wohl, was Auschwitz bedeutete. Daß in einem kleinen Land zwei so unterschiedlich unterrichtete Gruppen existierten, ist eine verblüffende, doch gut belegte historische Tatsache.

Ein weiterer Beweis für die Kollaboration zwischen den Nazis und gewissen begünstigten Gruppen von Juden ist darin zu sehen, daß Wisliceny, als Horthy im Juli

[38] Ebenda.
[39] Ebenda, S. 263.
[40] Ebenda, S. 269.
[41] Andreas Biss, A Million Jews to Save, London 1973, S. 81.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1944 die Deportationen stoppte und der Judenrat seinen Nutzen für die Deutschen verlor, Freudiger den – befolgten – Rat gab, sich nach Rumänien abzusetzen[42]. Yehuda Bauer schreibt, kurz vor der Befreiung Bratislavas durch die Rote Armee, zu der es am 4. April 1945 kam, „verließ am 31. März auf Grund der Bemühungen Bechers eine Gruppe von 69 Personen, meist aus Bratislava, die Stadt, erreichte am 3. April Wien und setzte dann die Reise in die Schweiz fort. Unter ihnen befand sich auch Rabbi Weissmandel."[43] Bei dem hier erwähnten Becher handelte es sich um den SS-Standartenführer Kurt Becher, einen engen Mitarbeiter Eichmanns. Res ipsa loquitur.

Anscheinend neigte die Masse der slowakischen und ungarischen Juden dazu, in der Stunde der Not ihr Vertrauen entweder auf die „zionistische Führung" (das heißt auf Dr. Kastner, Biss und ähnliche Figuren) oder auf die orthodoxen und rabbinischen Führer (das heißt Rabbi Weissmandel, von Freudiger usw.) zu setzen. Die Nazis waren sich dessen bewußt und suchten sich daher eben diese Kreise als Partner für „Verhandlungen" aus. Daß die „Unterhändler" und ihre Familien in Wirklichkeit nur klägliche, wenn auch freiwillige Geiseln in den Händen der Nazis waren, stellte ein wichtiges Element des „Handels" dar. Nach dem Zeugnis von Überlebenden wie Elie Wiesel scheint klar zu sein, daß die Masse der Juden annahm, falls sie etwas wahrhaft Schreckliches erwarte, würden es ihre ehrbaren Führer schon wissen und die Kenntnis auch teilen. Wie bereits dargelegt, haben die Führer in der Tat erfahren, was Auschwitz bedeutete, jedoch ihr Wissen nicht mit den für die Deportation bestimmten Juden geteilt. Die verwirrend passive Fahrt enormer Massen ungarischer Juden zu den Gaskammern von Auschwitz war tatsächlich das Ergebnis eines erfolgreichen Täuschungsmanövers der Nazis, eines Tricks, der drei- bis viermal soviel Todesopfer produzierte wie die Atombombe von Hiroshima. Das war ein unglaublicher und selbst für Auschwitz beispielloser organisatorischer Erfolg. Es ist jedoch meine Überzeugung, daß eine kleine Gruppe informierter Personen durch ihr Schweigen anderen Menschen die Möglichkeit oder das Privileg nahm, über das eigene Verhalten angesichts einer tödlichen Gefahr selber zu entscheiden.

Wir müssen uns natürlich auch der Tatsache bewußt sein, daß zwar rund 400 000 Juden aus Ungarn ermordet und verbrannt wurden, daß aber ihr Besitz nicht verbrannt wurde. Ich spreche nicht von den Goldkronen, die man ihnen aus dem Mund zog, ehe sie in die Krematorien kamen, auch nicht von dem Gepäck, das man ihnen stahl und das in die Warenlager von „Kanada" wanderte. Die Mehrheit der ungarischen Juden rechnete zur Mittelklasse und ließ Häuser zurück, Gärten, Felder, Wertpapiere, Bankkonten, „Geschäfte an der Hauptstraße", Wohnungen, Möbel, Autos, Fahrräder, Küchengeräte, Radios, Pelzmäntel und viele andere Dinge, die in den zerbombten Regionen Deutschlands und Europas knapp und wertvoll waren. Dies erklärt zum Teil, warum Horthy und seine Clique – mit Hilfe der blutdürstigen Gendarmerie – so scharf darauf waren, die unglücklichen Juden „loszuwerden". Als die ungarischen Juden nach Auschwitz deportiert wurden, waren ja Horthy und sei-

[42] Freudiger, Five Months, S. 277 f.
[43] Yehuda Bauer, American Jewry and the Holocaust, Detroit 1981, S. 449.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne Gendarmerie noch an der Macht. Das eingezogene Vermögen der Juden ging an jene Ungarn, die Horthy Loyalität bezeigten, und zu einer Zeit, da sich der Krieg offensichtlich zum Schlechten gewendet hatte, sollte es auch dazu dienen, erschütterte Loyalitäten wieder zu kräftigen. Wenn wir annehmen, daß sich der Wert des Vermögens eines durchschnittlichen deportierten Juden nur auf hundert Dollar belief, ergaben vierhunderttausend Opfer einen Gewinn von vierzig Millionen Dollar, der sofort in Ungarn verteilt wurde – im damaligen, vom Krieg verheerten Europa ein gewaltiges Vermögen. Natürlich war der Wert des Eigentums der Deportierten um ein Vielfaches höher, und „Verteilung" von Gütern und Besitz übte stärkeren politischen Einfluß aus, als es die Verteilung von Papiergeld – in Kriegszeiten immer von dubiosem Wert – getan hätte. Aus diesen Gründen halte ich Rabbi Weissmandels Idee, die Deportation der ungarischen Juden mit seinem „Europa-Plan" zu stoppen und die Nazis mit zwei Millionen Dollar bestechen zu können, für unsinnig. Solch unrealistische, lächerliche und wahrlich kindische Pläne haben die Nazis zweifellos amüsiert, waren ihnen aber von Nutzen, sofern und solange die Realitäten von Auschwitz den ins Auge gefaßten Opfern vorenthalten wurden und Hunderttausende problemlos deportiert werden konnten. Mit Interesse stellt man fest, daß Eichmanns Budapester Genossen, die SS-Offiziere Krumey und Hunsche, nach dem Krieg zunächst von Verfolgung ausgenommen blieben, weil ihnen Dr. Kastner im Namen des Zionistischen Weltkongresses Entlastungszeugnisse ausstellte[44]. Erst nach 1969, fünfundzwanzig Jahre später, kamen sie vor Gericht[45]. Dr. Kastner rüstete auch Standartenführer Kurt Becher mit einem „Persilschein" aus[46], und meines Wissens lebte Becher noch in den achtziger Jahren als Millionär vergnügt in Hamburg[47]. Wisliceny freilich wurde von den Briten festgenommen, an die Tschechoslowakei ausgeliefert und in Bratislava gehängt[48]. Kastner machte im jungen Staat Israel Karriere, wurde aber nach einem komplizierten Verleumdungsprozeß 1958 auf einer Straße in Tel Aviv erschossen und nach seinem Tod rehabilitiert[49]. Weissmandel starb 1958 in New York, wo er als vielbewunderter Rabbi gewirkt hatte[50].

(Aus dem Amerikanischen übersetzt von Hermann Graml)

---

[44] Karla Müller-Tupath, Reichsführers gehorsamster Becher. Eine deutsche Karriere, Fulda 1982.

[45] Krumey und Hunsche standen 1969/70 in Frankfurt vor Gericht. Krumey wurde zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, Hunsche freigesprochen. Nachdem die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte, kam es zu einem zweiten Verfahren: Krumey erhielt nun zwölf Jahre Haft, Hunsche fünf Jahre.

[46] Bauer, American Jewry, S. 432.

[47] Vgl. Anm. 44.

[48] Reitlinger, The Final Solution, S. 567.

[49] Braham, The Politics of Genocide, S. 721.

[50] Moshe Shonfeld, The Holocaust Victims Accuse. Documents and Testimony on Jewish War Criminals, New York 1977, S. 12.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

RUPRECHT POENSGEN

DIE SCHULE SCHLOSS SALEM IM DRITTEN REICH

Sich mit der geschichtlichen Entwicklung des Internates Salem in der Ära des nationalsozialistischen Deutschlands zu beschäftigen, ist in vieler Hinsicht interessant. Zwischen der Salemer Schule und der NS-Bewegung bestand ein spannungsreiches Verhältnis, das weit in die Weimarer Republik zurückreichte. Die Folgen der nationalsozialistischen Machtergreifung erschütterten Salem so schwer, daß es schon bald an den Rand des Zusammenbruchs geriet. Dennoch konnte die Schule ihre Arbeit bis in die letzten Kriegsjahre fortsetzen, was nicht zuletzt darauf beruhte, daß ihr Fortbestehen für den NS-Staat von Bedeutung erschien.

Eine Auseinandersetzung mit der eigenen Schulgeschichte im Dritten Reich ist in Salem selber bisher nur teilweise erfolgt, sie beschränkt sich häufig auf knappe Darstellungen punktueller Ereignisse wie z. B. die Verhaftung des Salemer Leiters im März 1933[1]. Auch in den Erziehungs- und Geschichtswissenschaften ist es bis jetzt zu keiner systematischen Aufarbeitung des Themas gekommen[2]. Die These zweier kurzer historischer Abhandlungen aus der Mitte der sechziger Jahre, „daß es [Salem] im ganzen gelang, die Kontinuität der Schule zu erhalten"[3], da der Nationalsozialismus nicht „den Kern Salems treffen" konnte[4], ist bis heute nicht kritisch überprüft worden.

---

[1] Ansprachen und Festreden zum 100. Geburtstag von Kurt Hahn 1986, Salem 1986; vgl. Hildegard Disch, Die Schule Schloß Salem in den Jahren 1933–1945, in: Schule Schloß Salem (Hrsg.), Bericht über die Zeit von 1933–1948, Salemer Hefte 28 (1949), Sonderheft; MS des Leistungskurses Geschichte (13. Klasse), Gedenkstunde des 50. Jahrestages der „Verhaftung Kurt Hahns durch die Nationalsozialisten" am 11. März 1933, Salem 1983; Jocelin Winthrop-Young, Zur Geschichte Salems. Vortrag in Form einer Collage, in: Salemer Hefte 53 (1980); 80. Geburtstag [von] Kurt Hahn, Festreden und Ansprachen, Ravensburg o. J.

[2] Vgl. die Arbeiten Michael Knolls, der das pädagogische Werk Kurt Hahns in einen größeren politischen Zusammenhang gestellt hat; Kurt Hahn, Erziehung und die Krise der Demokratie. Reden, Aufsätze, Briefe eines politischen Pädagogen, hrsg. von Michael Knoll, Sonderausgabe der Schule Schloß Salem zum 100. Geburtstag von Kurt Hahn, Stuttgart 1986; Michael Knoll, „... das Ziel ist die politische Mündigkeit". Zum 100. Geburtstag von Kurt Hahn, in: Bildung und Erziehung 39 (1986), S. 217–220.

[3] Heinrich Kupffer, Die Periode der Anfechtung und Gefährdung (1933–1945), in: Hermann Röhrs (Hrsg.), Bildung als Wagnis und Bewährung. Eine Darstellung des Lebenswerkes von Kurt Hahn, Heidelberg 1966, S. 127.

[4] Werner Köppen, Die Schule Schloß Salem in ihrer geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Gestalt, Ratingen 1967, S. 45. Köppen zufolge stellte Salem „das überzeugendste Beispiel eines Schulstaates auf deutschem Boden" dar, das „seine Lebens- und Funktionsfähigkeit" im Dritten Reich bewies; ebenda, S. 33.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Historischen Untersuchungen über Salems Werdegang im Dritten Reich steht seit dem Aufbau des schuleigenen Kurt-Hahn-Archivs, das seit einigen Jahren der Öffentlichkeit weitgehend zugänglich ist, nichts mehr im Wege. Wichtige Dokumente befinden sich auch im Badischen Generallandesarchiv in Karlsruhe.

I. Kurt Hahn, die Schule Schloß Salem und die nationalsozialistische Bewegung vor 1933

Prinz Max von Baden und Kurt Hahn gründeten 1919 die Schule Schloß Salem[5]. Das pädagogische Konzept Salems erhielt Anregungen von den englischen „Public Schools", der Jugendbewegung, verschiedenen reformpädagogischen Strömungen in England, Deutschland und den USA (Reddie, Lietz, Kerschensteiner, Foerster, Dewey, James). Beeinflußt wurde es auch von Hahns Rezeption von Platons Staat, Goethes Wilhelm Meisters Wanderjahre und Fichtes Reden an die deutsche Nation. Salems besonderer pädagogischer Auftrag und politischer Standort erwuchsen zunächst aus den negativen Erfahrungen, die seine Gründer innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Führungsschicht Deutschlands im I. Weltkrieg gesammelt hatten. Prinz Max, letzter Reichskanzler Kaiser Wilhelms II., und Hahn, Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei während des Krieges, sahen die Ursache für den Niedergang des Kaiserreichs zu einem großen Teil in seiner Elite selbst begründet: „Deutschland ist daran zugrunde gegangen, daß die Welt des Handelns und die Welt des Denkens zwei getrennte feindliche Lager waren: wer denken konnte, konnte nicht handeln, wer handeln konnte, vermochte meist nicht zu denken."[6]

Hinzu kam die tiefe Sorge vor der weiteren Entwicklung des staatlichen Gemeinwesens in der Weimarer Republik. Besonders die Jugend wollten Prinz Max und Hahn vor einem Zeitgeist bewahren, der ihrer Auffassung nach durch eine Dekadenz der sittlichen Werte bestimmt war. Sie sahen sich dabei mit anderen Landschulhei-

[5] Karl Reinhardt, preußischer Geheimer Oberregierungsrat und langjähriger Direktor des reformpädagogischen Goethe-Gymnasiums Frankfurt a.M., prägte Salem bis zu seinem Tode im Jahre 1923 als dritter Gründer wesentlich mit.

[6] „Aufruf zur Gründung der ‚Vereinigung der Freunde Salems'" 1924, in: Kurt Hahn-Archiv der Schule Schloß Salem (künftig: KHA). Kurt Hahn (1886–1974), in Berlin als Sohn jüdischer Industrieller geboren, arbeitete seit 1914 als Lektor bei der dem Auswärtigen Amt angegliederten „Zentralstelle für Auslandsdienst". Wegen eines kritischen Berichtes anläßlich der bevorstehenden Erklärung des verschärften U-Boot-Krieges mußte er im Januar 1917 die Zentralstelle verlassen und arbeitete sodann in der von Oberst von Haeften geleiteten militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes, bis er im Oktober 1918 als Mitarbeiter des Prinzen Max von Baden (1867–1929) in den Dienst der Reichskanzlei trat. Hier war er als Sachverständiger der ersten Delegation für die Friedensverhandlungen in Versailles unter Graf Brockdorf-Rantzau tätig. Im Januar 1919 wurde er Privatsekretär des Prinzen Max. Hahns pädagogische Interessen beruhten auf einer Begegnung mit zwei ehemaligen Schülern des englischen Internates Abbotsholme im Jahre 1902 und dem Buch „Emlohstobba" von Hermann Lietz. Anregungen, die Hahn durch sein Studium in Oxford und Göttingen (1904–1914) erhielt, bestärkten ihn in seinen Plänen für eine eigene Schulgründung.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men in einer Bewegung vereint, denen es aufgegeben war, „gegen den reißend fortschreitenden Verfall unseres Volkes einen Damm aufzurichten“[7]. Salem war also eine zutiefst politische Gründung, eine als pädagogische Antwort auf die gesellschaftlichen Probleme der Zeit gedachte Schule. Von Beginn an war sie gegen eine angeblich gefährliche und verwerfliche Außenwelt ausgerichtet. „Freie, mutige Bürger erziehen, christliche Gentlemen, Parlamentarier etwa, die in fairem Kampf ihre besseren Ansichten durchsetzten gegenüber einer verderblichen“, dies war das erklärte Ziel[8]. Aus der Erkenntnis Hahns, die Wirklichkeit habe heute nicht die Menschen, die sie brauche, stellte sich Salem für ihn geradezu als eine Notwendigkeit dar[9].

Golo Mann bemerkte treffend, daß Hahns Pädagogik „immer auch politische Zwecke“ verfolgte: im „Umkreis des Hahnschen Humanismus“ waren letztlich „Pädagogik und Politik ein und dasselbe“[10]. So sprach Hahn bewußt von „staatsbürgerliche[r] Erziehung“[11], welche in Salem ausgeübt werden sollte. In einer ganzheitlichen Erziehung sollte man dabei der Charakterausbildung neben der körperlichen Ertüchtigung und der geistig-wissenschaftlichen Ausbildung ein besonderes Gewicht einräumen. Hahn erhob gegenüber seinen Zöglingen und Altschülern einen hohen moralischen Anspruch, der sich in einem ganzen Katalog von zu erlernenden Eigenschaften widerspiegelt. Im Laufe ihrer Schulzeit sollten die Salemer vor allem Gemeinsinn und Gerechtigkeitsgefühl entwickeln. Auch sollten sie u. a. die Fähigkeiten erlernen, das von ihnen als Recht Erkannte durchzusetzen, zu planen und zu organisieren sowie sich in unerwarteten Situationen zu bewähren[12]. Salems Schüler wollte man zu humanistisch gesinnten, ehrlichen, toleranten, sozialen, arbeitsamen und friedfertigen, aber wehrbereiten Gliedern der Gesellschaft erziehen. Prinz Max und Hahn strebten an, „eine geistig-sittliche, körperlich gesunde Führungsschicht“ heranzuziehen, „die einmal im Staate als Aristokratie [der Gesinnung] Führungsaufgaben übernehmen sollte“[13]. Den hohen Anspruch in die Wirklichkeit umzusetzen, war jedoch schwierig, wie auch Hahn zugestand: „Es ist, als ob aus verheißungsvollen Quellen starke Ströme sich in Bewegung setzen, die irgendwie versickern, ehe sie in das Leben der Nation einmünden.“[14]

---

[7] Kurt Hahn, Die [nationale] Aufgabe der Landerziehungsheime (1928), in: Ders., Erziehung zur Verantwortung. Reden und Aufsätze, Stuttgart o.J., S. 42. Den Landerziehungsheimen insgesamt sprach Hahn die Aufgabe zu, dem deutschen Volk „das Reiten beizubringen“, nachdem Bismarck in dem Glauben gescheitert sei, „man brauche das deutsche Volk nur in den Sattel zu setzen, damit es auch reiten könne“; ebenda, S. 35.

[8] Golo Mann, Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland, Frankfurt a. M. ^{3}1986, S. 142 f.; vgl. auch KHA, Sonderdruck, Rede des Prinzen Max von Baden am 14. 4. 1920 bei der Eröffnung der Schule Schloß Salem.

[9] Vgl. Hahn, Die Aufgabe, S. 28.

[10] Golo Mann, Kurt Hahn als Politiker, in: Röhrs (Hrsg.), Bildung, S. 9.

[11] Hahn, Die Aufgabe, S. 35.

[12] Ebenda, S. 28.

[13] Köppen, Die Schule Schloß Salem, S. 187 und 28.

[14] Hahn, Die Aufgabe, S. 37.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

An erster Stelle stand in Hahns Pädagogik die Erziehung des jungen Menschen zur „Selbsthingabe an die gemeinsame Sache“[15]. Dies übten die Salemer zunächst in ihrem Schulstaat, um sich später verantwortlich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Der Gruppe, der Gemeinschaft, sollte der einzelne aber niemals blind folgen[16]. Ein näherer Blick auf die Verfassung des Schulstaates ist interessant, da er nicht nur als Mittel zum Zweck der staatsbürgerlichen Erziehung diente. Salems Gründer erblickten in ihm das annähernd ideale Modell eines Staates, welches sie sich für die staatliche Realität Deutschlands wünschten. Im Internat herrschte eine gemischt aristokratisch-demokratische Ordnung, die dem Leiter, dem von diesem ernannten „Wächter“ und einer Gruppe besonders bewährter Schüler und Lehrer (die „Farbentragende Versammlung“) die herausragende Stellung zuwies[17].

Die in Salem praktizierte Konzeption einer „staatsbürgerlichen Erziehung“ war nicht frei von inneren Widersprüchen, die besonders im Hinblick auf die Krise der Weimarer Republik gegen Ende der zwanziger Jahre an Bedeutung gewannen. Zwischen dem Internat, das als „pädagogische Provinz“ einer Insel gleichkam, und der Außenwelt bestand eine erhebliche Diskrepanz. Es ist fraglich, wie realitätsnah die Kinder im „Kunstgebilde“ des Schulstaates auf ihr späteres Leben in Staat und Gesellschaft vorbereitet werden konnten[18]. Hinzu kommt, daß Prinz Max und Hahn dem Gemeinwesen verpflichtete Bürger erziehen wollten, ohne jedoch den bestehenden Staat vollends zu bejahen. Die politischen Idealvorstellungen der Gründer Salems liefen dem politischen System der Weimarer Republik teilweise zuwider, und die Schule förderte eine geistige und emotionale Distanz zu ihr[19]. Symbolisch hierfür war, daß Hahn vor Schülern die Meinung vertrat, es sei „eine Verkennung und eine Unmöglichkeit gewesen, 1918 die Fahne schwarz-weiß-rot abzuschaffen, und er wäre immer dagegen gewesen“[20].

Die Auseinandersetzung zwischen Salem und der nationalsozialistischen Bewegung betraf verschiedene Ebenen. Die politisch-gesellschaftlichen Auffassungen der Gründer Salems und ihre ethischen Wertvorstellungen standen im diametralen Gegensatz zur NS-Ideologie. Unüberbrückbare Differenzen bestanden auch zwi-

---

[15] Michael Knoll, Die Sieben Salemer Gesetze. Ein vergessenes Dokument, in: Pädagogische Rundschau 40 (1986), S. 289.

[16] Hahn ging es um die Notwendigkeit, „to encourage boys to develop as responsible individuals; strong enough in mind and character to reject the standards of the mob and to resist the temptation to run with the herd“, H.R.H. The Duke of Edinburgh, „Preface“, in: Hermann Röhrs/H. Tunstall-Behrens (Hrsg.), Kurt Hahn, London 1970, XI.

[17] Die Farbentragenden-Versammlung erweiterte ihren Kreis durch eigene Zuwahl; vgl. Marina Ewald, Der Aufbau und Ausbau Salems (1919–1933), in: Röhrs (Hrsg.), Bildung, S. 117.

[18] Hartmut von Hentig, Kurt Hahn und die Pädagogik, in: Ebenda, S. 63.

[19] Vgl. den Bericht über einen Vortrag aus dem Jahre 1932: „Herr Hahn glaubte, jetzt einige Hoffnung sehen zu dürfen, daß das Bismarcksche Reich wiederkehre. Nicht in seiner äußeren Form, sondern in seinen Eigenschaften, die ihm das Ansehen in der ganzen Welt errungen haben, die innere Zucht, Tüchtigkeit und vorbildliche Ordnung im privaten und öffentlichen Leben“, Salemer Hefte 16 (1932).

[20] KHA, Clara Casel diktiert mir aus der Erinnerung, Diskussion zu Hahns Zeiten, o.D.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen ihren pädagogischen Ansätzen und Absichten: in Salem stand stets der „Mensch in seiner individuellen Einmaligkeit" im Vordergrund der Erziehung. Salemer Erziehung geschah stets im Kontext einer Gemeinschaft, sie sollte politisch wirken, doch sie war nie unauflösbar einer festgefügten „Staatsidee" verpflichtet[21]. Salem sollte ein Dienst an der Nation sein, doch Hahns Pädagogik war unvereinbar mit einer nationalistischen, totalitären, rassistischen und imperialistischen Ideologie.

Die Nationalsozialisten sahen ihrerseits in Prinz Max und Kurt Hahn die Protagonisten des „Dolchstoßes" verkörpert. Außerdem prägten von Beginn an Sozialneid gegenüber dem hochadligen Markgrafen von Baden, fortan von den Nazis als der „rote Max" bezeichnet, sowie Rassenhaß gegenüber Hahn als Sohn jüdischer Eltern das Verhältnis der Hitler-Bewegung zu Salem. So planten im Jahre 1923 Mitglieder der völkisch-nationalistischen „Organisation Consul" in Verbindung mit der Münchner NSDAP-Leitung die Ermordung Hahns, die jedoch vereitelt werden konnte[22]. Im Frühjahr 1924 diskutierten Salemer Schüler und Lehrer in einer Schulversammlung anläßlich des Hitlerputsches vom November 1923 über Antisemitismus. Neben dem damaligen „Wächter" Prinz Berthold, der die Rassendoktrin der Nazis verurteilte, analysierte Hahn kritisch Hitlers Handeln. Golo Mann erinnerte sich später: „Prinz Berthold traf in zögernd-schlichten Worten den Nagel auf den Kopf: er verstehe nicht, wie man Menschen nach ihrer Rasse oder ihrer Religion beurteilen könne; gute Menschen gebe es doch wohl in allen Religionen oder Rassen, und weniger gute auch ... Kurt Hahn, der diesmal den Vorsitz nicht führen wollte, sprach als vorletzter, beginnend wie eine Flöte und endend wie eine Orgel ... Über Hitler sprach er nicht ohne eine gewisse Achtung, ein Patriot sei er unbestreitbar, um dann seine Haltung vor dem Putsch und während und danach zu durchleuchten: wie er seine Bundesgenossen hinters Licht führte, wie sein Egoismus, seine Arroganz hervortraten ..."[23].

Die politische Position der Gründer Salems war national-konservativ. Prinz Max und Hahn forderten die Wiederherstellung eines großen Nationalstaates, die Revision des Versailler Vertrages und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Beide idealisierten die Bismarcksche Gesellschaftsordnung. Sie traten für eine soziale, liberale und christlich-humanistische Politik ein, die sich an der sittlichen Integrität des Staates und den Prinzipien der Menschenrechte orientierte. Hahn lehnte die nationalsozialistische Bewegung von Beginn an ab, da er in ihr eine Geisteshaltung erblickte, die anhand einer zum System erhobenen „sittlichen Anarchie" die Macht über die deutsche Nation übernehmen wollte. Als sich die Krise der Weimarer Republik zuspitzte, ging Hahn zugleich immer mehr in Distanz und Opposition zur bestehenden Staatsordnung. Nach den September-Wahlen von 1930 kam Hahn zum Schluß, daß Deutschland „mit Naturnotwendigkeit einer faschistischen Erhebung

[21] Köppen, Die Schule Schloß Salem, S. 33.
[22] KHA, Marina Ewald erzählt aus der Geschichte der Schule Schloß Salem, 1974, S. 29.
[23] Mann, Erinnerungen, S. 162f.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entgegen [gehe], es sei denn, daß wir den Nazis durch einen Staatsstreich innerhalb der Verfassung den Wind aus den Segeln nehmen"[24]. Wenn er an gleicher Stelle die „Überwindung des Parlamentarismus" und die „Aufrichtung des Führergedankens" forderte, redete er nicht einem Bündnis mit den Nationalsozialisten das Wort. Hahn hoffte vielmehr darauf, daß sich die moralisch integeren national-konservativen Kreise gegenüber der NS-Bewegung durchsetzen könnten.

Die Öffentlichkeit glaubte mitunter, zwischen bestimmten Auffassungen der Gründer Salems und einzelnen Forderungen der NS-Bewegung Berührungspunkte zu erkennen. Als Hahn z. B. im Jahre 1932 in Salem die verlorene staatliche Wehrpflicht durch eine „freiwillige Wehrverpflichtung" ersetzen wollte – die Absolvierung zweier 14-tägiger wehrsportlicher Kurse sollte zur Vorbedingung für die Versetzung in die Oberprima werden[25] –, reagierte das „Berliner Tageblatt" irritiert. Unter der Frage, „wer hört da nicht den Hitler tapsen", warf man Hahn vor, sich den „Mächtigen dieser Welt" anbiedern zu wollen[26].

Als im August 1932 fünf SA-Männer einen kommunistischen Arbeiter im oberschlesischen Dorf Potempa brutal ermordet hatten, verknüpfte Hitler die Freiheit der zum Tode verurteilten Mörder mit der Ehre seiner Bewegung und der deutschen Nation. Seine Gefolgschaft rief er zum Kampf gegen das „Bluturteil" und die Regierung auf. In den Augen Hahns und des Prinzen Berthold dagegen hatte die NS-Bewegung endgültig ihre Maske fallen lassen und der Öffentlichkeit ihr wahres Gesicht gezeigt. Für die Leiter Salems war nun ein Kampf entbrannt, in dem es um Deutschlands „christliche Gesittung, sein Ansehen und seine Soldatenehre" ging[27]. Hahn forderte seine ehemaligen Schüler im „Salemer Bund", die der SA oder SS angehörten, auf, „entweder ihr Treueverhältnis zu Hitler oder zu Salem zu lösen", da Salem in dieser Situation „nicht neutral bleiben" könne[28]. Hahns „Rundschreiben" richtete sich jedoch nicht primär an seine Altschüler, von denen nur wenige Mitglieder von SA und SS waren[29]. Vielmehr sollte dies ein Aufruf an die Öffentlichkeit sein, endlich die korrupte Gesittung der Hitler-Bewegung wahrzunehmen. Die nationalkonservativen Kreise sollten sich gegen die Nazis zusammenschließen.

Hahn „liebte ... das Dramatische in der Politik", wie Golo Mann feststellte[30]. Seinen Appell verstand Hahn als ein politisches Instrument, böse Impulse „zum Guten zu befreien". Der Leiter Salems war ein pädagogischer Optimist, dem es zuweilen

---

[24] KHA, Kurt Hahn, Warnungen, S. 3.

[25] KHA, An die Eltern unserer Kinder, Brief vom 9.7. 1932. Bei den Kursen handelte es sich um Wehrsportlager des Stahlhelms, vgl. Ewald, Der Aufbau, S. 122.

[26] W. E. Süskind, Von Goethe zum Parademarsch, in: Berliner Tageblatt vom 30. 8. 1932.

[27] Vgl. KHA, Kurt Hahns Rundschreiben, An die Mitglieder des Salemer Bundes, 9. 9. 1932, und den Brief des Markgrafen Berthold an Reichspräsident von Hindenburg, erwähnt in: Kurt Hahn, Historical Document: Private and Confidential [1934], S. 3.

[28] KHA, Hahn, An die Mitglieder des Salemer Bundes.

[29] KHA, Graf Manfred von Pourtales an „Lolly" vom 4. 11. 1932.

[30] Mann, Hahn, S. 30.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ungeheuer schwer fiel, an die „Wirklichkeit des Bösen" zu glauben[31]. Nur so ist es zu verstehen, daß auch Hahn selber die Realität verkannte, daß ihn „nicht der wirkliche, sondern ein imaginärer [Hitler]" zu einer Mißdeutung der Lage brachte. In Hitlers Reaktion auf Potempa sah Hahn „nicht den Ausdruck seines innersten Wesens, sondern die Einflüsterung der Bösen um ihn". So verfolgte Hahn mit seinem „Rundschreiben" zunächst auch die Absicht, Hitler die Augen zu öffnen, ihn zu einem entschlossenen Vorgehen gegen die verbrecherischen Elemente der NS-Bewegung zu veranlassen[32]. Die Leitung des Salemer Bundes stellte sich „ganz auf Hahns Seite", da sie im Verhalten Hitlers einen „klare[n] Gegensatz zu allen Salemer Prinzipien" erkannte[33]. In Salem trafen aber auch Briefe von ehemaligen Schülern ein, die Hahns Stellungnahme kritisierten und den Fall von Potempa weniger ernst nahmen[34].

Die Reaktion auf Potempa machte Hahn, das markgräflich-badische Haus und die Schule endgültig zu Erzfeinden der Bewegung Hitlers. Die Nationalsozialisten sahen in dem Hahnschen Rundschreiben eine Kriegserklärung. Hahn selber scheint schließlich gegen Ende des Jahres 1932 seine Illusionen hinsichtlich der Person Hitlers verloren zu haben. Ein Deutschland, das „noch einen Funken von Selbstachtung hat, kann Hitler nicht zum Kanzler machen", so eine Denkschrift des alldeutschen Theologen und Schriftstellers Paul Rohrbach, welche die Handschrift des Salemer Leiters trug[35]. Dieser gab sich keiner Selbsttäuschung mehr hin, daß die politische Zukunft Deutschlands auch über das Schicksal seiner Schule entscheiden konnte. „Ich weiß, daß ich in diesem Kampf auch die Existenz der Schule aufs Spiel setze. Aber der Einsatz ist es wert", schrieb er in einem Brief Anfang 1933[36]. Auch nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten nahm Hahn zunächst kein Blatt vor den Mund, am Beispiel der italienischen Jugendorganisationen griff er öffentlich die Erziehungsideale des faschistischen Staates an[37].

---

[31] Ebenda, S. 11.

[32] Ebenda, S. 30f.

[33] KHA, Rundschreiben des Salemer Bundes vom 17. 12. 1932.

[34] Wie Anmerkung 29.

[35] KHA, Paul Rohrbach, Denkschrift.

[36] Jocelin Winthrop-Young, Festansprache zum 100. Geburtstag von Kurt Hahn am 5. 6. 1986, in: Schule Schloß Salem (Hrsg.), Ansprachen und Festreden zum 100. Geburtstag von Kurt Hahn 1986, S. 34.

[37] Siehe Hahns Rede in Hamburg vom 16. 2. 1933: „. . . you find that you might be quoting the whole Salem Certificate of Maturity with its capacity to endure hardships, to face dangers, a talent for organization, prudence, a fighting spirit, presence of mind, success in dealing with unexpected difficulties; Only one item is and must be missing: The power of carrying out what is recognized to be just . . . Sacro egoismo, sacred egoism. There is also sacred lying, sacred killing, sacred perjury, sacred breaking of promises", Robert Birley, Foreword, in: Röhrs/Tunstall-Behrens (Hrsg.), Hahn, XIII.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II. Die Schule Schloß Salem und die Konfrontation mit dem nationalsozialistischen Deutschland (Februar–Juli 1933)

Die Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten verschärfte die Auseinandersetzung zwischen Hahn und der NS-Bewegung vehement. Unter dem Titel „Der Jude Hahn will ‚Hitler bis auf das Blut verfolgen'" griff das nationalsozialistische Kampfblatt "Bodensee-Rundschau" am 4. März Hahns „impertinentes Schreiben" vom September 1932 an die Mitglieder des Salemer Bundes scharf an[38]. Hahn bezeichnete die ihm zugeschriebene Äußerung in einer von der „Bodensee-Rundschau" nicht veröffentlichten Entgegnung vom 8. März als Lüge. Die Kritik an der von ihm als „undeutsch" verurteilten Tat von Potempa hielt er aufrecht[39]. Die Zeit einer verbalen politischen Auseinandersetzung war jedoch spätestens seit den Reichstagswahlen vom 5. März vorbei, für die Nazis die Stunde der Abrechnung und Vergeltung gekommen. „Salem war Hahn und Hahn war Jude", so einfach sah die Situation aus[40]. SA und SS umstellten am 11. März Schloß Salem und ließen durch die örtliche Polizei Kurt Hahn verhaften. Die Nationalsozialisten machten sich daran, Salem gleichzuschalten: „Salem, von den Mönchen erbaut, von Napoleon geklaut
Wenn es auch Mönche kränkt, Herrn Markgrafen geschenkt
Prinz Max bracht' den Hahn, der ging gleich dran und machte Salem zu Jerusalem
Doch Christus der Zweite, es war eine Freude und großer Applaus, der räumt wieder aus."[41]

Nachdem die Nazis mit Hahn die zentrale Figur des Salemer Schulstaates entfernt hatten, versuchten sie, auf das innere Leben der Schule direkten Einfluß zu gewinnen. Das Badische Unterrichtsministerium als die für Salem zuständige Behörde ordnete an, die „Lehrkräfte jüdischer Rasse" zu entlassen[42]. Lehrer, die politisch verdächtig waren oder in der Vergangenheit Hahn besonders nahe gestanden hatten, wurden systematisch vernommen sowie vorübergehend abgesetzt[43]. Dabei konnten sich die aus Karlsruhe und der Salemer Umgebung operierenden Nazis auf eine kleinere Gruppe von internen Mitarbeitern stützen: „Es ist keine gute Atmosphäre im Hause. Es stehen sich 2 Parteien gegenüber und der kleine Kreis um die neuen Machthaber ist sehr tätig", so eine Aufzeichnung aus dem Juni 1933[44]. Es wurden

[38] KHA, Benachrichtigung, [März 1933].
[39] Ebenda.
[40] KHA, Kuchenmüller, Das Jahr 1933, S. 204.
[41] KHA, Wortlaut eines „Gedichtes", das sich auf der Rückseite einer NS-Propaganda-Postkarte befand, auf deren Vorderseite Schloß Salem abgebildet war.
[42] Erlaß vom 6. 5. 1933, in: Schule Schloß Salem (künftig: SSS) an den Badischen Minister des Kultus und Unterrichts (künftig: BMKU), Brief vom 10. 4. 1933, in: Generallandesarchiv (künftig: GLA) Karlsruhe, 235/42918.
[43] Siehe z. B. KHA, „Vernehmung von Frl. Haendel", Salem, 19. 6. 1933; „Schlaglichter aus der ‚Umbruchszeit' [Nazizeit] 1933. Salem-Spetzgart".
[44] Ebenda.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gerüchte laut, daß die Schule geschlossen bzw. verlegt würde[45]. Lehrern, die der NS-Bewegung kritisch gegenüberstanden, drohte man von inner- und außerhalb der Schule[46]. Denunziationen waren an der Tagesordnung, während die NS-Presse sich derweilen in einer Hetzkampagne gegen Salem übte[47].

Mittels der Schülerschaft versuchten die Nationalsozialisten, den Salemer Schulstaat von innen her gleichzuschalten. HJ und SA boten ihnen die Chance, bestehende Erziehungsstrukturen aufzubrechen, ihre eigene Gesinnung unbehindert zu vermitteln und einen institutionellen Platz im Schulsystem zu gewinnen. Die Gefahr, die von HJ und SA für das Internatsleben ausging, wurde in Salem klar erkannt. Eine innere Spaltung der Schule drohte, eine offene und scheinbar legale Einmischung von außen. So entbrannte Mitte Mai 1933 innerhalb der Schülerschaft sowie zwischen der Schulleitung und den NS-Behörden ein heftiger Konflikt. Die Schulleitung, die in einem Erlaß des Markgrafen Berthold vom 15. Mai jeglichen HJ-Dienst in Salem und das Tragen von Uniformen oder Abzeichen der HJ verboten hatte[48], mußte fünf Tage später angesichts einer Karlsruher Intervention nachgeben. Die Leitung erklärte nun, die „Bestrebungen" zur Gründung einer HJ und den Beitritt der Schüler zu ihr zu fördern. Ebenso erlaubte sie jetzt das Tragen der NS-Abzeichen auf dem Salemer Schulanzug[49].

Die HJ mochte ein „Fremdkörper in der Schule" bleiben, doch die „weltanschaulichen Gegensätze" verliefen inzwischen „quer durch den Lehrkörper und die Schülerschaft"[50]. Die innere Ordnung der Salemer Schule wurde in den ersten Monaten nach Hahns Verhaftung schwer erschüttert. Verschiedene NS-Behörden, das Karlsruher Unterrichtsministerium, örtliche und überregionale NSDAP-, HJ- und SA-Stellen intervenierten offen in das Schulleben, manipulierten ihre Gesinnungsgenossen und hetzten diese gegen die Schulleitung auf. Wortgewaltige Unterstützung erfuhr so z. B. die noch inoffizielle Salemer HJ-Gruppe, die aus etwa zehn bis fünfzehn Schülern bestand. Die Karlsruher HJ versprach ihr für den „Kampf" um die „junge revolutionäre Hitler-Jugend ... volle Handlungsfreiheit": „Ihr habt hinter Euch die gesamte Macht der nationalsozialistischen Revolution. Laßt Euch nichts gefallen."[51] Tatsächlich zog die kleine Gruppe Schüler daraufhin demonstrativ in HJ-Uniform

[45] Ebenda; KHA, Salemer Bote vom 16. 3. 1933.

[46] So berichtete eine Spetzgarter Lehrerin ihrer Kollegin von einem Gespräch, das sie in Überlingen mitgehört hatte: „Man müsse feststellen, wer da oben [Spetzgart] ‚pflaumenweich' sei. Umgefallene Staatsparteiler seien keine Erzieher. Man müsse feststellen, ob den Kindern das Horst-Wessel-Lied beigebracht und das Hitlerische Buch ‚Mein Kampf' angeschafft werde ..." ; KHA, Schraube an Ewald vom 30. 3. 1933.

[47] Meißner z. B. mußte infolge einer Denunziation von Schülern dem Ministerium schriftlich seine Auffassung über Friedrich Wilhelm I., Friedrich den Großen und Bismarck mitteilen; KHA, Erich Meissner, Abschrift, Anlage I; vgl. auch KHA, Bodensee-Rundschau vom 3. 6. 1933 und 8. 6. 1933.

[48] KHA, „Ankündigung am Anschlagbrett in allen Salemer Schulen", Salem, 15. 5. 1933.

[49] KHA, SSS an BMKU vom 20. 5. 1933.

[50] Köppen, Die Schule Schloß Salem, S. 45.

[51] KHA, Kemper an Caesar vom 17. 5. 1933; Kemper an Hasenclever vom 17. 5. 1933.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch das Salemer Dorf und den Eßsaal der Schule, um gegen den markgräflichen Erlaß vom 15. Mai zu protestieren.

Die Schulleitung erreichte immerhin, das Tragen der Braunhemden auf die Wochenenden zu beschränken. Dennoch, der Konflikt um die HJ-Gruppe machte deutlich, daß die NS-Behörden gewillt und fähig waren, in die Struktur des bestehenden Schulstaates gemäß ihren Vorstellungen einzugreifen. Dies aber mußte noch nicht zwangsläufig zu einer Gleichschaltung des von Hahn geformten Salemer Geistes führen. Dafür war es nötig, das Leben der Schule in all seinen Bereichen konsequent zu prägen.

Bei vielen Altschülern, Freunden und Eltern löste das nationalsozialistische Eingreifen in die Angelegenheiten der Salemer Schule einen regelrechten Schock aus. In zahlreichen Briefen wandten sie sich an die Schule, um ihrer Erschütterung über die Entfernung Hahns Ausdruck zu geben. Für einige Eltern war seine Verhaftung schlicht unbegreiflich. Sie schätzten ihn als Menschen hoch und beurteilten die Ergebnisse Salemer Erziehung durchweg positiv: „Ich habe mein Bestes, mein einziges Kind, in Ihre Schule gegeben und bin mehr als zufrieden."[52] Es blieb ihnen nicht verborgen, daß die Nazis aus politischen Gründen gehandelt hatten, und doch war es ihnen unverständlich. Viele Altschüler, Eltern und Freunde der Schule, die Hahns nationalkonservative Vorstellungen weitgehend teilten, begriffen nicht, daß die NS-Behörden ihn als unliebsamen politischen Oppositionellen verhaftet hatten. Sie ignorierten, daß er die Gesinnung der neuen Machthaber Deutschlands bewußt aus seinen Überzeugungen heraus bekämpft hatte: „Ich kann mir nur denken", so Claus Schenk von Stauffenberg, „daß es sich bei der In-Schutzhaftnahme um ein Mißverständnis, vielleicht auf Grund einer nicht nachgeprüften Denunziation handeln kann. An der nationalen Gesinnung des Herrn Hahn zu zweifeln, scheint mir ebenso unvorstellbar, als wenn man zum Beispiel an der meinen zweifeln würde, der ich ja als Stahlhelmer voll und ganz auf dem Boden der heutigen Regierung stehe, die ich als letztes Bollwerk, als ultima ratio gegen den Internationalismus des Bolschewismus ansehe."[53]

Einflußreiche Freunde Salems erklärten sich bereit, dem Schulleiter zu helfen, einige gingen dabei soweit, Hahn zu einem Vorkämpfer der NS-Ideale zu erklären[54].

Äußerungen dieser Art verfälschten Hahns pädagogische und politische Ansichten von Grund auf. In ihrer Mehrheit entsprangen sie jedoch nicht eigentlich

---

[52] KHA, Wörner an Baumann vom 13.3.1933.

[53] KHA, Claus Schenk Graf von Stauffenberg an Baron Hornstein, Kopie o.D. (März 1933). Das Original findet sich im Archiv der Markgräflich Badischen Verwaltung Salem.

[54] Siehe KHA, Schreiben Dr. Gustav-Richard Heyer, München, 1933: „Ein Staat und Staatsmänner, welche einen Mann auf die Dauer kaltstellten, der seit über einem Jahrzehnt an der Erziehung deutscher Knaben zu deutschen Männern arbeitet, wie H.; in einem Geist und einer Gesinnung arbeitet, die den Idealen der Regierung der nationalen Revolution in höchstem Grade entspricht; aus dessen Veröffentlichungen fast jeder Satz im Programm unserer Regierung stehen könnte ... Staatsmänner, die einen solchen Mann nicht dankbar in ihr großes Werk der Erneuerung des deutschen Menschen einstellten, würden sich selbst ihrer besten Organe und Kräfte berauben".

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Versuch, bei den neuen Machthabern für die Schule und ihren Gründer politisch-weltanschaulich einzutreten, sondern der persönlichen Wertschätzung Hahns[55].

Zumindest ein Fall dokumentiert, daß der Konflikt zwischen Hahn und der NS-Bewegung unter den neuen Machtverhältnissen im Lande zu einer Distanzierung gegenüber ihm und Salem führte. Ein Vater einer Schülerin, der erst im März 1933 von der Existenz des Hahnschen „Rundschreibens" vom September 1932 erfuhr, widerrief ein Empfehlungsschreiben, das er kurz zuvor dem Reichsministerium des Inneren gesandt hatte. Er habe „nicht die Absicht, auch nur einen Finger für den Direktor Hahn zu rühren"[56]. Seine Tochter meldete er zu Ostern ab.

Die Haltung zur jüdischen Herkunft Hahns offenbarte die Geistesverfassung mancher konservativ gesinnter Freunde Salems in den ersten Wochen des Dritten Reichs. Deutlich wurde mitunter eine antisemitische Einstellung, die sich gegenüber dem nationalsozialistischen Rassenhaß empfänglich erwies und doch ihren Kern verkannte[57]. Der vorhandene Antisemitismus erscheint u.a. deswegen als wichtig, weil er die Hahnschen Prinzipien eines verantwortlichen staatsbürgerlichen Handelns verleugnete. Selbst der ehemalige Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Auswärtigen Amt und damalige Präsident des Reichsarchivs, General von Haeften, übernahm in einem Empfehlungsschreiben für Hahn wie selbstverständlich das antisemitische Argumentationsschema: „So war es auch zu erklären, daß er [Hahn], obwohl Jude, bei allen Angehörigen der M.A.A., auch bei den aktiven Offizieren, ohne Ausnahme ein besonderes Vertrauen genoß"[58].

Einige meinten, es sei eben „Pech", daß Hahn das passiert wäre, was vielen Juden zurecht geschähe. Man hoffte, die Behörden würden erkennen, daß der Leiter der Sa-

---

[55] In einem ähnlichen Kontext sind die Briefe von nationalsozialistisch gesinnten Altschülern zu sehen, die sich für ihren ehemaligen Schulleiter einzusetzen versuchten, siehe z.B. W. Köhler an M. von Pourtales vom 2.4. 1933, in: KHA.

[56] KHA, W. von Alvensleben an Staatssekretär Pfundtner vom 16.3. 1933.

[57] „Die verständliche Erregung weitester Volkskreise über die Zeichen der Verderbnis unseres öffentlichen und des privaten Lebens hat im ersten Ausbruch den Juden schlechthin zum Sündenbock für alles gemacht. Als Deutscher kann man das verstehen. Das Ausland hat es – in Unkenntnis der Sonderstellung des deutschen Juden – nicht verstanden. Und hat aus den antisemitischen Maßnahmen ihm hochwillkommenes, leider sehr wirksames Propagandamaterial gegen Deutschland gemacht. Abgesehen von anderer Abwehr ... könnte gerade eine unschematische Behandlung des ‚Falles K. Hahn' namentlich in England die beste Antwort auf dort erhobene Vor- und Anwürfe sein. Wir haben hier eine einzigartige Gelegenheit zu zeigen, daß wir nicht ‚den Juden', sondern den semitischen Geist treffen wollten – soweit er vaterlandslos, zersetzend und intellektuell ist –, wenn der in prominentesten Kreisen Englands sehr bekannte K. Hahn ohne Rücksicht auf sein Judentum deswegen wieder eingesetzt wird, weil er ein Mann, ein deutscher Mann ist. Das wird niemand so zu verstehen und zu schätzen wissen, wie der Engländer. Es wird ihm als Beweis imponieren, daß in der Führerklasse auch in Deutschland nicht [?] und Schemata gelten, sondern Wesen und Wert des Menschen"; KHA, Schreiben Heyer, München 1933.

[58] KHA, „Urteil über H. Kurt Hahn während seiner Verwendung bei der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes von Anfang 1917 bis Ende 1918", von Haeften, 30.3. 1933.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lemer Schule einen „guten" Juden verkörpere, der als „Ausnahme" zu behandeln sei[59]. Interessant ist in diesem Kontext ein Brief, den ein 16-jähriger Salemer Schüler an Hitler richtete: „Wie ich denke, so schreibe ich Herrn Reichskanzler und will nicht in diesem oder jenem schmeicheln. Vieles an der Nationalsozialistischen Bewegung finde ich schön; aber um mich dazu öffentlich zu bekennen, finde ich, bin ich mit meinen 16 Jahren zu jung. Noch einen Grund dazu habe ich: da uns Salemern unser Leiter, Herr Hahn, weil er Jude ist, genommen wurde ... Hahn ist Jude, seine Gesinnung und Geist ist aber christlich ... Ich persönlich kann auch die Juden nicht leiden, da sie meistens den Handel zum Geldgewinn für sich selbst gebrauchen. Hahn tut dies aber nicht: Denn er steckt sein ganzes Vermögen in die Schule und bezahlt somit die Freistellen, damit die Schule finanziell weiterlaufen kann ... Wir haben wohl ein paar Juden in der Schule. Hahn mußte sie aufnehmen, da er eben selber Jude ist und die Eltern nicht einfach wegschicken kann. Hahn bevorzugt diese aber gar nicht. Besonders, da sie nicht nett sind; deswegen haben diese auch keine höheren Ämter inne ... Ich verstehe, daß es für den Herrn Reichskanzler sehr schwer ist, eine Ausnahme zu machen. Aber ich glaube, wenn sie Herrn Hahn zurück nach Salem in Baden lassen, wird auch Herr Wagner von Baden nichts dagegen haben."[60]

Eltern, Altschüler und Freunde Salems schickten Kurt Hahn in jenen März-Tagen freilich auch Post, in denen sie sein erzieherisches Bemühen „im Sinne einer nationalen Humanitas oder eines humanen Vaterlandsgefühls" würdigten[61]. Der entfernte Schulleiter erhielt Zeilen, aus denen der Geist eines anderen Deutschlands sprach: „Wir haben Ihnen unser Kind anvertraut, obwohl sie Jude sind und würden es immer wieder tun. Es gibt ein Menschsein und ein Führersein, das mit Rassenunterschieden nichts mehr zu tun hat. Sie haben die Rassenunterschiede überwunden. Auch deshalb würden wir es auf das allerschmerzlichste bedauern, wenn Sie in Zukunft von der Erziehungsarbeit an unserer deutschen Jugend ausgeschlossen sein würden."[62]

Die prompte Reaktion von einflußreichen Freunden Salems bei verschiedenen NS-Behörden erwirkte zwar am 16. März die schnelle Entlassung Hahns aus der Haft, nicht aber seine Rückkehr in die Schule[63]. Schließlich wandte sich sogar der britische Premierminister Ramsay MacDonald auf Initiative englischer Freunde Salems an den deutschen Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath[64]. Doch auch sein Hin-

---

[59] „Ich empfinde es als Unrecht, einen Mann wie Herrn Hahn dieselbe Behandlung zu Teil werden zu lassen, wie sie ausgesprochene Schädlinge am deutschen Volke in den letzten Wochen zu Recht erfahren haben", Köhler an Pourtales vom 2. 4. 1933, in: KHA.

[60] KHA, Jörg von Bonnet an Adolf Hitler vom 2. 5. 1933.

[61] „Hoffen wir, daß unser Volk in seiner nationalen Bewegung nicht die ewigen menschlichen und deutschen Werte vergißt, damit schließlich zum Segen wird, was sich in diesen Tagen vollzieht", KHA, Muff an Hahn vom 13. 3. 1933.

[62] KHA, Familie Speer an Hahn vom 29. 3. 1933.

[63] Zu nennen sind neben den bereits erwähnten Persönlichkeiten der ehemalige Reichsgerichtspräsident Simons, Staatssekretär Heinrici und Fürst Georg Fugger von Babenhausen.

[64] Vor allem Geoffry Winthrop-Young und Katharina Arnold Foster.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weis, „that many in this country have become friends of Germany through their friendship with Herr Hahn", blieb hinsichtlich der Rückkehr nach Salem erfolglos[65].

Den Nationalsozialisten blieb das große Ansehen Salems nicht verborgen. Besonders auffällig war das englische Interesse an Hahn und seiner Schule. Eine Schließung des Internates kam für die Nazis nicht in Betracht, da sie in der Anfangszeit des Dritten Reichs an der Meinung der in- und ausländischen Kreise, die Salem unterstützten, noch unmittelbar interessiert waren[66]. Hahn und den bisherigen Geist in der Schule auszuschalten, blieb aber für die Hitler-Bewegung notwendig: „Die entfernten Juden bzw. Jüdinnen, im besonderen der Jude Hahn, können nicht wieder zurückkehren ... Die Erziehung des Juden Hahn, der der tatsächliche Leiter der Schulen bisher war, kennzeichnet man am besten als eine humanitäre-nationale Erziehung, wie sie in der Schule selber benannt wird. Die Erziehung war aber nichts anderes als eine pazifistisch-bürgerlich-nationale Erziehung. Eine solche Erziehung hat im nationalsozialistischen Staate keinen Platz mehr."[67]

Das erste Ziel, das die Schule nach der Verhaftung Hahns verfolgte, waren seine Freilassung und Rückkehr nach Salem. Allen voran Markgraf Berthold, Sohn des Schulgründers und -stifters, ehemaliger „Wächter" Hahns sowie aktueller Schirmherr der Schule, setzte sich mit allem Nachdruck auch bei den obersten Reichsstellen ein. Die Entfernung Hahns kam einem Angriff auf Schule und badisches Haus gleich, wie der Markgraf unverzüglich Reichspräsident von Hindenburg wissen ließ:

„Teile Eurer Excellenz mit, daß seit heute nacht Schloß Salem von Hilfspolizei umstellt ist. Grund, der Leiter der Schloßschule stehe in Verdacht der Verbindung mit Kommunisten und Sozialdemokraten ... Die Schule Schloß Salem hat Ansehen weit über Deutschland hinaus. Für ihren nationalen Geist trage ich die Verantwortung. Was eben geschieht, ist eine Beleidigung für mich und mein Haus."[68]

Noch stellte sich für die Schule die Frage, ob die Verhaftung Hahns der Anfang einer gezielten Kampagne der Nationalsozialisten gegen ihn und sein Erziehungswerk bedeutete. Markgraf Berthold unterrichtete Hitler darüber, daß er willens sei, von sich aus „das Salemer Werk zu zerschlagen", sofern dieser der Schule nicht vertrauen könne[69]. Zugleich bekannte sich die Schule öffentlich[70] und gegenüber den Eltern de-

---

[65] KHA, Ramsay MacDonald an von Neurath vom 6.4. 1933.

[66] So wiesen Heß und Frick in Berlin Ministerialrat Kraft (BMKU) an, daß die „Salem-Schule möglichst zu erhalten sei und nicht zerschlagen werden dürfe", in: KHA, Kraft an Braunes Haus/München vom 7.10. 1937.

[67] KHA, Wagner an Staatssekretär [?] vom 3.7. 1933.

[68] KHA, Berthold Markgraf von Baden an Reichspräsident von Hindenburg, Telegramm vom 11.3. 1933.

[69] KHA, Berthold Markgraf von Baden an Adolf Hitler (Entwurf).

[70] Salem widersetzte sich am 14.3. 1933 einer badischen Regierungsanordnung, Flaggen zu hissen: „Flaggen können nicht gehißt werden, da die Schule sich in Trauer befindet, solange Herr Hahn noch in Haft ist", in: KHA, Markgräflicher Erlaß vom 13.3. 1933.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

monstrativ zu ihrem Leiter[71]. Hahn selbst schätzte noch Mitte April die Chancen für seine Rückkehr nach Salem günstig ein[72].

Parallel zu den Bemühungen, Hahn als Leiter für Salem wiederzugewinnen, stellte sich Salem auf den Boden des nationalsozialistischen Deutschlands. Markgraf Berthold erklärte sich gegenüber Hitler bereit, das „Geschenk" seines Vaters an das deutsche Volk vom Dezember 1919 „heute zu erneuern". Salems praktizierte Erziehung „zur Wahrhaftigkeit und Tapferkeit" entspräche „in allen wesentlichen Punkten den Forderungen", die Hitler in seinem Buch „Mein Kampf" an „die Charakterbildung der Deutschen" gestellt habe[73]. Die für Salem verantwortlichen Kräfte begriffen bald, daß die weitere Existenz des Internates entscheidend davon abhing, ob die neuen Machthaber Deutschlands in der Schule einen systemkonformen Geist erblickten[74]. Die Schule stand nun unter fortwährender Beobachtung der Behörden und der nationalsozialistischen Organe. Der Gegensatz zwischen Hahn und den neuen Machthabern Deutschlands mußte verneint werden[75]. In zahlreichen Gelegenheiten bekannte sich die Leitung gegenüber ihren Schülern loyal zum Dritten Reich[76].

Der Druck der NS-Behörden zwang die Salemer Leitung, die Unabhängigkeit ihrer Schule faktisch aufzugeben. Am 20. Mai 1933 erkannte die Leitung gegenüber dem badischen Unterrichtsministerium „das Recht und die Pflicht des Staates, die Erziehung der deutschen Jugend in allen Schulen zu beaufsichtigen", an. Salem werde zukünftig „alles tun, was der Erziehung der Schüler im Geiste des neuen Deutschlands förderlich ist"[77]. Die Verantwortlichen mußten gleichzeitig erklären, „sich jeden Verkehrs mit dem früheren Leiter der Schule, Kurt Hahn", zu enthalten. Der Gründungsakt der Salemer HJ-Gruppe am 22. Mai bei der „Hitler-Linde" geriet zu einem symbolträchtigen Akt: Neben dem Deutschland- und Horst-Wessel-Lied sang man gemeinsam vor der aus dem ganzen Bezirk Überlingen zusammengezoge-

---

[71] KHA, Berthold Markgraf von Baden, „An die Eltern unserer Kinder", Rundbrief vom 5.4. 1933: „Wir sind uns bewußt, um der Schule weiterhin ihren nationalen Schwung zu erhalten, können wir Herrn Hahns genialen erzieherischen Schwung nicht missen."

[72] „... Hahn said he had a 2-1 chance of getting back there on a wave of reasonableness which he thinks may with encouragement shortly sweep over Germany", in: KHA, G.P. Young, „Confidential. Conversation with Herr Hahn, April 12th".

[73] Markgraf Berthold an Hitler (wie Anm. 69); Auszüge von Hitlers erziehungspolitischen Vorstellungen aus „Mein Kampf" gab die vom Salemer Bund herausgegebene Publikation „Alt-Salem" im Dezember 1934 wieder.

[74] KHA, Aus den Tagebuchnotizen Clara Casels, 1933. Hitler erklärte dem ihn aufsuchenden Markgrafen, „er könne nicht in Einzelheiten eingreifen, das halte er für falsch. Wenn die Schule wirklich Ideale habe, dann sei sie ein großes Werk und gut, dann verträgt sie den Kampf, seien Sie fest überzeugt, daß sie siegreich daraus hervorgeht".

[75] „Wenn Herr Hahn die Gesinnung bekämpft, die Mord und Verleumdung als Mittel zum politischen Ziel anerkennt, ja, ihr den Kampf auf Leben und Tod ansagt, dann hat er ebensowenig etwas gegen die nationale Bewegung gesagt, wie etwa jemand, der die Verbrennung des Hus verurteilt, gegen die katholische Kirche eingestellt zu sein braucht ...", in: KHA, Schulversammlung vom 21.3. 1933.

[76] Vgl. Berthold Markgraf von Baden, in: KHA, Schulversammlung vom 16.5. 1933.

[77] KHA, SSS an BMKU vom 20.5. 1933.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen HJ im Beisein des HJ-Gebietsführers Kemper das Lied „Ich hab' mich ergeben"[78].

Aus dem Konflikt mit dem NS-Staat erwuchsen ernste wirtschaftliche Probleme. Die ersten Eingriffe der NS-Behörden waren in das zu Ostern ausgehende Schuljahr gefallen. Viele erschrockene jüdische Eltern meldeten ihre Kinder ab, neue Anmeldungen blieben aus. Die Schule stand folglich Ende Mai 1933 vor einem Einnahmeausfall von etwa 200000 Mark, von denen trotz aller Notmaßnahmen 40–50000 Mark als Verlust anzusehen waren. Die Teilnehmer einer Sitzung des Internatsvereins beurteilten am 29. Mai 1933 die Aussichten, Salem „unter allen Umständen bis zum nächsten April" zu erhalten, so der erklärte Wunsch des Markgrafen, als äußerst skeptisch. Vielen von ihnen erschien die Schule als „ein sinkendes Schiff"[79]. Im Internatsverein wurden Stimmen laut, die eine eigenhändige Schließung der Schule erwogen: „Richter: Ich möchte auf eins aufmerksam machen: wir wissen nicht, wie schlimm es noch wird, wir wissen nicht, ob nicht doch ein Kommissar kommt, es kann werden wie in der Odenwaldschule, daß vom alten Lehrerstamm nur zwei junge Assistenten blieben. Wir müssen die Möglichkeit behalten, überhaupt zu schließen, auch aus inneren Gründen . . ."[80]

Die Würfel in Salem, so scheint es, waren jedoch bereits für eine Weiterführung der Schule gefallen. Hierzu bedurfte es ihrer schnellen inneren und äußeren Stabilisierung. Die Schule strebte in ihrer Übereinkunft mit den Behörden vom 20. Mai „eine fördernde Zusammenarbeit mit der badischen Unterrichtsbehörde" an, wie Markgraf Berthold den Eltern mitteilte[81].

Schließlich bemühte sich Kurt Hahn selber, den Konflikt zwischen Salem und der NS-Bewegung zu entschärfen. In zwei Schreiben an die Mitglieder des Salemer Bundes sowie an die Eltern und Freunde Salems nahm er Anfang Juni 1933 den Inhalt seines Rundschreibens vom September 1932 zurück: „Ich gebe den Rat ohne Zögern: steht nicht abseits, sondern geht in die nationalen Verbände. Der Salemer kann heute in die SA und die SS eintreten."[82] Hahn begründete seine Kehrtwendung ähnlich wie die neue Salemer Schulleitung: der (Alt-)Salemer könne „sich heute zur Verteidigung unveräußerlicher Grundsätze auf den Kanzler Hitler berufen . . ., auf seine Worte und Taten"[83]. Er rückte dabei demonstrativ von seinen bisher öffentlich geäußerten Erkenntnissen über den faschistischen Staat und dessen Erziehungsideale ab: „Die

[78] KHA, „Linzgau-Chronik" vom 23. 5. 1933. Die Salemer HJ erstreckte sich auf die Schule und das Dorf, ihr Führer wurde der Schloß-Schüler Hasenclever.

[79] KHA, Protokoll über die Sitzung des Internatsvereins am 29. 5. 1933.

[80] Ebenda.

[81] KHA, Markgraf Berthold, An die Eltern unserer Schüler vom 23. 5. 1933.

[82] KHA, Kurt Hahn, An die Mitglieder des Salemer Bundes, Rundschreiben vom 2. 6. 1933, in: Ders., An Eltern und Freunde, Rundschreiben vom 5. 6. 1933.

[83] Ebenda. In diesem Sinne forderte nun auch der Salemer Bund am 4. 6. 1933 in Frankfurt a. M. von seinen Mitgliedern „den Einsatz seiner ganzen Person für ein starkes nationales Deutschland. Wer das nicht kann oder nicht will, für den ist kein Platz bei uns!", in KHA, Georg Graf Platen, „Manifest, verlesen auf der Tagung des Salemer Bundes, Frankfurt a. M., 4. 6. 1933".

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierung will Eigenleben nicht einstampfen. Verstaatlichte Jugend ist undeutsch. Die Regierung will nur Garantien haben, daß in Salem die Erziehung nicht in einem illoyalen oder staatsfeindlichen Sinne betrieben wird"[84]. Hahns Widerruf seines „Rundschreibens" lag nicht zuletzt im drohenden finanziellen Kollaps der Schule begründet. Seinem Brief an rund 2000 „Freunde unserer Sache" fügte Hahn einen eindringlichen Spendenappell und Zahlkarten bei. Um die Schule zu erhalten, setzte er sein Salemer Werk über seine Person: „Das Vertrauensverhältnis zwischen der Regierung und Salem ist lebenswichtig und würde heute durch jede Mitwirkung von mir am Salemer Werk unerträglich belastet werden. Ich habe daher meine Freunde gebeten, ihre Bemühungen für die Aufhebung meiner Verbannung bis auf weiteres einzustellen."[85]

Die Bemühungen Hahns, die Salemer Schule aus dem Konflikt mit dem neuen Staat zu lösen, beruhten auch auf einem Wunschdenken: In Deutschland sollte eine größere nationale Erhebung entstehen, die imstande wäre, die NS-Bewegung in die richtigen Bahnen zu lenken[86]. Die Salemer sollten sich nicht ausgrenzen lassen. Hahn hielt es für ihre Pflicht, die Geschicke Deutschlands mitzubestimmen. Eine genaue Lektüre seines Widerrufes konnte zudem nicht verbergen, welchen Platz er seinen ehemaligen Schülern zuwies: „Eine Warnung möchte ich aussprechen: Trefft die Wahl zwischen Stahlhelm und SA in Freiheit, ohne Rücksicht auf die Karriere, nach Neigung und Gewissen."[87] Die Forderung nach einem politisch integren Staat gab man in Salem nicht auf. Die Schulleitung rief in einer Schulversammlung die neue Regierung dazu auf, sie möge „gerecht und sauber einen starken Staat" errichten. Wenn die Schulleitung ihre Zöglinge schließlich aufforderte, das Deutschland-Lied nicht „gedankenlos" zu singen, sondern sich „den Gehalt und die Bedeutung seiner Worte, namentlich in der dritten Strophe recht bewußt [zu] machen"[88], dann konnten die Schüler diese Worte durchaus als Hinweis darauf werten, daß die Leitung die Entwicklung im Lande besorgt beobachtete. Sich trotz aller Anfeindungen positiv zu Hahn und seinem Erziehungswerk zu bekennen, bedeutete für die Schule eine Frage der Ehre. Die Entfernung ihres Gründers durfte nicht „die Auflösung, die Preisgabe eines inneren Treu- und Dankbarkeitsverhältnisses" bedeuten, „das wir nicht lösen können, ohne charakterlos zu sein"[89]. Für die Schule stand allerdings wesentlich mehr als „nur" die Bewahrung ihrer Ehre auf dem Spiel. Letztlich ging es um das pädagogische Erbe Hahns, um Geist und Form des Schulstaates, um das Be-

[84] KHA, Kurt Hahn, Rechenschaftsbericht an die Badische Regierung, 24.5. 1933, in: Ders., An Eltern und Freunde (wie Anm. 82).

[85] Ebenda.

[86] Noch Mitte April 1933 glaubte Hahn, Hitler sei über das Ausmaß der nationalsozialistischen Ausschreitungen weitgehend unwissend und würde diese im Falle seiner Aufklärung stoppen. Überhaupt ginge es nicht darum, „to replace Nazis by anybody; only to direct the Nazi movement into the right way", KHA, G.P. Young, Confidential (wie Anm. 72).

[87] Wie Anm. 82.

[88] KHA, Schulversammlung vom 21.3. 1933.

[89] KHA, Schulversammlung vom 8.6. 1933.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kenntnis, die Zukunft Salems eigenverantwortlich zu gestalten: „Wenn sich unsere Schule ... den besonderen Aufgaben der Zukunft zuwenden will, so darf dies doch nie verbunden werden mit einer Verleugnung ihrer Vergangenheit. Die Salemer Einrichtungen und Gesetze, den Geist unserer Erziehung lebenskräftig zu bewahren, heißt, sich zu dem Schöpfer unserer Schule und seinem pädagogischen Werk bekennen. Dieses Treueverhältnis ist ein Lebensnerv unserer Arbeit und ein Ehrenpunkt unserer Schule."[90]

Den Nationalsozialisten entging der mehrdeutige Charakter der Salemer Erklärungen nicht. Sie verstanden sehr wohl, den verschlüsselten Sinn aus den Reden des Markgrafen Berthold und des neuen Schulleiters, Erich Meissner, herauszulesen. Wie konnte sich eine Schule gleichzeitig öffentlich loyal zur nationalen Revolution und zu ihrem bekanntermaßen anti-nationalsozialistisch eingestellten, verhafteten und jüdischen Leiter bekennen? In diesem Kontext wurde das oben zitierte markgräfliche Schreiben vom 23. Mai zum Auslöser für die Nazis, Salems Gleichschaltung wirksamer voranzutreiben. Am 12. Juni 1933 setzte das Karlsruher Unterrichtsministerium einen Kommissar ein, der die Schule fortan überwachen sollte. Meissner wurde neben anderen „unzuverlässigen" Mitarbeitern beurlaubt und einer „Untersuchung" ausgesetzt. Kommissar Müller aus Überlingen führte sich in Salem mit den Worten ein, er wolle die Schüler „aus allen Irrungen und Wirrungen" befreien und „den Weg zu einem einwandfreien vaterländischen Geiste" ebnen: „Das, was Ihr vielleicht mit berechtigtem Stolz als ‚Salemgeist' bezeichnet und hochhaltet, muß eingeordnet werden in das, was das Deutschland nach der nationalen Erhebung deutschen Geist nennt."[91]

III. Die Schule Schloß Salem vor ihrem drohenden Zusammenbruch (August 1933–Oktober 1934)

Mit der Berufung eines neuen Leiters begann für die Salemer Schule ein neuer Abschnitt ihrer Entwicklung im Dritten Reich. Zunächst schien es, als ob sich der neue Leiter mit Sachverstand und Feingefühl der diffizilen Lage Salems nähern würde. Professor Dr. Mittelstraß war von 1923 bis 1924 in Salem als Lehrer tätig gewesen und leitete seit 1932 die in jenem Jahr gegründete Salemer Zweigschule im Schwarzwald, den Birklehof. Seine Ernennung zum „Oberleiter" hatten die Karlsruher Behörden und die in Salem verantwortlichen Kräfte befürwortet. Die besondere Situation der Schule läßt aber darauf schließen, daß Mittelstraß bereits vor seiner Amtsübernahme das volle Vertrauen der NS-Bewegung genossen hatte[92]. So ließ auch Mi-

[90] KHA, Berthold Markgraf von Baden, An die Eltern unserer Schüler vom 23.5. 1933.

[91] KHA, Müller, An die Schüler der Schloßschule sowie deren Zweiganstalten, Mitteilung vom 13.6. 1933.

[92] Nachfolger von Mittelstraß auf dem Birklehof wurde der bisherige Hohenfelser Leiter, Kuchenmüller, ebenfalls ein überzeugter Nationalsozialist.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nisterialrat Kraft am Tage der Amtseinführung von Mittelstraß in einer Schulversammlung keinen Zweifel aufkommen, daß der NS-Staat nun an Salem die Erwartung stelle, eine „Musterschule im Sinne des neuen deutschen Reichs" zu werden[93]. Mittelstraß war gewillt, den Auftrag der Behörden auszuführen. HJ, BDM und SA sollten in Salem einen bestimmenden Einfluß ausüben. Mittelstraß brachte vom Birklehof seinen Kollegen Fluck mit, der als überzeugter Nationalsozialist die Aufgabe erhielt, die HJ-Gruppe zu führen und auszubauen[94]. Die Schule jedoch geriet in eine pädagogische Krise bisher unbekannten Ausmaßes. Der Schulstaat löste sich von innen auf, Schüler und Erwachsene mißachteten seine Gesetze. Denunziationen rissen in der Schule nicht ab, Traditionen wurden gebrochen[95]. „Internat absolut verrottet. Eine Stankerei jagt die andere", so eine Tagebuchaufzeichnung vom Oktober 1933[96]. Der „innere Verfall" Salems war Ausdruck eines Kampfes um die Gestaltung des „Salemer Geistes"[97].

Ein Riß zog sich durch die Schule, der die Anhänger der alten Hahnschen und einer neuen nationalsozialistischen Gesinnung trennte, wobei die Auseinandersetzung im Konflikt zwischen Mittelstraß und Meissner gipfelte. Mittelstraß bekräftigte auf der Pfingsttagung des Salemer Bundes von 1934 den „grundsätzlichen Anspruch der nationalsozialistischen Bewegung und erst recht des nationalsozialistischen Staates auf die gesamte Erziehung der deutschen Jugend". Die Erziehungsideale Hahns formulierte er eigenmächtig um: die Tugend, das als Recht Erkannte durchzusetzen, änderte er schlicht in die Fähigkeit ab, „Unrecht schweigend zu ertragen". Salem forderte er auf, sich systematisch dem Auslesegedanken und „den Problemen der Rasseforschung" zu widmen[98].

Mittelstraß' schärfster Gegner in der Schule war Erich Meissner, früherer Mitarbeiter von Hermann Lietz. Als Internatsleiter widersetzte er sich der NS-Linie und versuchte, das tägliche Schulleben im Hahnschen Sinne zu gestalten. Mit seinem Amt

---

[93] KHA, Schulversammlung vom 21.7. 1933. Mittelstraß übernahm von Anfang an die äußeren NS-Formen: die Schüler begrüßte er mit „Kameraden", seine Rede beendete er mit einem dreifachen „Heil". Müllers Tätigkeit als Kommissar endete mit der Ernennung von Mittelstraß, den er fortan als „politischer Berater" unterstützen sollte.

[94] Im Juli 1933 hatten der HJ erst 18 Schüler angehört, vgl. ebenda. Kein Salemer Schüler durfte mehr laut Befehl des Sonderbeauftragten des Obersten SA-Führers an die 54. SA-Brigade Baden-Süd ab dem 15.12.1933 einer anderen Organisation als der HJ angehören (KHA, „Mitteilungen an die Mitglieder des Salemer Bundes", Dezember 1933). Im November 1933 besaß die Salemer HJ circa 40 Mitglieder aus der Schule, vgl. KHA, Mittelstraß, Brief an die Eltern vom 21.12. 1933. Im Juni 1934 waren 80 Schüler und im Herbst 1934 94 % der Schülerschaft in der HJ; vgl. „Altsalem", Juni 1934; Forell, Salemer Bericht: Herbst 1934–Ostern 1936, in: KHA, Salemer Hefte, Nr. 20, „1933–1936". Im Jahre 1938 wurde die Schul-HJ zu einer eigenständigen, vom Dorf unabhängigen Einheit erklärt, vgl. Disch, „1933–1948", S. 6.

[95] „Am 1. Advent bricht Dr. Mittelstraß die alte Tradition und liest nicht die Lagerlöf Geschichte ‚Der Gottesfriede' vor, sondern eine grauenhafte Geschichte von einer Bärenhatz in alter Zeit"; KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 26.10. [1933].

[96] Ebenda.

[97] Disch, „1933–1948", S. 7.

[98] KHA, Bericht über die Rede von Mittelstraß, „Altsalem" 5 (1934).

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fiel Meissner die wichtige Aufgabe zu, die Schulversammlungen zu leiten. Wollte der zuvor mehrfach denunzierte und zeitweilig beurlaubte Internatsleiter etwas bewirken, mußte er seine abweichenden Vorstellungen vorsichtig vertreten. Als die kleine Salemer HJ-Schar am 9. November 1933 in München den „Tag der Bewegung" feierte, rief Meissner die zurückgebliebene Schülerschaft auf, in die HJ einzutreten. Die Öffentlichkeit dürfe nicht den Eindruck gewinnen, daß die Schule „entgegen ihrem Bekenntnis getarnten Widerstand" leiste. Die Schüler sollten begreifen, daß sich der „Widerstand gegen Hahns Entehrung" nicht „gegen die nationalsozialistischen Ideen" richten dürfe[99]. Die Aufforderung Meissners entsprang der Absicht, die HJ-Gruppe um Fluck mit im Internatsleben bewährten, antinationalsozialistisch gesinnten Schülern zu unterwandern. Den negativen Einfluß der HJ hoffte er so zu neutralisieren. Die Salemer sollten anstelle der „Mißform einer bedingungslosen Kameradschaft", welche sich in der gegenwärtigen Zeit ausbreite, die „Form fordernder Kameradschaft" üben[100]. Hiernach folgten eindrucksvolle Worte, die den Zorn Hitlers erregten und ihren Bekenner an den Rand der Verhaftung brachten: „Niemals, auch nicht in der Stunde höchsten nationalen Rausches, gibt es eine Instanz, die über unserm eigenen Gewissen stünde und die uns von der harten Pflicht entbinden könnte, für das einzutreten, was wir als Recht erkannt haben, auch wenn wir dadurch in Gegensatz geraten zu unseren Volksgenossen, auch wenn wir dafür verfemt werden und unsere Person auf das allerdringendste gefährden. Diese Instanz über dem eigenen Gewissen gibt es nicht ... Ihr werdet nicht aufgefordert, an einem Triumph teilzunehmen und einen Sieg mitzufeiern, den Ihr nicht erkämpft habt. Wer mit offenen Augen und mit wachem Spürsinn der heutigen Lage entgegentritt, muß bemerken: es liegt ein tödlicher Ernst über Deutschland. Darüber darf der fröhliche Lärm des Vordergrundes nicht hinwegtäuschen ... Prüfe nun jeder selbst, welche Folgerungen er aus meinen Worten ziehen muß und entscheide nach seinem Gewissen."[101]

Mittelstraß und Meissner fanden sich bald in einem Kompetenzstreit um die alltägliche Internatsführung wieder. In einem Schreiben an die Karlsruher Behörden stellte sich der Internatsverein jedoch hinter Meissner. Mittelstraß habe wiederholt in die Angelegenheiten Meissners interveniert und zuletzt eigenmächtig eine neue SA-Gruppe aufgestellt: „Dieser Zustand ist untragbar, ... eine Zusammenarbeit, die auf Vertrauen fußt, ist nicht möglich"[102]. Der Konflikt eskalierte Mitte Juli 1934. Meissner entschloß sich, ohne Rücksicht auf die eigene Person gegen den Salemer Leiter vorzugehen. Am Samstag, den 14. Juli, kündigte er der Schule ohne Angabe von Gründen seinen Rücktritt und Weggang von Salem an, während auf dem Schloßgelände im Beisein der SA die 800-Jahrfeier von Kloster und Schloß begangen wurde.

---

[99] KHA, „Vortrag von Dr. Meissner, am 9.11. 1933 gehalten vor der Schülerschaft Salems".

[100] „Bedingungslose Kameradschaft gibt es nur unter dem Gesindel. Diebe und Hehler hängen wie Pech und Schwefel zusammen, und sie wissen wohl warum", ebenda.

[101] Ebenda. Zur Reaktion Hitlers, vgl. KHA, Mitteilungen von Herrn Dr. Mittelstraß vom 30.11. 1933; KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 10.12. [1933].

[102] GLA Karlsruhe, 235/35663, Hornstein an Kraft vom 12.6. 1934.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Schüler versammelten sich daraufhin, um eine „Aktion" zugunsten ihres Internatsleiters zu organisieren[103]. Am gleichen Abend ließ Meissner Mittelstraß mitteilen, er müsse nun doch die Gründe für sein Weggehen angeben. Meissner las in einer Lehrerversammlung am folgenden Tag „in Gegenwart aller Mitarbeiter sämtlicher [Salemer] Schulen seine Angriffe gegen Mittelstraß vor" und nannte ihn den „Verderber Salems"[104]. Die Lehrer fertigten abends im Kapitelsaal eine Erklärung an, in der sie „aus sachlichen Gründen das Ausscheiden Herrn Dr. Meissners" bedauerten und Mittelstraß offen das Mißtrauen aussprachen: „Die Leistungen von Direktor Mittelstraß auf erzieherischem und schulischen Gebiet haben die Erwartungen nicht erfüllt, die die Lehrerschaft bei seinem Amtsantritt in ihn gesetzt hat. Das Ergebnis der einjährigen Tätigkeit von Dir. Mittelstraß ist die gegenwärtige katastrophale Lage der Schule. Auf Grund der Erfahrungen des letzten Jahres ist es unsere Überzeugung, daß Herr Mittelstraß der Leitung eines solchen Erziehungswerks, wie es Salem verkörpert, nicht gewachsen ist."[105]

Mittelstraß wurde daraufhin mündlich über die Position des Kollegiums unterrichtet[106]. Am Montag, den 16. Juli, stellte er dem Internatsverein sein Amt zur Verfügung. Auf seinem Posten wollte er jedoch „bis zur Abberufung ausharren"[107]. Am Abend fand im Eßsaal ein Konzert statt, an dessen Ende der von Meissner ernannte „Wächter" Wolf Günther seine Mitschüler aufforderte, in das Salemer Schullied mit einzustimmen. „Nie wurde es so mit Inbrunst gesungen", berichtet die anonyme Salemer ‚Chronik'[108]. Die Atmosphäre blieb in jenen Tagen voller Spannung: Fluck versuchte „via Bürgermeister an Heß heranzukommen, um hier eine SS-Schule zu gründen", wie überhaupt Gerüchte kreisten, Salem werde vom nächsten Trimester an einer „Nazischule" weichen[109].

Meissner verließ am Abend des 18. Juli Salem, nachdem verschiedene NS-Funktionäre aus Karlsruhe und Überlingen ihr Eintreffen für den folgenden Tag angekündigt hatten[110]. Vom 19. bis 21. Juli wurden die einzelnen Mitarbeiter der Schule vernom-

---

[103] KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 1934. Der Autor bemerkte zu der Schüleraktion: „ungeschickt und gefährlich".

[104] Vgl. GLA Karlsruhe, 235/35663, Aktennotiz zur Schloßschule Salem, Karlsruhe, 2.8. 1934; KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 1934.

[105] GLA Karslruhe, 235/35663, Aktennotiz zur Schloßschule Salem, Karlsruhe, 2.8. 1934.

[106] Der hinzugekommene Müller überzeugte die Anwesenden, „daß diese Erklärung nicht schriftlich Mittelstraß vorgelegt werden könne", da sie einem „Todesurteil gegen Mittelstraß als Organisator und Lehrer" gleich käme, vgl. KHA, Protokoll vom 19.7. 1934, Salem.

[107] GLA Karlsruhe, 235/35663, Mittelstraß, „Erklärung, abgegeben am 16.7. 1934, vor dem Kollegium der Schloßschule Salem".

[108] KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 1934; der Text des Salemer Schulliedes ist mit dem des Niederländischen Dankgebetes identisch: „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten/Er waltet und schaltet ein strenges Gericht/Er läßt von den Schlechten nicht die Guten knechten/Wir flehen, daß deine Gemeinde nicht Opfer der Feinde/Dein Name gelobt, Oh Herr mach uns frei!".

[109] Ebenda.

[110] Meissner flüchtete in der gleichen Nacht über den Bodensee in die Schweiz. Er emigrierte nach Schottland, wo er sich Hahn und dessen neuer Schulgründung Gordonstoun anschloß.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men und davor gewarnt, „sich hinter den Aufrührer Meissner zu stellen. Manche von uns hätten noch nicht begriffen, was Nationalsozialismus wäre ...“[111]. Mittelstraß weigerte sich bis Ende Oktober, seinen Posten zu räumen, „obgleich seine Stellung unhaltbar geworden“ war[112].

Die wirtschaftliche Entwicklung der Schule verlief in den ersten zwei Jahren des Dritten Reichs katastrophal. Die Ereignisse des Frühjahrs 1933 verursachten am Ende des Schuljahrs einen Rückgang der Zahl aller internen Salemer Schüler (ausgenommen Kirchberg) von 360 (11. März 1933) auf 313 (Anfang Mai 1933), so daß sich die Pensionseinnahmen um 13,5 % verringerten[113]. Ende Mai 1933 hatte sich der Einnahmeausfall aufgrund weiterer Schülerabmeldungen etwa verdoppelt, Salem drohte ein nicht zu deckender Jahresverlust von 40–50 000 Mark[114]. Angesichts der heiklen finanziellen Situation beschloß der Internatsverein auf einer Sitzung am 9. Juli 1933, die Zweigschulen Spetzgart und Hohenfels „vorläufig zu schließen“ und die Anzahl der Stipendiaten zu verkleinern[115]. An Stelle Spetzgarts schloß man Hermannsberg, dessen Schüler man gemeinsam mit den Hohenfelser Schülern, allesamt Junioren, auf Spetzgart unterbrachte. Die verbliebenen Spetzgarter Senioren füllten die Lücken in Salem auf[116]. Die Lage beruhigte sich nicht: Im September 1933 besuchten nur noch 253 Kinder die Salemer Schulen (ohne Kirchberg), im März 1934 war ihre Zahl auf 237 gesunken, was im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang von 37 % entsprach[117]. Gleichzeitig kam es aus Sicht der Finanzleitung zu einem dramatischen strukturellen Wandel der Elternschaft. Seit Gründung der Schule war es den Eltern möglich, sich bei Anmeldung ihrer Kinder gemäß ihrer eigenen Vermögensverhältnisse in einen von vier verschiedenen Pensionssätzen einzuordnen. So gab es neben Eltern, die den normalen Zahlungssatz leisteten, auch solche, die freiwillig mehr zahlten. Wer nicht den vollen regulären Zahlungssatz leisten konnte, zahlte einen ermäßigten. Schließlich gab es Eltern, die für ihre Kinder keine oder nur unwesentliche finanzielle Leistungen aufbrachten[118]. Be-

[111] KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 19.7. [1934].

[112] KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 26.9. [1934]. Vgl. auch KHA, Brief von Meissner an Ewald, Gordonstoun, 10.10. 1934.

[113] Vgl. KHA, Licht an Baumann vom 23.4. 1933, und SSS an Markgräfliche Schulstiftung vom 6.6. 1934. Die sogenannten Halbinternen (Tagesheimschüler), die im Gegensatz zu den externen Schülern den vollen Pensionssatz zahlten, sind in den Zahlen der Internen mit eingeschlossen.

[114] KHA, Protokoll über die Sitzung des Internatsvereins am 29.5. 1933 in Salem.

[115] KHA, Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins „Erziehungsheim der Schloßschule Salem E.V.“ vom 9.7. 1933 in Salem.

[116] KHA, „Alt-Salem“ 3 (1933).

[117] Die Zahl der circa 30 Externen, bei denen es sich weitgehend um Kinder aus dem Salemer Tal handelte, veränderte sich im gleichen Zeitraum nur unwesentlich, vgl. KHA, Finanzbericht der SSS, März 1934.

[118] Im März 1934 stufte die Finanzleitung das monatliche Pensionsgeld der Eltern wie folgt ein. Freiwillige Überzahlung: mehr als RM 240.–; Normalzahlungssatz RM 195.– bis 240.–; Ermäßigte: RM 25.– bis 194.–; Freischüler und RM 25.– Zahlende; Ebenda. Das System der finanziellen Selbsteinschätzung beruhte auf der Absicht der Schulleitung, mit Hilfe wohlhabender Eltern nicht nur deren Kinder, „sondern auch solche aus weniger bemittelten Kreisen aufzunehmen“, vgl. KHA, Aufnahme- und Zahlungsbedingungen.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sorgnis erregte im März 1934 die Verringerung der Zahl derjenigen Eltern, die die normale Pension oder mehr zahlten: Diese hatten 12 Monate zuvor noch 60 % aller Eltern ausgemacht, stellten nun aber nur noch 46 % dar. Besonders blieben die Eltern aus, die freiwillig „überzahlten". Ihr prozentualer Anteil an der gesamten Elternschaft hatte vor der Machtübernahme der Nazis bei 42,5 % gelegen (März 1932). Ein Jahr später betrug er 26 % und im März 1934 schließlich nur noch 14 %[119]. Manches deutet darauf hin, daß der überproportionale Rückgang der Pensionseinnahmen im engen Zusammenhang mit dem Weggang von Kindern aus jüdischen Elternhäusern stand[120].

So wurde den verantwortlichen Kräften seit dem Frühsommer 1933 klar, daß die Schule ohne auswärtige Unterstützung zwangsläufig auf einen Konkurs zusteuern würde. Als selbst der Spendenaufruf Hahns vom 5. Juni 1933 ohne nennbaren Erfolg geblieben war, erkannte der Internatsverein, daß von privater Seite in näherer Zukunft keine besonderen Zuwendungen zu erwarten waren. Am 18. Dezember 1933 richtete die Schule einen Antrag auf Reichsunterstützung an das Badische Unterrichtsministerium[121], der dort zwar Unterstützung erfuhr[122], aber vom Reichsministerium des Inneren im Februar 1934 abgelehnt wurde[123]. Die Schulverwaltung kündigte zahlreichen Mitarbeitern und setzte die Gehälter des noch aktiven Personals herab[124].

Der Finanzausschuß des Internatsvereins mußte auf seiner Sitzung vom 10. Juli 1934 zur Kenntnis nehmen, daß der Schulbetrieb inzwischen wirtschaftlich untragbar geworden war, es drohte ein nicht zu deckender Jahresverlust von 80–100 000 Reichsmark. Der Finanzausschuß entschied angesichts dieser Lage, einen staatlichen Zuschuß in dieser Höhe zu beantragen[125]. Am gleichen Tage richteten die Vorsitzenden des Internatsvereins und Mittelstraß einen Brief an das Badische Unterrichtsministerium. Sie forderten „auf das dringlichste" 30 000 RM, „um einen Zusammenbruch des ganzen Unternehmens, dessen weitreichende wirtschaftliche

---

[119] KHA, Finanzbericht der SSS, März 1934.

[120] Vgl. KHA, Protokoll über die Sitzung des Internatsvereins am 29.5. 1933. Eine Aufstellung der Austritte von Schülern „mosaischen Glaubens" gab im Sommer 1933 deren Zahl mit 18 an. Ferner werden ausbleibende Neuanmeldungen jüdischer Schüler eine wichtige Rolle gespielt haben. Gleichzeitig verließen infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung und ihrer Auswirkungen auf Salem viele Schüler ausländischer Nationalität die Schule. Im Dezember 1932 besuchten 53 ausländische Schüler die fünf Salemer Schulen (14 % aller Schüler), im Sommer 1933 nur noch 26 (10 %).

[121] GLA Karlsruhe, 235/35663, Reichsministerium des Inneren (künftig: RMI) an BMKU, Brief vom 22.2. 1934.

[122] KHA, Kraft an Braunes Haus/München vom 7.10. 1937.

[123] GLA Karlsruhe, 235/35663, RMI an BMKU, Brief vom 22.2. 1934. Karlsruhe seinerseits benachrichtigte Salem am 5.3.34.

[124] KHA, SSS an Markgräfliche Schulstiftung vom 6.6. 1934.

[125] Man beschloß des weiteren, mit den Hauptgläubigern „unverzügliche Verhandlungen" einzuleiten und „eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob der Schulbetrieb weitergeführt werden soll oder das Konkurs- oder Vergleichsverfahren eingeleitet werden soll, oder aber eine stille Liquidation durchzuführen ist"; vgl. GLA Karlruhe, 235/35663, Bericht des Finanzausschusses des Internatsvereins vom 10.7. 1934.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und soziale Folgen einer näheren Schilderung nicht bedürfen, zu vermeiden"[126]. Die Karlsruher Reaktion war negativ. Kraft erklärte am 14. Juli 1934, „daß eine finanzielle Unterstützung des Internatsvereins durch den badischen Staat nicht in Frage komme"[127]. Am gleichen Tage kündigte Meissner in Salem seinen Rücktritt an, der zur Eskalation seines Konfliktes mit Mittelstraß führte. Kraft, mit Sicherheit über die Ereignisse in Salem unterrichtet, fuhr am 18. Juli zu Reichsstatthalter Wagner. Dieser vertrat die Ansicht, daß Salem unter der Voraussetzung zu erhalten sei, „daß sie als rein nationalsozialistische Schule geführt werde". Auch käme „die Umwandlung in eine Kadettenanstalt in Frage". Was die finanzielle Seite betraf, so forderte er den badischen Staat auf, aktiv zu werden[128]. Mit dieser Direktive begab sich Kraft am 19. Juli nach Salem. Dort beschloß man gemeinsam angesichts eines inzwischen ungedeckten Defizits von 250000 RM die stille Liquidation des Internatsvereins[129]. „Man kam zu dem Ergebnis", so die Karlsruher Aufzeichnungen, „daß die Schule unter Leitung des Staates unter allen Umständen fortzuführen sei"[130]. Auch Markgraf Berthold befürwortete eine staatliche Übernahme der Schule[131].

Am 21. Juli einigten sich beide Seiten auf folgende fünf Punkte: den alten Schulträger zu liquidieren, die Schule Schloß Salem nicht aufzulösen und die Markgräfliche Schulstiftung vorerst als deren Träger einzusetzen, die schulische Leitung „vorläufig" dem Staat zu übergeben und ihm „maßgebenden Einfluß" auf die Besetzung des Stiftungsrates und die Ernennung von Leiter und Lehrerschaft einzuräumen, den Schulbetrieb in Salem und Hermannsberg weiterzuführen und staatliche Gelder im Bedarfsfalle für die Zahlung der Gehälter einzusetzen und schließlich das entsprechende Inventar der Markgrfl. Schulstiftung mietweise zu übernehmen. In einem sechsten Punkt nahm man eine dauerhafte Lösung in Aussicht: Salem sollte „in rein staatlichen Betrieb" überführt und in „eine vorbildliche Erziehungsstätte des neuen Staates" umgewandelt werden. Da aber die Gebäude des Salemer Schlosses „anderen Zwecken zugeführt werden müssen, soll der Schulbetrieb hauptsächlich in die bisherigen Zweigschulen verlegt werden. Der Name Schloßschule Salem soll aber beibehalten werden"[132].

---

126 Ebenda, Berthold Markgraf von Baden/Freiherr von Stumm/ Dr. Mittelstraß an BMKU, Brief vom 10.7. 1934.

127 Ebenda, Aktennotiz des BMKU vom 2.8. 1934.

128 Ebenda.

129 KHA, „Protokoll" vom 19.7. 1934, Salem. Die NS-Funktionäre befanden sich in dieser Sitzung in der Mehrheit. Wie Kraft lehnten sie eine Deckung der bestehenden Schulden ab. Vgl. auch GLA Karlsruhe, 235/35663, Aktennotiz des BMKU vom 2.8. 1934.

130 Ebenda.

131 Vgl. KHA, Protokoll vom 19.7. 1934, Salem. Markgraf Berthold war offensichtlich nicht mehr bereit, in seinem Hause eine Schule zu unterstützen, deren Gleichschaltung unaufhaltbar schien. Die Schule aus eigener Gewalt heraus zu schließen, stand aber immer weniger in seinen Möglichkeiten.

132 GLA Karlsruhe, 235/35663, „Vereinbarung zwischen dem Erziehungsheim Schule Schloß Salem e.V., vertreten durch Seine Königliche Hoheit dem Markgrafen einerseits und dem Badischen Unterrichtsministerium, vertreten durch Herrn Ministerialrat Kraft andererseits". Salem, 21.7. 1934.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die am 21. Juli 1934 angestrebte Verstaatlichung wurde im Dritten Reich nie realisiert, eine direkte staatliche Übernahme der pädagogischen Leitung erfolgte erst 1943/44. Die Übernahme Salems durch den NS-Staat scheiterte u. a. an der uneinheitlichen Haltung der Behörden. So verweigerte am 26. Juli 1934 der badische Finanz- und Wirtschaftsminister Köhler der Verstaatlichung Salems kategorisch seine Zustimmung. Er wies Ministerialrat Kraft darauf hin, daß bereits „alle vorbereitenden Maßnahmen, wie Vertragsabschlüße" der Genehmigung des Reichsfinanzministers bedürften[133]. Kraft wandte sich daraufhin am 2. August an das Büro des Stellvertreters des Führers der NSDAP: dieses sollte sich bei der Reichsregierung oder Reichsleitung für einen „Garantiefonds von mindestens RM 50000" für Salem einsetzen, um zumindest gegenüber der Schule die zugesagte finanzielle Unterstützung einhalten zu können[134]. Nun ergriff Heß die Feder: da der Staat Baden und „auch die Reichsleitung der NSDAP ... die Verpflichtung nicht übernehmen" könne, solle doch „das Reich" für die „Salemschule" aufkommen, so sein Schreiben vom 7. August an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Rust[135]. Die staatlichen Mittel blieben jedoch aus[136]

Den Nazis erschien die Salemer Schule aufgrund ihres besonderen Ansehens in England erhaltenswert[137]. Salem durfte nicht zerschlagen werden. Gleichzeitig war im Sommer 1934 das Interesse der NS-Behörden insgesamt gegenüber der Schule gering. Die Chance ihrer Verstaatlichung und vollständigen Gleichschaltung nahm man nicht wahr. Obgleich Salem auch für den NS-Staat ein Prestigeobjekt darstellte, übte es auf die Nazis nur eine beschränkte Attraktivität aus. Ihre erzieherischen Vorstellungen ließen sich in den Napolas bequemer verwirklichen.

Der Internatsverein, der seine Liquidation einleitete, blieb bis zur tatsächlichen Annahme der Vereinbarung vom 21. Juli 1934 der eigentliche Rechtsträger der Schule. In dieser Situation machten sich verantwortliche Kräfte aus der Schule und ihrem Umkreis für eine Rettung des „alten" Salems stark. Fritz Fellner, Präsident des „Salemer Bundes", beschwor den Prinzen Berthold in einem Brief vom 10. Oktober 1934,

---

[133] Ebenda, Köhler an Kraft vom 26. 7. 1934.

[134] Ebenda, Kraft an das Büro des Stellvertreters des Führers der NSDAP/Braunes Haus/München vom 2. 8. 1934.

[135] „Salem gehörte stets zu den besten der auf den Lietzschen Grundsätzen fußenden Erziehungsheime. Der dort früher herrschende bekannte ‚demokratische Geist' dürfte es nicht hindern, das in Salem durch jahrelange Erfahrung geschaffene allgemein Brauchbare aufzunehmen und im Sinne des Nationalsozialismus zu gestalten ...", in: Ebenda, Heß an Rust (Entwurf), 7. 8. 1934.

[136] Ebenda, Reichsministerium der Finanzen an das BMUK vom 8. 11. 1934. Dieses Schreiben setzte schließlich dem andauernden Briefwechsel zwischen Salem, Karlsruhe, München und Berlin ein Ende.

[137] Vgl. den Brief des britischen Regierungsmitglieds Lord Allen of Hurtwood an die Deutsche Botschaft in London vom 11. 6. 1934: „... I am continually being asked questions as to the future of the School ...; ... as I am most anxious to do what I can to promote the warmest relationship between our two nations, I should feel very grateful to you if I could reassure some of the friends who sometimes raise this question with me ...", in: Ebenda, Anlage zu: Deutsche Botschaft London an Auswärtiges Amt Berlin, Brief vom 19. 6. 1934.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Schule nicht als verloren anzusehen. Der Internatsverein befinde sich gegenüber dem NS-Staat in einer starken Position, weil dieser „den Untergang Salems nicht auf dem Gewissen haben möchte"[138]. Den Behörden drohte Fellner an, daß sich der Salemer Bund von der Schule distanzieren werde, worauf Kraft mit beträchtlichem Unmut reagierte[139]. Doch die Fakten sprachen gegen ein Verbleiben von Mittelstraß[140]. Kraft, ohne die nötige Unterstützung der oberen NS-Stellen weitgehend auf sich allein gestellt, machte der Schule erhebliche Zugeständnisse hinsichtlich der Nachfolge[141].

IV. Die Schule Schloß Salem unter Blendinger (Oktober 1934–1943)

Die Ernennung des Schondorfer Lehrers Dr. Heinrich Blendinger zum neuen Leiter in Salem beruhte, ähnlich wie im Falle Mittelstraß', auf einem Kompromiß zwischen den Vorstellungen der NS-Behörden und der Salemer Schule. Verglichen mit Mittelstraß besaß Blendinger als Mitglied der NSDAP eine geringere Angriffsfläche gegenüber nationalsozialistischer Kritik und damit einen größeren Gestaltungsfreiraum in der Schulleitung. Der eigentliche Unterschied zwischen Blendinger und seinem Vorgänger lag in der Persönlichkeit: mit pädagogischer Autorität und mit Geschick verstand er es, der Schule einen neuen Kurs aufzuzeigen[142].

Die Autorität des NS-Staates in Fragen der Jugenderziehung anzuerkennen, bedeutete auch für das Salem Blendingers die Grundbedingung jeglicher Existenz. Fast sämtliche Jungen wurden Mitglieder der HJ, zahlreiche Lehrer traten in den NS-Lehrerbund sowie die SA ein, und die Schule hielt die „nationalen" Feiern ab[143]. Die Schüler grüßten im Unterricht mit „deutschem" Gruß und nahmen an regionalen Sportveranstaltungen von HJ und BDM teil[144]. Die Konzessionen an das Dritte Reich betrafen Geist und Gesetze des Schulstaates. Das demokratische, gemeinsame Abstimmen von Schülern und Lehrern in der „Farbentragenden Versamm-

---

[138] KHA, Fellner an Markgraf Berthold von Baden vom 10.10.1934.

[139] Vgl. KHA, „Alt-Salem" 6 (1934); KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 14.10. [1934].

[140] Nach Ablauf des ersten Jahres der Leitung von Mittelstraß hatte sich die finanzielle Situation noch einmal verschlechtert: in Salem und Spetzgart zählte man für das Herbsttrimester 1934 nur noch 165 Interne, vgl. GLA Karlsruhe, 235/35663, „Klassenliste. Schule Schloß Spetzgart und Schule Schloß Salem".

[141] Auch die Eltern der Schüler übten Druck auf Kraft aus: so verhandelte z.B. Frau von Kiekebusch Ende September 1934 mit Kraft. Sie behauptete, „viele Neuanmeldungen in der Tasche" zu haben, die aber allesamt gegenstandslos wären, „falls Mittelstraß nicht weg käme"; ebenda.

[142] „Es gelang ihm [Blendinger] binnen ganz Kurzem, sich nicht nur volle Autorität zu verschaffen, sondern auch das Vertrauen der ganzen Schule zu erwerben. Auf dieser für das Salemer System unerläßlichen Grundlage konnte ... mit dem Wiederaufbau Salems begonnen werden". KHA, „Alt-Salem" 8 (1935).

[143] Vgl. Anm. 94.

[144] Disch, „1933–1948", S. 10.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung" wich dem „Führerprinzip", das Wahlrecht der Schüler bei der Aufnahme neuer Erwachsener schaffte man ab[145]. Als „weltanschaulich untragbar" strichen die Karlsruher Behörden das traditionelle Oberuferer Weihnachtsspiel[146].

Blendingers Ziel war es, die pädagogischen Vorstellungen Hahns im Rahmen der Möglichkeiten in der Schule zu erhalten. Für ein solches Salem war er bereit, sich einzusetzen. Seine Gesinnung ähnelte weitgehend derjenigen Meissners, ihre Rollen waren jedoch grundverschieden. Blendingers schwierige Gratwanderung als Leiter Salems zwischen Herbst 1934 und Frühjahr 1943 spiegelte sich in den Bildern Hitlers und Hahns wider, die er auf den Schreibtisch seines Büros gestellt hatte[147].

Im Schulalltag sorgte der neue Leiter für Zeiten der Ruhe und Besinnung: zeitweilig besuchten die Schüler vier Mal in der Woche eine kurze Morgenmusik und Sonntag abends eine Betsaalmusik. Ein Abend der Woche war einer geistigen Tätigkeit reserviert, einer „guten" Lektüre, ernster Musik oder auch einem Schachspiel[148]. Ähnlich wie ehemals Meissner nutzte Blendinger die Schulversammlungen als Forum, die Schülerschaft mit kritischen Gedanken zu konfrontieren. Gemäß dem 1936 ausgegebenen Motto, „der echte Salemer Geist bleibt nur erhalten, wenn immer darum gekämpft wird"[149], forderte er im September 1937 von den Schülern „Kampf, Widerspruch. Der Widerstand ist es, der uns produktiv macht."[150] Im Juni 1938 rief Blendinger die Schüler auf, sich nicht an alte Formen zu binden, denn: „nur ein in Tradition erstarrtes Gebilde geht an der Änderung seiner Form zu Grunde ... Wo aber lebendiger Geist herrscht, da können die Formen ruhig wechseln, man kann nur die Form töten, nicht den Geist."[151] Zu mehr selbstverantwortlichem Handeln hielt er die Schülerschaft ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch an: „... denn mehr als je spielt [in Deutschland] die Angst eine vorherrschende Rolle im Leben der Menschen und diktiert ihr Handeln. An Stelle der Angst vor Schulstrafen tritt später die Angst vor politischer Ächtung, die Angst vor dem Konzentrationslager, vor Gefährdung der Karriere. Dieser Feigheit wollen wir jetzt schon entgegenkämpfen durch Erziehung zum Mut der Selbstverantwortung ... Wir verlieren unser Bestes, wenn wir nur unter fremdem Gesetz denken und handeln, wir werden immer stumpfer für die leise Sprache unseres Gewissens und so geht unser persönliches Wesen langsam zu Grunde, wir werden entpersönlicht, tragen eine Maske, sind Dutzendware, Clischées ..."[152]. Die wirtschaftliche Situation der Schule unter Blendinger hatte bald einen deutlichen Aufschwung genommen. Ihre Schülerzahl stieg kontinuierlich bis zum Mai 1937 auf fast 300. Im Frühjahr 1937 konnte Hohenfels wiedereröffnet werden[153].

---

145 KHA, Salemer Hefte 21 (1937).
146 Disch, „1933–1948", S. 10. Vgl. auch Wagner an Blendinger vom 30.10. 1939, KHA.
147 KHA, Ewald, Geschichte Schule Schloß Salem, S. 148.
148 KHA, Salemer Hefte 21 (1937).
149 KHA, Salemer Hefte 20 (1933–1936).
150 KHA, Heinrich Blendinger, Schulversammlung vom 6.9. 1937.
151 Ebenda, Schulversammlung vom 14.6. 1938.
152 Ebenda, Schulversammlung vom 17.3. 1940.
153 GLA Karlsruhe, 235/35664, SSS, „Bericht über das Geschäftsjahr 1936/37".

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Markgräfliche Schulstiftung erwirtschaftete in den 18 Monaten nach Blendingers Amtsantritt noch einen Verlust von 24793,69 RM, in den folgenden 24 Monaten (1. April 1936–31. März 1938) jedoch einen Gewinn von 100114,44 RM[154].

Die Schule blieb auch unter Blendingers Leitung ein Opfer zahlreicher Verdächtigungen[155]. Im Herbst 1937 meldete die Überlinger Kreisleitung der NSDAP dem „Braunen Haus" in München „unhaltbare Zustände". Zwei „Volljuden" und mehrere „jüdische Mischlinge" seien Schüler Salems[156]. Kraft sah gegenüber dem Stab des Stellvertreters des Führers keinen Verstoß gegen die betreffenden NS-Gesetze. Für das Ziel aber, „die Salem-Schule von Juden ganz zu säubern", habe er bereits am 21. Oktober 1935 Richtlinien aufgestellt. So werde man dort keine „Nichtarier" mehr aufnehmen, die beiden jüdischen Schüler würden Salem Ostern 1938 verlassen. Kraft erinnerte seine bayerischen Parteigenossen daran, daß ein Neffe von Heß seit zwei Jahren ein Salemschüler und „ein begeisterter Anhänger der Schule sei"[157].

Gäste der Karlsruher NSDAP-Gebietsführung regten 1937 nach einem Besuch an, Salem „endlich zu einer HJ-Schule [zu] machen"[158]. In der ersten Jahreshälfte 1938 war die Entfernung des Salemer Leiters eine beschlossene Sache. Reichsstatthalter Wagner hatte Blendinger bereits abgesetzt, dieser seine Schüler davon unterrichtet[159]. Doch die Karlsruher Behörden fanden keinen passenden Nachfolger und erhielten aus Berlin den Befehl, „Salem in Ruhe zu lassen". Blendinger wurde kurzerhand wieder eingesetzt[160]. 1941 drohte zunächst das „Braune Haus" in München mit der Auflösung, sodann Reichserziehungsminister Rust mit der Verstaatlichung[161]. Am 31. August 1941 wurde Salem der „Inspektion der deutschen Heimschulen" unterstellt[162]. Ihr Oberhaupt, SS-Obergruppenführer Heißmeyer, plante nach einem Besuch der Schule, das Schloß abzureißen, „um Platz für einen zweckmäßigen Neubau zu machen"[163].

Die Salemer Schule unter Blendinger war nicht das Salem Hahns. Im Laufe des Dritten Reichs wandelten sich in der Schule Formen und Geist, sie stellten sich auf eine öffentlich herrschende Gesinnung ein, die totalitären Charakters war. Die Fort-

---

154 Ebenda, SSS, „Zusammenstellung der Ergebnisse in den Jahren 1934–1938".

155 „Einmal grüßten wir nicht mit ‚Heil Hitler', ein andersmal hatten wir die Melodie von ‚Tochter Zion' im Chor geübt, oder ein Lehrer hatte im Unterricht etwas Verdächtiges gesagt, ein Schüler hatte sich beim HJ-Dienst unliebsam bemerkbar gemacht, oder eine abfällige Bemerkung über die SS oder den Führer war gefallen, dann sollten wir heimlich Herr Hahns Geburtstag gefeiert haben . . .", Disch, „1933–1948", S. 8.

156 Einer Aufstellung vom 3. 8. 1937 zufolge befanden sich auf den Salemer Schulen zwei jüdische und 21 „mischblütige" Schüler. Dies entsprach 8% der Schülerschaft. KHA, SSS an NSDAP-Kreisleitung vom 3. 8. 1937.

157 KHA, Kraft an Braunes Haus/München vom 7. 10. 1937.

158 KHA, Blendinger, Bericht über Salem aus der Zeit von 1934 und 1944, 20. 1. 1949.

159 KHA, Blendinger, Schulversammlung vom 14. 6. 1938.

160 KHA, Blendinger, Bericht über Salem aus der Zeit von 1934 und 1944, 20. 1. 1949.

161 Ebenda.

162 Disch, „1933–1948", S. 12.

163 Ebenda, S. 13.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führung der Schule im nationalsozialistischen Deutschland kam stets einer heiklen Gratwanderung gleich: staatlich-ideologische Doktrinen mußten erfüllt werden, unabhängiges Denken und eigenes Handeln wollte man bewahren.

Die nationalsozialistische Gleichschaltung der Schule erfolgte Anfang 1944 durch SS-Obersturmführer Dr. Schmitt. Im gleichen Jahre löste man die Frauenschule in Spetzgart auf und schloß Hohenfels zugunsten eines Rüstungsbetriebes, alle alten Lehrer Salems mußten die Schule im Dezember verlassen[164].

V. Der Alltag in der Salemer Schule im Dritten Reich

Die Frage, inwieweit das Dritte Reich das Schul- und Internatsleben der Salemer alltäglich beeinflußte, läßt sich nicht pauschal beantworten. Die Schüler werden dies sowohl abhängig vom Zeitpunkt ihres Aufenthaltes in Salem als auch stets subjektiv unterschiedlich empfunden haben. Dennoch existieren Quellen, die exemplarisch Auskunft darüber geben, in welchem Maße Formen und Geist des Nationalsozialismus auf die Verhaltensweisen von Schülern und Lehrern ausstrahlten.

Die Atmosphäre in der Schülerschaft war zunächst bis Mitte 1934 äußerst gespannt und zuweilen konfliktreich. Die kleine HJ- und SA-Gruppe verunglimpfte den entfernten Schulgründer[165] und scheute gegenüber Andersdenkenden nicht vor Gewalt zurück[166]. Diese äußerten ihrerseits ihren Unmut gegenüber der Gruppe um Hasenclever und Fluck, welches in einem Fall fast eine nächtliche Massenprügelei im Eßsaal zur Folge hatte[167]. Die Schüler scheinen in dieser Zeit mehrheitlich gegen die neuen Machthaber Deutschlands eingestellt gewesen zu sein, und einige machten daraus keinen Hehl: „Kuchenmüller hält [im Juni 1933] Vortrag in Spetzgart. Voller Verehrung für Hitler, aber auch da suchen die Spetzgarter, die die feindliche Linie sind, sofort Angriffspunkte raus und es entsteht Stunk."[168]

Ein aufschlußreiches Zeugnis für die Alltagsgeschichte Salems im Dritten Reich sind die Berichte über die Schulfeste. So feierte man 1938 unter dem Motto „Länderball" Fasching: „Zigeuner und Chinesen, Türken und Italiener, ein ganzes Völkergemisch vergnügte sich."[169] Zwei Jahre später sang man zum gleichen Anlaß immer wieder begeistert ein Lied mit dem Titel „Entartetes Salem"[170]. Welch brisante Nähe

[164] Köppen, Die Schule Schloß Salem, S. 48.

[165] So hängten sie Anschläge im Eßsaal auf: „Der Jude Hahn hat uns gefragt/Wollt ihr nicht kapitulieren/Da haben wir nein, nein gesagt/Adolf Hitler soll uns führen"; Wolf Günther, Nachruf auf Erich Meissner, Salemer Hefte 42/43 (1964/65).

[166] Im Juni 1934 wurde ein Schweizer Schüler namens Harald Mey von acht HJ-Schülern überfallen. „Weil er anti Hi" war, schnitten ihm die HJler seine Haare ab. KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 1934.

[167] Günther, Nachruf Meissner.

[168] KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, Juni [1933].

[169] KHA, Salemer Hefte 24 (1938).

[170] KHA, Chronik Salem, 1938–1944, Ostertrimester 1940.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Internatsleben zum aktuellen Weltgeschehen entwickeln konnte, zeigt auch der im Winter 1939 in Anspielung auf den Völkerbund abgehaltene „Völkerball": „Die Wirklichkeit hatte uns gelehrt, daß die größten Feinde sich herrlich vertragen, wenn sie einen Profit davon haben. So bewiesen wir einen fast philosophischen Sinn für das Aktuelle, indem wir den Papst Arm in Arm mit Stalin die Bühne betreten ließen ... Um ja nicht in ernsthafte Konflikte mit Problemen der wirklichen Weltgeschichte zu kommen, hatten wir als Streitobjekt für den Völkerbund (...) die Aufteilung der Antarktis gewählt ... Stalin fuhr mit der flachen Hand über die Weltkarte und verkündete gröhlend die Ausbreitung Rußlands ... Alles tobte und brüllte ... Wie nachher die Antarktis aufgeteilt wurde, weiß ich nicht mehr. Der Beschluß des Völkerbundes hatte auch in dieser Hinsicht wenig zu sagen gehabt. Inzwischen wäre nämlich schon längst ein ausgetretenes Mitglied einmarschiert."[171]

Aufzeichnungen der Farbentragenden-Versammlungen zeigen, daß die Schüler häufig nicht die vorgeschriebenen Umgangsformen beachteten: „Das Grüßen klappt immer noch nicht. Von Außenstehenden sind wiederholt Klagen eingelaufen. Fremde Personen sind mit Heil Hitler zu grüßen", wurde am 26. Januar 1938 protokolliert. Eine Schülerin verlor ihr Amt der Juniorenassistentin und „die Farben", weil sie sich „gegen den Nationalsozialismus geäußert" hatte. Drei Wochen später erhielt sie ihr Amt zurück, Ende des Trimesters war sie wieder eine Farbentragende. Im Mai 1939 war die mangelnde Gruß-Disziplin erneut ein Thema, und im November des gleichen Jahres bemängelte Blendinger, es werde „zu lässig gegrüßt, obwohl genügend gegrüßt wird"[172]. Viele Schüler nahmen auch andere Doktrinen des NS-Staates nicht widerspruchslos hin. Ulrich Jacobs weigerte sich im Oktober 1934, die „Farben" anzunehmen, „weil er zunächst wissen wolle, was mit den nicht ganz rein arischen geschähe"[173].

Salem erlebte im Laufe der Jahre den Besuch einer Reihe verschiedener Nazi-Größen. Reichsjugendführer von Schirach, Reichssportführer von Tschammer-Osten, Reichserziehungsminister Rust, SS-Sturmbannführer Pein und SS-Obergruppenführer Heißmeyer, alle machten der in ihren Augen so berühmten und doch verdächtigen Internatsschule ihre Aufwartung[174]. Nicht immer liefen für die Schule diese Besichtigungen glimpflich ab: Im Oktober 1935 kam es im Laufe des Besuches des Leiter der nationalsozialistischen Arbeitsfront Ley zu einem „Generalkrach", als dieser auf einen „nicht ganz arisch[en]" Schüler stieß, der ihm den Gruß versagte: „Tableau! Entsetzlicher Krach mit Blendinger ausgerechnet im Betsaal: Ein SS-Mann würde hierhergebracht werden, eigentlich hätte er seine Tochter herbringen wollen, aber das sei unmöglich ... Dr. Blendinger war wieder viel zu vertrauensvoll und sagte:

---

171 Ebenda.

172 KHA, Protokolle der Farbentragenden-Versammlung.

173 KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 17.10. [1934].

174 Von Schirach wiederholte während seines Besuches ständig die Frage: „Ist das Euer Chateauschloß hier, ist das das Chateauschloß? Da setze ich ein anständiges Gebäude hin", KHA, Ewald, Geschichte Schule Schloß Salem, S. 9.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er hat ja eine Freistelle. ‚Das fehlte nun gerade noch' – Kraft und Müller ganz blaß. Ley hat gefragt, ob er nicht einsähe, daß das Rassenschande sei. Nein. – Wie oft Rassenkunde in der Woche. 2mal viel zu wenig, dafür hätten sie wohl zuviel Religion. Schulversammlung: Daß der Junge die Schule sofort habe verlassen müssen, daß wir aber nicht sagen könnten: Juden wären minderwertig."[175]

Viele Salemer Schüler erfuhren in den Vorkriegsjahren auf Schulfahrten ins Ausland Reaktionen auf die veränderten Verhältnisse ihres Heimatlandes. 1935 errang die Salemer Leichtathletikmannschaft den ersten Platz bei den englischen Schulmeisterschaften. Ihr Mannschaftskapitän nahm den Pokal mit „deutschem Gruß" entgegen: „Dem alten Engländer zuckt es im Arm, er grüßt wieder. Sie spielen die Nationalhymne. Wir sind glücklich, wahnsinnig glücklich über unseren Sieg. Und etwas stolz dürfen wir auch sein, weil wir für Deutschland gewinnen konnten."[176] Zwei Jahre später stieß die Mädchen-Hockeymannschaft in Paris auf weniger verständnisvolle Sportkameradinnen: „Unser harmloses ‚Zicke-Zacke-Afrika'-Gebrüll hielt man allgemein für eine Propaganda für die deutschen Kolonien."[177] Als eine Salemer BDM-Gruppe Ostern 1937 Italien bereiste, fühlten sich die Mädchen „ganz als Repräsentanten unseres Volkes im befreundeten Ausland"[178].

In mancher Hinsicht stellte Salem eine Insel für die Schüler dar. Selbst der Krieg schien anfangs unendlich weit weg zu sein, „wenn nicht das Radio und die Post immer daran erinnert hätten"[179]. Vielen Schülern erschien ihr Internat als ein „von der Welt abgeschiedene[s] Eiland der Seligen"[180]. Ein junger Offizier des Regiments Großdeutschland, der Salem eine Woche lang besuchte, nannte die Schüler schlicht „Ihr Sonnenkinder", seine Propagandabemühungen blieben ohne Erfolg[181]. Ein einsamer Kosmos, abgeschlossen von der wirklichen Welt, war Salem aber sicherlich nicht. Lehrer und ältere Schüler meldeten sich von Kriegsbeginn an freiwillig zum Militärdienst. Seit 1942 erlebten Salemer Schüler in Karlsruhe und Friedrichshafen den Krieg unmittelbar als Flakhelfer[182]. 1944 berichtete der neue Leiter, SS-Obersturmführer Schmitt, in einer „politischen Schulung" den Schülern über die brutale Judenvernichtung des NS-Staates[183]. Die Salemer Kinder, „die oft mit voller Klarheit den Weg in den Tod vor sich kannten", entwickelten mit der Zeit „eine übergroße Begierde, ihr Leben noch zu genießen, solange es ihnen geschenkt war."[184]

---

[175] KHA, Tagebuchnotizen Clara Casels, 19.10. [1935]. Dieser Zwischenfall veranlaßte Kraft zu seinen Richtlinien für die Nichtarier-Behandlung in Salem vom 25.10. 1935.
[176] KHA, Salemer Hefte 20 (1933–1936).
[177] KHA, Salemer Hefte 23 (1937).
[178] KHA, Salemer Hefte 22 (1937).
[179] KHA, Chronik Salem, 1938–1944.
[180] Ebenda.
[181] KHA, Ewald, Geschichte Schule Schloß Salem, S. 9.
[182] Köppen, Die Schule Schloß Salem, S. 48.
[183] KHA, Ewald, Geschichte Schule Schloß Salem, S. 10.
[184] Disch, „1933–1948", S. 10.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MARTIN H. GEYER

DER KAMPF UM NATIONALE REPRÄSENTATION

Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die „Hallstein-Doktrin"

Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag

I. Sport und nationale Repräsentation

Der deutsche Sieg bei der Fußballweltmeisterschaft 1954 hat in der populären Mythologie seit jeher mehr zur Konstituierung der Bundesrepublik beigetragen als alle großen diplomatischen Staatsaktionen der Nachkriegszeit. Noch vor der Erlangung der vollen staatlichen Unabhängigkeit konnte die Bundesrepublik über den Sport mit allen Insignien nationaler Souveränität vor der Welt auftreten: Radio, Wochenschauen, der Bildjournalismus und das frühe Fernsehen verbreiteten die schwarz-rot-goldene Fahne und das Deutschlandlied, dessen dritte Strophe seit 1952 Nationalhymne war. Auf ihrem Trikot führten die Sportler den zum Bundesadler mutierten Reichsadler. Gesiegt hatte die bundesdeutsche „National-Elf", gefeiert wurde der Sieg Deutschlands – auch östlich der Elbe. Bürgermeister, Landräte, Minister und nicht zuletzt der in Sportkreisen beliebte Bundespräsident betonten bei der stürmisch gefeierten Rückkehr der deutschen Fußballelf, welche Bedeutung dem sportlichen Erfolg beigemessen wurde. Nach Ansicht des damaligen Präsidenten des Deutschen Sportbunds (DSB), Willi Daume, war es ein „Rummel", der von „alle[n] möglichen Regierungsstellen und Stadtverwaltungen in trauter Gemeinschaft mit dem Schankgewerbe" inszeniert wurde[1]. Im Danksagungsschreiben des Deutschen Fußball-Bunds für die Glückwünsche des Bundeskanzlers hieß es etwas ungelenk, daß das „Volk schlechthin" von der Begeisterung erfaßt worden sei. Die vielen Zuschriften aus dem anderen Teil Deutschlands galten als „Bekenntnis zur deutschen Gemeinschaft", ja die Begeisterung für den deutschen Sieg habe den „Charakter einer Volksabstimmung"[2].

---

[1] Bei dem Aufsatz handelt es sich um eine erweiterte Fassung der Antrittsvorlesung am 1.6. 1994 in der philosophischen Fakultät der Universität zu Köln. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), B 106/393, Daume an Oberüber im Bundespräsidialamt, 26.6. 1956. Alfred Georg Frei, Finale Grande. Die Rückkehr der Fußballweltmeister 1954, Berlin 1994, S. 16; Arthur Heinrich, Tooor! Toor! Tor! Vierzig Jahre 3:2, Hamburg 1994; Jürgen Busche, Der Mythos von 1954, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte B 24/94, 17.6. 1994, S. 13–15.

[2] BAK, B 106/Nr. 1824, Schreiben Deutscher Fußball-Bund an Adenauer, 15.8. 1954.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es kann wenig verwundern, daß man im Ausland diese Inszenierungen des Nationalen mit gemischten Gefühlen verfolgte. Im Berner Stadion sangen die deutschen Fußballfans nicht die dritte, sondern die erste Strophe des Deutschlandlieds, daß es, wie eine Kopenhagener Zeitung kommentierte, im Radio „dröhnte" und „aussah, als ob dieser Sieg den aufwiege, der 1940 bis 1945 ausgeblieben" war. Es habe, so der dpa Überseedienst, nur noch das „Sieg Heil" gefehlt, um die ganze Stimmung der Berliner Olympiade 1936 wieder erstehen zu lassen[3]. Als der Präsident des Deutschen Fußball-Bunds, der Kölner Bauunternehmer Peco Bauwens, im Münchner Löwenbräukeller wie schon wenige Tage zuvor in Lindau vor versammelten Fußballern in bester Bierlaune den „Germanengott" beschwor und in den Worten des Korrespondenten der Londoner Times so redete, als ob die Fußballer „einen Erbfeind auf dem Schlachtfeld vernichtet hätten", war man davon nicht nur im Ausland höchst irritiert. Der Bayerische Rundfunk unterbrach sogar die Live-Übertragung mit Tanzmusik[4].

Weder der Enthusiasmus in Deutschland noch die Reaktionen im Ausland können überraschen. Die Repräsentation des Nationalen über den Sport ist mehr als nur ein für viele störender Nebeneffekt. In Verbindung mit modernen Kommunikationsmitteln ist der Sport zweifellos eines der wirkungsvollsten Medien, das die Darstellung des Nationalstaates und eines populären Nationalismus im 20. Jahrhundert erlaubt. Dabei ist es nur vordergründig ein Widerspruch, daß es dazu gerade einer weltweiten Sportbewegung bedarf, die mit zahlreichen internationalen Veranstaltungen die Bühne für diese Inszenierungen bereitstellt. Die Olympischen Spiele demonstrieren mehr als alles andere, wie sehr dieser nichtstaatliche Internationalismus von der Verknüpfung von Sport und nationaler Symbolik lebt.

Seit ihrer Neubegründung durch Pierre Coubertin Ende des 19. Jahrhunderts ist bei den Olympischen Spielen eine stete, auf „Erfindung von Traditionen" zielende Zunahme von Zeremonien und Ritualen zu beobachten[5]. Der dabei entstandene Kult ist im olympischen Protokoll minutiös festgeschrieben, in dem der Bezug auf

[3] BAK, B 106/Nr. 1824, dpa Überseedienst, 7.7. 1954.

[4] Die Zeit, 15.7. 1954; Süddeutsche Zeitung, 8.7. 1954; vgl. auch Frei, Rückkehr, S. 113 f. Die Frankfurter Rundschau bemerkte anläßlich eines kritischen Leserbriefes, daß offenbar auch die Nationalmannschaft wenig von der Rede entzückt war; Frankfurter Rundschau, 15.7. 1954.

[5] Liselott Diem, Die Zeremonien – Ein Beitrag zur Geschichte der modernen Olympischen Spiele nach Quellen von Pierre Coubertin und Carl Diem, (Köln) o.J. (Masch.), S. 4; Henning Eichberg, Thing-, Fest- und Weihespiele in Nationalsozialismus, Arbeiterkultur und Olympismus. Zur Geschichte des politischen Verhaltens in der Epoche des Faschismus, in: Ders. u.a. (Hrsg.), Massenspiele. NS-Thingspiel, Arbeiterweihespiel und olympisches Zeremoniell, Stuttgart-Bad Cannstatt 1977, S. 19–153, bes. 143 ff.; Reinhard Rauball, Olympische Statuten, Berlin 1972. Zur „Erfindung von Traditionen" vgl. Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hrsg.), The Invention of Tradition, Cambridge 1983. Zur Person Coubertins vgl. Dietrich R. Quanz, Civic Pacifism and Sports-Based Internationalism: Framework for the Founding of the International Olympic Committee, in: Olympika: The International Journal of Olympic Studies, H. 2, 1993, S. 1–23; John J. Mac Aloon, This Great Symbol: Pierre de Coubertin and the Origins of the Modern Olympic Games, Chicago/Ill. 1981.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Nationen allgegenwärtig ist. Das gilt für die Einladungsschreiben an die Nationalen Olympischen Komitees, deren Gründung einem Staatsakt gleichkommt[6], die Vertretung der Mannschaft durch einen dem diplomatischen Corps nachgeahmten „Chef de Mission", den Aufmarsch der besten, durch nationale Ausscheidungswettkämpfe qualifizierten Sportler hinter ihren Nationalflaggen und die zumindest bis 1960 übliche Vereidigung der Sportler auf die „Ehre des Vaterlandes" und den „Ruhm des Sports". Am deutlichsten wird dies schließlich bei den Siegerehrungen mit dem Aufziehen der Nationalflaggen und dem Abspielen der Nationalhymne für den Sieger. Es handelt sich dabei um Rituale, die in den Satzungen der verschiedenen Disziplinen festgeschrieben sind und sich auch bei internationalen Sportveranstaltungen eingebürgert haben. Gerade wegen des Massenpublikums, das mit modernen Medien über Ländergrenzen angesprochen werden kann, bieten Sportveranstaltungen somit ein Forum für die nationale Selbstdarstellung.

So eindeutig bei der Fußballweltmeisterschaft 1954 die Frage der sportlichen Vertretung des geteilten Deutschlands gelöst zu sein schien, so problematisch und umstritten war die Frage der nationalen Repräsentation damals schon in vielen anderen Bereichen des Sports. Und in den folgenden Jahren wurde dies eher noch schwieriger: Welches Deutschland würde in Zukunft im und durch den Sport repräsentiert sein? Zwei de facto souveräne Staaten, die in unterschiedliche politische Blöcke eingebunden waren? Oder zwei Staaten, die sich auf dem vermeintlich neutralen Boden des Sports auf ihre gesamtdeutsche Identität besinnen konnten, zumal nach verbreiteter Meinung Sport nichts mit Politik zu tun habe? Und wenn man letzteres positiv beantwortete: Mit welchen Fahnen, Hymnen und Abzeichen sollten diese gesamtdeutschen Mannschaften auftreten?

Vor die Aufgabe gestellt, diese Fragen zu beantworten, schwand für die Zeitgenossen die Gewißheit von 1954. Das lag an der merkwürdigen Rolle, die der Sport in der Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen spielte. Im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen rissen die Kontakte zwischen Ost und West im Sport nie völlig ab. Sie entwickelten sich zum einen bilateral über Verhandlungen und Abmachungen zwischen west- und ostdeutschen Sportverbänden, zum anderen gab es, nolens volens, Beziehungen über die einzelnen Weltfachorganisationen, deren Veranstaltungen in der Nachkriegszeit rasch zunahmen und trotz – oder vielleicht gerade wegen! – des Kalten Krieges große Popularität genossen. Daraus ergaben sich spezifische, höchst problematische Konstellationen deutsch-deutscher Beziehungen, die aus mehreren weit über das engere sporthistorische Interesse hinausweisenden Gründen von Bedeutung sind: Schon zeitgenössische Beobachter bemerkten, daß der Sport der DDR-Führung eine große Chance bot, sich international zu etablieren und das eigene System zur Schau zu stellen[7]. Ja, es läßt sich die These vertreten, daß sich die

[6] Vgl. Nationales Olympisches Komitee für Deutschland, Gründungsfeier in der Bundeshauptstadt Bonn am Rhein, Bundeskanzleramt (Museum König), am 24. September 1949. Amtliches Protokoll, Bonn 1950.

[7] Hans Schimanski, Sport und Politik, Ziele und Methoden kommunistischer Sportpolitik, in: SBZ-

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DDR gegenüber dem Westen als staatliches Gebilde primär über den Sport konstituierte. Das war von großer Bedeutung für die deutsch-deutschen Beziehungen. Denn aufgrund der offensiven Strategie der DDR, mittels des Sports ihre Anerkennung durchzusetzen, wurde, wie am Beispiel des Gebrauchs von Hymne und Staatsflagge zu zeigen sein wird, die Frage der nationalen Repräsentation Deutschlands aufgeworfen. Die damit verbundenen Fragen der symbolischen Darstellung nationaler Identität berührten das Selbstverständnis der Bundesrepublik, Gesamtdeutschland zu vertreten, und somit fundamentale Prinzipien bundesdeutscher Außenpolitik. In den Auseinandersetzungen um den Gebrauch nationaler Symbole ging es denn auch immer um eine nationale Ortsbestimmung der zwei deutschen Staaten, die bei allen unterschiedlich motivierten Strategien der Abgrenzung gerade im Sport auf das engste aufeinander bezogen waren[8].

II. Die Offensive des DDR-Sports

DSB-Präsident Willi Daume führte an der Jahreswende 1955/56 in einer langen, streng vertraulichen Denkschrift für Bundesinnenminister Gerhard Schröder aus, daß die DDR gemessen mit dem „Maßstab der sportlichen Praxis [. . .] leider tatsächlich schon ein souveräner Staat und ebenso ganz zweifellos ein Satellitenstaat Rußlands" geworden sei[9]. Diese nüchterne Diagnose ist schon deswegen bemerkenswert, weil die Ausgangsbedingungen der DDR auch im Bereich des Sports denkbar schlecht gewesen waren[10]. Erst seit 1951 wurden von Walter Ulbricht Initiativen ergriffen, in den internationalen Sportverbänden Fuß zu fassen. Dennoch konnte sich die DDR binnen weniger Jahre fest auf der internationalen Bühne des Sports etablieren, und alle Versuche, sie aus dieser Position wieder zu verdrängen, waren zum Scheitern verurteilt. Dieser Erfolg ist ganz wesentlich auf die doppelte Einbindung der beiden deutschen Sportorganisationen auf nationaler *und* internationaler Ebene und auf die daraus resultierende Tatsache zurückzuführen, daß der sportliche „Internationalismus" dem Spielraum der westdeutschen Sportpolitik Grenzen setzte.

Archiv 10 (1959), S. 370–374, hier S. 373 f.; Ulrich Pabst, Sport – Medium der Politik? Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und die innerdeutschen Sportbeziehungen bis 1961, Berlin u.a. 1980, S. 129 ff. Für die Zeit seit den sechziger Jahren vgl. Gunter Holzweissig, Diplomatie im Trainingsanzug. Sport als politisches Instrument der DDR, München/Wien 1981; G. Carr, The Use of Sport in the German Democratic Republic for the Promotion of National Consciousness and International Prestige, in: Journal of Sport History, H. 1, 1974, S. 123–136; Helmut Digl, Sport und nationale Repräsentation. Spitzensport im Dienste der Politik, in: Der Bürger im Staat 24 (1974), S. 195–202; Peter Kühnst, Der mißbrauchte Sport. Die politische Instrumentalisierung des Sports in der SBZ und DDR 1945–1957, Köln 1982, S. 69 ff.

[8] Vgl. in diesem Zusammenhang auch die anregenden Überlegungen von Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/93, 16. 7. 1993, S. 30–41.

[9] BAK, B 106/Nr. 1958, Daume an Schröder, 26. 1. 1956, S. 12.

[10] Vgl. Pabst, Sport, S. 71 ff.; Kühnst, Sport, S. 72 ff.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Bundesregierung stimmte mit den westdeutschen Sportfunktionären überein, daß die Isolierung der DDR auf internationalem Parkett eine Frage der „staatspolitischen Verantwortung" sei[11]. Ein höchst sensibler Punkt war in dieser Hinsicht die Anerkennung durch das Internationale Olympische Komitee (IOC). In diesem exklusiven Altherrenkreis waren die Vertreter der Bundesrepublik in einer relativ günstigen Ausgangsposition: Die westlichen Staaten verfügten dort zu dieser Zeit noch über stattliche Mehrheiten; außerdem pflegten westdeutsche Sportfunktionäre vielfältige persönliche Beziehungen zu Mitgliedern des IOC, die meist in die Zeit der Olympischen Spiele 1936, wenn nicht gar schon in die Zeit davor zurückreichten. Das galt besonders für Karl Ritter von Halt, der seit 1928 Mitglied des IOC war, eine wichtige Rolle bei der Organisation der Olympischen Spiele 1936 gespielt hatte und nicht zuletzt wegen seiner guten Verbindungen zu Exponenten der nationalsozialistischen Führung in den Vorstand der Deutschen Bank aufgerückt war. Trotz seiner politischen Vergangenheit und anfänglicher Vorbehalte auch des Bundeskanzleramtes avancierte von Halt nach langer Internierungshaft in der Sowjetunion 1951 zum Präsidenten des 1949 neu gegründeten Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK). Diesen Aufstieg verdankte er nicht zuletzt der Freundschaft mit dem seit 1953 amtierenden IOC-Präsidenten Avery Brundage, der sich unter Berufung auf die Unabhängigkeit des Sports von der Politik 1936 erfolgreich gegen den Boykott der Olympischen Spiele durch die USA eingesetzt hatte[12].

IOC-Entscheidungen waren und sind immer politische Entscheidungen. Das wird am Beispiel der Aufnahme Deutschlands besonders deutlich[13]: Frankreich erreichte 1950 die Anerkennung eines eigenständigen „NOK des Saarlandes", ohne dabei auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Dagegen zog sich die Aufnahme des NOK für Deutschland aufgrund von Widerständen kleinerer europäischer Staaten, der ungeklärten Position Ostdeutschlands und der Haltung des damaligen schwedischen IOC-Präsidenten Sigfrid Edström bis 1951 hin. Die DDR-Führung setzte sich dabei zunächst für ein gesamtdeutsches NOK ein. Nach den strikt ablehnenden Bescheiden der westdeutschen Sportführung gab sie im Frühjahr 1951 aber die Gründung eines eigenen NOK bekannt und forderte, sekundiert von der Sowjetunion, nun ebenfalls die Anerkennung durch das IOC[14]. Nach kräftigen Interventionen der Bundes-

[11] BAK, B 136/Nr. 5551, Referat 5, Gumbel, an Bundeskanzleramt (künftig: Buka), 17.5. 1951: Aktenvermerk über die von dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen auf den 16. Mai 1951 einberufene Sitzung über die sportlichen Beziehungen zur Sowjet-Zone mit sämtlichen Leitern der insgesamt 22 Sport-Fachverbände, dem Präsidenten des DSB und den Vertretern des NOK.

[12] Zum Streit über von Halt vgl. Pabst, Sport, S. 177ff.; recht umfangreiche Quellen in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), Abt. 2, Nr. 1944; BAK, B 106/Nr. 1732. Vgl. auch Arnd Krüger, Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung: Ihre außenpolitische Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung der USA, Berlin 1972.

[13] Vgl. dazu die ausführliche, sehr verläßliche Darstellung von Pabst, Sport, S. 175ff., auch für das folgende.

[14] Die späte Entscheidung der DDR auf Anerkennung eines eigenen NOK bedarf noch näherer Untersuchung. Eine wichtige Frage wird dabei sein, welche Rolle die Sowjetunion spielte, die aber

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

regierung und der Alliierten wurde aber nur das „NOK des neuen Staates mit dem Namen Westdeutschland" anerkannt, wie die gegenüber dem eigenen Selbstverständnis abweichende offizielle Bezeichnung im IOC-Bulletin lautete. Unter der Führung des westdeutschen NOK sollte eine gemeinsame Olympiamannschaft West- und Ostdeutschlands gebildet werden.

Damit war der Anspruch der Bundesrepublik, die Nation olympisch zu vertreten, zwar sichergestellt. Auf der anderen Seite ließen sich nun aber Verhandlungen mit der Sportführung der DDR nicht mehr vermeiden. Wie von Halt Bundeskanzler Adenauer mitteilen konnte, wurden die Verhandlungen über die Aufstellung einer gemeinsamen Olympiamannschaft so geführt, „daß sie ergebnislos verlaufen mußten"[15]. Dies und einige Ungeschicklichkeiten der DDR-Sportvertreter hatten zur Folge, daß die westdeutsche Mannschaft mit der schwarz-rot-goldenen Fahne im Gepäck 1952 schließlich allein zu den Sommerspielen nach Helsinki reiste. Noch zu den Winterspielen in Norwegen war dem deutschen Sport bedeutet worden, daß die „allgemeine Volksstimmung" für einen Besuch deutscher Sportmannschaften nicht günstig sei[16].

Auch ohne olympische Vertretung war Helsinki ein Erfolg für die SED-Führung. Verschiedene Weltsportorganisationen, darunter der mächtige internationale Fußballverband, nahmen danach DDR-Sportverbände auf. Wie in Bonn mit einiger Besorgnis registriert wurde, war damit in die „bisher bestandene einheitliche Front eine Bresche geschlagen"[17]. Tatsächlich war diese Entwicklung in der Folgezeit nicht mehr abzubremsen: 1955 war die DDR in 19 internationalen Fachverbänden, darunter in 14 sogenannten olympischen Sportarten, vertreten; 1956 und 1957 wurde die Anerkennung durch 16 weitere Verbände erreicht[18]. In keinem anderen nichtstaatlichen Bereich gelang der DDR, wie man rückblickend besser als damals sehen kann, so früh ein „so tiefer Einbruch"[19] in die von der Bundesrepublik betriebene Politik der Isolierung. Unter diesen Umständen konnte 1955 – wenige Wochen nach Inkrafttreten der Pariser Verträge, die der Bundesrepublik die Souveränität brachten – auch die „provisorische Anerkennung" des DDR-NOK nicht länger verhindert werden. Daß die Entscheidung des IOC in Paris fiel, war dabei nicht ohne eine gewisse Ironie. Eine „provisorische Anerkennung" war in den Satzungen des IOC nicht vorge-

---

selbst erst 1951 vom IOC aufgenommen wurde. Bedeutsam ist dieser Punkt vor dem Hintergrund der provokativen Thesen in: Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.

[15] BAK, B 136/Nr. 5551, von Halt an Adenauer, 25. 5. 1951; vgl. auch Guido von Mengden, Tatsachen und Daten zur Geschichte des gesamtdeutschen Sportverkehrs, in: Jahrbuch des Sports 1959/60, S. 25–44.

[16] BAK, B 136/Nr. 5551, Bundesinnenministerium (künftig: BMI) an Buka, 26. 10. 1953.

[17] BAK, B 136/Nr. 5551, BMI an Buka, 26. 10. 1953, Vermerk über Besprechung mit von Halt am 11. 8. 1956.

[18] Pabst, Sport, S. 221.

[19] BAK, B 136/Nr. 5555, Vermerk über die Besprechung Adenauers mit Sportjournalisten, 7. 6. 1961; vgl. auch Konrad Adenauer, Teegespräche 1959–1961, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1988, S. 521.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sehen. Sie lief darauf hinaus, daß die DDR keine eigene Mannschaft aufstellen und keinen eigenen Chef de Mission zu den Spielen entsenden konnte. Vielmehr war sie von nun an bis zur Revision dieses Beschlusses 1965 an die Vertretung durch die Bundesrepublik gebunden. An komplizierten Verhandlungen über eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft kam man nun endgültig nicht mehr vorbei.

Zwar konnte die westdeutsche Sportführung froh sein, eine völlige Anerkennung des DDR-Sports verhindert zu haben; denn angesichts der Stellung des IOC und der Rolle des Sports im öffentlichen Leben wäre „die Anerkennung des NOK Ost praktisch der diplomatischen Anerkennung der Sowjetzonenregierung durch eine Großmacht" gleichgekommen[20]. Aber die Freude hielt sich auch im Westen in Grenzen. Gesamtdeutsche Mannschaften waren im höchsten Grad suspekt, und zwar aus Gründen, die in der Entwicklung des deutsch-deutschen Sportverkehrs zu suchen sind. Von 1951 bis 1955 war es nämlich vor allem die DDR gewesen, die sich im Zusammenhang mit ihrer deutschlandpolitischen Agitation für gesamtdeutsche, paritätisch organisierte Sportverbände und gesamtdeutsche Meisterschaften eingesetzt hatte. Sie waren Teil der unter dem Slogan „Deutsche an einen Tisch!" gegen die Bundesregierung und die NATO geführten Kampagne[21].

Im Westen war man deshalb hin- und hergerissen zwischen stereotypen Bekenntnissen, die Kontakte zwischen Ost und West nicht abreißen zu lassen, und Befürchtungen, daß Sportveranstaltungen und zumal gesamtdeutsche Mannschaften dem Osten zur inneren „Aufweichung" und „Infiltration" des Westens dienen konnten. Besonders verdächtig erschienen dabei die traditionellen Arbeitersportarten – Schwerathletik, der Radsport und das Tischtennis –, in denen die Kontakte besonders intensiv waren. Vielen war dies ein Dorn im Auge, und Verfechter einer harten Position gegenüber der DDR insistierten darauf, daß es Sportveranstaltungen mit dem sowjetischen „Unrechtsregime" und anderen Satelliten der Sowjetunion überhaupt nicht geben dürfe[22].

---

[20] PA AA, Abt. 2/1914, Bundesamt für Verfassungsschutz an BMI, Auswärtiges Amt (künftig: AA) und Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (künftig: BMG), 15.5. 1954.

[21] „Die Vergleichskämpfe mit westdeutschen Sportlern müssen benutzt werden, um die Fragen der demokratischen Wiedervereinigung unter die westdeutschen Sportler zu tragen ... Die Durchführung der Meisterschaften muß der Stärkung der deutschen (sic!) Demokratischen Republik dienen", Niederschrift über die Aussprache mit dem Genossen Walter Ulbricht vom 2.11. 1955, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BA), IV 2/18 Nr. 2; Walter Kortenberg, Der Sport in der sowjetischen Besatzungszone, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1954, S. 25 ff.; Pabst, Sport, S. 160 ff.

[22] Vgl. z. B. die Schreiben des Volksbundes für Frieden und Freiheit e. V., in: BAK, B 106/Nr. 1758. Die höchst umstrittene Einschränkung der Teilnahme östlicher Sportler an privaten Sportveranstaltungen wurde immer wieder mit Spionagegefahr begründet. Vgl. BAK, B 106/Nr. 1955, Vermerk für Staatssekretär II durch die Hand des Gruppenleiters J, 8.7. 1955; Referat VI A 4 stellte dem (Sport-)Referenten Sievers mit Schreiben vom 15.11. 1955 (BAK, B 106/Nr. 1810) besorgt die Frage, „ob mit Hilfe dieser gesamtdeutschen Sportbeziehung nicht eine weitere Verstärkung der kommunistischen Beeinflussung und Infiltration befürchtet werden muß".

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Vertreter des Deutschen Sportbunds reagierten auf solche Initiativen mit pragmatischem Macht- und Selbstbewußtsein. Sie betonten seit Mitte der fünfziger Jahre immer wieder, daß man sich abgesehen von einigen Arbeitersportlern wenig Sorgen um die westdeutschen Sportler zu machen brauche. Wenn jemand für Propaganda anfällig sei, dann seien es die Sportler aus dem Osten, die durch westliche Ideen „infiltriert" würden[23]. Außerdem behielten sich der DSB und die einzelnen Fachverbände die Befugnis zur Bewilligung jeder einzelnen deutsch-deutschen Sportveranstaltung vor. Auf diese Weise hoffte man Einfluß auf Vereine und Sportler nehmen zu können, die zu intensive Kontakte mit dem Osten pflegten[24]. Schließlich glaubte der DSB auch über vertragliche Abmachungen ein effektives Druckmittel gegenüber politischen Einflußversuchen der DDR in der Hand zu haben. Von größter Bedeutung war in dieser Hinsicht das Berliner Abkommen vom 12. Dezember 1952[25]. Diesem Abkommen war im September der Abbruch der gesamtdeutschen Sportbeziehungen durch den DSB vorausgegangen. Die Gründe für diesen dramatischen Schritt lagen im fortlaufenden politischen Mißbrauch des Sports und insbesondere in der Behinderung von Berliner Sportlern. Mit dem Abkommen verschaffte sich der DSB ein, wie man aufgrund späterer Erfahrungen meinte, recht wirksames Druckmittel, um die politische Instrumentalisierung einzelner Veranstaltungen zu unterbinden. Aber das Abkommen reichte sehr viel weiter: Neben Bestimmungen über „parteipolitische Reden oder Ansprachen", der Verpflichtung zur schwarz-rot-goldenen Fahne und der Anerkennung der Flaggen und Wimpel der beteiligten Sportorganisationen findet sich darin auch ein Bekenntnis zu gesamtdeutschen Mannschaften sowie – einigermaßen konträr dazu – die Empfehlung an die westdeutschen Verbände, die Anträge der DDR-Sportsektionen zur Aufnahme in die internationalen Sportorganisationen zu unterstützen.

Das Berliner Abkommen von 1952 ist nichts weniger als der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag auf dem Gebiet des Sports: Die beiden deutschen Sportorganisationen verhandelten nicht nur miteinander, sondern schlossen auch Verträge. Der Sportverkehr war von nun an bilateral geregelt. Vereinzelt wurde zwar schon damals erkannt, daß nun auf „internationaler Grundlage [...] zwei Deutschland" erschienen[26]. Später wurde das Abkommen aber immer wieder als Beispiel für die Blauäugigkeit der Sportführung angeführt, etwa als der DSB-Generalsekretär von Mengden 1962 dem damaligen Verhandlungsführer Daume schrieb, daß die westdeutsche

[23] BAK, B 106/Nr. 1958, Daume an Schröder, 26. 1. 1956, S. 10f. Daume bezweifelte, daß mehrere als „Sportler getarnte Agenten" festgestellt worden seien. Zugleich klagte er, daß der bundesdeutsche Nachrichtendienst den Sport zu instrumentalisieren versuche.

[24] Die Praxis der Kontrolle über den deutsch-deutschen Sportverkehr kann hier nicht weiter verfolgt werden. Vgl. auch Pabst, Sport, S. 67ff., 258ff.

[25] Ebenda, S. 154ff.

[26] BAK, B 106/Nr. 1758, Kitz, BMI, an Daume, 30. 1. 1953. Vgl. auch das Schreiben des Staatssekretärs im Buka an BMI, 17. 12. 1952, in: BAK, B 136/Nr. 5551. Darin wird deutlich, daß man noch eine Woche nach dem Abkommen nicht genau über die Einzelheiten unterrichtet war.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sportführung 1952 „fast den ganzen Obstgarten" verschenkt habe, von dem sie nun „die letzten drei Bäume erbittert" verteidige[27].

Gemessen an der Logik des Kalten Krieges mochte im Berliner Vertrag in der Tat eine gewisse Naivität zum Ausdruck kommen. Auf der anderen Seite ist aber auch klar, daß Daume nicht allein stand. Wenn er die Auffassung vertrat, daß man das „sportliche West-Ost-Problem" nicht zu politisch sehen dürfe, so sprach dieser geschickte Taktiker, der ansonsten die Berechnungen der ostdeutschen Sportführung sehr gut verstand, eine gerade unter Sportlern weit verbreitete Meinung aus[28]. In wenigen anderen Bereichen war die Raison des Kalten Krieges so unbeliebt wie im Sport. Die Verweigerung von Einreisevisen für Sportler aus dem Ostblock seitens der Bundesregierung stieß regelmäßig auf massive öffentliche Kritik. Wettbewerbe mit Mannschaften aus dem Ostblock, zumal in Sportarten wie Eishockey und Fußball, waren Publikumsrenner, auch wenn sie, wie 1954 in Krefeld ein Eishockeyspiel gegen eine Moskauer Mannschaft, ausgerechnet am „Tag der Kriegsgefangenen" ausgetragen wurden[29].

Ausdruck reiner Blauäugigkeit war auch die Auffassung nicht, man solle doch die ostdeutschen Sektionen „in Gottes Namen" in die internationalen Verbände aufnehmen, „denn schließlich [hätten] eben die ostdeutschen Sportler auch ein Recht, an internationalen Wettkämpfen teilzunehmen"[30]. In Wahrheit verbarg sich dahinter das Kalkül, gesamtdeutsche Mannschaften zu verhindern. Außerdem hatte die Bereitschaft zur Anerkennung auch andere Gründe, die mit den Regeln des sportlichen Internationalismus zusammenhingen. Die Mitgliedschaft in internationalen Sportverbänden verpflichtete nämlich dazu, Veranstaltungen nur mit Ländern abzuhalten, deren Verbände ebenfalls die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen besaßen. Diese Logik führte mithin ebenfalls auf den Weg der Anerkennung. Dabei zeigte sich immer wieder, daß es in den internationalen Verbänden wenig Verständnis für die Position der Bundesrepublik in der deutschen Frage gab: Die deutsch-deutschen Auseinandersetzungen wurden noch lange überlagert von „teilweise sehr heftigen Aversionen gegen alles Deutsche, auch gegen das bundesrepublikanische Deutsche"[31]. Schon 1952 setzten sich z.B. Vertreter Großbritanniens und der britischen Dominions für die Anerkennung des ostdeutschen Sports ein, da, wie verlautete, in

---

[27] Zit. nach Pabst, Sport, S. 155.

[28] BAK, B 106/Nr. 1758, Daume an Thedieck, BMG, 22.1. 1953.

[29] Auf diese extrem unpopulären Einschränkungen, die offenbar auf eine Abstimmung innerhalb der NATO zurückgingen, kann hier nicht näher eingegangen werden. Den Sportverbänden wurde nahegelegt, sich stärker um Kontakte mit den westlichen Staaten zu bemühen. Außerdem wurde Daume instruiert, den Verkehr mit dem Osten auf diejenigen Begegnungen zu beschränken, „bei denen die deutschen Sportler wenigstens die Chance eines guten Abschneidens haben". Sportliche Begegnungen mit den Sowjets nur um der Sensation willen seien „sportlich ohne Nutzen und politisch schädlich", BAK, B 106/Nr. 1957, Hagelberger, BMI, an Daume, 11.11. 1958; vgl. auch Pabst, Sport, S. 222ff.

[30] Wie Anm. 28.

[31] BAK, B 106/Nr. 1962, Daume an Schröder, 7.12. 1959.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland zur Zeit zwei Regierungen bestünden und kein Mensch vorhersagen könne, wie lange dieser Zustand noch dauern würde[32].

So ungünstig die Ausgangssituation der DDR in den frühen fünfziger Jahren also auch sein mochte, so vorteilhaft erwiesen sich für die SED die universalistischen Prämissen der internationalen Sportbewegung, die darauf hinausliefen, allen die Teilnahme am öffentlichen Sportleben zu ermöglichen. Da in der Bundesrepublik zudem wenig Begeisterung für gesamtdeutsche Mannschaften bestand (und diese auch politisch nicht erwünscht waren), ebnete gerade dies der internationalen Anerkennung der DDR den Weg. Außerdem: Im Sport zählt letztlich nichts mehr als der Erfolg, und unter Walter Ulbricht wurde der Sport zum Hochleistungssektor ausgebaut[33]. Besucher der 1950 gegründeten Leipziger Sporthochschule stellten schon bald mit Erstaunen fest, wie großzügig und luxuriös angesichts der knappen Ressourcen dieses Leistungszentrum ausgestattet war. Vergleichbares gab es in der Bundesrepublik zunächst noch nicht[34]. Sport wurde in der DDR zur Staatsaufgabe. Dabei konnte einmal mehr der bald reichlich strapazierte Slogan „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen" in die Tat umgesetzt werden, zumal die Sowjetunion bei den Olympischen Spielen 1952 die Systemkonkurrenz auch auf dieses Feld ausgedehnt hatte.

Der Sport war ein integraler Bestandteil des sozialistischen Systems: Bei der Lektüre der internen Pläne für den Breiten- wie den Leistungssport aus den fünfziger Jahren kann man den Eindruck gewinnen, daß zumindest dem Verständnis Ulbrichts nach die sozialistische Zukunftsgesellschaft mit einem großen Sportkollektiv identisch war[35]: Der Sportler wurde zum Idealmodell des produktiven, leistungsorientierten Bürgers stilisiert, der seine Erfolge dem sozialistischen System verdankte[36]. Und da der gleichen, recht simplen Logik nach der „Stand der Produktivkräfte" den „Stand der Kulturentwicklung" bedingte, ließ sich daraus auch eine Systemüberlegenheit ableiten.

Wie kaum in einem anderen Bereich ließen sich im Sport Höchstleistungen planen, ja, fast scheint es, als sei der Sport mit der Festsetzung von Förderungsschwerpunkten und Leistungszentren, mit dem „Ausbau der materiellen Basis" in der Form von Sportstätten und der Verknüpfung mit der sportmedizinischen Forschung selbst zum Paradigma gesellschaftlicher Planung geworden, die im Falle der DDR immer mit Blick auf die Bundesrepublik eingeleitet wurde. Sportliche Höchstleistungen stellten somit einen politischen Auftrag dar: „Die Sportler der DDR müssen die

[32] BAK, B 136/Nr. 5551, von Halt an BMI, 2.9. 1952.

[33] Vgl. u.a. die frühe Dokumentation von Kortenberg, Sport; Kühnst, Sport, S. 43ff.; Pabst, Sport, S. 206ff.

[34] Vgl. Dr. Werner Kürbs, Bericht über meinen Besuch der deutschen Hochschule für Körperkultur, 10.12. 1953, in: BAK, B 101/Nr. 1758; vgl. auch Kühnst, Sport, S. 49ff.

[35] Diese Fragen sollen in einem separaten Aufsatz behandelt werden.

[36] Dabei kann man nach Kühnst, Sport, S. 58ff., in den fünfziger Jahren zunächst noch nicht von einer klaren Vorrangigkeit des Leistungssports sprechen. Für das folgende vgl.: John M. Hoberman, Sport and Political Ideology, Austin/Texas 1984; Dieter Voigt, Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Untersuchung, Köln 1975.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mehrzahl der Meistertitel bei gesamtdeutschen Meisterschaften stellen", forderte Ulbricht schon 1955[37]. In den folgenden Jahren wurde das „Ein- und Überholen"[38] der Bundesrepublik im Sport eine zunehmend dringlichere Aufgabe. Es ging um mehr als nur „Systemkonkurrenz". Auf dem Spiel stand die internationale Anerkennung der DDR.

III. Das Dilemma der „Hallstein-Doktrin"

Sport war Politik, und zwar „hohe Politik". Diese Erkenntnis setzte sich im Winter 1955/56 auch in der Bundesrepublik durch, wenngleich zunächst aus ganz anderen Gründen als jenseits der Elbe. Um diese Zeit forderte der Bundesaußenminister vom Bundesinnenminister die Federführung in allen Angelegenheiten, in denen in Sportfragen spezifisch außenpolitische Fragen berührt wurden: Die internationalen Sportbeziehungen, insbesondere die Vorbereitung der bevorstehenden Olympischen Spiele, hätten, wie einem zunächst uneinsichtigen Innenministerium entgegengehalten wurde, „einen ausgesprochen außenpolitischen Charakter" angenommen. Die Rückwirkungen dieser Dinge auf die allgemeinen außenpolitischen Beziehungen seien zu groß geworden[39]. Aktueller Anlaß dieser Kontroverse war die Veröffentlichung der Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Sportorganisationen der DDR und der Bundesrepublik über die Aufstellung einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft für die Winterspiele in Cortina d'Ampezzo (Italien), von der Brentano offenbar aus der Zeitung erfuhr. Am 15. November 1955 monierte der Außenminister, daß „unsere vortrefflichen Sportsleute", die, wie er ironisch hinzufügte, ja nach seinen Informationen weitgehend identisch seien „mit denen, die diesen Beruf schon im 3. Reich ausübten", durch diese Verhandlungen nicht nur anerkannten, daß es zwei olympische Komitees, sondern auch – weit schlimmer! – zwei deutsche Nationalhymnen gebe. Daran könne man einmal mehr sehen, wohin „technische Ost-West-Kontakte" führten[40]. Für die Vertreter des Sports war die „Bestürzung" des Außenministers zunächst alles andere als verständlich; die Ergebnisse der Verhand-

[37] Wie Anm. 21 (Aussprache vom 2. 11. 1955).

[38] SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 2, Aktennotiz der Arbeitsgruppe Sport v. 10. 11. 1959 über eine Aussprache der Gen. Neumann und Honecker mit Vertretern des Deutschen Turn- und Sportbundes.

[39] BAK, B 106/Nr. 1810, Entwurf: PA AA, 604/Nr. 635, Hallstein, AA, an Bleek, BMI, 18. 2. 1956. Bleek hatte in einem Schreiben vom 30. 1. 1956 die Federführung für sein Ministerium beansprucht.

[40] BAK, B 106/Nr. 1810, Brentano an Schröder, 15. 11. 1955. Der Hinweis auf die „technischen Ost-West-Kontakte" bezog sich zunächst einmal auf den Anspruch der Sportler, Fragen wie die der gemeinsamen Trikots, der Bekleidung, des olympischen Chef de Mission und eben auch der Hymnen „unpolitisch" zu lösen. Zugleich war es eine klare Absage an alle Bemühungen, über die Bildung deutsch-deutscher Gremien die Kontakte zwischen dem geteilten Deutschland zu intensivieren, wie das die Opposition wünschte; vgl. dazu auch Daniel Kosthorst, Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961, Düsseldorf 1993, S. 89.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lungen lagen ja schon länger vor, ohne daß es zu Interventionen oder Stellungnahmen gekommen wäre[41]. Das Arrangement der beiden deutschen Sportorganisationen war nicht nur wegen der zwei Nationalhymnen brisant. Es gab weitere Gründe, die mit der Moskau-Reise des Bundeskanzlers im September und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion zusammenhingen, einer Reise, der im übrigen zum Leidwesen der Bundesregierung eine publizistisch gut vorbereitete Einladung von Spartak Moskau an den Deutschen Fußball-Bund vorausgegangen war, die nicht mehr rückgängig zu machen war[42]. Die deutschen Fußballer verloren ihr Spiel. Darüber, ob die Moskaureise ein Erfolg war oder nicht, gingen die Meinungen innerhalb der deutschen Delegation auseinander: Für Außenminister Brentano und seinen Staatssekretär Hallstein war der Kanzler, der ganz auf Prestigegewinn nach innen wie nach außen setzte, zu konzessionsbereit gewesen[43]. Außerdem war kurze Zeit danach auch der DDR von der Sowjetunion die vollständige Souveränität übertragen worden und damit eingetreten, was die Skeptiker vorausgesehen hatten: Deutschland war künftig nun ausgerechnet in Moskau durch zwei Botschaften repräsentiert. Die eigene Politik hatte also nichts anderes als einen Präzedenzfall geschaffen, der auf die Aushöhlung des Alleinvertretungsanspruchs hinauslief.

Vor diesem Hintergrund wurde im Auswärtigen Amt zwischen September und Dezember 1955 zur Klärung der eigenen Position die sogenannte „Hallstein-Doktrin" formuliert[44]. Neu daran war nicht der Alleinvertretungsanspruch als solcher oder die Ankündigung, daß die Anerkennung der DDR als ein unfreundlicher Akt gegenüber der Bundesrepublik betrachtet würde. Das kannte man auch früher schon. Neu war vielmehr die wohl auf Außenminister Brentano selbst zurückgehende Zuspitzung, daß die Bundesrepublik die Anerkennung der DDR mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen quittieren würde.

Anlaß zu dieser klaren Positionsbestimmung, die auf einer Botschafterkonferenz Ende 1956 getroffen wurde, waren Pläne Ägyptens und Finnlands gewesen, in Ost-Berlin eine Handelsvertretung mit konsularischen Rechten zu eröffnen. Aber während man sich in Bonn noch Gedanken über die wankelmütige Haltung vor allem

[41] Vgl. PA AA, 604/Nr. 635, von Halt an Müller-Horn, 21. 2. 1956. Rückblickend kritisierte vor allem Willi Daume immer wieder, daß die Bundesregierung zunächst wenig Interesse für Fragen des Sports zeigte; BAK, B 106/Nr. 1962, Daume an Hagelberger, BMI, 14. 11. 1958.

[42] Zur Schadensbegrenzung wurden Überlegungen angestellt, wie man zur Vermeidung eines Faux pas dem Präsidenten des Fußball-Bunds Bauwens und der Mannschaft einen geeigneten Staatsbürgerunterricht zukommen lassen könnte; BAK, B 106/Nr. 1824, Bleek, BMI, an Hallstein, AA, 12. 7. 1955.

[43] Die beste Darstellung bei Kosthorst, Brentano, S. 78 ff.; Hans-Peter Schwarz, Adenauer, Bd. II: Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1986, S. 207 ff.; Josef Foschepoth, Adenauers Moskaureise 1955, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22/86, 31. 5. 1986, S. 30–46.

[44] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 88 ff. Vgl. auch Heinz Hermann Verfürth, Die Hallstein-Doktrin und die Politik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten von 1955 bis 1967, Sozialwiss. Diss. Bochum 1968; Schwarz, Adenauer, II, S. 370; Hans-Peter Schwarz, Gedenkrede, in: Gedenkfeier des Auswärtigen Amtes zum 90. Geburtstag von Staatssekretär Professor Dr. Walter Hallstein (25. November 1991), Bonn 1991.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

blockfreier Länder machte, sah sich die Bundesrepublik plötzlich selbst auf der Anklagebank: Am 14. Dezember erklärte nämlich der Direktor der Politischen Abteilung des NATO-Generalsekretärs dem deutschen NATO-Gesandten in Paris, Blankenhorn, daß man bei einigen Mitgliedsstaaten, aber auch innerhalb des Generalsekretariats selbst, über die Bildung eines gemeinsamen deutschen Olympischen Komitees und die Einigung in der Hymnenfrage erstaunt sei. Wie sei es möglich, „daß die Bundesregierung einerseits von den übrigen NATO-Mitgliedern eine schroffe Ablehnung des Pankower Regimes verlange, andererseits sich selbst keineswegs an diese Forderungen halte"? Blankenhorn antwortete auf solche Fragen, daß „zwischen den menschlichen Beziehungen und rein technischen Kontakten mit der Sowjetzone einerseits und allen politischen Beziehungen, die einer Anerkennung des Regimes gleichkommen würden, andererseits" ein wesentlicher Unterschied bestehe[45]. Aber solchen feinsinnigen Differenzierungen traute man in Bonn jetzt wie auch in der Folgezeit selbst nicht. Die Vorstellung, daß bei einer olympischen Siegerehrung, an der das ganze diplomatische Corps des gastgebenden Landes teilnahm, die Nationalhymne der DDR gespielt würde, raubte nicht nur Hallstein den Schlaf. Auf einen solchen Fall warteten in seinen Augen nicht nur die Ostblockstaaten; auch im „Lager der freien Welt" gäbe es, wie er wohl mit Blick auf England meinte, Politiker, die eine solche Manifestation nicht ablehnen würden[46]. Durfte es so etwas wie gesamtdeutsche Mannschaften überhaupt geben? Die Verhandlungen zwischen den beiden NOK, um die man sich vor der Moskaureise Adenauers offenbar wenig gekümmert hatte, waren plötzlich zur Staatsaffäre geworden.

Die Stretegie der DDR-Führung war eindeutig. Die westdeutschen Sportfunktionäre bemerkten schon in den Gesprächen der beiden NOK einen abrupten Sinneswandel ihrer östlichen Kollegen nach Adenauers Moskaubesuch[47]. Das Bekenntnis zu gesamtdeutschen Vertretungen wurde aus dem Vokabular gestrichen; erst 1959/60 sollte es im Kontext der Vorschläge über eine Konföderation wieder auftauchen. Auch im Sport sollte nun die Souveränität der DDR klar dokumentiert werden: „Ausgehend von der Existenz zweier deutscher Staaten kann bei den Verhandlungen zwischen Vertretern der Sektion Fußball der DDR und den Vertretern des Deutschen Fußball-Bunds die Basis für die Verhandlung nur die volle Gleichberechtigung sein", hieß es in internen Richtlinien für die Gespräche über eine gesamtdeutsche Fußballmannschaft für die Olympischen Sommerspiele in Melbourne 1956[48]. Aufgrund der großen Leistungsdifferenzen war das, wie man genau wußte, völlig indiskutabel.

---

[45] Krapf (in Vertretung von Blankenhorn) Paris (NATO) an AA, 14.12. 1955; Fernschreiben Blankenhorn an AA, 20.12. 1955 (PA AA, 700/Nr.146).

[46] BAK, B 106/Nr.1810, Niederschrift über Besprechung am 6.1. 1956; AA 604/Nr.633; vgl. auch ebenda, Niederschrift über die Besprechung am 17.1. 1956 bei Herrn Staatssekretär wegen der Aufstellung gesamtdeutscher Mannschaften bei den Olympischen Spielen 1956, Abt.6.

[47] Darauf weist Daume hin, vgl. Niederschrift über die Besprechung am 6.1. 1956, in: Ebenda.

[48] PA AA, 700/Nr.146, Richtlinien für Sowjetzonen-Sport-Delegationen mit Sportverbänden der Bundesrepublik. Die Verhandlungen scheiterten, da die DDR-Sportvertreter u.a. eine Parität der Spieler forderten, vgl. BAK, B 106/Nr.1955, Vermerk v. 3.12. 1955.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die gleiche Strategie der Sprengung verfolgte man in den Bereichen, wo es, wie beispielsweise im Tischtennis, Handball oder der Leichtathletik, noch gesamtdeutsche Sportmannschaften gab.

In der Bundesrepublik tat man sich schwerer, eine Linie zu finden. Man schwankte zwischen dem Wunsch, West- und Ostdeutsche unter der schwarz-rot-goldenen Fahne antreten zu lassen, und fundamentalen politischen Bedenken. So begrüßten Referenten im Ministerium für gesamtdeutsche Beziehungen ebenso wie auch einzelne Abteilungen des Auswärtigen Amtes 1956 die Idee der Aufstellung einer gesamtdeutschen Eishockeymannschaft: Sie würde „das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen und ihr[en] Willen zu einem einheitlichen Deutschland" demonstrieren[49]. Tatsächlich schien jetzt die Stunde gekommen, die bis dahin von der DDR ausgehende Parole vom gesamtdeutschen Sport zu propagieren; denn mit gesamtdeutschen Mannschaften ließ sich Deutschland als Nation repräsentieren. Bedingung dafür war selbstverständlich, daß die Mannschaftsführer aus der Bundesrepublik stammten und man sich im Sinne der Bundesrepublik auf die nationalen Symbole einigte.

Andererseits setzte man sich mit der Schaffung gesamtdeutscher Mannschaften und mit gesamtdeutschen Meisterschaften zunächst aber doch dem Verdacht aus, mit der DDR zu „sympathisieren": Dies war, wie von Halt 1956 mit Blick auf die Olympiamannschaft meinte, eine Form der „Verständigungspolitik"[50], die es eigentlich gar nicht geben dürfe. Aber das war nicht das einzige oder gar das entscheidende Problem. Wie Karl Carstens, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt, im Zusammenhang mit der Aufstellung der erwähnten Eishockeymannschaft vermerkte, konnten die dazu notwendigen Verhandlungen „im sowjetzonalen Sinne als Beweis dafür interpretiert werden, daß das Wiedervereinigungsproblem und die mit ihm zusammenhängenden Fragenkomplexe durch direkte Kontakte zwischen Bonn und Pankow gelöst werden können"[51]. Das war auch die Meinung Hallsteins: Es gehe nicht an, daß die Bundesregierung einerseits mit dem äußersten Mittel, dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohe, falls ein Staat die Anerkennung der DDR in Erwägung zöge, andererseits aber den Anschein erwecke, als ob sie sich mit Vereinbarungen wie denen der beiden deutschen NOK identifiziere[52].

Aus diesen Gründen wurde zunächst mit allen Mitteln versucht, die vorläufige Anerkennung des DDR-NOK wieder rückgängig zu machen[53]. Das entpuppte sich

---

[49] PA AA, 700/Nr. 146, Vermerk von Referat 201, Dr. Fechter, 17.7. 1956 betr. Gesamtdeutsche Eishockeymannschaft für die Weltmeisterschaft in Moskau.

[50] PA AA, 604/Nr. 633, Niederschrift über die Besprechung am 17.1. 1956 (wie Anm. 46).

[51] Vermerk v. 19.7. 1956 zum Vermerk von Fechter v. 17.7. 1956 (wie Anm. 49).

[52] PA AA, 604/Nr. 633, Niederschrift der Abt. 6 über die Besprechung am 17.1. 1956.

[53] Noch im Januar 1956 zeigte von Halt im Auswärtigen Amt Zweckoptimismus, die Aufstellung einer gesamtdeutschen Mannschaft für die Sommerspiele in Melbourne verhindern zu können; vgl. die Aufzeichnung von Abt. 6 über die Besprechung am 17.1. 1956, in: Ebenda. Tatsächlich wurde von Halt später vorgeworfen, von dem Führer des „Ost-NOK" eingenommen zu sein; ebenda, Vermerk v. 25.1. 1956 über Anruf von Müller-Horn am 25.1. 1956 aus Cortina d'Ampezzo. Mül-

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schnell als Illusion. Die Anstrengungen, über das diplomatische Corps und die Verbündeten direkt und indirekt auf IOC-Präsident Brundage und andere IOC-Mitglieder einzuwirken[54], erwiesen sich als Fehlschlag. Das gleiche gilt für spätere Versuche, den DDR-Sport in den Weltverbänden zu isolieren und auszuschließen[55]. Das mußte schon deshalb ein frommer Wunsch bleiben, weil sich im Bereich des Sports das Prinzip „zwei Staaten" schon früh durchgesetzt hatte[56].

Welche Alternativen gab es? Die beiden federführenden Ministerien drängten 1956 auf den Boykott der Sommerspiele in Melbourne, der von einem Austritt aus dem IOC flankiert werden sollte. Zugleich drohte Innenminister Schröder mit der Sperrung der Subventionen für die deutsche Olympiamannschaft: Damit würde sich die Bundesrepublik demonstrativ von den Beschlüssen der beiden NOK distanzieren[57]. Im DSB war man entsetzt. Daume entwickelte 1956 gegenüber Innenminister Schröder ein Szenario, demzufolge sich einzelne westdeutsche Sportler über Berlin der DDR-Mannschaft anschließen würden[58]. Noch problematischer aber war ein anderer Punkt: Bei einem Olympiaboykott der Bundesrepublik wäre die DDR-Mannschaft mit Sicherheit allein zu den Spielen gereist; außerdem hätte dies möglicherweise die von der DDR angestrebte volle internationale Anerkennung der DDR-NOK bedeutet.

Jetzt wie auch in der Folgezeit waren es die Vertreter des Sports, die den Politikern vorwarfen, aus einem falschen Gefühl der politischen Stärke heraus die Implikationen des sportlichen „Internationalismus" zu verkennen. Als NOK-Präsident von Halt die Vertreter einer harten Linie fragte, ob die Bundesregierung eher die Anerkennung eines selbständigen „SBZ-NOK" und das Auftreten einer selbständigen DDR-Mannschaft bei den Olympischen Spielen oder die Teilnahme einer gesamtdeutschen Mannschaft wünsche, konnte Staatssekretär Hallstein nur antworten, daß das erstere mit allen Mitteln verhindert werden müsse und das zweite mit einem Minimum an Konzessionen notfalls tragbar sei[59].

Damit war ein Kompromiß angedeutet. Neben anderen Protokollfragen einigten sich die beiden NOK für die Sommerspiele schließlich auf Ludwig van Beethovens „Hymne an die Freude" als Ersatz für die Nationalhymne. Das war für sich genommen wiederum nicht ganz unproblematisch, denn die DDR-Sportführung, die sich bei den Winterspielen keine Hoffnungen auf eine Goldmedaille machen konnte, hat-

---

ler-Horn vom AA war von Halt nach Cortina zu den Verhandlungen des IOC „zur Seelen- und Rückenstärkung" zur Seite gestellt worden; vgl. ebenda, Trützschler, AA, an den Botschafter in Canberra, 21.1. 1956.

[54] Vgl. PA AA, 604/Nr. 633, Vermerk Trützschlers v. 16.1. 1956 auf der Grundlage von Fernschreiben aus Washington.

[55] Die Initiative ging vom Auswärtigen Amt aus, vgl. PA AA, 700/Nr. 146, Ressortbesprechung am 14.10. 1958 auf Einladung des BMI; Hagelberger an Daume, 11.11. 1958 (wie Anm. 29).

[56] BAK, B 106/Nr. 1962, DSB an Staatssekretär Thedieck, 21.5. 1958.

[57] Niederschrift über die Besprechung am 17.1. 1956 (wie Anm. 46).

[58] BAK, B 106/Nr. 1958, Daume an Schröder, 26.1. 1956.

[59] Niederschrift, 17.1. 1956 (wie Anm. 46).

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te Beethovens „Hymne an die Freude" nur deshalb vorgeschlagen, um das Deutschlandlied zu verhindern.

Die Bundesregierung mußte nicht nur 1956 einsehen, daß gesamtdeutsche Mannschaften „noch die beste von allen schlechten Lösungen" darstellten[60]. Zähneknirschend und mit einiger Verärgerung darüber, daß der Sport bei aller Bereitschaft seiner Funktionäre, mit staatlichen Stellen zu kooperieren, eigenen Gesetzen gehorchte und nicht voll auf die außenpolitische Linie zu bringen war, machte man gute Miene zum bösen Spiel und beugte sich den Realitäten, 1956 wie 1960. Offenbar gab es 1956 aber bis zuletzt Stimmen, wohl auch aus dem Bundeskanzleramt, die einen Boykott befürworteten[61]. Noch 1960 fand man sich nur schwer mit der eingetretenen Entwicklung ab. Als Willi Daume nach einer hitzigen Unterredung Bundeskanzler Adenauer zu überreden versuchte, auf der anschließenden Pressekonferenz zu sagen, daß er bei den Olympischen Spielen in Rom eine gesamtdeutsche Mannschaft immerhin „honoriere", konterte Adenauer mit offensichtlichem Verdruß: „Honoriert nicht! Ich würde auch nicht sagen toleriert. Ich würde sagen: das ist eine Tatsache, [und] über Tatsachen lange zu sprechen, hat keinen Zweck."[62] Er ließ keinen Zweifel daran, daß ihm die ganzen deutsch-deutschen Kontakte im Sport höchst suspekt waren.

Wie an der Debatte über die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1956 zu sehen ist, stand Bonn, gewappnet mit der „Hallstein-Doktrin", vor einem fundamentalen Dilemma: Verhandlungen mit dem DDR-Sport konnten als politische Anerkennung der DDR interpretiert werden, selbst wenn es auf seiten der Bundesrepublik eine nichtstaatliche Organisation war, die diese Verhandlungen führte. Gesamtdeutsche Mannschaften waren seit 1956 ein Auslaufmodell, auch wenn die Bundesregierung sie nun zunehmend als „erwünscht" betrachtete. Das Problem war, daß sie nicht ohne weiteres zur inneren Konstituierung der Bundesrepublik paßten, wie sich zeigte, als es um die Frage von Bundeswehrangehörigen in gesamtdeutschen Mannschaften ging[63]. Aber auch die Alternative war nicht diskutabel, denn mit getrennten Mannschaften wäre nämlich die Anerkennung der DDR auf internationaler Bühne noch offenkundiger gewesen. Mit anderen Worten: Es bestand die Gefahr des Scheiterns, egal welchen Weg man auch einschlug. Denn die „Hallstein-Doktrin" setzte eine radikale Trennung von Ost und West voraus, die es im Sport nicht gab.

---

[60] PA AA, 604/Nr. 1069, Abt. 6, Dr. Langer, Dr. Holz, Aufzeichnungen betr. Gesamtdeutsche Mannschaften anläßlich der Olympischen Spiele, 20.7. 1962.

[61] Vgl. das erbitterte Schreiben Daumes an Schröder, 15.11. 1956, in: BAK, B 106/Nr. 1958; Kosthorst, Brentano, S. 89.

[62] BAK, B 136/Nr. 5551, im Buka angefertigte Niederschrift über den Empfang der führenden Vertreter der deutschen Turn- und Sportbewegung beim Bundeskanzler, 5.8. 1960, S. 27. Bundesinnenminister Schröder nahm im übrigen dieselbe Position wie Daume ein, wenn er meinte, daß es als Selbstverständlichkeit gelte, daß Rom von einer gesamtdeutschen Mannschaft beschickt würde.

[63] Der Moderne Fünfkampf der DDR wurde 1958 vom internationalen Verband aufgenommen, u. a. weil das Bundesverteidigungsministerium die Ausreise von Bundeswehrsoldaten zur Teilnahme an diesem vorwiegend militärischen Kampf in Ostblockstaaten und die DDR verboten hatte, BAK, B 106/Nr. 1962, Daume an Hagelberger, 14.11. 1956.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV. Spaltung durch nationale Symbole?

Nach der Einführung der Staatsfahne der DDR mit Hammer und Zirkel – der sogenannten „Spalterflagge" – am 1. Oktober 1959 und, wenige Monate später, der Einführung des roten Sportemblems verschärfte sich das erwähnte Dilemma weiter. Die DDR war, wie die Bundesrepublik mit dem Bundesadler, auch schon früher mit Hammer und Zirkel bei internationalen Sportveranstaltungen aufgetreten. Aber erst jetzt wurde die Flaggenfrage zu einem höchst brisanten Thema. Hatte man vorher schon alle Hände voll damit zu tun gehabt, zwei deutsche Nationalhymnen bei internationalen Sportveranstaltungen zu verhindern[64], standen nun plötzlich auch noch zwei Fahnen zur Debatte. Die neue Staatsflagge wurde von der DDR gezielt zur Demonstration der eigenen Souveränität eingesetzt[65]. Neben Sportveranstaltungen waren Messen, Ausstellungen und Kulturveranstaltungen der Austragungsort dieser Politik symbolischer Nadelstiche. Das IOC griff im Vorfeld der olympischen Sommerspiele in Rom 1960 in diesen Flaggenstreit ein, indem es die von Daume und dem bundesdeutschen NOK favorisierte Kompromißlösung akzeptierte: Wie schon 1956 sollte die gesamtdeutsche Mannschaft mit den fünf olympischen Ringen vor dem Hintergrund der deutschen Farben im roten Feld auftreten[66].

Es überrascht nicht, daß die DDR von diesem „Kompromiß" alles andere als begeistert war und (angeheizt durch die politische Stimmung im Zusammenhang mit der Berlinkrise) einmal mehr gegen den westdeutschen Sport und namentlich gegen Daume und von Halt polemisierte. Erst als sich die Bundesregierung am 20. November per Kabinettsbeschluß der Sache annahm und erklärte, daß es mit der „nationalen Würde" unvereinbar sei, wenn die deutsche Mannschaft bei den Olympischen Spielen eine andere als die Bundesflagge zeige[67], machte man in Ost-Berlin einen Rückzieher und rieb sich genüßlich die Hände: Jede andere Lösung (wie beispielsweise die Olympiafahne ohne die deutschen Farben) mußte, wie man schon im Vorfeld kalkuliert hatte, von der Bundesregierung als Niederlage betrachtet werden[68]. So war es denn auch: Der Beschluß des IOC war unwiderruflich – trotz hef-

[64] Vgl. Pabst, Sport, S. 232 ff.; vgl. auch die Dokumente in: BAK, B 106/Nr. 1962.

[65] Vgl. SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 34, Direktive zur Durchsetzung der Staatsflagge der DDR in den Staaten, die nicht zum sozialistischen Lager gehören bzw. keine diplomatischen Beziehungen mit der DDR unterhalten. Bestätigt durch die Sitzung der Außenpolitischen Kommission vom 18. 11. 1959, 24. 11. 1959.

[66] Vgl. Pabst, Sport, S. 248 ff.

[67] Leider findet sich weder in den Akten des Bundeskanzleramtes noch des Auswärtigen Amtes der Schriftverkehr zu dieser Frage. Laut mündlicher Auskunft gibt es im Politischen Archiv des AA dazu auch keine Verschlußsachen.

[68] „Wenn DSB gegen eigene Fahne ist, schlagen wir eine gemeinsame Fahne vor, die weder unserer noch der westdeutschen irgendwie ähnlich ist, z. B. weißes Tuch mit olympischen Ringen. Das ist kein Abweichen oder Zurückgehen, sondern jedem wird klar, wenn auch die westdeutsche Fahne nicht gezeigt wird, daß in Deutschland eine komplizierte Lage besteht. So eine Flagge demon-

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tiger Interventionen der Bundesregierung. Als letzter Ausweg blieb für Bonn wieder nur der extrem unpopuläre und vor den Wahlen zudem wenig opportune bundesdeutsche Olympiaboykott.

Die Zuspitzung war bezeichnend; ob sie notwendig war, ist eine andere Frage. Neben Mißverständnissen, die das IOC verursacht hatte[69], war vor allem die falsche Einschätzung und die von Daume immer wieder diagnostizierte Fehlperzeption – um nicht zu sagen: Ignoranz – der Bundesregierung im Hinblick auf den sportlichen „Internationalismus" für die fatale Entwicklung verantwortlich[70]. Es ging um eine prinzipielle Frage: Die gemeinsame Olympiafahne sollte keine Staatsfahne sei, sie sollte weder die Bundesrepublik noch die DDR, sondern nur die gemeinsame deutsche Olympiamannschaft symbolisieren. Das war die Position des Sports, die auch von einigen prominenten Politikern geteilt wurde. Entsprach dieser Kompromiß nicht „der wirklichen Situation unseres gespaltenen Landes", fragte etwa der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer[71]. Diese Position war aber nicht nur für Adenauer indiskutabel. Er nahm Lemmers Äußerung sogar zum Anlaß, in einem Tonstudio vor versehentlich laufendem Tonband laut zu überlegen, ob er „den Kerl jetzt deswegen aus dem Kabinett rausschmeißen" solle[72]. Adenauer pochte auf die staatliche Autorität und die Glaubwürdigkeit seiner Außenpolitik. Auch viele seiner Parteikollegen waren zutiefst empört, daß nichtstaatliche Organisationen darüber zu verfügen versuchten, „welche Flaggen die Deutschen bei einer solchen Veranstaltung zu zeigen haben, während alle anderen Staaten ihre Nationalflagge zeigen"[73].

striert schon das Bestehen zweier deutscher Staaten"; SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 2, Arbeitsgruppe Sport, Niederschrift über eine Beratung des Gen. Honecker mit der Arbeitsgruppe Sport, dem Sekretariat des DTSB, u. a., 5. 11. 1959.

[69] Pabst, Sport, S. 250.

[70] Die Debatte des Bundesvorstands der CDU am 25. 11. 1959 gibt einen guten Einblick über die „Fehlperzeptionen", in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen". Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961, bearbeitet von Günter Buchstab, Düsseldorf 1994, S. 556 ff. So ist es schwer zu glauben, daß Außenminister Brentano wirklich der Meinung war, daß entweder eine gesamtdeutsche Mannschaft aufgestellt würde oder die Bundesrepublik allein eine Mannschaft entsende (S. 566). Unwidersprochen blieb die Auffassung von Eric Blumenfeld, daß man es nicht zu einer gesamtdeutschen Mannschaft kommen lassen brauche, eine Meinung, der Adenauer zustimmte (S. 571 f.). Es ist nicht ohne Ironie, daß der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen die Anwesenden darüber aufzuklären versuchte, daß die DDR „bedingtes Mitglied im IOC" sei (S. 569) und daß man daher mit einer Politik der Stärke nicht ohne weiteres vorankomme; Brentano sah das offenbar nicht so (vgl. S. 559). Auch der Bundesaußenminister war sich nicht darüber im klaren, daß bei einem Boykott mit größter Sicherheit eine eigenständige DDR-Mannschaft nach Rom gefahren wäre.

[71] Protokolle des CDU-Bundesvorstandes (wie Anm. 70), S. 569.

[72] Vgl. die versöhnliche Darstellung von Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M. 1968, S. 363. Lemmer und sein Ministerium waren seit 1959/60 von dem Entscheidungsprozeß in Sportfragen weitgehend ausgeschlossen; wichtige Informationen wurden ihm vorenthalten. Zu der Besprechung mit Vertretern des Sports 1960 wurde Lemmer beispielsweise nicht eingeladen, vgl. BAK, B 137/Nr. 5551, Thedieck an Globke, 8. 8. 1960.

[73] Protokolle des CDU-Bundesvorstandes (wie Anm. 70), S. 563, 570 (Hinweis auf die Richtlinien-

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angesichts dieser verfahrenen Situation wurde mit nationalen Symbolen weiter experimentiert. Die Olympiafahne war dafür nur ein weiteres Beispiel: Anstelle des Deutschlandliedes spielte man bei Sportveranstaltungen nicht selten Beethovens „Hymne an die Freude", die schon 1956 nicht als optimale Lösung empfunden worden war. Bei einigen internationalen Sportveranstaltungen einigte man sich gelegentlich auf Fanfarenstöße oder eine Schweigeminute, die der Weltöffentlichkeit demonstrieren sollten, daß die Deutschlandfrage noch offen war. Wenn dann von den Zuschauern spontan das Deutschlandlied gesungen wurde, war das aus Bonner Sicht die ideale Lösung[74].

Der IOC-Präsident mochte diesen deutschen Sonderweg als Triumph des Sports über die Politik und Deutschland schon als zukunftsweisenden Vorreiter einer von ihm immer wieder geforderten postnationalen olympischen Idee feiern, derzufolge die Sportler selbst und nicht die von ihnen vertretenen Nationen im Mittelpunkt stehen sollten. Angesichts ähnlich gelagerter Konflikte in Süd- und Nordkorea und Rot- und Nationalchina unternahm Brundage aus schierer Not eine Reihe von Vorstößen, den Sport zu „entnationalisieren"[75]. Die Widerstände, die es dabei zu überwinden galt, waren beträchtlich. Nicht nur die neugegründeten Staaten und die DDR[76] hatten daran wenig Interesse. Auch in der Bundesrepublik stand man derartigen Vorstellungen zwiespältig gegenüber. Die Euphorie des IOC-Präsidenten, daß man im Sport erreiche, was die deutsch-deutsche Politik nicht erreichen konnte, teilte man nicht[77]. Vielmehr beklagte man das fehlende Nationalbewußtsein und beschwor man die Gefahr einer „Neutralisierung" des Landes. Die ganze Ambiguität

---

kompetenz). „Wenn Sie jetzt die olympischen Ringe in die Fahne reinmachen", soll Adenauer im November 1959 Daume entgegnet haben, „dann kommt der Zirkus Sarrasani und will einen Elefanten und die Metzgerinnung will mit einem Schweinskopf auf die Fahne", Pabst, Sport, S. 252, zit. nach einem Interview mit Daume. Vgl. auch Adenauer, Teegespräche, S. 511 (7.6. 1961).

[74] PA AA, 700/Nr. 146, AA an Botschaft Stockholm, 5.8. 1958.

[75] Seit Mitte der fünfziger Jahre setzte sich IOC-Präsident Brundage, wenn auch erfolglos, immer wieder dafür ein, in Zukunft Nationalflaggen und Nationalhymnen bei den Olympischen Spielen wegzulassen bzw. sie durch Trompetenfanfaren zu ersetzen. So unter anderem auch in seiner Eröffnungsrede zur 56. Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees in San Francisco, in: Bericht des Deutschen Generalkonsulats San Francisco, BAK, B 106/Nr. 1962, 15.2. 1960. 1961 schaffte das IOC den Eid auf das „Vaterland" ab, und 1962 strich man hervor, daß die Anerkennung eines Nationalen Olympischen Komitees keine politische bedeute, ja daß dies nicht in der Kompetenz des IOC liege; vgl. ebenda, Bulletin des IOC, 1962, S. 76.

[76] Für die innenpolitische Instrumentalisierung des Sports vgl. z. B. Dean E. McHenry, The Use of Sports in Policy Implementation: The Case of Tanzania, in: Journal of Modern African Studies 18 (1980), S. 237–256. Zum Kalkül der DDR im Hinblick auch auf die „Dritte Welt" vgl. z. B. Konzeption für die Delegation der DDR, die an den Olympischen Veranstaltungen v. 14.–22.6. 1961 in Athen teilnehmen soll, in: SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 27; DTSB, Ergänzung zur Konzeption für die weitere Tätigkeit der DDR-Sportverbände in den internationalen Föderationen, 9.2. 1966, S. 4, in: Ebenda, IV 2 A/18/Nr. 4.

[77] Bezeichnend ist die Kritik des Botschafters in Australien: Die olympische Wirklichkeit sei im Gegensatz zu den Äußerungen Brundages 1956 bestenfalls noch „römisch-byzantischer Zirkus", es gehe um den „politischen Kampf", PA AA, 700 Nr. 146, Schreiben an AA 12.12. 1956.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommt bei Bundeskanzler Adenauer selbst zum Ausdruck. Auf einer Sitzung des Parteivorstandes der CDU bekannte er im Zusammenhang mit der Debatte über die Olympiafahne, daß man in der Vergangenheit den Fehler gemacht habe, die Bundesrepublik immer als ein Provisorium zu bezeichnen, auch wenn das an sich richtig sei; dadurch sei „ein richtiges Nationalgefühl im deutschen Volke nur sehr langsam erwacht"[78]. Zugleich ermahnte er die Sportler, die trotz Olympiafahne in bundesdeutschen Kategorien des Status quo dachten, daß sie in „erster Linie Deutsche und in zweiter Linie Sportler seien"; es könne die Zeit kommen, „wo jeder Deutsche verpflichtet ist, in erster Linie daran zu denken, daß er Deutscher ist"[79]. Im übrigen aber war und blieb die Position des Kanzlers und seines Außenministers eindeutig: Ließ sich Schwarz-Rot-Gold als Fahne der gesamtdeutschen Mannschaft nicht durchsetzen, so sollte man den olympischen Spielen besser fernbleiben. Das galt auch für andere Sportveranstaltungen, sei es auf internationaler Ebene wie bei der bevorstehenden Fußballweltmeisterschaft in Chile 1962, sei es auf der Ebene des deutsch-deutschen Sports.

Die Bundesrepublik geriet infolge der Flaggenoffensive der DDR zunehmend in Schwierigkeiten. Ihre „Handlungsspielräume" wurden in den sechziger Jahren enger. Die Sportorganisationen warnten vor einer Selbstisolierung des westdeutschen Sports, die nur der DDR zugute kommen würde, und in der Praxis rettete man sich von einem unbefriedigenden Kompromiß zum anderen. Das Zeigen der DDR-Fahne auf bundesdeutschem Boden wurde zwar noch 1959 verboten. Schwieriger war es aber, auf internationalen Veranstaltungen den Standpunkt der Bundesrepublik durchzusetzen. Nur in wenigen Ländern war es nämlich möglich, das Aufziehen von fremden Fahnen gesetzlich zu verhindern. Es mußten also andere Einflußkanäle gesucht werden. Das diplomatische Corps wurde deshalb zu einer Art universal einsetzbarem Feuerwehrkommando, das angesichts des umfangreichen Sportkalenders mit Hunderten von internationalen Wettkämpfen alle Hände voll zu tun hatte, um auf Veranstalter, Sportorganisationen, Regierungen und vor allem die NATO einzuwirken.

Der Erfolg blieb zunächst tatsächlich nicht ganz aus. Bilaterale Verabredungen und restriktive Maßnahmen des NATO-Konsultationsausschusses spielten bei der Koordinierung der Sportpolitik eine wichtige Rolle. Nach 1960 wurde DDR-Sportlern zeitweise die Ausstellung von Ersatzpässen und Einreisevisen durch das Berliner „Allied Travel Office" verweigert[80]. Staaten, die nicht der NATO angehörten, empfahl man die Einreise davon abhängig zu machen, ob die Sportler auf die DDR-Fahne und „Becherhymne" verzichteten, sofern die internationalen Verbände diese nicht selbst untersagten. Vor Ort war aber die Einhaltung dieser Richtlinien äußerst schwierig, und es war nicht auszuschließen, daß die Eurovision unerwünschte Bilder

[78] Protokolle des CDU-Bundesvorstandes (wie Anm. 70), S. 563.

[79] Adenauer, Teegespräche, S. 516 (7. 6. 1961); vgl. auch Protokolle des CDU-Bundesvorstandes (wie Anm. 70), S. 572; Empfang von Sportfunktionären (wie Anm. 62), S. 3.

[80] PA AA, 700/Nr. 87, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, 22. 11. 1960 und 28. 11. 1960.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

frei Haus übermittelte. Was sich in Norwegen oder Spanien unter Umständen noch verhindern ließ, war in Nordafrika unmöglich[81]. Im Juni 1961 hatten Vertreter der westdeutschen Botschaft bei den Ringerweltmeisterschaften in Japan alle Mühe, die Halle zu verlassen, als die bis zur letzten Minute mit dem Veranstalter pokernde DDR-Delegation entgegen allen Vereinbarungen mit ihrer Staatsfahne einzog[82].

Auch amtliche Instruktionen, wann und ob die DDR-Fahne im „Fahnenwald" zu „übersehen" war, lösten das Problem nicht[83]. Im März 1961 trat in Genf[84] ein, was schließlich einmal kommen mußte: Die beiden deutschen Eishockeymannschaften trafen aufeinander. Da im Jahr zuvor der Weltverband den Antrag Rotchinas angenommen hatte, auch nach einem Untergruppensieg die Landesfahne zu hissen und die Nationalhymne des Siegers zu spielen, zog die westdeutsche Mannschaft kurz vor Anpfiff des Spiels unverrichteter Dinge ab. Wie es hieß, war eine Niederlage nicht auszuschließen. Dieser peinliche Abgang war die Folge der mit dem Auswärtigen Amt abgestimmten Position des Deutschen Sportbunds, daß keine westdeutsche Mannschaft bei „Siegerehrungen der Spalterflagge oder der Hymne Pankows irgendeine Reverenz erweisen werde"[85]. Der DSB hatte dieser Linie zunächst heftigen Widerstand entgegengesetzt[86], im Sommer 1961 aber zähneknirschend eingelenkt: Veranstaltungen, bei denen die DDR-Fahne gezeigt wurde oder wo man nicht sicher war, daß man ein Verbot erwirken konnte, galt es seitens westdeutscher Sportler zu meiden[87].

1959/60 fand man in der Flaggenfrage zumindest auf westdeutschem Boden einen Modus Vivendi, der im übrigen auch von der DDR-Führung akzeptiert wurde. Kaum war aber dieser Konflikt ausgestanden, kam es zu Auseinandersetzungen

---

[81] Vgl. PA AA, 700/Nr. 1693, „Zeigen der Spalterflagge und SBZ-Embleme in Nordafrika". Kurzprotokoll der mit Fragen der SBZ befaßten Referate am 30. 1. 1961.

[82] Vgl. SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 35, Bericht der Ringerdelegation v. 4. 6. 1961. Mit Befriedigung wurde vermerkt, daß der Prinz von Japan der Flagge stehend die Ehre erwiesen habe. Vgl. BAK, B 136/Nr. 5555, Aufzeichnung über Anruf Daumes im AA, 31. 5. 1961.

[83] Das betraf nicht nur den Sport. Im Hinblick auf die Handelsvertretung in Finnland hieß es: „Wenn die Spalterfahne in einer Fahnendekoration so angebracht sei, daß sie als einzelne nicht so ohne weiteres zu identifizieren sei, bestänen in der Regel keine Bedenken gegen die Anwesenheit eines Mitgliedes der Handelsdelegation"; PA AA, 700/Nr. 1693, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate am 30. 1. 1961.

[84] Vgl. Pabst, Sport, S. 236f.; vgl. auch PA AA, 700/Nr. 87, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, 28. 2. 1961. Das AA hatte schon im Vorfeld die Teilnahme mißbilligt, als sich zeigte, daß die Hissung der „Spalterfahne" nicht mehr zu vermeiden war. Trotz diplomatischer Interventionen bei den Schweizer Kantons- und Bundesbehörden ließ sich daran nichts mehr ändern. Daume entschloß sich offenbar gegen den dringenden Rat des AA, die Entscheidung der Schweiz zu respektieren. Kurz nach diesem Ereignis wurde auch in der Schweiz das Hissen der Nationalhymne und das Abspielen der Hymne der DDR verboten; vgl. ebenda, 5. 6. 1961.

[85] Ebenda, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, 14. 3. 1961.

[86] BAK, B 137/Nr. 2745, AA an Buka, BMI, BMG, 3. 5. 1961.

[87] BAK, B 136/Nr. 5555, Aufzeichnung über die Unterredung zwischen BMI und Daume am 5. 6. 1961; PA AA, 700/Nr. 83, Vermerk der Abt. 700, 14. 6. 1961.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über die Sportabzeichen, die alle DDR-Sportler tragen mußten: Handelte es sich dabei, wie der DSB mit Hinweis auf die Praxis in den internationalen Verbänden meinte, um neutrale Abzeichen, die zudem schon früher getragen worden waren, oder um die Demonstration eines Staatswappens, mit der die DDR einmal mehr ihren Anspruch auf Souveränität demonstrierte? In dieser Frage standen sich Sport und Politik unvereinbar gegenüber. Es ging nun nicht mehr nur um die Teilnahme bei internationalen Sportveranstaltungen. Jetzt stand auch die Zukunft des „kleinen" deutsch-deutschen Sportverkehrs auf dem Spiel, d. h. jene Veranstaltungen, bei denen sich Lokalmannschaften über das Wochenende in der Regel zum Fußballspiel trafen. Seit Mitte der fünfziger Jahre gab es in diesem Bereich einen regelrechten Einladungswettbewerb zwischen Ost und West. Die DDR-Führung versuchte, möglichst viele Veranstaltungen auf ihren Boden zu ziehen und lockte mit vielerlei materiellen Vergünstigungen. Als Antwort darauf subventionierte das Ministerium für gesamtdeutsche Beziehungen über den DSB seit 1957 Reisen von Sportlern aus Provinzvereinen der DDR in die Bundesrepublik, die es ermöglichten, daß sich 1960 Sonntag für Sonntag ca. 2000 Menschen aus Ost und West trafen[88].

Der DSB wandte sich, wie erwähnt, immer wieder gegen die Behauptung, westdeutsche Sportler würden im Osten indoktriniert: Der Eindruck der „einfachen Leute aus dem Osten" im Westen sei viel nachhaltiger als umgekehrt, insbesondere aber handele es sich um einige der ganz wenigen persönlichen Kontakte, die es noch gebe[89]. Der DSB drang damit aber nicht durch, die deutsch-deutschen Sportbegegnungen waren zu vielen ein Dorn im Auge. Bundeskanzler Adenauer selbst griff Daume bei einer Besprechung im Sommer 1960 an: Die paar tausend Sportler, die in den Westen kämen, würden nicht das Gefühl der Freiheit stärken; überall werde „gewühlt, überall wird versucht, unsere Leute weich zu machen". „Keine Verbindung mit drüben" war seine Parole mit Blick auf die deutsch-deutschen Konflikte[90].

Die Angst vor ideologischer Unterwanderung spielte zweifellos eine wichtige Rolle. Die internen Debatten zeigen aber, daß sie nicht überbewertet werden darf. Die fundamentalen Prämissen der Außenpolitik standen im Vordergrund: „Man müsse notfalls bereit sein, die Kontakte der Bevölkerung der Zone auf sportlichem Gebiet zu opfern, wenn es darauf ankäme, die Glaubwürdigkeit unserer Nichtanerkennungspolitik unter Beweis zu stellen", war nun auch aus dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen zu hören[91]. Hinzu kam noch ein weiterer nicht zu unterschätzender Umstand: Infolge der Restriktionen bei der Vergabe von Reisevisen konnten DDR-Sportler zwar in der Regel nicht im Bereich der NATO, wohl aber in der Bun-

[88] Pabst, Sport, S. 266 ff.; für die Zahlen vgl. Empfang von Sportfunktionären (wie Anm. 62), S. 23.

[89] BAK, B 106/Nr. 1958, DSB an BMI, 27. 1. 1960; Empfang von Sportfunktionären (wie Anm. 62), S. 22.

[90] Ebenda, S. 15, 9 f.

[91] So Thedieck, BMG, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, in: PA AA, 700/Nr. 87, 5. 7. 1960; ähnlich auch von Dellinghausen, Kurzprotokoll über die Ressortbesprechung am 12. 5. 1961 im AA betr. Zeigen der Spalterfahne bei internationalen Sportveranstaltungen, in: BAK, B 106/Nr. 1962.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desrepublik an den Start gehen, wenn sie sich an die „Spielregeln" hielten. Diese merkwürdige Konstellation machte die Unterbrechung deutsch-deutscher Sportkontakte fast unabweisbar[92]. In diesem Zusammenhang ist wohl auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 1961 zu verstehen, in dem die Spitzenorganisation des DDR-Sports, der Deutsche Turn- und Sportbund, für verfassungsfeindlich erklärt wurde[93]. Der DSB gab schließlich ebenfalls nach und nahm an keinen Veranstaltungen mehr teil, bei denen Sportler aus der DDR mit ihrem Staatsemblem antraten[94]. Somit war 1961 vor dem Mauerbau völlig ungeklärt, wie und ob es einen deutsch-deutschen Sportverkehr in Zukunft noch geben könnte.

VI. Revision der außenpolitischen Prämissen?

In dieser Situation dachten manche Beteiligten laut darüber nach, wer hier wen isolierte, wenn die Bundesrepublik vor allem mit Rücksicht auf die „Hallstein-Doktrin" verhindern mußte, daß unbedeutende DDR-Provinzmannschaften über das Wochenende in die Bundesrepublik kamen. An diesen Kontakten war am allerwenigsten die SED-Führung interessiert, die 1960/61 die Absperrung der Grenze forcierte[95]. Diktierte die DDR-Führung, so fragten sich viele, mit ihrer Strategie („zwei Schritte vor und einen zurück") nicht mittlerweile die Spielregeln im gesamtdeutschen Sport? Während die Bundesregierung weiter auf die „grundsätzlichen Prinzipien" in der Deutschlandpolitik pochte, wurde seit 1959 die Schar derer immer größer, die ein Überdenken der westdeutschen Positionen forderten. Diese Entwicklung ist wohl auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Kritik an der Deutschlandpolitik Adenauers, der Debatte über Konföderationspläne und des Deutschlandplans der SPD zu sehen. Die Zeichen der Zeit schienen auf eine Revision hinzuweisen[96].

Die staatlich als DDR organisierte SBZ sei eine politische Realität, ungeachtet dessen, ob die Bundesrepublik die „DDR" anerkannt habe oder nicht, hieß es in einem Referentenentwurf des Innenministeriums: Das Abspielen einer Nationalhymne bei einer offiziellen Sportveranstaltung sei niemals als eine Störung der öffentlichen Ordnung anzusehen; das gelte auch dann, wenn der Staat, dessen Hymne gespielt werde,

---

[92] Vgl. PA AA, 700/Nr. 87, Vermerk Abt. 700, Forster, 15.12. 1960. Zur Debatte stand der Auftritt des Spitzensportlers Recknagel, der zwar nicht in Norwegen, wohl aber in der Bundesrepublik auftreten konnte, was die norwegischen Sportverbände zu Protest veranlaßte. Vgl. auch BAK, B 106/Nr. 1962, AA, Brentano, an Daume, 14.8. 1961: „Wir können die Weltöffentlichkeit und die mit uns verbündeten und befreundeten Regierungen kaum von der Notwendigkeit energischer gemeinsamer Schritte gegen die Maßnahmen des Zonenregimes überzeugen, wenn wir nicht selbst die erforderlichen Konsequenzen ziehen."

[93] Pabst, Sport, S. 293.

[94] BAK, B 137/Nr. 2745, Vermerk der Besprechung Lammers mit Daume, 15.6. 1961.

[95] Vgl. die Information über zwei Aussprachen mit Gen. Walter Ulbricht u. die wichtigsten Arbeiten der Zeit v. 10.7. bis 5.8. 1961 (Hellmann), in: SAPMO-BA, IV 2/18/Nr. 2.

[96] Für einen guten Überblick vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer: Epochenwechsel 1957–1963, Wiesbaden 1983, S. 83 ff.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von dem Staat, der die Veranstaltung ausrichte, nicht anerkannt werde oder wenn die diplomatischen Beziehungen abgebrochen seien[97]. Der Entwurf scheint nicht eben auf Beifall gestoßen zu sein. Aber auch Innenminister Schröder mahnte Ende 1959 im Zusammenhang mit dem Flaggenstreit gegenüber Verfechtern einer harten Linie zur Vorsicht: Das „gesamte Problem des Verhältnisses zur SBZ in allen seinen Erscheinungen" müsse neu durchdacht werden; dabei sei „auch die Frage der Durchsetzbarkeit beabsichtigter Maßnahmen zu prüfen"; die Flaggenfrage sei nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtproblem[98].

Eine Kommission aus Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Innen- und Gesamtdeutschen Ministeriums machte sich im Frühjahr 1961 ebenfalls Gedanken über die verfahrene Lage. In einem Strategiepapier stellte sie die Frage, ob angesichts der de facto bestehenden Spaltung des Sports eine Erfüllung der protokollarischen Vorschriften wirklich eine „politische de facto-Anerkennung" implizieren müsse, ja, ob die Verbündeten die unterschiedliche Haltung im politischen und sportlichen Bereich nicht vielleicht sogar als notwendig anerkennen würden[99].

Es verwundert nicht, daß vor allem die Vertreter des DSB einen politischen Kurswechsel forderten. Verhandlungen mit DDR-Sportfunktionären waren ein mühseliges Geschäft, zumal sich diese eines gut funktionierenden Propagandaapparates bedienen konnten. Welche Strategie man dabei auch verfolgte: gesamtdeutsch oder „separate but equal", am Ende drohte immer die „de-facto Anerkennung" der DDR. Außerdem war es nach Ansicht der führenden bundesdeutschen Sportfunktionäre eine unmögliche Situation, daß die DDR in eine Position gelangt war, aus der heraus sie auf internationaler Ebene den westdeutschen Sport und damit die Bundesrepublik nach Gutdünken ausmanövrieren konnte. Das Hissen der Fahne und das Abspielen zweier Nationalhymnen auf deutschem Boden war in ihren Augen noch lange nicht gleichbedeutend mit der Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR.

Vor allem Willi Daume beklagte die mangelnde Flexibilität der Bonner Politik. Er wies auf die immer wieder vorgebrachten prinzipiellen Bedenken Brentanos und Adenauers hin, stellte ihnen die zahlreichen Ausnahmeregelungen gerade in der Flaggenfrage entgegen und zog daraus den Schluß, daß die Gefahr bestehe, „honorige Grundsätze aufzustellen", die man schließlich aber nicht einhalten konnte[100]. In einem Schreiben an Hans Zehrer, den Chefredakteur der Zeitung „Die Welt", verteidigte sich Daume Ende 1959 gegen Anschuldigungen, er und der Sport hätten in der Flaggenfrage die Grundsätze der Wiedervereinigungspolitik verletzt: Nach seiner Ansicht erschütterte nichts den „Charakter eines Volkes mehr als die Aufstellung eh-

[97] BAK, B 106/Nr. 1962, Referat VI B 4 an Referenten III 7, 10. 1. 1959.

[98] Ebenda, Kurzprotokoll über die 82. Kabinettssitzung am 21. 10. 1959.

[99] PA AA, 700/Nr. 84, von Dellinghaus, BMG, an Holz, AA, 23. 5. 1961, Entwurf für den Vermerk, der gleichlautend von AA, BMI und BMG von Botschafter Muchnitz, dem Vorsitzenden, beschlossen wurde. In dem Papier wurden sorgsam die verschiedenen Optionen abgewogen. Die im AA angebrachten Randnotizen zeigen, wie wenig man von Vorschlägen hielt, die eine Anerkennung der DDR implizieren könnten.

[100] PA AA, 700/Nr. 83, Vermerk der Abt. 7 über die Besprechung, 9. 3. 1961.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

renvoller, aber starrer Prinzipien, die dann durch die Praxis von einer Ausnahme nach der anderen durchlöchert werden, bis schließlich das, was ursprünglich ‚Fahne' war, wieder zu Tuch geworden ist". Die „gesamtdeutsche Situation" erlaube es gar nicht mehr, zwischen „Richtig und Falsch" zu wählen, sondern lediglich zwischen dem einen und dem anderen Übel. Diese Meinung, so Daume weiter, werde vom Minister für gesamtdeutsche Fragen, vom Vorstand des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages und von „einer großen Anzahl führender politischer Persönlichkeiten aus allen Parteien" geteilt[101].

In einem Brief an den Sportredakteur der Zeitung „Die Welt", Horst Peets, ging Daume im Januar 1960 noch einen Schritt weiter: „Wenn man der Überzeugung ist, daß die Trennung unvermeidlich kommt, daß sie nicht aufzuhalten ist und daß man sich den ewigen Erpressungen von Pankow widersetzen muß, dann ist die einzige mögliche und logische Konsequenz meines Erachtens der Bruch, und zwar der konsequente Bruch. Dann muß man den Mut haben, dem deutschen Volke [zu] sagen, daß eine Wiedervereinigung auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben oder daß sie nur um den Preis der Bolschewisierung des anderen Teiles von Deutschland zu erreichen ist. Alle Realitäten sprechen dafür, daß dies in der Tat die Zukunft Deutschlands ist."[102] Als Daume bei einem Treffen mit Adenauer im Sommer 1960 ähnliche Gedanken nur andeutete, wurde dies vom Bundeskanzler mit Mißbilligung quittiert[103].

Auch im Foreign Office dachte man seit 1961 intensiv darüber nach, was „de facto recognition" im Hinblick auf die DDR bedeuten konnte[104]. Anstoß dafür war mit Sicherheit nicht die Tatsache, daß die Bundesregierung im Bereich der deutsch-deutschen Sportbeziehungen ständig gegen ihre eigenen „außenpolitischen Prinzipien" verstieß, wie die NATO Ende 1955 kritisiert hatte und wie Auswärtiges Amt und Bundeskanzler immer wieder gegenüber dem DSB betonten. Im Gegenteil: Es gab viel Verständnis für die Position der Bundesregierung in Sportfragen, wobei gerade auch gegenüber innenpolitischen Widerständen der NATO-Konsultationsausschuß mit seinen Beschlüssen eine disziplinierende Wirkung ausübte. Andererseits zeigte man sich aber auch irritiert darüber, daß die deutschen Diplomaten dem Foreign Office kaum lösbare Aufgaben stellten. Als anläßlich internationaler Jachttage im Oktober 1958 die deutsche Botschaft den Engländern eine längere Instruktion über das Verhalten bei internationalen Sportveranstaltungen übergab, erregte man sich, daß

[101] BAK, B 106/Nr. 1962, Daume an Zehrer, 16. 11. 1959.

[102] Zit. nach Pabst, Sport, S. 235; vgl. auch die ähnliche Position des Geschäftsführers des DSB, von Mengden, an Daume, 14. 5. 1959, zitiert in: Ebenda, S. 246.

[103] Wie Anm. 62, S. 8. Bei allen Meinungsdifferenzen war letztlich aber auch Daume bereit, den Kurs der Regierung zu unterstützen: Wie schon erwähnt wurde 1961 beschlossen, von internationalen Veranstaltungen fernzubleiben, bei denen die DDR mit ihrem Sportemblem auftrat. Daume begründete dies mit seinem Verständnis dafür, daß der Bundeskanzler Wert darauf legen müsse, alles zu vermeiden, was eine de facto-Anerkennung des „SED-Staates" bedeuten könne; BAK, B 137/Nr. 2745, Vermerk der Besprechung Lammers mit Daume, 15. 6. 1961.

[104] Vgl. Public Record Office (künftig: PRO), FO 371/Nr. 160570. Die Frage wurde schon früher diskutiert, aber mit den Bewegungen auf internationaler Bühne gewann sie neue Aktualität.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„the Foreign Ministry have become excessively pompous about this trivial matter"[105]. Im Zusammenhang mit dem Flaggenstreit wurde in London vermerkt, die Deutschen „wring their hands and moan to the Foreign Office", wollten aber nicht einsehen, daß in England mit einem „legalistic approach" wenig zu erreichen sei; von dem notwendigen „human approach" verstünden die Deutschen wenig[106]. Wie in den meisten anderen Ländern mußte man aufgrund des Fehlens eines Gesetzes, das das Aufziehen fremder Flaggen verbot, über informelle Kanäle Einfluß auf Verbandsfunktionäre und Organisatoren von Sportveranstaltungen nehmen[107]. Nicht immer mit Erfolg: Bei der Radweltmeisterschaft im September 1961 war aus England zu hören, daß es keine Möglichkeit gebe, das Aufziehen der DDR-Flagge zu verhindern[108]. Bei Visaschwierigkeiten für Sportler aus dem Ostblock hagelte es zudem öffentlichen Protest. Die Querelen im Sportbereich waren auch hier Wasser auf die Mühlen derjenigen, die einer „de facto-Anerkennung" das Wort redeten.

V. Mauerbau und die sportpolitische „Offensive" der Bundesrepublik

Seit dem Winter 1959/60 wartete man in manchen Ressorts wie auch im DSB auf einen klärenden Kabinettsbeschluß, der aus der verfahrenen Lage heraushelfen sollte, in die man seit der Offensive der DDR in der Flaggenfrage geraten war[109]. Der Beschluß blieb aus, was angesichts der Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage und der komplizierten Sachlage wenig verwundern kann. Es blieb beim sibyllinischen Hinweis des Kanzlers gegenüber Journalisten, daß die Sportler erst Deutsche und dann Sportler seien[110]: Dahinter stand nichts anderes als die Forderung, die Kontakte

[105] Ebenda, Nr. 137611, Vermerk v. J. K. Drinkall, 24.10. 1958. Tatsächlich war die Situation gar nicht so „trivial", wie sie im ersten Augenblick erschien. Es bestand nämlich die Gefahr, daß die DDR-Delegation, die im übrigen niemand, offenbar auch nicht die bundesdeutschen Segler, aus dem internationalen Yachtverband ausschließen wollte, beim großen Empfang mit Prinz Philip fotografiert werden könnte.

[106] Ebenda, Nr. 154336, Vermerk v. J. E. Killick, 26.5. 1960.

[107] Bei Skiveranstaltungen in Norwegen durften angesichts des Besuchs der Königshäuser nur die norwegischen und schwedischen Fahnen gehißt werden. Die deutsche Botschaft in Norwegen strich hervor, daß es „dringend ratsam" sei, „diesen Umstand vertraulich zu behandeln, um den beteiligten norwegischen Stellen keine Unannehmlichkeiten zu bereiten"; PA AA, 700/Nr. 146, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit SBZ-Fragen betrauten Referate am 6.4. 1960.

[108] PA AA, 700/Nr. 87, Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate, 12.9. 1961.

[109] BAK, B 106/Nr. 1962, Kurzprotokoll über die Ressortbesprechung am 12.5. 1961 im AA betr. Zeigen der Spalterfahne bei internationalen Sportveranstaltungen. Von Dellinghausen, BMG, forderte, daß eine grundsätzliche, politische Entscheidung getroffen werden müsse, wobei er darauf hinwies, daß in seinem Hause die Meinungen geteilt seien; auch Duckwitz, AA, meinte, daß eine Entscheidung des Kabinetts erforderlich sei.

[110] Vgl. BAK, B 137/Nr. 2745, Kurzprotokoll über die Ressortbesprechung am 13.6. 1961 im AA betreffend Zeigen der Spalterfahne bei internationalen Sportveranstaltungen. Nach einhelliger Meinung erübrigte sich nach diesen „klaren Worten" die Ausarbeitung einer Kabinettsvorlage.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit dem DDR-Sport abzubrechen oder zumindest stark einzuschränken. Zugleich setzte man ganz auf „stille" diplomatische und politische Interventionen.

Es ist schwer zu sagen, wie lange die westdeutsche Diplomatie es geschafft hätte, die seit 1960 forcierte Isolierung der DDR auf sportlichem Gebiet aufrechtzuerhalten. Die Widerstände und der Aufwand waren im In- ebenso wie im Ausland beträchtlich. Die Situation änderte sich mit dem Mauerbau am 13. August 1961 radikal. Auch wenn es paradox klingen mag: Der Bau der Mauer rettete die Prinzipien der „Hallstein-Doktrin". Hatte die DDR-Führung bisher die Bundesrepublik permanent in die Defensive gezwungen, so isolierte sie sich nun selbst. Bonn konnte nun selbst offensiv werden, ohne durch Behinderung des Sports das Gesicht zu verlieren. Diejenigen, die ein Umdenken gefordert hatten, verstummten zunächst.

Der DSB schloß sich mit den „Düsseldorfer Beschlüssen" am 16. August der vom Außenministerium, aber auch vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, geforderten „harten Linie" an[111]: Die deutsch-deutschen Sportbeziehungen kamen zum Erliegen, westdeutschen Sportlern wurde mit dem Ausschluß aus ihren Verbänden gedroht, wenn sie zu internationalen Veranstaltungen in die DDR reisten. Der DSB sorgte zunächst auch dafür, daß DDR-Sportler nicht mehr im Westen auftraten; die Regierung selbst konnte ja eine Einreise kaum verhindern. Am 1. März 1962 beschlossen dann die Innenminister der Länder zur Entlastung des DSB, daß jedes repräsentative Auftreten von Sportlern der DDR – mit oder ohne „Spalterfahne" – die öffentliche Ordnung beeinträchtige. Die Teilnahme Westdeutscher an Sportveranstaltungen in der DDR wurde nun tatsächlich mit dem Ausschluß aus dem DSB geahndet[112]. Schließlich verschärften auch die NATO und andere Staaten den Boykott des DDR-Sports.

Daß der DSB beim Abbruch der deutsch-deutschen Kontakte die Initiative ergriffen hatte, war nicht unumstritten. Kritik kam aus dem Gesamtdeutschen Ministerium, dem Innenministerium, aber auch aus dem DSB selbst[113]: Hätte man die

---

[111] Pabst, Sport, S. 294 ff. Vgl. auch die vom BMG finanzierte Denkschrift Dokumente zum Thema Sport und Politik in: BAK, B 137/Nr. 2745. Für eine sehr gute Zusammenfassung der wichtigsten Etappen bis zum Frühjahr 1962 vgl. auch das von Willi Daume verfaßte Memorandum über den gesamtdeutschen Sportverkehr, gesamtdeutsche Mannschaften und den internationalen Sportverkehr, 16. 5. 1962, in: PA AA, 604/Nr. 1069.

[112] BAK, B 137/Nr. 2745, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister der Bundesländer am 15./16. 2. 1962 in Berlin; BAK, B 106/Nr. 1959, Besprechung mit einer Kommission der Innenminister der Länder und dem Präsidium des DSB über die Frage der Teilnahme repräsentativer Mannschaften an internationalen Meisterschaften in der Bundesrepublik, 1. 3. 1962. Im Hinblick auf den (umstrittenen) Ausschluß vgl. BAK, B 137/Nr. 2745, DSB an Dellinghausen, BMG, 12. 1. 1962.

[113] Anders, BMG, meinte verärgert, daß man sich „zumindest für das Für und Wider hätte aussprechen müssen", Vermerk für den Minister, 19. 8. 1961, in: BAK, B 137/Nr. 2745; BAK, B 137/Nr. 2748, von Mengenden, DSB, an Dellinghausen, BMG, 5. 6. 1962. Der erste Entwurf des Fernschreibens an Daume wurde offenbar von Brentano fast völlig verworfen. Er wurde dann in Zusammenarbeit der Abteilungsleiter „Kultur" und „Ost" von ihm selbst verfertigt, vgl. BAK, B 106/Nr. 1962, Vermerk von Referat III 7.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herbeiführung des Bruches nicht der DDR überlassen sollen, die nach der Errichtung der Mauer ein großes Interesse daran haben mußte, den Fluchtweg über den gesamtdeutschen Sport abzuschneiden? Der massive Druck, den das Auswärtige Amt in dieser Frage entfaltete, ist nur vor dem Hintergrund der früheren Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern eines „harten" bzw. „weichen" Kurses verständlich.

Nach dem Mauerbau war natürlich auch die Zukunft der deutsch-deutschen Sportmannschaften ungewiß. Hatten der 13. August und die „Düsseldorfer Beschlüsse" die sportliche Trennung der Nation endgültig besiegelt? Durfte es angesichts von Stacheldraht und Todesschüssen überhaupt noch gesamtdeutsche Sportmannschaften geben? Waren getrennte Teams nicht auch ein Symbol für ein getrenntes Land? Diese Fragen haben die Zeitgenossen heftig bewegt. Alles sprach gegen die Fortführung der bisherigen deutsch-deutschen Sportpolitik, die der DSB bislang so vehement verteidigt hatte. Die Kritiker waren vor allem aus der Regierung gekommen. Es verwundert deshalb nicht, daß sich die Sportfunktionäre die Augen rieben, als 1961/62 die neue politische Linie des Auswärtigen Amtes deutlich wurde: „Gesamtdeutsch" war nun die Parole, gerade auch im Hinblick auf die nächsten Olympischen Spiele. Eine gesamtdeutsche Mannschaft mit Beethovens Hymne und olympischen Ringen in den deutschen Farben würde, wie es hieß, der Welt „eine Schlappe Ulbrichts"[114] und den Bonner Alleinvertretungsanspruch demonstrieren. Überhaupt sollten nun auch in Sportarten, in denen das bis dato noch nicht der Fall gewesen war, gesamtdeutsche Mannschaften aufgestellt werden. Damit würde man, so das Kalkül, zum einen der Aufwertung der DDR im Bereich des Sports und zum anderen der Zweistaatentheorie entgegenwirken[115].

Offenbar war man im Bundeskanzleramt von diesen Plänen alles andere als begeistert. Da der Sport allein die Entscheidung für eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft nicht tragen wollte und Daume wohl auch mit der ablehnenden Haltung Adenauers rechnete, bestand er auf einem klaren Kabinettsbeschluß, in dem eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft befürwortet wurde[116]. Dem Bundeskanzler war das sichtlich unangenehm, die Dinge zogen sich deshalb hin. Zunächst ließ die Fertigstellung der Kabinettsvorlage bis zum Herbst 1962 auf sich warten, dann wurde die Abstimmung darüber verschoben, und schließlich wurde der Beschluß des Kabinetts vom 28. November, in dem es sich für eine gesamtdeutsche Mannschaft aussprach, als geheim eingestuft. Die ganze Angelegenheit erschien nun aber als so brisant, daß die *mündliche* Unterrichtung des DSB über die Entscheidung auf Wunsch von Daume nicht, wie ursprünglich geplant, durch Bundesinnenminister Höcherl, sondern

[114] PA AA, 604/Nr. 1069, Lahr, AA, an den Minister, 8.11. 1962.

[115] Ebenda, Vermerk der Abt. 6, 6.11. 1962; ebenda, BMI, Hovora, an Buka, 31.10. 1962; vgl. auch PA AA, 604/Nr. 1069, Daumes Memorandum über den gesamtdeutschen Sportverkehr.

[116] Daß Daume in der Tat die treibende Kraft war, wird deutlich in: Ebenda, Aktennotiz von Dr. Holz, 21.8. 1962. Befürchtungen, daß Adenauer nicht zustimmen könne, gab es auch im BMI, vgl. ebenda.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch Staatssekretär Schäfer erfolgte. Daume befürchtete, daß sonst die Öffentlichkeit davon Wind bekommen könnte[117].

Die Geheimniskrämerei mag einigermaßen skurril erscheinen. Sie verdeutlicht aber, daß die Regierung ihre eigene Politik, den Sport ganz dem außenpolitischen Kalkül unterzuordnen, als äußerst unpopulär ansah. Die Propagierung deutsch-deutscher Gemeinsamkeiten im Sport wurde in der Öffentlichkeit als purer Zynismus und in den Reihen des Sports zudem als Zumutung empfunden. Die Situation war in der Tat höchst merkwürdig: Von 42 Sportarten waren 1961 gerade noch 3 „gesamtdeutsch" (Leichtathletik, Rudern und Handball). Wettkämpfe dieser Mannschaften auf dem Boden der Bundesrepublik waren zwar von offizieller Seite erwünscht. Aber die der Nominierung der Olympischen Mannschaft vorausgehenden Ausscheidungskämpfe – es handelte sich de facto um Länderkämpfe – mußten 1962 im Ausland abgehalten werden. Wegen der Einreiseverbote war das im Westen nicht einfach zu organisieren und für die Sportler mit großem Aufwand verbunden. Wie Daume einigermaßen sarkastisch feststellte, war „eine deutsche Gemeinsamkeit, deren Feststellung im eigenen Land verboten ist", nichts anderes als eine „Vorspiegelung falscher Tatsachen"[118].

Gesamtdeutsche Mannschaften erschienen ihm auch deswegen absurd, weil nur politisch loyale Sportler aus dem „SBZ-KZ" (Daume) herausgelassen würden. Mit dieser „Elite von Systemhörigen" sollte man nun gemeinsam Sport treiben? Wenn, dann mache Kontaktpflege nur im Rahmen des „kleinen" deutsch-deutschen Sportverkehrs Sinn, aber daran zeigte man im Auswärtigen Amt wegen der Abzeichenfrage wenig und in der DDR überhaupt kein Interesse[119]. Das Argument, daß über den Sport die menschlichen Beziehungen gefördert werden könnten, galt aus der Sicht des Auswärtigen Amtes als inopportun[120].

Wenn man sich mit der DDR offensiv auseinandersetzen wollte, mußte man nach Ansicht von Daume anders operieren. Dazu gehörte seine im Winter 1962/63 offenbar zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und Avery Brundage entwickelte Idee, die Olympischen Spiele 1968 in beiden Teilen Berlins abzuhalten. Hier würde sich, wie er meinte, zeigen müssen, wer sich mit der Mauer vor

---

[117] Vgl. zu diesem Vorgang die verschiedenen Vermerke und Schriftwechsel in: Ebenda.

[118] Memorandum (wie Anm. 111), S. 9; vgl. auch PA AA, 604/Nr. 1069, Abt. 6, Dr. Langer, Dr. Holz, Aufzeichnungen betr. Gesamtdeutsche Mannschaften anläßlich der Olympischen Spiele, 20. 7. 1962. In dieser Ausarbeitung, die dem Minister in verkürzter Form vorgelegt werden sollte, verwiesen die beiden Autoren auch auf diese „Inkonsequenz". Der Abschnitt wurde nachträglich gestrichen. Tatsächlich konnten die Ausscheidungskämpfe schließlich in West-Berlin, Rostock und Jena abgehalten werden.

[119] Vgl. ebenda, Randnotizen Trützschler in der Ausarbeitung von Langer und Holz, Memorandum (wie Anm. 111), S. 7f.

[120] PA AA, 604/Nr. 1069, Lahr, AA, in einem Vermerk für seinen Minister am 8. 11. 1962: Dieses Argument würde „auch für die Wiederaufnahme der sportlichen Beziehungen mit der SBZ und für die Erteilung von TTD's (Temporary Travel Documents) an sowjetzonale Sportler zwecks Teilnahme in internationalen Wettkämpfen sprechen. Beides wollen wir nicht", wie er hinzufügte, auch nicht das BMI.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wem schützte; denn bei der hierfür notwendigen Freizügigkeit zwischen Ost- und West-Berlin würde die Mauer „ideell und weitgehend praktisch ad absurdum" geführt[121]. Im NATO-Konsultationsausschuß hielten die USA und Großbritannien – im Gegensatz zu Frankreich – den Antrag des Berliner Senats für bedenkenswert[122]. In Bonn winkte man jedoch ab: Man hatte die Befürchtung, daß mit dieser Initiative die SPD und Brandt ihre Popularität heben wollten[123], Bedenken im Hinblick auf den Status von Berlin – West-Berlin als Austragungsort hielt man dagegen für unbedenklich – und rechnete mit „erheblichen gefühlsmäßigen Reaktionen" der Bevölkerung[124].

VI. Sport, Politik und die Verteidigung des „Status quo"

Die internen Stellungnahmen zu dem Vorschlag von Daume und Brundage sprechen in gewisser Weise für sich selber. So wenig Bonn bereit war, die de facto bestehende Teilung Deutschlands zu akzeptieren, so wenig war es an einer Destabilisierung des Status quo interessiert. Verwundern kann das nicht; denn die „Hallstein-Doktrin" zielte mit ihrer Fixierung auf die Isolierung der DDR immer auch auf die gegenseitige Abschottung der beiden Staaten ab, eine Tatsache, die die DDR im Sport weidlich für sich auszunutzen wußte. Weil in diesem Bereich – aufgrund der Kontinuität deutsch-deutscher Beziehungen und der internationalen Einbindung – die Abschottung nur partiell realisiert werden konnte, entstanden hier nicht nur die ausgeprägten Konflikte zwischen Sport und Politik; früher als in anderen Bereichen tauchten hier auch alle Argumente auf, die seit Mitte der sechziger Jahre gegen die „Hallstein-Doktrin" vorgebracht wurden[125].

Vergegenwärtigt man sich alle Aspekte der deutsch-deutschen Sportbeziehungen seit den fünfziger Jahren, so verwundert es nicht, daß sich die vom Auswärtigen

---

[121] BAK, B 136/Nr. 5555, Referat Sport an StS Schäfer, 26. 1. 1963.

[122] BAK, B 137/Nr. 2745, Vermerk über Besprechung am 1. 4. 1963 im AA, 2. 4. 1963.

[123] Ebenda; BAK, B 136/Nr. 5555, Randvermerk Globkes zum Vermerk über die telefonische Durchsage im Auftrag des Bundesinnenministers Barzel.

[124] Ebenda, Vermerk über Ministerbesprechung für den Bundeskanzler, 5.2. 1963. Leider konnte nicht herausgefunden werden, wie man in der DDR-Führung auf diesen Vorschlag reagierte. Daume unterrichtete Heinz Schöbel telefonisch am 9.11. 1963; SAPMO-BA, IVA 2/18/Nr. 10, Aktennotiz des Sekretariats Heil, 10. 4. 1963. Man hatte den Eindruck, daß Daume eine „Provokation" starten wollte. Wie extrem unangenehm die ganze Frage war, vor allem aber auch wie sehr man die Reaktion der „Massen" fürchtete, zeigt auch die Reaktion zwei Jahre später, als diese Idee wieder ventiliert wurde, vgl. die kurze Ausarbeitung von Hellmann für Honecker, 16. 8. 1965, in: Ebenda, IV A 2/18/3.

[125] Leider wird aus den Quellen nicht klar, welche Rolle Gerhard Schröder in seiner Funktion als Bundesaußenminister seit 1961 spielte. Zur Neuorientierung der Außenpolitik vgl. Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983, S. 53 ff., 278 ff.; Verfürth, Hallstein-Doktrin, S. 179 ff.; Hans-Peter Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 297 ff.; Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart 1984, S. 83 ff.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Amt seit 1960 aufgebaute Front der Isolierung nur schwer aufrechterhalten ließ. Der in feste internationale Strukturen eingebettete Sport war eigenen Gesetzen verpflichtet; Steuerungsversuche durch die Diplomatie waren nur mit größtem Aufwand und zudem nur partiell möglich: Während es beispielsweise 1962 in einer diplomatischen Großaktion noch einmal gelang, das Auseinanderbrechen der gesamtdeutschen Leichtathletikmannschaft zu verhindern – „Die Gewährung autonomer Rechte an die DDR würde innerhalb unserer Föderation den Status zweier Deutschlands schaffen", hieß es in der Begründung, die die Handschrift des Auswärtigen Amtes trug –, nahm die Internationale Handball-Föderation den Verband der DDR auf[126].

Die Logik des „sportlichen Internationalismus" war aber nur ein, wenn auch zentraler Faktor für die Spaltung. Diese hatte auch andere Ursachen. Gesamtdeutsche Mannschaften waren seit 1961 schon deshalb fragwürdiger als zuvor, weil sie einen rein instrumentellen Charakter hatten. Sie sollten über die (auch verordnete) Sprachlosigkeit zwischen ost- und westdeutschen Sportlern hinwegtäuschen, die seit 1956 in internen Berichten immer wieder thematisiert wurde. In Provinzmannschaften mochte bei deutsch-deutschen Begegnungen in Erinnerung an vergangene Tage bei Bier und Würstchen nationale Nostalgie aufkommen. Für die meisten Spitzensportler galt das nicht. Einfache „Waldarbeiter" im Skisport[127], so die Klage des Auswärtigen Amtes, ließen sich ebensowenig wie Betreiber einer „kapitalistischen Sportart" wie dem Segeln[128] auf die außenpolitische Linie der Bundesregierung einschwören. Das Verbot der Teilnahme bei internationalen Veranstaltungen in der DDR wurde von vielen Sportlern abgelehnt[129]. Diese waren auf ihre Weise Verfechter des Status quo zweier real existierender Staaten geworden, die ihre Sportsfreunde aus dem Osten schon aus Konkurrenzgründen lieber heute als morgen allein an den Start hätten ziehen lassen; denn angesichts der Leistungsstärke des mittlerweile optimal geförderten „Medaillenkollektivs" des Ostens (Willi Knecht) bedeuteten olympische Ausscheidungskämpfe eine empfindliche Beeinträchtigung der eigenen sportlichen Chancen. So ähnlich dachte sicherlich auch ein großer Teil der Sportfunktionäre: Peco Bauwens protestierte nicht nur als Vizepräsident der Europäischen Fußball-Union, sondern auch als Präsident des Deutschen Fußball-Bundes bei der politischen Abteilung der NATO gegen Visabeschränkungen für DDR-Fußballer und verletzte damit nach Meinung des Aus-

[126] Der Marquis von Exeter, Präsident des internationalen Leichtathletikverbandes und Vizepräsident des IOC, wurde über verschiedene deutsche und britische Kanäle bearbeitet; vgl. PA AA, 604/Nr. 1070, Fernschreiben aus London, 5. 6. 1962; vgl. auch PA AA, 606/Nr. 1069, Daume an Lahr, 9. 9. 62.

[127] BAK, B 106/Nr. 1962, Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland, Genf, an AA, 16. 1. 1962. Bei Skiwettkämpfen konnte die Hissung der DDR-Flagge, nicht aber das Spielen der Nationalhymne verhindert werden.

[128] BAK, B 106/Nr. 1959, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Bern, an AA, 27. 5. 1963.

[129] Die bundesdeutschen Schwimmer sahen es nicht ein, warum sie nicht bei der Europameisterschaft in Leipzig teilnehmen sollten, vgl. PA AA, 604/Nr. 1069, Unterschriteninitiative von Rotraud Wiegand, 15. 11. 1962. Laut ADN 57/22. 6. 1962 sollen sich zahlreiche deutsche Schwimmer in Leipzig angemeldet haben, in: BAK, B 106/Nr. 1959.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wärtigen Amtes die Interessen der Bundesrepublik[130]. Hundertprozentig linientreu war auch Willi Daume nicht. Der Präsident des DSB bemühte sich zwar sehr darum, eng mit dem Auswärtigen Amt zu kooperieren, gleichwohl war man sich dort nicht ganz sicher, ob auf ihn wirklich Verlaß war. Das galt vor allem im Hinblick auf die Verhandlungen über die Aufstellung einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft 1964, die nur gegen massive Widerstände aus den Reihen des Sports durchgesetzt werden konnte. Noch Ende 1962 hatte das IOC in einem Kommuniqué verlauten lassen, daß man angesichts der neuen Situation zwei getrennte Mannschaften favorisiere, die unter gemeinsamer Fahne und mit gemeinsamer Hymne antreten sollten[131].

Zu den ausschlaggebenden Gründen für die Spaltung des deutschen Sports ist schließlich auch die sich anbahnende Entspannung in den internationalen Beziehungen zu zählen. Seit 1964/65 wurde es zunehmend schwieriger, die westdeutsche Position auf internationalen Sportveranstaltungen im Bereich der NATO und vor allem in den nicht der NATO angehörenden Staaten durchzusetzen. Bei Besprechungen in internationalen Kommissionen bekam Daume zu hören, daß es aussichtslos sei, eine Politik zu verteidigen, die auch in der westlichen Welt niemand mehr ernst nehmen könne. Daume sah sich als „letzten kalten Krieger" apostrophiert, wenn er deutsche Boykottforderungen gegen die DDR zur Sprache brachte. Allenthalben wurden seit 1964/65 „Rückzugspositionen"[132] vorbereitet.

Die volle Anerkennung des NOK der DDR 1965 war ein Indiz für diesen Meinungsumschwung. 1972 war schließlich auch nicht mehr zu verhindern, daß die DDR mit eigener Hymne und Fahne im Münchener Olympiastadion antrat. Bis zum letzten Augenblick wurde um das Protokoll gefeilscht[133]. Der Chefpropagandist der DDR, Karl Eduard von Schnitzler, triumphierte, daß die bundesdeutsche Kapelle wohl nun kräftig die DDR-Hymne einstudieren müsse[134]. Im Westen aber sah man dies eher gelassen. Die neue Ostpolitik hatte auch der Frage des Sports einen Teil ihrer Brisanz genommen. Hinzu kam etwas anderes: In München (und eben nicht in Berlin) versuchte sich die Bundesrepublik nicht so sehr über nationale Symbole darzustellen. Ihr kam es vielmehr auf das Image eines anderen, neuen Deutschlands an, das sich mehr durch Technik, Architektur und Design definierte. Nach den jahrelangen deutsch-deutschen Auseinandersetzungen über nationale Symbole war dies bezeichnend für das Selbstbewußtsein und die neue Identität, die die Bundesrepublik mittlerweise gewonnen hatte.

---

[130] Vgl. PA AA, 700/Nr. 1726, Entwurf des Schreibens Brentanos an Daume, o. D. (ca. Februar/März 1961).

[131] Die komplizierten, ab Januar 1963 mit den vorliegenden Quellen nicht genau rekonstruierbaren Verhandlungen sind hier nicht näher darzustellen, vgl. die gute Überlieferung bis zum Jahresende 1962 in: PA AA, 604/Nr. 1069. Vgl. auch BAK, B 137/Nr. 2748, Überblick über die Entwicklung der Diskussion, 13. 12. 1962.

[132] BAK, B 136/Nr. 5555, Ergebnisprotokoll der Besprechung am 4. 11. 1965 unter dem Vorsitz von Lahr.

[133] Vgl. Holzweissig, Diplomatie, S. 270ff.

[134] Zit. bei Pabst, Sport, S. 42.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ROLF STEININGER

GROSSBRITANNIEN UND DE GAULLE

Das Scheitern des britischen EWG-Beitritts im Januar 1963

Vorbemerkung

Am Mittwoch, den 9. Januar 1963, tagte der französische Ministerrat unter Vorsitz von General de Gaulle. Im Anschluß an die Sitzung kündigte Informationsminister Alain Peyrefitte für Montag, den 14. Januar, eine Pressekonferenz des Generals an; ergänzend fügte er hinzu, es werde sich um eine „conférence de choc" handeln[1]. Genauso sollte es dann auch kommen. De Gaulle sagte dreimal Nein: zum beabsichtigten Beitritt Großbritanniens zur EWG, zu der im britisch-amerikanischen Abkommen von Nassau vorgesehenen multilateralen NATO-Atomstreitmacht und zu dem damit in Verbindung stehenden amerikanischen Angebot, Polaris-Raketen an Frankreich zu liefern. Der größere Teil der Pressekonferenz war dem EWG-Beitritt Großbritanniens gewidmet. In diesem Punkt war de Gaulle „hart und kompromißlos", wie die deutsche Botschaft nach Bonn berichtete; man hatte weiter den Eindruck, daß er „geradezu einen Grabgesang auf die Brüsseler Verhandlungen gesungen" habe[2]. Über die deutsche Reaktion und die Rolle Bonns beim anschließenden „Krisenmanagement" liegt jetzt der Aufsatz von Wolfgang Hölscher vor[3]. Im folgenden geht es um die britische Reaktion und die Rolle Londons während jener entscheidenden vierzehn Tage von de Gaulles Pressekonferenz bis zum endgültigen Abbruch der Verhandlungen am 29. Januar.

---

[1] Wie die britische Botschaft in Paris später erfuhr, ging dieser ergänzende Hinweis auf eine Instruktion de Gaulles zurück. Secret. A. Rumbold (Paris) an Viscount Hood, Foreign Office (künftig: FO), 8.2. 1963, in: Public Record Office, London (künftig: PRO), FO 371/171448/M 1092/108. Der vorliegende Beitrag ist Teil eines größeren Projekts zum Thema „EWG-EFTA 1960–1963". Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Wien danke ich für die Finanzierung der Forschungsaufenthalte, meinem Kollegen Dr. Michael Gehler für kritische Lektüre.

[2] Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, Band I, München 1994 (künftig: AAPD 1963, I), Dok. 21. Zum Wortlaut der Pressekonferenz vgl. Archiv der Gegenwart 33 (1963), S. 10357.

[3] Wolfgang Hölscher, Krisenmanagement in Sachen EWG. Das Scheitern des Beitritts Großbritanniens und die deutsch-französischen Beziehungen, in: Rainer A. Blasius (Hrsg.), Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, München 1994, S. 9–44.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Vertreter der britischen Botschaft, die bei der Pressekonferenz anwesend waren oder sie im Fernsehen verfolgten, hatten den Eindruck, daß sich de Gaulle beim Thema „britischer EWG-Beitritt" – anders als bei den übrigen drei großen Themen: Innenpolitik, Verteidigung, deutsch-französische Beziehungen – sichtlich unwohl fühlte; offensichtlich war er sich bewußt, wie sehr er die Tatsachen verdrehte. Gleichzeitig notierten die Briten als wichtigsten Punkt für London, daß de Gaulle offensichtlich „völlig überzeugt ist vom Scheitern der Verhandlungen". Weiter hieß es, da de Gaulle so stolz sei auf seine prophetischen Gaben, könne man davon ausgehen, daß er alles daransetzen werde, daß die Ereignisse ihn nicht Lügen strafen würden[4]. De Gaulles Pressekonferenz bedeutete ohne Zweifel das Ende der britischen Beitrittsbemühungen. Die jetzt zugänglichen britischen Akten bestätigen dieses Urteil; mit ihnen läßt sich gleichzeitig eine Reihe von Fragen beantworten, die sich in diesem Zusammenhang stellen und die im folgenden untersucht werden, etwa: Wie sah die erste Reaktion der Briten aus? Wie reagierten die fünf Partner Frankreichs? Glaubten die Briten, die Verhandlungen noch retten zu können? Welche Einflußmöglichkeiten hatten sie? Welche Rolle spielten Bonn und Washington?

1. Die Situation um die Jahreswende 1962/63

Die Art und Weise, wie de Gaulle sein Nein formulierte, wirkte auf viele Beobachter wie ein Schock; in der Sache selbst allerdings war das, was er auf der Pressekonferenz gesagt hatte, für einige – allen voran Premierminister Macmillan – „keine Überraschung" („do not come as a surprise"), wie dieser am 15. Januar notierte[5].

Wie sah die Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt aus? Großbritannien hatte sich 1950 geweigert, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu werden. Im Gefolge dieser Entscheidung war es nur konsequent, daß London auch an den Verhandlungen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht teilnahm. London wollte, mit den Worten des amerikanischen Unterstaatssekretärs George Ball, nicht Mitglied in diesem „Club der besiegten Nationen" sein[6].

---

[4] Emergency, Confidential. Rumbold (Paris) an FO, 14.1. 1963, 20.23 Uhr, in: PRO, FO 371/171443/M 1092/9.

[5] „President de Gaulle's Press Conference." Aufzeichnung Macmillan für Außenminister Home, 15.1. 1963. Prime Minister's Personal Minute No. M 16/63, in: PRO, FO 371/171444/M 1092/33. Nach Aussage des stv. Direktors des britischen Geheimdienstes MI 5, Peter Wright, wurde die französische Botschaft in London von 1960–1963 von den Briten abgehört; angeblich wurde jedes ein- und ausgehende Telegramm entziffert und an das Foreign Office weitergeleitet: „Jeder Schritt der Franzosen während unseres vergeblichen Versuches, dem gemeinsamen europäischen Markt beizutreten, wurde überwacht." Vgl. Peter Wright/Paul Greengrass, Spycatcher. Enthüllungen aus dem Secret Service, Berlin 1989, S. 118. In den freigegebenen Akten sind diese Aktivitäten logischerweise nicht erkennbar.

[6] Zit. bei David L. Dileo, George Ball and the First British Application to the European Economic Community (Working Paper für die Konferenz „The First Attempt to Enlarge the European

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Statt dessen hatte man die „special relationship" mit den USA gepflegt und als Gegengewicht zur EWG 1960 die Europäische Freihandelszone (EFTA) gegründet. Seit 1960 gab es in Europa die „Sechs" (EWG) und die „Sieben" (EFTA), die sich ziemlich uneins waren: Europa war „at sixes and sevens". Bei dem Versuch, ein geeintes Europa zu schaffen, stand man vor einem geteilten Europa[7].

Zwischen EWG und EFTA gab es gewichtige Unterschiede, insbesondere, was den Grad der politischen Integration betraf, den die EFTA-Mitglieder, von denen drei neutrale Staaten waren (Schweden, Schweiz, Österreich), zu akzeptieren bereit und in der Lage waren. Die EWG hatte die wirtschaftliche *und* politische Integration zum Ziel, die EFTA war *nur* eine wirtschaftliche Freihandelszone. Die EWG entwickelte seit ihrer Gründung eine ungeheure wirtschaftliche Dynamik: Von allen Wirtschaftsräumen wies sie die höchsten Wachstumsraten auf.

Je erfolgreicher EWG und EFTA für sich waren, um so größer wurde die Gefahr der wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas. Von Anfang an gab es in beiden Gemeinschaften Stimmen, die dies verhindern wollten. Daher war es auch das erklärte Ziel der EFTA-Staaten, aus der Gemeinschaft eine starke Basis zu machen, von der aus der Brückenschlag zur EWG unternommen werden sollte. Schon in der Präambel der EFTA-Gründungsurkunde (Stockholmer Konvention vom 4. Januar 1960, die im Mai 1960 in Kraft trat) war daher die „feste Absicht" bekundet worden, die Beseitigung der Handelsschranken und die Förderung einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), „einschließlich der Mitglieder der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft", zu erreichen. Es handelte sich dabei allerdings nicht in erster Linie um ein Handels-, sondern ein politisches Problem im weitesten Sinne des Wortes.

Nach schwierigen Vorgesprächen mit den Regierungen der EWG-Staaten, den Commonwealth-Ländern und den übrigen EFTA-Mitgliedern – und entsprechender Unterstützung durch die Kennedy-Administration – entschloß sich die britische Regierung im Juli 1961, jenen historischen Schritt zu tun und den Antrag auf Beitritt zur EWG zu stellen[8]. Wie sich schon in den Vorgesprächen gezeigt hatte,

---

Community, 1961–1963" in Florenz, 17.–19.2. 1994); vgl. auch George W. Ball, The Past Has Another Pattern. Memoirs, New York 1982, S. 209f.

[7] Zur britischen Position bis zur Gründung der EWG siehe den Beitrag von Gustav Schmidt, Großbritannien, die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die ‚Sicherheit des Westens': „The American Connection", in: Michael Salewski (Hrsg.), Nationale Identität und Europäische Einigung, Göttingen/Zürich 1991, S. 169–231. Zur Vorgeschichte auch die hervorragende Darstellung von Wilfried Loth, Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, Göttingen 1990. Für die Entscheidung auf britischer Seite bis 1961 vgl. Wolfram Kaiser, To join, or not to join: the ‚Appeasement' policy of Britain's first EEC application, in: Brian Brivati/Harriet Jones (Hrsg.), From Reconstruction to Integration: Britain and Europe since 1945, Leicester/London/New York 1993, S. 144–156.

[8] Vgl. hierzu Rolf Steininger, 1961: „Europe at Sixes and Sevens". Die EFTA und Großbritanniens Entscheidung für die EWG, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 80 (1993), S. 4–29; auch in Michael Gehler/Rolf Steininger (Hrsg.), Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung, Wien/Köln/Weimar 1993, S. 201–225.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

würde Frankreich der schwierigste Partner innerhalb der EWG sein. Daß es schwierige Verhandlungen geben würde, machte de Gaulle von Anfang an denn auch klar. Als der britische Botschafter in Paris, Sir A. Rumbold, am 28. Juli 1961 eine persönliche Botschaft Macmillans überbrachte, in der dieser über die bevorstehende Entscheidung seiner Regierung informierte, antwortete de Gaulle, daß die Sache wohl sehr lange Zeit in Anspruch nehmen würde und „viele Schwierigkeiten beseitigt werden müssen". Und als ob dies nicht genug sei, wiederholte er beim Weggang Rumbolds noch seine Befürchtung, daß „it might prove a very long business"[9].

Die Verhandlungen mit der EWG, die im Oktober 1961 begannen, verliefen nur sehr zögerlich. Die Briten mußten ihrerseits Rücksicht auf die EFTA-Partner und die Commonwealth-Länder nehmen, während andererseits die EWG zunächst kein großes Interesse an diesen Verhandlungen zeigte, da im Vordergrund die gemeinsame Agrarpolitik stand. Schon damals gab es warnende Stimmen aus der britischen Botschaft in Paris, daß de Gaulle einen Beitritt Großbritanniens zur EWG nicht akzeptieren werde. Schwierigkeiten bereiteten dann die Agrarverhandlungen. Während es den Briten darum ging, den EWG-Markt für Commonwealth-Güter zu öffnen, forderte die EWG, daß die Commonwealth-Länder neue Märkte für ihre Agrarprodukte suchen sollten. Die Verhandlungen bezogen sich häufig auf technische Details und waren sehr komplex. Sie wurden in mehrfacher Hinsicht belastet von den Forderungen Macmillans, der die Interessen der Commonwealth-Länder und der EFTA-Partner gewahrt sehen wollte, zugleich aber auch für Großbritannien in der EWG eine führende Rolle vorsah. Je mehr die Franzosen davon überzeugt waren, daß die Briten es mit ihrem Beitrittsantrag ernst meinten, um so massiver wurde ihre Obstruktionspolitik. Am 1. Oktober 1962 berichtete Lord Privy Seal (Lordsiegelbewahrer) Edward Heath (der in London für die EWG-Verhandlungen zuständig war) dem Kabinett, die Haltung des Generals „does not augur well for our negotiations ... (He has) made no effort for the sake of politeness to convey any impression other than that he had no intention of being helpful."[10]

Am 15. und 16. Dezember 1962 besuchte Macmillan de Gaulle in Rambouillet. De Gaulle war mehr als zurückhaltend, auch wenn er ein mögliches Veto seinerseits nicht direkt erwähnte. Andererseits erläuterte Macmillan die Probleme, die Großbritannien bei seiner nuklearen Verteidigung hatte, ohne auf eine mögliche britisch-französische Zusammenarbeit im Nuklearbereich einzugehen[11]. Großbritannien befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer schwierigen Situation. Noch vor dem Treffen in Rambouillet war in London klar geworden, daß die Testserie für die amerikanische Skybolt-Rakete fehlgeschlagen war. Diese Rakete sollte die britischen (Atom-) Bomber, die mit Bluesteel-Raketen ausgerüstet waren, ersetzen. Dies war jetzt nicht mehr möglich, und damit stand das britische Kabinett vor einer schweren Krise. Es

[9] Secret. A. Rumbold (Paris) an FO, 28. 7. 1961, in: PRO, FO 371/178278/M615/195.
[10] Protokoll in: PRO, CAB 129/110.
[11] PRO, PREM 11/4230.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ging jetzt darum, die Amerikaner dazu zu bringen, Großbritannien U-Boot-gestützte Polaris-Raketen zu überlassen, um auf diese Weise die nukleare Abschreckung und den Status einer Großmacht aufrechterhalten zu können. Am 19. und 20. Dezember traf Macmillan in Nassau mit Kennedy zusammen und konnte den amerikanischen Präsidenten unter Hinweis auf die „special relationship" dazu bewegen, Großbritannien diese Raketen zu überlassen. Auf die Frage Kennedys, ob dies nicht die britischen Chancen für den EWG-Beitritt verringern würde, antwortete Macmillan, das mache keinen Unterschied. Kennedy entschied dann, daß die Polaris-Raketen auch den Franzosen angeboten werden sollten[12]. Dieses „Geheimabkommen" wurde von den Franzosen später, Mitte Januar 1963, immer wieder in die Diskussion eingebracht – als Beweis für die Doppelzüngigkeit der Briten.

Rambouillet und auch Nassau waren aus der Sicht Macmillans keine großen Erfolge. Am zweiten Weihnachtstag zog er eine enttäuschende Bilanz, als er an Heath schrieb: „I have been thinking about you and all your problems. I am now back at work and available any time you would like to talk to me ... I only trust that nothing I have done at Rambouillet or Nassau has increased your difficulties. My impression of de Gaulle is that he ... does not want us now in the Community because he is in a mood of sulks about the future of Europe politically and would prefer to stay where he is with France dominating the Five ... Come what may, your position will stand very high. But I want you to feel specially that I am available if I can be of any help. So I am sending you this little letter with best wishes for the New Year."[13]

Der britische Botschafter in Paris, Sir Pierson Dixon, hatte bereits am 22. Dezember 1962 ein politisches Veto de Gaulles – gegen den Willen der übrigen fünf EWG-Staaten – nicht mehr für ausgeschlossen gehalten. Entscheidend für ihn war dabei, was de Gaulle gegenüber Macmillan bei deren Gesprächen in Rambouillet am 15./16. Dezember über die EWG gesagt hatte, daß es lediglich ein wirtschaftlicher Zusammenschluß sei – zum Schutz der französischen Wirtschaft, wie Dixon ergänzte – und daß an eine politische Einheit Europas nicht zu denken sei. Dixon empfahl, den übrigen fünf EWG-Staaten diese Informationen zukommen zu lassen, um sie über die wahren Ziele de Gaulles aufzuklären und klarzumachen, daß die Briten bes-

[12] Die Protokolle der Gespräche auf Nassau u. a. in: PRO, FO 371/166967–166971.

[13] Macmillan an Heath, 26. 12. 1962, in: PRO, PREM 11/3789. Zur Entwicklung bis Dezember 1962 vgl. Anne Deighton, British Policy and the First Application to the EEC, 1961–1963 (Working Paper für die Konferenz „The First Attempt to Enlarge the European Community, 1961–1963" in Florenz, 17.–19. 2. 1994) und Maurice Vaïsse, De Gaulle et la première „Candidature" Britannique au Marché Commun, in: Revue d'histoire diplomatique 108 (1994), S. 129–150 (ohne Primärquellen). Von der älteren Literatur brauchbar: Miriam Camps, Britain and the European Community, 1955–1963, London 1964. Zur Entwicklung innerhalb der EFTA bis Dezember 1961 Rolf Steininger, „Ich bin ermächtigt, Ihnen zu diesem Zweck die Aufnahme von Verhandlungen vorzuschlagen." Österreichs Antrag auf Assoziierung mit der EWG vom 15. Dezember 1961, in: Thomas Albrich/Klaus Eisterer/Michael Gehler/Rolf Steininger (Hrsg.), Österreich in den Fünfzigern, Innsbruck/Wien 1995, S. 357–383.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sere Europäer seien als de Gaulle und daß es sich daher lohne, für den Beitritt Großbritanniens Druck auf Frankreich auszuüben[14]. Am 28. Dezember entschied Macmillan, so zu verfahren[15].

Erste Gelegenheit dazu boten die Gespräche, die Heath bereits mit Außenminister Gerhard Schröder und US-Unterstaatssekretär George Ball vereinbart hatte. Großbritannien, so der Leiter des Central Department im Foreign Office, E. E. Tomkins, „nähert sich einem entscheidenden Moment in seiner Geschichte"[16], man müsse bereit sein, Risiken einzugehen. Bei Schröder war das Problem, daß „alles, was wir den Deutschen sagen, mit Sicherheit die Franzosen erfahren werden" – selbst wenn Schröder „diskret" sei – und daß im militärischen Bereich, trotz multilateraler Streitmacht, die Deutschen auch in Zukunft ungleich behandelt würden, denn „den Amerikanern und uns geht es darum sicherzustellen, daß die Deutschen auch nicht ansatzweise das bekommen, was einer nationalen atomaren Abschreckung gleichkommt". Deshalb würden sie auch keine Polaris-Raketen erhalten[17]. In London war man sich natürlich auch im klaren darüber, daß die Situation in Bonn nicht ganz einfach war. Während Schröder und Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard die Erweiterung der EWG nachhaltig befürworteten, war Adenauer mehr als skeptisch. Für ihn hatte der deutsch-französische Freundschaftsvertrag absolute Priorität; und mit Rücksicht darauf hielt er sich im Kabinett und in der Öffentlichkeit mit Stellungnahmen zum EWG-Beitritt Großbritanniens zurück. Und über den vereinbarten Besuchstermin Schröders in Chequers, von dem er erst im nachhinein erfuhr, war er denn auch alles andere als begeistert und warnte seinen Außenminister vor allzu großer Kompromißbereitschaft; das Treffen könnte in Paris Mißtrauen erwecken[18].

Die Gespräche zwischen Heath und Schröder verliefen dann in einer „wohltuenden, aufgeschlossenen, unkomplizierten und verständnisbereiten Atmosphäre"[19]. Beide Seiten einigten sich auf pragmatische Lösungsvorschläge für die noch ausstehenden Fragen (Preise für neuseeländischen Weizen, Übergangszeit für die britische Landwirtschaft), so daß, wie geplant, die Beitrittsverhandlungen in den zwei für den 14. und 29. Januar vereinbarten Sitzungen in Brüssel abgeschlossen werden konnten. Zusammenfassend stellte Heath fest, „das Terrain für die Endphase der Verhandlungen sei nun vorbereitet und es bedürfe jetzt politischer Beschlüsse"[20].

---

[14] PRO, FO 371/171443/M 1092/5, Secret. Guard, Dixon (Paris) an Caccia (FO), 22.12.1962.

[15] Secret. Blight (Admiralty House) an Caccia (FO), 31.12.1963, in: Ebenda.

[16] Secret. Aufzeichnung E. E. Tomkins (FO), 3.1.1963, in: Ebenda, M 1092/6.

[17] „Secret. Dr. Schroeder's Visit". Aufzeichnung Barnes (FO), 7.1.1963, in: Ebenda.

[18] Vgl. Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...". Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, S. 170; Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 810f.

[19] So die Schilderung von Staatssekretär Lahr, der Schröder begleitete. Vgl. Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981, S. 370.

[20] Botschafter Etzdorf (London) an Auswärtiges Amt, 8.1.1963. Zit. bei Hölscher, Krisenmanagement, S. 14. Siehe auch „Secret. E. E. C. Negotiations. Record of discussions between the Lord Privy Seal and Dr. Schröder at Chequers on January 8, 1963", sowie „Secret. Record of discussions on January 7, 1963", in: PRO, FO 371/171412/M 1091/13.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Drei Tage später gab es ein Geheimtreffen zwischen Heath und Ball. Dabei ging es auch um die Frage, ob und, wenn ja, wie die Amerikaner intervenieren sollten. Eine Intervention bei de Gaulle hielt man im Foreign Office für kontraproduktiv, da dies nur dessen These stützen würde, daß die Briten von den Amerikanern abhängig seien. Somit blieb als einzig positiver Beitrag, „to stiffen the Germans"[21]. Nach dem positiv verlaufenen Gespräch mit Schröder schien aber aus der Sicht des Foreign Office auch dies nicht mehr nötig zu sein.

Der britische Botschafter in Bonn, Sir Christopher Steel, war allerdings nicht so optimistisch. Er war nach wie vor der Meinung, daß amerikanischer Druck „notwendig" sei; auf Adenauer werde das zwar keinen Eindruck machen, „aber all jene in Schrecken versetzen, die er braucht, um seine Politik durchzusetzen". Um die gewünschte Wirkung zu erzielen, sollten die Amerikaner schweres Geschütz auffahren, in dem Sinne, daß jetzt die gesamte amerikanische Europapolitik von einer EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens abhängig gemacht werde; und sollten die Verhandlungen scheitern, werde das logischerweise zu einer „agonizing reappraisal" der amerikanischen Politik führen[22]. Was damit gemeint war, war klar. Außenminister John F. Dulles hatte Ende 1953 für Aufregung gesorgt, als er mit einer „agonizing reappraisal" für den Fall gedroht hatte, daß sich bei den EVG-Verhandlungen nichts bewegen werde[23]. Allen war dieser Begriff noch in guter Erinnerung. Nur wenige Tage später sollte sich denn auch zeigen, daß Steel mit seiner Einschätzung richtig gelegen hatte.

2. Das Gespräch zwischen Heath und Couve de Murville am 11. Januar

Von besonderer Bedeutung war das Gespräch, das Heath am 11. Januar mit dem französischen Außenminister Maurice Couve de Murville in der britischen Botschaft in Paris führte. Heath wollte Klarheit und wissen, ob es bei einer Lösung der wirtschaftlichen Probleme politische Einwände auf französischer Seite gegen einen britischen Beitritt gebe. Couve antwortete mit großem Nachdruck, daß es nichts gebe, was einen Beitritt verhindern werde. Heath nannte dies „eine wichtige Feststellung", die er zur Kenntnis nehme[24]. Es war mehr als das. Als er am Abend Ball traf, war er in geradezu überschwenglicher Laune, weil er glaubte, Couve habe ihm die klare Zusage gemacht, daß der Weg für Großbritanniens EWG-Beitritt frei war. (Ähnlich hatte sich Couve auch gegenüber Ball geäußert[25].) Mit diesem Eindruck fuhr Heath nach Brüssel. Drei Tage später hatte sich die Lage geändert. Mehr als alles andere trug die-

[21] Foreign Office an britische Botschaft Washington, 3. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171301/M 1062/4.
[22] Steel (Bonn) an FO, 10. 1. 1963, in: Ebenda, M 1062/6.
[23] Vgl. Brian R. Duchin, The „Agonizing Reappraisal": Eisenhower, Dulles, and the EDC, in: Diplomatic History 16 (1992), S. 201–221.
[24] „Secret. Summary Record of Discussion after Lunch at the British Embassy in Paris on Friday, January 11, 1963", in: PRO, FO 371/171445/M 1092/53.
[25] Vgl. Ball, Memoirs, S. 269.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ses Gespräch zur Vergiftung der Atmosphäre zwischen Briten und Amerikanern auf der einen und den Franzosen auf der anderen Seite bei. Heath fühlte sich von Couve hintergangen, Couve habe „in bad faith" gehandelt. Wie konnte ein Außenminister nicht wissen, was der Staatspräsident drei Tage später sagen würde, zumal noch am 9. Januar eine Ministerratssitzung unter Vorsitz de Gaulles stattgefunden hatte? Als Anfang Februar in London Bilanz gezogen wurde, ging es immer wieder um diese Frage.

Aus Paris kamen die unterschiedlichsten Meldungen, die alle darauf hinausliefen, den katastrophalen Eindruck in London zu korrigieren. Der ehemalige Algerienminister Joxe beschrieb gegenüber Dixon die Ministerratssitzung. Als die zuständigen Minister darauf hingewiesen hätten, daß ein positiver Abschluß der Beitrittsverhandlungen bevorstehe, habe de Gaulle keinen Widerspruch angemeldet. Für die Briten klang das wenig überzeugend. Man lebe in Paris in einer „twilight kafkaesque world", wo es täglich schwerer werde, zwischen Dichtung und Wahrheit zu unterscheiden, wie Arthur Rumbold von der britischen Botschaft in Paris formulierte. Zutreffend war, was man Couve auch schwer ankreidete: daß dieser nach dem 11. Januar auf die Frage, was zwischen ihm und Heath besprochen worden sei, mit „nichts Wichtiges" geantwortet hatte. Heath habe lediglich wissen wollen, was der General auf der Pressekonferenz sagen werde; und er, Couve, habe hinzugefügt: „Comme si je savais." Das wiederum, so Rumbold, bedeute keinesfalls, daß Couve nicht gewußt habe, daß die Tür für die Briten zugeschlagen werde; es bedeute lediglich, daß er nicht gewußt habe, mit welchem Knalleffekt und wie nachdrücklich es geschehen werde[26].

Das persönliche Verhältnis zwischen Couve und Heath verschlechterte sich zusehends. Der Höhepunkt kam dann in der entscheidenden Sitzung des EWG-Ministerrats am 29. Januar, wo Heath Punkt für Punkt die Argumente Couves auseinandernahm, so daß dieser am Ende, so Botschafter Dixon, „wie ein Dummkopf oder ein dummer Junge aussah, und das vor den Augen aller Leute". Couve habe das nicht vergessen und möglicherweise erkannt, daß er am 11. Januar zu weit gegangen sei; jedenfalls habe er Heath zu seiner *bête noire* gemacht, seine Politik sei von Vorurteilen gegenüber den Briten geprägt, „das Produkt seines persönlichen Charakters und Geschmackes"[27].

3. Die Reaktion der Fünf

Wenn de Gaulle eine Pressekonferenz gab, dann war das für den General, wie Dixon sarkastisch anmerkte, jeweils „ein großer Meilenstein in der Geschichte"; an der Idee, mit seinen Erklärungen die Welt zu erschüttern, fände er immer Gefallen[28]. De Gaul-

[26] Secret. A. Rumbold (Paris) an FO, 8.2. 1963, in: PRO, FO 371/171448/M 1092/1098. Auch für Ball blieb das Verhalten Couves ein Rätsel; vgl. Ball, Memoirs, S. 269.

[27] Secret. Dixon (Paris) an Hood (FO), 16.5. 1963, in: PRO, FO 371/169124/CF 1051/43.

[28] So in seinem geheimen Bericht über die Beitrittsverhandlungen vom 18.2. 1963, in: PRO, FO 371/171449/M 1092/129.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

les Pressekonferenz vom 14. Januar schlug jedenfalls „wie eine Bombe ein"[29]. Die ersten Reaktionen waren entsprechend: In der EWG-Kommission in Brüssel gab es „shocked surprise and gloom"; ein deutscher Vertreter sprach von einem „Tag der Trauer"[30].

Das war die eine Seite; auf der anderen Seite waren die fünf EWG-Partner Frankreichs nicht bereit, den Willen de Gaulles einfach nachzuvollziehen – sehr zum Ärger des Generals, dessen Stimmung, die schon vor der Pressekonferenz nicht gut gewesen war, sich in den folgenden Tagen noch mehr verschlechterte[31]. Die Reaktionen der Fünf waren z. T. außerordentlich scharf. Der belgische Außenminister Paul Henri Spaak stellte im Namen seiner *und* der niederländischen Regierung fest, daß *beide* die Dinge völlig anders sähen als de Gaulle. Für sie gebe es weder politisch noch wirtschaftlich die genannten Schwierigkeiten. Er erinnerte an die Rolle Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg. Man verdanke es zum großen Teil Großbritannien, daß man jetzt überhaupt ein vereintes Europa bauen könne. Die laufenden Verhandlungen müßten in jedem Fall erfolgreich beendet werden; etwas anderes könne nicht in Frage kommen.

Aus Rom kamen noch schärfere Töne. Finanzminister La Malfa machte klar, daß sich Italien und die übrigen EWG-Mitglieder „nicht wie Kolonien" behandeln lassen würden[32]. In einer offiziellen Erklärung des Außenministeriums hieß es, die bislang erreichten Ergebnisse seien ermutigend und Beweis dafür, daß die Verhandlungen in jedem Fall erfolgreich beendet werden „können und müssen"[33].

Am wichtigsten war die bundesdeutsche Reaktion. In einer von Außenminister Schröder autorisierten Erklärung der deutschen Delegation in Brüssel wurde die von de Gaulle vorgeschlagene Assoziation Großbritanniens glatt abgelehnt; es komme nur eine Vollmitgliedschaft in Frage. Die Verhandlungen sollten mit dem Ziel eines baldigen Abschlusses fortgesetzt werden. In den noch offenen Fragen ließen sich bei allseits gutem Willen Kompromisse erzielen[34].

Schröder hatte bewußt versäumt, diese Erklärung mit Adenauer abzustimmen. Dies führte zu einer „deutlichen Entfremdung" zwischen den beiden, wie Christopher Steel später zu berichten wußte[35]. Adenauer hat sich jedenfalls „sehr geärgert", wie der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Horst Osterheld, feststellte[36]. „Unglücklicherweise", so berichtete Botschafter Steel noch am selben

[29] So der amerikanische Botschafter bei der EWG in Brüssel, Tuthill, am 22. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171301/M 1064/18.

[30] Secret. A. Tandy (Luxembourg) an FO, 15. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171443/M 1092/20.

[31] Secret. Rumbold (Paris) an FO, 17. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171444/M 1092/34.

[32] „General de Gaulle's Press Conference". Aufzeichnung Keeble, FO, 19. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171445/M 1092/50.

[33] J. Ward (Rom) an FO, 16. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171444/M 1092/26.

[34] Vgl. Hölscher, Krisenmanagement, S. 16, Anm. 46, Erklärung der deutschen Delegation, 15. 1. 1963.

[35] Steel (Bonn) an FO, 21. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171445/M 1092/53.

[36] Osterheld, Kanzlerjahre, S. 183.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tag nach London, habe diese Erklärung zu Spekulationen über einen „Bruch zwischen Bonn und Paris" geführt, was wiederum Adenauer veranlaßte, eine weitere Erklärung zu veröffentlichen[37]. Als offizielle Verlautbarung des Kanzleramtes erfolgte sie unmittelbar nach der Brüsseler Erklärung durch Pressechef Karl-Günther von Hase. In ihr hieß es, EWG-Entscheidungen müßten einstimmig getroffen werden. Und wenn es bei einer so wichtigen Frage wie dem EWG-Beitritt Großbritanniens keine Einstimmigkeit gebe, müsse weiter nach einer gemeinsamen Lösung gesucht werden. Es gebe keinen Grund, zu resignieren oder die Dinge zu dramatisieren. Großbritannien habe bereits klargestellt, daß es die Verhandlungen entschlossen fortsetzen wolle[38].

4. Reaktion und Entscheidungen in London

Einen Tag nach de Gaulles Pressekonferenz gab es weitreichende Entscheidungen in London. Im Foreign Office versuchte zunächst Tomkins herauszufinden, was de Gaulles Intentionen waren. Das Ergebnis schien klar:

1. „Für das Vereinigte Königreich ist zur Zeit kein Platz in Europa."
2. „Der General will keine Polarisraketen und denkt, daß die NATO für Europa nicht mehr notwendig ist." Der Grund hierfür: Das strategische Gleichgewicht bestehe außerhalb Europas zwischen den USA und der Sowjetunion; damit sei für Europa der Moment gekommen, sich als dritte Kraft zu organisieren und sich von den USA abzukoppeln, mit den Russen ins Geschäft zu kommen, mit der Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands. Eine Wiedervereinigung sei nur unter diesen Umständen denkbar. Mit dem wiedervereinigten Deutschland könne dann ein größeres Europa vom Ural bis zum Atlantik aufgebaut werden.

Auch wenn er de Gaulle zubilligte, daß dieses Konzept auf den ersten Blick ganz plausibel klang, lehnte Tomkins es doch als „grundfalsch" und „nicht machbar" ab. Das Ergebnis einer solchen Politik müsse schlecht sein, insbesondere bei den fünf EWG-Partnern und „paradoxerweise am schlimmsten bei den Deutschen". Die Schlußfolgerung war interessant; es könne nämlich gut sein, daß, so Tomkins, „wenn wir unsere Karten gut spielen, die Person, die den größten Schaden von dieser Pressekonferenz haben wird, der General selbst ist"[39].

Wie die Karten gespielt werden sollten, war Gegenstand einer interministeriellen Gesprächsrunde im Foreign Office, ebenfalls am 15. Januar. Man war sich einig, daß es de Gaulle am liebsten sähe, wenn Großbritannien den Abbruch der Verhandlungen provozieren würde; genau das sollte daher vermieden werden. Die Taktik sollte sein, nicht nur mit den Franzosen allein zu konferieren, sondern die Verhandlungen

[37] Immediate, Secret. Steel (Bonn) an FO, Tel. No. 52, 15. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171443/M 1092/14.

[38] Steel (Bonn) an FO, 15. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171443/M 1092/15.

[39] Aufzeichnung E. E. Tomkins (FO), 15. 1. 1963, in: PRO, FO 371/169114/CG 1022/4.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit den Sechs fortzusetzen und abzuwarten, wie die übrigen EWG-Mitglieder reagieren würden. Als langfristiges „fundamentales Interesse" Großbritanniens wurde dabei das Festhalten an der Atlantischen Allianz bezeichnet, und dazu gehörte das fortdauernde Bemühen, Mitglied der EWG zu werden – „früher oder später"[40].

Das Ergebnis dieses Treffens im Foreign Office entsprach genau den Überlegungen von Premierminister Macmillan, die dieser noch am selben Tag allen Kabinettskollegen zukommen ließ. „In diesem Augenblick", so schrieb Macmillan, „ist es außerordentlich wichtig, daß wir ruhig Blut bewahren und uns nicht an irgendwelchen Spekulationen beteiligen, geschweige denn in Wortgefechte hineinziehen lassen." Der Regierungssprecher habe Anweisung erhalten zu erklären, daß viele der von de Gaulle genannten Punkte bereits positiv erledigt worden seien und die übrigen entsprechend dem von den sechs EWG-Außenministern vereinbarten Arbeitsplan (mit zwei abschließenden Verhandlungsrunden im Januar) behandelt werden sollten. Ziel der britischen Taktik solle sein, die Fünf gegen Frankreich agieren zu lassen. Sollten am Ende der anstehenden Verhandlungsrunde die wichtigsten Punkte doch noch geregelt werden können, dann würde de Gaulle mit seinen „philosophischen Überlegungen" ad absurdum geführt werden. Heath, der sich in Brüssel aufhielt, wurde von Macmillan entsprechend informiert[41]. Die Taktik war damit klar: so tun, als ob nichts geschehen wäre, die Fünf die Sache mit de Gaulle ausfechten lassen und Frankreich isolieren[42].

Die Schlüsselstellung unter den Fünf nahm die Bundesrepublik ein. Und hier wollte man jetzt den Hebel ansetzen. In Bonn leisteten Christopher Steel und sein Team in den folgenden Tagen denn auch Schwerstarbeit; sie spielten „the local hand as we think best", wie Steel das am 20. Januar formulierte, wobei er gleichzeitig davor warnte, die Sache zu übertreiben[43]. Dabei war bei den führenden Politikern in Bonn kaum Überzeugungsarbeit nötig. Sie waren enttäuscht und verärgert über de Gaulle. In allen politischen Parteien formierte sich der Widerstand gegen dessen Politik[44]. Wenn überhaupt noch etwas zu retten war, dann mußte jetzt die anstehende Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags genutzt werden, um de Gaulle umzustimmen.

Der Druck auf Adenauer wurde so stark, daß dieser sich genötigt sah, die Fraktionsführer von CDU/CSU, SPD und FDP am 18. Januar zu empfangen, unmittelbar vor seiner Abreise nach Paris. FDP-Chef Erich Mende war geradezu außer sich, wie er sich gegenüber einem Mitglied der britischen Botschaft äußerte. Gegenüber Heinrich von Brentano, dem Fraktionsführer von CDU/CSU, hatte er klargemacht,

[40] „Secret. Implication of General de Gaulle's Statement on 14th January." Aufzeichnung H. Widdup (FO), 15.1. 1963, in: PRO, FO 371/171449/M 1092/61.

[41] „President de Gaulle's Press Conference". Aufzeichnung Macmillan für Außenminister Home, 15.1. 1963; sowie Immediate, Secret. Telegramm Macmillan an Heath (Brüssel), 15.1. 1963, in: PRO, FO 371/171444/M 1092/33.

[42] Vgl. Aufzeichnung Gallagher (wie Anm. 54).

[43] Secret. Steel (Bonn) an FO, 20.1. 1963, in: PRO, FO 371/171445/M 1092/43.

[44] Ebenda.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß der Kanzler diesmal den Willen des Bundestages auszuführen habe; dasselbe wollte er dem Kanzler am 18. Januar sagen. Würde Adenauer dem nicht folgen, würde die FDP wahrscheinlich dessen sofortige Ablösung fordern und nicht bis zum Herbst warten. Genauso kompromißlos reagierte die SPD. Erich Ollenhauer war entsetzt und drängte Adenauer in einem persönlichen Brief, in Paris seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, damit Großbritanniens Beitritt zur EWG nicht an Frankreichs Widerstand scheitere. „Eine deutsch-französische Freundschaft, die nicht dazu dient, Europa zu vereinen, wäre ein Anachronismus."[45] Er versicherte Steel, daß man den Kanzler nach dessen Rückkehr aus Paris zur Rechenschaft ziehen werde, falls er seine Pflichten vernachlässigt haben sollte[46]. Von Brentano, der noch am 15. Januar „not very robust" gewesen war und wenig Hoffnung hatte, daß Adenauer umzustimmen sei, zeigte sich am 16. Januar entschlossener, wohl nicht zuletzt, wie Steel vermutete, aufgrund der massiven Reaktion von CDU, SPD und FDP. „Kurz", so Steel abschließend am 16. Januar, „es ist schon bemerkenswert, wie geschlossen hier alle in Opposition zu de Gaulle stehen."[47]

5. Die Verhandlungen am 17./18. Januar

Von entscheidender Bedeutung mußte die für den 17./18. Januar angesetzte nächste Verhandlungsrunde in Brüssel werden. Schröder teilte einem Mitglied der britischen Botschaft mit, daß er selbst nach Brüssel fahren werde und „außerordentlich besorgt" sei. An der klaren deutschen Position – entsprechend der Erklärung vom 15. Januar – habe sich in der Zwischenzeit nichts geändert. Wenn ein Mitglied der Sechs eine solche kompromißlose Haltung wie de Gaulle einnehme, sei die Lage allerdings „sehr ernst"; man müsse überlegen, was gemacht werden könne, vielleicht sei der Besuch Adenauers in Paris hilfreich[48]. Adenauer war die Schlüsselfigur – und jeder wußte, daß das Herz des Kanzlers für den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag schlug und nicht für den EWG-Beitritt Großbritanniens. Dafür hatte er sich von Anfang an nie wirklich begeistert; in wichtigen Punkten stimmte er mit de Gaulle überein. Am 15. Januar hatte Steel das Foreign Office darüber informiert, daß er am 18. Januar Adenauer und Bundespräsident Heinrich Lübke sehen werde; am 17. Januar erhielt er die Instruktion, „in aller Offenheit auf den Ernst der Lage hinzuweisen, auch wenn Sie am besten wissen, was zu sagen ist". Drei Punkte sollten allerdings besonders betont werden:

1. Die Absicht der britischen Regierung, die Verhandlungen „in konstruktivem Geist" fortzusetzen. London sei überzeugt, daß eine Lösung möglich sei, die mit

[45] Brief in Übersetzung in: PRO, FO 371/171445/M 1092/46.
[46] Steel (Bonn) an FO, 15.1. 1963, in: PRO, FO 371/171443/M 1092/16.
[47] Steel (Bonn) an FO, 16.1. 1963, in: PRO, FO 371/171444/M 1092/22. Vgl. auch Schwarz, Staatsmann, S. 818 ff.; Osterheld, Kanzlerjahre, S. 182–185.
[48] Immediate. Steel (Bonn) an FO, 17.1. 1963, in: PRO, FO 371/171444/M 1092/27.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Geist der Römischen Verträge vereinbar sei und „berechtigte französische Interessen nicht verletzen" werde.

2. Die Konsequenzen für Europa. Mit Großbritannien als EWG-Mitglied werde es ein mächtiges vereintes Europa geben, gleichrangig und verbündet mit, gleichwohl nicht beherrscht von den Vereinigten Staaten und stark genug, um der Sowjetunion Paroli zu bieten. Bei einem Scheitern der Verhandlungen sei diese Chance vertan, die Gelegenheit werde nicht wiederkommen; Europa bleibe gespalten, und die EWG werde, was ihre Rolle in der Weltpolitik betreffe, schweren Schaden nehmen.
3. Die Konsequenzen für die NATO. Die Verhandlungen für den Aufbau einer NATO-Atomstreitmacht seien erfolgreich angelaufen; es bestehe jetzt die Chance, die Allianz und die Verteidigung Europas durch eine echte multilaterale Truppe zu stärken – unter Einschluß aller NATO-Mitglieder. Um diese Pläne zu realisieren, müßten alle beteiligten Länder engstens zusammenarbeiten. Ein Scheitern der Brüsseler Verhandlungen werde diese Beziehungen zwangsläufig belasten[49].

Aus Brüssel kam der ergänzende Hinweis von Heath, daß Steel bei Adenauer nicht ins Detail gehen und de Gaulle nicht direkt kritisieren, genau das aber bei Lübke tun, „und noch offener" als bei Adenauer, möglicherweise auch noch vorher Schröder um Rat fragen solle[50].

In Brüssel spitzte sich die Lage inzwischen dramatisch zu. Die entscheidende Frage war, ob es der französischen Delegation gelingen würde, die Verhandlungen in der für den 17./18. angesetzten Runde zu beenden. In der Sitzung am 14./15. Januar hatte Couve de Murville dies noch nicht erreicht. Er hatte schon in dieser Sitzung mit Hinweis auf de Gaulles Pressekonferenz das Ende der Gespräche gefordert, war dabei aber auf den entschlossenen Widerstand der Fünf gestoßen[51]. Den nächsten Vorstoß bereitete er daher besser vor. In bilateralen Vorgesprächen am 16. Januar hoffte er, die Front der Fünf aufbrechen zu können; er wählte sich dafür die scheinbar Schwächsten, die Außenminister von Holland und Luxemburg, denen er klarzumachen versuchte, warum Großbritannien nicht „reif" für Europa sei. Den Holländer Joseph Luns versuchte er mit dem Argument zu überzeugen, daß die nächste Regierung in London eine Labour-Regierung sei, eine „Katastrophe" für das Vereinigte Königreich für mindestens zwei Jahre. Als Reaktion darauf könnte Großbritannien dann später in die EWG aufgenommen werden. Und was die von de Gaulle vorgeschlagene Assoziierung betreffe, so würde London das zwar jetzt ablehnen, die Lage aber in drei Monaten anders beurteilen.

Gegenüber dem luxemburgischen Vertreter Schaus argumentierte Couve de Murville mit dem Geheimabkommen, das Macmillan und Kennedy bei ihrem Treffen in Nassau abgeschlossen und in dem Briten und Amerikaner beschlossen hätten, 1. eine *atlantische* Freihandelszone und 2. eine integrierte europäische Streitmacht

[49] Immediate, Secret. FO an Steel (Bonn), 17. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171443/M 1092/16.
[50] Immediate, Secret. Heath (Brüssel) an Steel (Bonn), 17. 1. 1963, in: Ebenda, M 1092/17.
[51] So berichtete Heath später im Kabinett; vgl. Anm. 54.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen die französische *force de frappe* aufzubauen[52]. Wie die Sitzung dann zeigte, sollten Couves Argumente ohne Eindruck bleiben.

Couve war am Nachmittag des 16. im Anschluß an eine Ministerratssitzung in Brüssel eingetroffen, mit der eindeutigen Instruktion de Gaulles – der ersten, die er seit Beginn der Beitrittsverhandlungen überhaupt erhalten hatte –, für den Abbruch der Verhandlungen zu sorgen. Noch in der Nacht zum 17. schickte Heath ein „Emergency"-Telegramm nach London, in dem er die Situation als „verworren und ziemlich beunruhigend" beschrieb. Bei einem Abendessen mit Vertretern der Fünf hatte er erfahren, welche Taktik Couve am nächsten Tag einschlagen wollte, nämlich, daß die Fünf de Gaulles Erklärung vom 14. nicht weiter ignorieren könnten und sich im klaren darüber sein müßten, daß Großbritannien noch nicht „europäisch" genug sei, um Mitglied der EWG zu werden. Frankreich sei gegen einen Beitritt. Es erwarte daher von seinen Partnern, sich dieser Haltung anzuschließen, da die EWG ansonsten auseinanderzubrechen drohe. Couve habe offensichtlich Instruktionen, „to read the riot act to the Community", um herauszufinden, wie weit die Partner in ihrer Opposition zur französischen Politik gehen würden – dies mit Blick auf das bevorstehende Treffen zwischen de Gaulle und Adenauer. Möglicherweise, so Heath, würde sich Couve daher weigern, einer weiteren Verhandlungsrunde zuzustimmen, vielleicht sogar versuchen, eine Erklärung zustande zu bringen, daß keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden könnten.

Heath hielt es für unwahrscheinlich, daß die Fünf angesichts ihrer öffentlichen Erklärungen Frankreich so ohne weiteres folgen würden, „aber sie werden mit Sicherheit unter schweren Druck geraten". Heath' Empfehlung war klar: „Wir müssen alles tun, um sie in ihrer Haltung zu stärken. Obwohl unser Ziel sein muß, die Fünf davon zu überzeugen, daß sie geschlossen gegen die französische Schocktaktik auftreten müssen, genügt es, wenn einer oder zwei gegen Frankreich auftreten. Spaak, Schröder und Fanfani sind die entscheidenden Leute."

In Bonn sollte Steel Schröder über die Lage aufklären und sicherstellen, daß die deutsche Delegation in Brüssel nicht nachgeben würde, in Washington sollte Botschafter David Ormsby-Gore die amerikanische Regierung informieren und dafür sorgen, daß der italienische Ministerpräsident Amintore Fanfani – der auf Staatsbesuch in Washington war – der italienischen Delegation in Brüssel entsprechende Instruktionen geben würde.

Für Heath war klar, daß, falls alle Fünf geschlossen „oder nur zwei oder drei von ihnen" den Franzosen Widerstand leisten würden, die Franzosen sich entweder von den Verhandlungen zurückziehen oder sie zumindest als ausgesetzt betrachten würden, während die Fünf dann über die entstandene schwierige Situation nachdenken müßten. „Aber", so Heath abschließend, „das ist ein Risiko, das wir akzeptieren müssen."[53]

---

[52] „Secret. M. Couve's Activities Last Week." Aufzeichnung J. A. Robinson, UK-Delegation in Brüssel, 21. 1. 1963, in: PRO, FO 371/171446/M 1092/76.

[53] Emergency, Secret. Heath (Brüssel) an FO, 17. 1. 1963, 2.37 Uhr, in: PRO, FO 371/171444/M 1092/27.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Heath' Telegramm wurde in London am 17. Januar um 2.50 Uhr empfangen; um 11.00 Uhr kam das britische Kabinett zu einer Sondersitzung zusammen. Macmillan erläuterte, es müsse darum gehen, die Verhandlungen fortzusetzen und die Fünf in ihrer Unterstützung der Briten zu „vereinen", wobei nicht sicher sei, ob sie den französischen Druck aushalten würden; die Haltung der Bonner Regierung sei daher von „critical importance". Das Kabinett billigte diese Linie; in der Diskussion wurde es allerdings als „unklug" bezeichnet, die Unterstützung der USA in dem Sinne zu suchen, daß Washington Druck auf Bonn ausüben solle. Ein solcher Versuch würde nur den Bonner Verdacht im Sinne der französischen Unterstellungen verstärken, daß nämlich Großbritannien gemeinsam mit den USA Europa beherrschen wolle[54]. Um die Unterstützung der Fünf weiter sicherzustellen, wurde es jetzt für notwendig gehalten, in den noch ausstehenden Fragen „größeres Entgegenkommen zu zeigen".

Auch wenn Macmillan im Kabinett den Eindruck erweckt hatte, daß noch nichts verloren sei, darf bezweifelt werden, ob dem tatsächlich so war. Im Foreign Office jedenfalls sah man die Dinge offensichtlich schon anders. Das wird erkennbar in einem ergänzenden Telegramm an Heath, in dem es schon um die Zeit nach dem Scheitern ging. Das Thema war de Gaulles Alternativvorschlag zur Vollmitgliedschaft, nämlich Assoziierung – was auch immer das konkret hieß –, und der von den Fünf bereits abgelehnt worden war. Heath wurde angewiesen, daß, sollte, wie erwartet, dieser Vorschlag von der französischen Delegation eingebracht werden, er dies ebenfalls mit Hinweis auf Großbritanniens Antrag auf Vollmitgliedschaft glatt ablehnen solle. Bevor die EWG diesen Antrag nicht definitiv abgelehnt habe, könne von der britischen Regierung nicht erwartet werden, über Vorschläge unterhalb der Vollmitgliedschaft nachzudenken. Bei einem Scheitern der Gespräche „müssen es die Sechs sein, die die Verhandlungen beenden". Und dann kam das große „Aber", das zeigte, daß Couve nicht so völlig falsch lag mit seiner Analyse. Sollten die Verhandlungen nämlich scheitern, so hieß es, wolle man aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht, daß die Möglichkeit einer Assoziierung gänzlich blockiert werde[55]. Daß dies ein gewagtes Spiel war, war auch dem Foreign Office klar. Sämtliche Spekulationen zu diesem Thema sollten denn auch sofort zurückgewiesen werden; allein schon der Verdacht, daß dies die britische Position sein könnte, sei „außerordentlich gefährlich"[56]. Heath sah das ähnlich. Unabhängig von den offensichtlichen Nachteilen einer Assoziierung befürchtete er, daß Verhandlungen darüber von den Franzosen unend-

[54] „Secret. Conclusions of a Meeting of the Cabinet, C.C. (63), 4th Conclusions", 17.1. 1963, in: PRO, CAB 128/37. Vgl. auch „Secret. President de Gaulle's Press Conference". Aufzeichnung F.G.K. Gallagher (FO), „Short analysis of the consequences of President de Gaulle's press conference for the Brussels negotiations", 16.1. 1963 (vier Seiten), um die Macmillan und Home u.a. für diese Kabinettssitzung gebeten hatten. Die Aufzeichnung im Foreign Office war mit dem Central Department und dem Western Organisations and Planning Department abgestimmt worden, in: PRO, FO 371/171446/M 1092/61.

[55] Immediate, Secret. FO an Heath (Brüssel), 17.1. 1963, 15.30 Uhr, in: PRO, FO 371/171444/M 1092/26.

[56] Immediate, Secret. FO an UK-Botschaft Washington, 17.1. 1963, in: Ebenda, M 1092/27.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich in die Länge gezogen werden könnten. Am 18. Januar konnte er zumindest in diesem Punkt Entwarnung geben. Couve hatte die Assoziierung als Möglichkeit angedeutet; die Fünf hatten das abgelehnt; Heath hielt es danach für „unwahrscheinlich", daß die Sechs ein entsprechendes Angebot machen würden[57].

Inzwischen suchte die britische Botschaft in Paris nach Erklärungen für die kompromißlose Haltung de Gaulles. In einer Analyse vom 17. versuchte man, dessen Überlegungen nachzuvollziehen: Demzufolge schade ein Beitritt Großbritanniens zur EWG der französischen Europapolitik; er werde unweigerlich dazu führen, daß die USA Europa beherrschen und Frankreich seinen Einfluß verlieren werde. Die Fünf müßten, wenn sie das nicht sähen, durch eine Schocktherapie zur Vernunft gebracht werden; sie seien sämtlich so schwach, daß sie das akzeptieren würden. Falls aber nicht, so wolle de Gaulle lieber keine EWG als eine Gemeinschaft, die von den USA abhängig sei und beherrscht werde. „Man muß sich im klaren darüber sein", so Sir Arthur Rumbold aus Paris, „daß sich der General zuständig für Europa hält; er glaubt, daß sein Urteil, ob Großbritannien europäisch genug ist oder nicht, unumstößlich ist und akzeptiert werden muß." Auch wenn jemand den Eindruck gewinnen könnte, daß de Gaulles Denken eher das Ergebnis eines Samsonschen Reflexes sei; für den General sei alles in bester Ordnung, solange der Gang der Dinge mit seinen Ideen übereinstimme[58]. Dies war noch eine der freundlichsten Analysen. Als die Verhandlungen Ende des Monats tatsächlich gescheitert waren und es um die Beantwortung der Frage „Why did he do it?" ging, faßte Sir Pierson Dixon, der britische Botschafter in Paris und wahrscheinlich kein Freund de Gaulles, seine Meinung über den General einmal wie folgt zusammen: „Er ist ein Egozentriker und ein intellektueller Nihilist."[59]

Der 17. und 18. Januar 1963 wurden zu „schweren und desillusionierenden" Tagen, wie es Außenminister Schaus (der als Ratsvorsitzender die Sitzung leitete) am Morgen des 19. gegenüber den Briten formulierte; aber, so ergänzte er, „es hat keinen Augenblick gegeben, wo die Fünf nicht zusammengehalten haben". Für Außenminister Luns war es jedenfalls die schlimmste Sitzung, die er je erlebt hatte. Im „Zirkus von Brüssel", wie er einem Mitglied der britischen Botschaft anvertraute, wurde 13 1/2 Stunden lang leidenschaftlich gestritten – gegen die französische Politik, repräsentiert durch Couve. Endlich war die Gelegenheit gekommen, es de Gaulle heimzuzahlen. Der ganze Ärger der vergangenen Tage richtete sich gegen Couve, der am Ende denn auch nicht gerade glücklich aussah. Spaak und Schaus machten klar, daß die französische Position unannehmbar sei; falls Frankreich auf seiner Haltung bestehe, werde dies weniger zu einer Krise zwischen Großbritannien und den Sechs als vielmehr innerhalb der Sechs führen. Dem italienischen Außenminister Piccioni ging immer wieder das Temperament durch: Er schlug mit den Fäusten auf den Tisch. Luns war außer sich; es sei „unerhört" von Frankreich, die anderen Fünf so zu ignorieren,

[57] Immediate, Secret. Heath (Brüssel) an FO, 18. 1. 1963, in: Ebenda, M 1092/27.
[58] Immediate, Secret. Rumbold (Paris) an FO, 17. 1. 1963, in: Ebenda, M 1092/34.
[59] Dixon (Paris) an Viscount Hood (FO), 8. 5. 1963, in: PRO, FO 371/169108/CF 1015/16.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie das de Gaulle getan habe. Während der ganzen Verhandlungen seien es immer die Franzosen gewesen, die auf Einstimmigkeit bestanden hätten, selbst bei so trivialen Dingen wie Känguruhfleisch aus Australien; und jetzt das: Nicht einmal die Russen würden ihre Satelliten so schlecht behandeln wie de Gaulle die Fünf. Couve blieb ungerührt. Erst als Spaak und Luns schwerstes Geschütz auffuhren und drohten, das Assoziationsabkommen mit den 18 afrikanischen Staaten (von denen die meisten der Communauté Française angehörten) nicht zu ratifizieren, Sonderkonditionen für Algerien abzulehnen und bei der Agrarfinanzierung (an der Frankreich am meisten interessiert war) Schwierigkeiten zu machen, stimmte er einer Vertagung der Sitzung auf den 28. Januar zu. Als Luns ergänzend damit drohte, daß er das entsprechende Kommuniqué nicht unterzeichnen werde, wenn nicht vorher die Briten informiert würden, stimmte er ebenfalls zu[60].

De Gaulles erklärtes Ziel war es gewesen, daß die Verhandlungen am 18. Januar beendet werden sollten. Der Adenauer-Besuch sollte damit nicht mehr belastet werden. Angesichts des geschlossenen Widerstands der Fünf hatte Couve diesen Auftrag nicht erfüllen können – wofür er von de Gaulle denn auch heftige Kritik einstecken mußte, wie die Briten in Paris in Erfahrung brachten[61].

6. Die Entwicklung bis zur Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages

Mehr als eine Atempause hatte man in Brüssel trotz allem nicht gewonnen. Couve und Dixon fuhren beide noch am Abend des 18. Januar mit dem Zug nach Paris zurück. Im Hauptbahnhof von Brüssel trafen sie zufällig zusammen. Couve stimmte einem Gespräch am nächsten Tag zu (das Gespräch war als „streng geheim" klassifiziert und im Quai d'Orsay nicht bekannt; auch de Gaulle erfuhr nichts davon). Dixon trug alle Argumente noch einmal in aller Offenheit vor und wies dabei insbesondere auf Couves Aussage vom 11. Januar hin. Dann wollte er etwas über de Gaulles wahre Gründe wissen. Couve sprach von psychologischen Wirkungen, die Rambouillet auf de Gaulle gehabt habe etc. (An dieser Stelle notierte Dixon sarkastisch: „I thought it would be going a little far to suggest that the General should see a psychiatrist".) Auf die Frage von Dixon, ob noch Aussicht auf eine Änderung der französischen Haltung bestünde, schüttelte Couve nur den Kopf[62]. Allgemein herrschte Pessimismus für den 28. Januar vor.

Die zehn Tage bis dahin gehören zu den spannendsten der ganzen Beitrittsverhandlungen. Die entscheidende Frage war, ob de Gaulle umgestimmt werden konnte,

[60] Priority, Secret. Aldington (Brüssel) an FO, 19.1.1963, in: PRO, FO 371/171445/M 1092/42; Bericht Noble (UK-Botschaft Den Haag) an FO, 22.1.1963, in: PRO, FO 371/171448/M 1092/104; Bericht Heath im Kabinett am 22.1.1963 (wie Anm. 76). Vgl. auch Lahr, Zeuge, S. 372.

[61] Emergency, Confidential. Dixon (Paris) an FO, 25.1.1963, in: PRO, FO 371/171447/M 1092/83.

[62] Immediate, Secret. Dixon (Paris) an FO, 19.1.1963, in: PRO, FO 371/171446/M 1092/67.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und wenn ja, von wem und mit welchen Argumenten? Wollte de Gaulle die Briten lediglich zum Nachgeben in allen noch offenen Fragen zwingen und sie veranlassen, direkten Kontakt mit der französischen Regierung aufzunehmen[63]? Dieser letztere Punkt wurde im Foreign Office erörtert und als „erniedrigend" für London abgelehnt. Gab es vielleicht noch eine andere Alternative, nämlich Frankreich so zu isolieren, daß man *mit* den Fünf und ohne Frankreich eine neue EWG aufbauen könnte? Mehr als je zuvor fiel Bonn jetzt eine Schlüsselrolle zu. Wieweit konnte auf Adenauer Druck ausgeübt werden?

Am Nachmittag des 18. Januar wurde Steel von Adenauer zu dem erwähnten Gespräch empfangen. Steel versuchte, den Kanzler vom Ernst der Lage zu überzeugen, auch wenn das kaum noch nötig war. Er trug sämtliche Argumente – politische, wirtschaftliche und militärische – vor, um dann gleich zweimal zu sagen, daß alle Hoffnungen auf Adenauer ruhten und der Kanzler de Gaulle zu einer Änderung seiner Haltung überreden könne. Als Steel auf eine entsprechende Frage Adenauers mitteilte, daß am 28. Januar in Brüssel weiterverhandelt würde, wurde das vom Kanzler positiv registriert: die Verhandlungen dürften unter keinen Umständen abgebrochen werden; er wolle sein Bestes tun. Steel hatte den Eindruck, als ob Adenauer außerordentlich niedergeschlagen und gezeichnet war von dem geschlossenen Druck, dem er von seinen Kollegen ausgesetzt war, so daß er ihm fast leid tat[64].

In London hatte man allerdings kein Mitleid mit Adenauer. Es sei wichtig, so lautete die Antwort auf Steels Telegramm, daß die Fünf weiter Druck auf Frankreich ausübten, und um sie zu unterstützen, müsse in der Bundesrepublik der Druck auf Adenauer verstärkt werden, „so daß er in den Gesprächen mit de Gaulle unseren EWG-Ausschluß nicht akzeptiert" und ihm klar werde, falls er es doch tue, „daß es in Deutschland einen politischen Aufruhr erster Ordnung gibt". Steel sollte in diesem Sinne Kontakt mit Erhard aufnehmen und die CDU und die anderen Parteien dazu bringen, Adenauer unmißverständlich klarzumachen, daß eine Fortsetzung der Koalition unter seiner Führung unmöglich sei, „if he sells out to the French"[65].

Botschafter Dixon versuchte unterdessen, das mögliche Szenario des anstehenden Adenauer-Besuches zu analysieren. De Gaulles Intentionen schienen demnach klar: Adenauer sollte dazu gebracht werden, 1. sich in der Beitrittsfrage Großbritanniens Frankreich anzuschließen, und 2. die Zusammenarbeit beim Aufbau der multilateralen Atomstreitmacht aufzukündigen und die französische Position zu übernehmen, daß Westeuropa den Schutz der USA nicht länger brauche. Um das zu erreichen, würde de Gaulle alles tun, um Adenauer zu beeindrucken, die Amerikaner so schlecht wie möglich darstellen, daß sie Westeuropa durch wirtschaftliche Penetration und militärische Integration der Europäer in der NATO übernehmen wollten. Adenauer würde er Angst einjagen wollen mit Geschichten über die Unzuverlässig-

[63] Immediate, Secret. Foreign Office an UK-Botschaft Paris, 19.1. 1963, in: PRO, FO 371/171444/M 1092/43.

[64] Emergency, Secret. Steel (Bonn) an FO, 18.1. 1963, in: Ebenda, M 1092/40.

[65] Emergency, Secret. Foreign Office an Steel (Bonn), 19.1. 1963, in: Ebenda, M 1092/43.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit der Amerikaner und dem Hinweis auf die Gefahr, daß sie mit den Russen auf Kosten der Europäer ein Geschäft machen würden. Dem stünde die Attraktivität seines Planes gegenüber: ein direktes Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland auf der einen und Rußland auf der anderen Seite. Wenn die Amerikaner erst einmal Europa verlassen hätten und angesichts des chinesischen Drucks auf Rußland, könnte man mit den Russen ein Geschäft machen, das die Wiedervereinigung bringen würde. Dies sei Adenauers große und letzte Chance, als *der* Mann in die Geschichte einzugehen, der weitsichtig genug gewesen sei, um zu erkennen, wo Deutschlands wahre Interessen lägen. Um den deutschen Ängsten vor den Russen entgegenzuwirken, würde de Gaulle wahrscheinlich eine deutsch-französische Union vorschlagen, ähnlich dem, was Churchill Frankreich 1940 angeboten hatte. Er würde allerdings wohl keine Zusammenarbeit im nuklearen Bereich vorschlagen, weil Adenauer das wahrscheinlich akzeptieren würde.

„Mit größtem Nachdruck" machte Dixon klar, daß es seiner Meinung nach in den nächsten Tagen nicht nur um die Brüsseler Verhandlungen und die Beziehungen Großbritanniens zur EWG, sondern um die Zukunft der Allianz und die Beziehungen des Westens mit Rußland gehe: de Gaulle habe der ganzen Sache eine neue Dimension gegeben[66].

Wie würde sich de Gaulle beeinflussen lassen? Man konnte dem französischen Botschafter in London die Lage erklären, in der Hoffnung, daß de Gaulle das entsprechende Telegramm lesen würde. Darüber hinaus aber fiel Dixon nichts mehr ein. Um die Isolation, in die Frankreich geraten war, deutlich zu machen und zu verstärken, konnte man in der NATO den französischen Vertreter zu einer Stellungnahme zum Abkommen von Nassau zwingen – und natürlich weiter Druck auf die Deutschen ausüben, wobei Dixon hier mit Steel übereinstimmte, daß es kontraproduktiv sein würde, wenn man die Sache übertrieb.

Es blieb die Krise zwischen den Fünf und Frankreich. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt war es zwar unmöglich zu sagen, wie weit diese Krise gehen würde, aber hier konnten sich aus der Sicht Dixons ganz neue Perspektiven ergeben. Er hielt es zwar für nicht wahrscheinlich, aber auch nicht für unvorstellbar, daß die Krise so weit gehen könnte, daß de Gaulle im Zorn Frankreichs EWG-Mitgliedschaft kündigen oder die Fünf sich weigern könnten, die EWG mit de Gaulle weiterzuführen. „Das", so Dixon, „wäre für uns ideal (was allerdings niemand erfahren darf)." Dann könnte man darangehen, eine neue EWG zu schaffen, mit den Fünf, Großbritannien, Dänemark und Norwegen; die übrigen EFTA-Staaten könnten assoziiert werden „along the lines acceptable to ourselves". Das Ziel sollte jedenfalls sein, das Gespräch mit den Fünf aufrechtzuerhalten, „solange sie dazu bereit sind"[67].

In Bonn wurde die Situation für Adenauer inzwischen immer schwieriger. Die Vorsitzenden der Parteien hatten ihm klargemacht, daß, falls er den deutsch-französischen Vertrag unterzeichne, ohne eine Gegenleistung für Brüssel zu erhalten, der

[66] Emergency, Secret. Dixon (Paris) an FO, 20.1. 1963, in: PRO, FO 371/171445/M 1092/45.
[67] Emergency, Top Secret. Dixon (Paris) an FO, 20.1. 1963, in: PRO, FO 371/171446/M 1092/68.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bundestag ihm nach seiner Rückkehr das Vertrauen entziehen werde; an eine Ratifizierung des Vertrages wäre dann nicht zu denken.

Für Steel gab es überhaupt nur ein einziges Argument, das de Gaulle zum Einlenken bringen konnte, nämlich die Angst, daß, würde er die Verhandlungen abbrechen, dies den Sturz Adenauers und damit das Ende jeglichen Einflusses de Gaulles auf Deutschland bedeuten würde. Steel hatte allerdings Zweifel, ob der Bundestag genug moralische Kraft aufbringen könnte, um hart zu bleiben, denn „in der deutschen Geschichte gibt es nicht gerade viele Beispiele dieser Art von Standhaftigkeit". Zur Zeit sei jedenfalls nur eines klar: „Vor dem 28. Januar muß etwas Entscheidendes geschehen."[68]

In einem dritten Telegramm vom selben Tag kommentierte Steel die Analyse Dixons[69]. Er warnte davor, die Zustimmung, auf die die deutsch-französische Aussöhnung in der Bundesrepublik stoße, zu unterschätzen. Von den sechs EWG-Ländern befinde sich die Bundesrepublik daher in dem größten Dilemma. Neben der atlantischen Allianz sei das Ziel der deutschen Politik seit Jahren die europäische Integration und die Aussöhnung mit Frankreich gewesen, und „wir können nicht erwarten, daß die Deutschen das jetzt nur wegen der Briten so einfach über Bord werfen". Bonn werde versuchen, von beidem notfalls so viel wie möglich zu retten, auch wenn damit die Idee eines EWG-Beitritts Großbritanniens in naher Zukunft aufgegeben werden müsse[70]. Die Anti-de Gaulle-Stimmung solle weiter ausgenutzt, allerdings um jeden Preis vermieden werden, die Deutschen vor die unerträgliche Wahl zwischen EWG und Großbritannien zu stellen. Steel stimmte Dixon zu, daß die Verhandlungen mit den Fünf so lange wie nur eben möglich weitergeführt werden sollten, um Zeit zu gewinnen und einen endgültigen Bruch zu verhindern. Würde Adenauer bei de Gaulle nichts erreichen, dann müsse man die Deutschen dazu bewegen, daß sie auch ohne Frankreich weiterverhandelten.

Was die Furcht vor einem Abdriften der deutschen Politik nach Osten betraf, so war Steel weniger pessimistisch. Bei Adenauer hielt er es zwar für möglich, daß der Kanzler von de Gaulles hochtrabenden Phantastereien durcheinandergebracht und „eingelullt" werden könne; ein deutsch-französisches Zusammengehen mit der Sowjetunion schloß Steel allerdings aus. Er glaubte auch nicht, daß solche Vorstellungen in der Bundesrepublik oder bei den westdeutschen Politikern auf große Resonanz stoßen würden, aber, „so wie die Deutschen nun einmal sind, ein starker Führer kann sie möglicherweise in Richtung Osten bringen, wenn das Angebot verlockend genug ist". Adenauer habe diese Stärke allerdings bei weitem nicht mehr, und die Deutschen hätten sich so an die Kooperation mit den Amerikanern gewöhnt, daß

[68] Immediate, Secret. Steel (Bonn) an FO, Tel. No. 76, 21.1. 1963, in: PRO, FO 371/171445/M 1092/47; vgl. auch Tel. No. 79, Priority, Confidential. Steel (Bonn) an FO, 21.1. 1963, in: Ebenda, M 1092/53.

[69] Vgl. Anm. 67.

[70] Mit dieser Annahme lag Steel in der Tat richtig. Vgl. die im Auswärtigen Amt angestellten Überlegungen bei Hölscher, Krisenmanagement, S. 17ff.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie sich weigern würden, diese aufzugeben, um mit dem „Erzfeind" zusammenzugehen. „Unter diesen Umständen", so Steel, „glaube ich nicht, daß wir uns zu viele Gedanken darüber machen müssen, welche Auswirkung de Gaulles langfristige Ideen auf die Deutschen (mit Ausnahme Adenauers) haben werden." Aus taktischen Gründen hielt er es dennoch für sinnvoll, diese Dinge weiter zu verfolgen, um nämlich 1. die Stimmung der Deutschen gegen diese Pläne noch zu verstärken und 2. zu zeigen, wie sinnlos es sei, sich auf de Gaulle zu verlassen[71].

In Bonn glaubte wohl niemand so recht daran, daß Adenauer de Gaulle zu einer Meinungsänderung bewegen könnte – oder wirklich wollte, zumal der General noch vor Adenauers Abflug diesem klargemacht hatte, daß ein Beitritt Großbritanniens zur Zeit nicht möglich sei[72].

Adenauer kam jedenfalls in ziemlich schlechter Stimmung in Paris an. Seine Stimmung wurde nicht gerade besser, als Jean Monnet, der alte Kämpfer für die europäische Einheit, einen „taktischen Fehler" machte, wie Walter Hallstein, der Präsident der EWG-Kommission, später dem Leiter der britischen Verhandlungsdelegation in Brüssel mitteilte. Monnet war auf Adenauer zugegangen und hatte ihn direkt für ein Nachgeben de Gaulles verantwortlich gemacht. Adenauer wurde „wütend" und stellte klar, daß er nach Paris gekommen sei, um den deutsch-französischen Vertrag zu unterschreiben, für den er seit Jahren gearbeitet habe und den er als den „krönenden Abschluß" seiner politischen Arbeit betrachte. Die ganze Entwicklung in Brüssel sei etwas völlig Neues und eine unvorhersehbare Krise; er weigere sich, damit in Verbindung gebracht zu werden[73].

De Gaulle konnte wohl zu Recht davon ausgehen, daß niemand in Bonn es wegen eines britischen EWG-Beitrittes auf einen Bruch mit Paris ankommen lassen würde. Genauso verliefen denn auch die Gespräche zu diesem Thema. Adenauer bemühte sich mehr schlecht als recht, den General umzustimmen; Schröder tat dies zwar mit größerem Nachdruck, letztlich aber auch ohne Erfolg[74]. Am Nein de Gaulles konnte nach diesen Gesprächen kein Zweifel mehr bestehen, auch wenn Adenauer nach seiner Rückkehr in Bonn versuchte, einen anderen Eindruck zu erwecken. Da war viel die Rede davon, daß Zeit gewonnen werden müsse und die EWG-Kommission beauftragt werden sollte, zunächst einmal eine Bilanz zu erstellen. Schröder hatte gegenüber de Gaulle diesen Vorschlag gemacht – allerdings mit der Ergänzung, die Kommission sollte auch Lösungsvorschläge unterbreiten. Der General hatte mit Desinteresse reagiert und lediglich festgestellt, die Kommission habe „schon so oft Bilanzen erstellt"[75].

---

[71] Priority, Secret. Steel (Bonn) an FO, 21.1. 1963, in: PRO, FO 371/171445/M 1092/59.

[72] Vgl. Hölscher, Krisenmanagement, S. 19f.

[73] Immediate, Secret. A. Tandy (Brüssel) an FO, 22.1. 1963, in: PRO, FO 371/171446/M 1092/62. Zu dem Treffen am Abend des 20.1. 1963 vgl. Schwarz, Staatsmann, S. 820; Osterheld, Kanzlerjahre, S. 188; Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuches 1949 bis 1979, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980, S. 437.

[74] Vgl. dazu Hölscher, Krisenmanagement, S. 20f., sowie AAPD 1963, I, Dok. 39, 43 u. 44.

[75] Ebenda, Dok. 39, S. 130.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

7. Pessimismus in London

Am 22. Januar zog das britische Kabinett eine erste Bilanz. Es war eine bittere und ernüchternde Bilanz. Heath gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung, beginnend mit der Erklärung, die ihm Couve de Murville am 11. Januar gegeben hatte. Es gab seiner Meinung nach jetzt vier mögliche Entwicklungen, von denen er die erste sogleich als eher unwahrscheinlich ausschloß, daß nämlich Adenauer de Gaulles Haltung ändern könnte. Wenn sich zweitens die Franzosen weigern sollten, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen, dann sei es in jedem Fall wichtig, die Fünf von einer offiziellen Erklärung abzuhalten, die so interpretiert werden könnte, als ob alle Sechs und nicht Frankreich allein die Gespräche beendet hätten. Die Fünf könnten drittens die Gespräche allein fortsetzen. Heath hielt das nicht für sehr realistisch, da letztlich mit einem französischen Veto zu rechnen sei; sinnvoll sei dieser Weg nur, wenn die Fünf in letzter Konsequenz die Römischen Verträge aufkündigen und eine neue EWG ohne Frankreich, aber mit Großbritannien bilden würden. Viertens gab es die Assoziierung, die Heath jetzt ablehnte; würde man zustimmen, würden nur die früheren Verdächtigungen bestärkt, daß man es nicht wirklich ernst mit Europa meine und nur den eigenen wirtschaftlichen Vorteil suche. Außerdem habe man dann keinerlei Möglichkeit, die Politik der Gemeinschaft zu beeinflussen. Angesichts dieser Überlegungen schlug er vor, die Verbindung mit den Fünf soweit wie möglich aufrechtzuerhalten; es sei allerdings zweifelhaft, ob diese sich gegen de Gaulle durchsetzen könnten.

Die anschließende Diskussion zeigte, daß niemand wirklich an einen Erfolg der Verhandlungen glaubte. General de Gaulles Ziel sei es, Europa politisch zu beherrschen; davon werde er sich von keinem der übrigen EWG-Mitglieder abbringen lassen. Es sei daher zweifelhaft, ob eine Fortsetzung der Verhandlungen nur mit den Fünf Sinn mache: Zwar habe die „diktatorische" Haltung de Gaulles die Fünf schwer getroffen, aber ihr Eigeninteresse würde sie daran hindern, eine neue EWG ohne Frankreich aufzubauen.

Langfristig sollte es daher für die britische Politik darum gehen, an dem Ziel einer EWG-Mitgliedschaft festzuhalten und keine grundsätzliche Kursänderung vorzunehmen, die den echten Willen der britischen Regierung auf Mitgliedschaft in Zweifel ziehen konnte. Ansonsten wollte man jetzt die eigene Wirtschaft stärken – in Verbindung mit den Partnern in NATO und EFTA. Das alles konnte nicht darüber hinwegtäuschen – und ein Kabinettsmitglied sagte das auch –, daß der Ausschluß von der EWG ein „diplomatischer Rückschlag" war. Macmillan faßte die Diskussion zusammen und stellte noch klarer fest, worum es sich handelte: um einen „schweren Rückschlag für diese Regierung". Verantwortlich dafür war de Gaulle; eine EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens sei aus dessen Sicht unvereinbar mit dem Ziel, gemeinsam mit den Deutschen – und unter Ausschluß der Anglo-Amerikaner – Europa zu beherrschen. Als Devise gab er aus, daß sich Großbritannien nunmehr um seine eigenen Interessen kümmern müsse, allerdings nichts tun solle, was als Versuch gesehen werden konnte, die EWG zu zerstören: Denn „jeder soll sehen, daß für das

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Scheitern der Verhandlungen und für den Schaden, der Europa daraus erwachsen kann, allein die französische Regierung verantwortlich ist"[76].

Damit schien alles klar, aber nur drei Tage später rief Macmillan sein Kabinett zu einer weiteren Sondersitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: „Europa: EWG-Verhandlungen". Was war geschehen? Noch während des Adenauer-Besuches in Paris und dann danach kamen aus den verschiedenen europäischen Hauptstädten die unterschiedlichsten Signale, die darauf hinzudeuten schienen, daß de Gaulle am 28. entweder einlenken würde und dabei gleichzeitig die besten Bedingungen für Frankreich herausholen wollte – oder für den Abbruch der Verhandlungen die anderen Partner bzw. Großbritannien verantwortlich machen wollte. Während der französische Botschafter in Brüssel noch am 22. Januar seinem britischen Kollegen J. Nicholls zu verstehen gab, daß ein Abbruch „unvermeidlich"[77] sei, erklärte der französische Informationsminister Peyrefitte am 24. Januar nach einer Sitzung des Ministerrates, daß zwischen de Gaulle und Adenauer „völlige Übereinstimmung" über das Vorgehen am 28. Januar in Brüssel herrsche: Frankreich sei bereit, die dort von der deutschen Delegation vorgelegten Vorschläge zu prüfen. Falls Großbritannien bereit sei, die Römischen Verträge ohne Wenn und Aber zu unterschreiben, sei Frankreich darüber „hocherfreut". Allerdings sei Großbritannien im Moment offensichtlich noch nicht bereit, sich hundertprozentig für Europa zu entscheiden, aber „wir werden uns darüber freuen, wenn es soweit ist"[78]. Gleichzeitig ließ die deutsche Botschaft in Paris am 23. Januar gegenüber der Presse verlauten, daß es „mit Sicherheit" zu keinem Abbruch der Verhandlungen in Brüssel kommen werde[79]. Die dortige holländische Botschaft hatte von „hochrangigen" Beamten des Quai d'Orsay erfahren, sie seien „sicher", daß Frankreich die Tür in Brüssel nicht zuschlagen werde, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden würden (38 Punkte seien noch zu klären), daß der französische Agrarminister Pisani der unglücklichste Minister in Paris sei, nachdem er erkannt habe, was für Frankreichs Agrarwirtschaft auf dem Spiel stehe, und daß Schröder ein „ziemlich hartes" Gespräch mit Couve de Murville geführt habe[80]. Und in Rom teilte der französische Botschafter Armand Bérard seinem britischen Kollegen am 24. Januar 1963 vertraulich mit, daß de Gaulle offensichtlich die Kompromißformel von EWG-Präsident Hallstein akzeptiert habe, die Verhandlungen nach dem 28. Januar für unbestimmte Dauer fortzusetzen. Da die Deutschen aus offensichtlichen Gründen keinen Druck auf Paris ausüben könnten, die Holländer und Belgier keinen Einfluß hätten (Spaak sei „the bête noire" in Paris), könnten jetzt die Italiener eine Vermittlerrolle übernehmen[81].

---

[76] „Secret. Conclusions of a Meeting of the Cabinet, C.C. (63), 5th Conclusions", 22.1.1963, in: PRO, CAB 128/37.

[77] Priority. Nicholls (Brüssel) an FO, 22.1.1963, in: PRO, FO 371/171445/M 1092/79.

[78] Immediate. Dixon (Paris) an FO, 24.1.1963, in: PRO, FO 371/171447/M 1092/81.

[79] Emergency, Secret. Dixon (Paris) an FO, 23.1.1963, in: PRO, FO 371/171446/M 1092/83.

[80] Immediate, Secret. Hainworth (Brüssel) an FO, 25.1.1963, in: PRO, FO 371/171447/M 1092/84.

[81] Immediate, Confidential. J. Ward (Rom) an FO, 24.1.1963, in: PRO, FO 371/171446/M 1092/79. Ward und Bérard kannten sich aus den Zeiten der Alliierten Hohen Kommission in Bonn.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alles drehte sich offensichtlich um den von den Deutschen eingebrachten Vorschlag, die Kommission am 28. Januar damit zu beauftragen, erstens eine Bilanz über die bisherigen Verhandlungen zu erstellen und zweitens – und das war für die Briten und die Fünf entscheidend – Lösungsvorschläge für die noch offenen Fragen zu machen.

Als der deutsche Botschafter in London, Hasso von Etzdorf, am 23. Januar Heath über die Gespräche zwischen Adenauer und de Gaulle informierte, stellte Heath denn auch „direkt" die Frage nach den Lösungsvorschlägen. Etzdorfs Antwort war klar: Die Aufgabe der Kommission sei es auch, solche Vorschläge zu erarbeiten. Heath sah keine Probleme, eine Bilanz zu erstellen; das könnte schnell gemacht werden, sei aber nur sinnvoll, wenn die Franzosen bereit seien weiterzuverhandeln oder wenn ihnen das helfen würde, ihre Meinung zu ändern. Eine Assoziierung lehnte er erneut ab. Sollte es zum Bruch kommen, dann werde Großbritannien seine eigenen nationalen Interessen verfolgen; dabei sei es „essential", daß sich die Fünf von diesem Abbruch distanzierten und Frankreich allein die Verantwortung dafür zu übernehmen habe. Sonst würde das Verhältnis Großbritanniens zu ihnen und zur EWG insgesamt „vergiftet". Das gleiche gelte im übrigen für das Verhältnis der europäischen Staaten untereinander und zu den USA[82].

Gab es nach all dem doch noch eine Möglichkeit, den Abbruch der Verhandlungen in Brüssel zu verhindern? Im Kabinett berichtete Heath über den letzten Stand der Dinge, ohne Optimismus zu verbreiten. Es gebe kaum Hinweise auf eine Änderung der französischen Haltung, und es sei auch unklar, ob Frankreich die Sache mit der Bilanz akzeptieren werde. Selbst wenn dies der Fall sei, sei es aus britischer Sicht nicht von Vorteil, wenn man nicht die Zusage erhalte, daß die Franzosen den Bericht akzeptieren und auf dessen Basis mit „gutem Willen" weiterverhandeln würden. Man habe einen „moralischen Vorteil", daß nämlich, falls es zum Abbruch komme, Frankreich allein verantwortlich sei; das dürfe man auf keinen Fall aufs Spiel setzen. Die entscheidende Frage war, was jetzt zu tun war. Heath' Kabinettskollegen waren pessimistisch. Selbst wenn die Franzosen am 28. wirklich bereit seien, die Verhandlungen fortzusetzen, gab es aus ihrer Sicht absolut keine Garantie dafür, daß sie nicht irgendwann wieder neue Argumente gegen einen EWG-Beitritt finden würden. Der entscheidende Punkt sei die langfristige Politik de Gaulles, „und da gibt es keinerlei Hinweis, daß sich seine Haltung geändert hat". Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß er sich dem Druck der Deutschen beugen werde, es sei denn, Bonn werde dies von der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages abhängig machen; aber das sei eher unwahrscheinlich, und im übrigen werde erst im Mai ratifiziert. Im Abbruch der Verhandlungen sah man daher eher einen Vorteil, weil dafür dann die französische Regierung eindeutig verantwortlich war. In jedem Fall hielt man es für „unvereinbar mit der Würde" Großbritanniens und unakzeptabel für das Parlament und

[82] Emergency, Secret. Foreign Office an UK-Delegation in Brüssel, 23.1. 1963, in: PRO, FO 371/171447/M 1092/81. Vgl. auch Etzdorf an Auswärtiges Amt bei Hölscher, Krisenmanagement, S. 24.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die öffentliche Meinung des Landes, die Verhandlungen wiederaufzunehmen, bevor die französische Regierung nicht ihren Widerstand gegen einen EWG-Beitritt aufgegeben hatte.

Das war die eine Meinung. Aber es gab noch eine andere. Mit Blick auf die zukünftigen Beziehungen zu den Fünf durfte man diese nicht einfach im Stich lassen. War es daher nicht doch besser weiterzuverhandeln? Man könnte z.B. vorschlagen, daß die Bilanz erstellt werden sollte, allerdings unter der Bedingung, daß jedes Land erklären sollte, die darin enthaltenen Vorschläge entweder zu diskutieren oder abzulehnen, und daß die französische Regierung sich als erste erklären sollte. Würde sie ja sagen, habe man erreicht, was man wollte, würde sie nein sagen, sei eindeutig de Gaulle verantwortlich für den Abbruch der Verhandlungen.

Was aber, wenn der Bericht – ohne Mitarbeit der Briten – Lösungsvorschläge enthalten würde, die nicht dem britischen Interesse entsprachen und bei dem man nicht klarmachen konnte, daß allein die französische Regierung für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich war? Und was war, wenn diese Lösungsvorschläge in endlosen Verhandlungen diskutiert würden? War es möglicherweise nicht besser, als Bedingung für die Bereitschaft der Briten, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, von der französischen Regierung die Zusicherung zu bekommen, daß diese Verhandlungen in „guter Absicht" zu einem schnellen Ende gebracht würden? Dies müßten allerdings die Fünf übernehmen, damit man am Ende nicht selbst für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gemacht werden konnte. Auf dieser Basis stimmte das Kabinett jetzt zu, daß die Kommission einen Bericht über das bisherige Verhandlungsergebnis mit Lösungsvorschlägen für die noch offenen Fragen erstellen sollte.

Im Anschluß an die Sitzung ergriff noch einmal Macmillan das Wort. Er beschrieb das „Dilemma", in dem man sich befand. Auf der einen Seite konnte man angesichts der kompromißlosen Haltung de Gaulles nicht das Risiko eingehen, neuen und endlosen Verhandlungen zuzustimmen, auf der anderen Seite konnte man aber auch nicht den Abbruch der Verhandlungen riskieren in einer Weise, in der nicht absolut klar war, daß dafür einzig und allein die französische Regierung verantwortlich war. Am besten schien ihm daher, mit Hilfe der Fünf die französische Regierung davon zu überzeugen, daß man ernsthaft ein positives Ergebnis der Verhandlungen wünsche, daß diese Verhandlungen aber von allen Parteien schnell und in „guter Absicht" geführt werden müßten[83].

8. Weiter Druck auf Bonn: Die USA intervenieren

Auch wenn die italienische Regierung ihre Vermittlerdienste angeboten hatte – ohne genau zu sagen, worin diese bestehen sollten –, der Schlüssel für einen Erfolg der Verhandlungen in Brüssel am 28. Januar lag in Bonn. Für die Briten gab es – schein-

[83] „Secret. Conclusion of a Meeting of the Cabinet, C.C. (63), 7th Conclusions", 25.1.1963, in: PRO, CAB 128/37.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bar – noch zwei Trumpfkarten: 1. die Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags und 2. die USA.

Am 23. hatte Dixon es als Ziel der britischen Politik bezeichnet, die Ratifizierung bis zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen in Brüssel hinauszuzögern. Man müsse dabei allerdings „sehr vorsichtig" zu Werke gehen, da es ziemlich „kontraproduktiv" sei, wenn man das sage[84]. Von der britischen Delegation in Brüssel kam am nächsten Tag der ergänzende Vorschlag, ob man nicht „unsere Freunde im Bundestag" dazu bringen könnte, einer Ratifizierung nur zuzustimmen, wenn der deutsch-französische Vertrag eine Zusatzklausel enthalte, daß der Vertrag erst am Tag des britischen EWG-Beitritts in Kraft trete[85].

Steel mußte seine Kollegen enttäuschen. Er glaubte nicht, daß man von den Bundestagsabgeordneten erwarten konnte, daß sie sich in dieser Form festlegen würden, auch wenn sie „mit Sicherheit daran denken". Ollenhauer und Mende hätten sich ihm gegenüber so geäußert, aber man müsse es ihnen überlassen, „diese Waffe in dem ihrer Meinung nach geeigneten Moment einzusetzen"[86].

War man in London bislang der Meinung gewesen, amerikanischer Druck auf Bonn werde eher kontraproduktiv sein, so änderte sich das. Schon am 19. Januar hatte das Foreign Office Steel daran erinnert, engen Kontakt mit Botschafter Walter Dowling zu halten; dessen Unterstützung sei von „unschätzbarem Wert", insbesondere bei den Parteien[87].

In Washington beobachtete man die Entwicklung zwischen Paris und Bonn – oder besser de Gaulle und Adenauer – mit größtem Mißtrauen. Die „Liebesaffäre" der beiden alten Männer konnte gravierende Folgen für die amerikanische Europa- und Deutschlandpolitik haben. Die Frage war, so hatte es Präsidentenberater Walt Rostow am 18. Januar formuliert, ob die USA, „die wegen Deutschland zwei blutige Kriege geführt haben, die Deutschen jetzt politisch an de Gaulle verlieren"[88]. Die Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages wirkte in Washington denn auch wie ein Schock. Die Frage war, wieweit Adenauer bereits ins Fahrwasser de Gaulles geraten war. George Ball sah schon „das Ende der NATO und die Neutralisierung Deutschlands"[89].

Präsident John F. Kennedy und Außenminister Dean Rusk äußerten sich bereits einen Tag nach Unterzeichnung des Vertrages besorgt gegenüber Botschafter Knappstein, der ein Schreiben Adenauers vom 22. Januar an Kennedy überbrachte; Rusk

---

[84] Emergency, Secret. Dixon (Paris) an FO, 23.1. 1963, in: PRO, FO 371/171446/M 1092/70.

[85] Ebenda, M 1092/84, Immediate, Secret. Hainworth (UK-Delegation in Brüssel) an FO, 24.1. 1963.

[86] Ebenda, M 1092/77, Immediate, Secret. Steel (Bonn) an FO, 25.1. 1963.

[87] PRO, FO 371/171444/M 1092/43, Emergency, Secret. Foreign Office an Steel (Bonn), 19.1. 1963.

[88] „Memorandum of Conversation between Michael Cary and Walt Rostow," 18.1. 1963, in: John F. Kennedy Library, Boston, NSC Countries, Box 171–173; auch zit. bei Pascaline Winand, Eisenhower, Kennedy, and the United States of Europe, New York 1993, S. 333.

[89] Ball, Memoirs, S. 271.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wies ergänzend auf die Bedeutung hin, die Washington der Verhinderung eines Abbruches der Verhandlungen in Brüssel beimaß[90].

Adenauer hatte in seinem Brief an Kennedy – mit den Worten Balls – den deutsch-französischen Vertrag „in den höchsten Tönen gelobt" und das Problem des britischen EWG-Beitritts lediglich in einem „völlig unbefriedigenden" letzten Absatz abgehandelt. Nach Aussage des britischen Botschafters in Washington, Ormsby-Gore, war es ein „deprimierendes" Dokument; der „selbstzufriedene" Ton habe den Präsidenten wütend gemacht. Was Brüssel betraf, so hatte Adenauer nicht einmal von Lösungsmöglichkeiten gesprochen. „Halbherziger hätte die Unterstützung für uns nicht ausfallen können", berichtete Ormsby-Gore nach London[91], was dort zu der Schlußfolgerung führte, daß Adenauer ein „Doppelspiel" treibe[92]. Die Amerikaner taten jedenfalls „alles, was sie können, um die Deutschen für den britischen Standpunkt zu gewinnen". Der ganze Zorn Kennedys traf Botschafter Knappstein, der den Brief persönlich überbrachte und dem geradezu die Leviten gelesen wurden. Kennedy gab ihm „a very rough time". Er konnte die Lobpreisungen über den Vertrag kaum verstehen, die deutsch-französische Feindschaft sei schon seit 15 Jahren erledigt, während die kommunistische Bedrohung weltweit andauere und die westliche Allianz offensichtlich zerfalle. In diesem Stil ging es weiter. Der Präsident stellte dann ein paar Fakten über das weltweite militärische Gleichgewicht klar und ergänzte, er gehe davon aus, daß die Bundesrepublik nach wie vor im konventionellen und nuklearen Bereich auf die Unterstützung der USA setze. Knappstein war ziemlich erschüttert, während Kennedy seinem alten Freund Ormsby-Gore anvertraute, er sei so weit gegangen, wie er es für richtig gehalten habe, aber vielleicht sei er doch „etwas zu weit gegangen"[93].

Jedenfalls führte dies dazu, daß sich Staatssekretär Karl Carstens am nächsten Tag bei Botschafter Dowling über den amerikanischen Druck und die Fehlinterpretation der deutschen Absichten beschwerte. Nach Aussage Balls hat Dowling mit allem Nachdruck auf die Bedeutung der Brüsseler Verhandlungen hingewiesen[94]. Noch am selben Abend traf Dowling Adenauer, der offensichtlich in bester Laune war und voller Begeisterung über den deutsch-französischen Vertrag sprach, „ein klares Zeichen dafür, daß de Gaulle ihn erfolgreich gegen den Premierminister und

[90] AAPD 1963, I, Dok. 49 und 50; Schreiben Adenauers ebenda, Dok. 46; s. auch Hölscher, Krisenmanagement, S. 241. Acheson und McCloy hatten bereits vorher interveniert; vgl. Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1994, S. 1198f. Zur Antwort Adenauers an McCloy v. 28.1. 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 59.

[91] Priority, Secret. Ormsby-Gore (Washington) an FO, 28.1. 1963, in: PRO, FO 371/171301/M 1064/17.

[92] Aufzeichnung v. 28.1. 1963, in: Ebenda.

[93] Immediate, Top Secret. Ormsby-Gore (Washington) an FO, 26.1. 1963, in: Ebenda, M 1064/19. Der Bericht Knappstein in: AAPD 1963, I, Dok. 49.

[94] Nach Aussage des deutschen Protokolls soll Dowling eingeräumt haben, daß Washington die Bundesrepublik nicht für ein etwaiges Scheitern der Verhandlungen verantwortlich machen werde, das Scheitern aber die Beziehungen der USA zu Europa in jedem Fall erheblich beeinflussen würde. Vgl. ebenda, Dok. 51; Hölscher, Krisenmanagement, S. 35.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die britischen Absichten in Nassau aufgehetzt hat", wie Ball meinte. Der Kanzler fügte hinzu, daß Hallstein ihm „von der arroganten Art der Briten während der Verhandlungen" berichtet habe. Er gab zu verstehen, daß Großbritannien eines Tages Mitglied der EWG werden solle, es bestehe aber keine Eile; man müsse de Gaulle Zeit lassen, um seine Meinung zu ändern. Dowling sah das anders und machte klar, worum es ging: Für die USA sei die Haltung der Deutschen am 28. Januar der wahre Testfall für die politischen Absichten der Bundesrepublik. Adenauer sagte zu, seinen Einfluß geltend zu machen, sah aber weiter keinen Grund zur Eile[95].

Am 26. wußten die Amerikaner auch nicht mehr, was sie noch tun konnten, um den Briten zu helfen. Nach Meinung Kennedys hatte Adenauer offensichtlich keine Vorstellung von den außerordentlich gefährlichen Konsequenzen, falls de Gaulle der EWG seine Bedingungen diktieren könne. Damit nicht genug: Das eigentliche Problem waren nicht Zeitpunkt und Umstände des britischen EWG-Beitritts, sondern „die Zukunft der NATO". Wenn die Bundesrepublik und die übrigen Europäer zulassen würden, daß de Gaulle die Allianz zerstöre, dann sollten sie sich über die Konsequenzen im klaren sein, die dies für ihr Verhältnis mit den USA und dem Sowjetblock haben würde.

Am 26. Januar entschied Kennedy, mit seinem Brief bis nach dem 28. Januar zu warten. Auf einen Erfolg der Verhandlungen hoffte er nicht mehr; Frankreich werde höchstens einer „bogus face-saving formula" zustimmen. Sollte das in der Tat der Fall sein, dann, so Kennedy, müßten die Amerikaner und Briten ihre Politik „schnell und grundlegend" überdenken. Kennedy weigerte sich, allzu niedergeschlagen zu sein, wie er Ormsby-Gore anvertraute, und äußerte die Hoffnung, daß, falls Großbritannien und die USA zusammenstünden, beide Länder die „vorübergehenden Verwirrungen eines Frankreichs unter der Diktatur de Gaulles überleben können"[96].

Zwei Stunden bevor die Delegationen der sechs EWG-Länder in Brüssel zu ihrer entscheidenden Sitzung zusammentraten, zog Steel in Bonn eine Art Zwischenbilanz. Er bedauerte, daß die Amerikaner nicht schon eher Druck auf Bonn ausgeübt hatten, zumal die amerikanischen Aktionen der letzten Tage erkennbar Wirkung gezeigt hätten. Daran sei nun leider nichts mehr zu ändern, man könne nur hoffen, daß Botschafter Dowling in seinen Bemühungen jetzt nicht nachlasse. Steel ging nicht auf die beginnende Verhandlungsrunde in Brüssel ein; er war schon einen Schritt weiter, nämlich bei der anstehenden Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages. Für ihn war dies der wahre Testfall für die Bonner Politik, der „mit etwas Glück zum Sturz Adenauers führt". Würde der Vertrag ratifiziert, würde das Zustimmung für de Gaulles Politik und eine Abkehr von der Atlantischen Allianz bedeuten. Die Bundestagsabgeordneten könnten die Ratifizierung ablehnen und sich gleichzeitig für die

[95] Immediate, Secret. Ormsby-Gore (Washington) an FO, 25.1. 1963, in: PRO, FO 371/171301/M 1064/15.

[96] Vgl. Anm. 93.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsch-französische Versöhnung aussprechen, ohne sich von den übrigen Alliierten abzuwenden. Das müsse von Anfang an klargestellt werden, da sonst die Taktik des Kanzlers, die beiden Dinge separat zu sehen, gefährlich werden könnte[97].

9. Der Abbruch der Verhandlungen

In Brüssel nahmen die Dinge inzwischen ihren Lauf. Die Delegationen der Sechs trafen am 28. Januar 1963 zweimal zusammen (von 17.00 bis 21.00 und von 22.00 bis 23.30 Uhr). Zu Beginn der Sitzung wurde eine Stunde lang über die Unterschiede von „adjournment", „suspension", „interruption", „break down" etc. diskutiert; dann ging es um den von der Kommission zu erstellenden Bericht über den Stand der Verhandlungen. Couve de Murville wollte einen „umfassenden" Bericht (u.a. Prüfung der langfristigen Auswirkungen bei Neuaufnahme von Großbritannien und anderer Staaten), für den der Kommission sechs oder zwölf Monate Zeit gegeben werden sollte; erst danach sollte entschieden werden. Hallstein sagte, daß die Kommission den Bericht nur erstellen werde, wenn damit die Fortsetzung der Verhandlungen „in good faith" gesichert werde; bei einer „Camouflage des Scheiterns" werde sie nicht mitmachen. Der italienische Außenhandelsminister Colombo machte klar, daß Couves Vorschlag eine politische Sache sei, die die Kommission nicht übernehmen könne; Schröder pflichtete Luns bei, daß Couves Forderung eine „uferlose" Untersuchung nach sich ziehen werde. Um 22.30 Uhr ging man ohne Ergebnis auseinander[98]. Die Sitzung sollte am Mittag des 29. Januar fortgesetzt werden.

In mehreren Telegrammen schilderte Heath die Lage, „die sich stündlich ändert". Heath war in Dauerkontakt mit den Fünf. Die Frage war schon am Vormittag des 29., wie es weitergehen sollte, wie die Briten sich verhalten sollten[99]. Macmillan rief daher für 12.15 Uhr sein Kabinett zu einer weiteren Sondersitzung zusammen. Die

---

[97] Priority, Secret. Steel (Bonn) an FO, 28.1.1963, in: PRO, FO 371/171301/M 1064/19. Der Vertrag wurde am 16.5.1963 ratifiziert, versehen mit einer Präambel, in der festgelegt wurde, wie er angewendet werden sollte, u.a. zur Erhaltung und Festigung der atlantischen Partnerschaft mit der NATO, zur Einigung Europas unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter Staaten und zur weiteren Stärkung der EWG. Abgedruckt in: Europa-Archiv 14 (1963), D 347.

[98] „Report on UK-EEC Negotiations, 29th January 1963. Meeting at British Delegation Offices, Brussels, 29th January, 1963", in: PRO, FO 371/171348/M 10715/2; sowie „Secret. Delegation Minute No.33", in: PRO, FO 371/171419/M 1091/1257; das deutsche Protokoll in: AAPD 1963, I, Dok. 60; s. auch Hölscher, Krisenmanagement, S.26.

[99] Spaak hatte am Vormittag mit Heath gefrühstückt und klargemacht, daß „absolut keine Hoffnung mehr" bestehe, die Franzosen umzustimmen. Es ging dann um die Taktik und um die weitere Zusammenarbeit mit Großbritannien. Für die Fünf war dessen EWG-Beitritt nicht mehr länger das Hauptproblem, sondern „ob sich die Gemeinschaft der Diktatur de Gaulles unterwirft". Bei allem, was man gegen de Gaulle unternehme, war eines auch klar: „The Germans are the key to the problem." „Secret. Note of a Conversation with M.Spaak, Tuesday, 29th January, 1963", in: PRO, FO 371/171448/M 1092/113.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Minister hatten die Telegramme von Heath vor sich, in denen dieser klarmachte, daß Couve den Abbruch der Verhandlungen herbeiführen werde. Heath machte zwei Vorschläge:

1. eine gemeinsame Erklärung mit den Fünf, in der die Verantwortlichkeit für den Abbruch klargestellt werden sollte, und
2. Gespräche mit den Fünf über eine mögliche „neue europäische Initiative", politisch und militärisch, in Verbindung mit der NATO, als „Gegengewicht gegen die Ambitionen der französischen Regierung". Man solle dazu auch de Gaulle einladen, der mit Sicherheit ablehnen werde. Es werde dann zu einem entschlossenen Kampf um die Führungsrolle in Europa kommen; ein solcher Kampf sei in jedem Fall unabwendbar[100].

Macmillan sprach sich für Vorschlag 1 aus, das „sei vorteilhaft für uns". Bei Vorschlag 2 meldete er Bedenken an; ohne die Dinge genau abzuklären, solle man nicht so schnell irgendwelche Verpflichtungen eingehen. Er war für eine Erklärung in dem Sinne, daß man mit den Fünf Beratungen aufnehmen wolle, wie man weiter zusammenarbeiten könne. Die Kabinettskollegen stimmten dem im Prinzip zu, hielten es aber für besser, jeden Hinweis auf irgendwelche Beratungen zu vermeiden. Man sollte eher auf eine gemeinsame Erklärung hinarbeiten, in dem Sinne, daß das Scheitern der Verhandlungen nicht nur die wirtschaftliche Einheit Westeuropas bedrohe, sondern langfristig auch den politischen und militärischen Zusammenhalt, und daß die beteiligten Regierungen den besten Weg für eine enge Zusammenarbeit suchen würden.

Damit verbunden war die nächste Frage: Wie sollte der Abbruch der Beitrittsverhandlungen der britischen Öffentlichkeit erklärt werden? Brüssel war eine schwere Niederlage der Regierung; war alles falsch gewesen? Gab es eine Alternative zum EWG-Beitritt? Das Kabinett entschied sich für eine offensive Strategie, daß es keine „single or simple" Alternative zum EWG-Beitritt gebe und daß dieses „grundlegende" Ziel der Regierung unverändert bleibe, auch wenn man andere Wege finden müsse, um es zu verwirklichen. Einig war man sich auch in der Einschätzung der Politik de Gaulles. Dessen Ehrgeiz sei es, Frankreich zur beherrschenden Macht in Europa zu machen – unter Ausschluß der Anglo-Amerikaner. Die Dinge könnten schnell zu neuen Problemen innerhalb der NATO führen. Auch hier sollte das weitere Vorgehen sorgfältigst mit den Verbündeten abgesprochen werden. Zum Abschluß der Sitzung erhielt Außenminister Home den Auftrag, Heath den Entwurf einer Erklärung zu übermitteln. Heath sollte versuchen, die Fünf zu überreden, nach Abbruch der Verhandlungen diese Erklärung mitzuunterzeichnen[101].

Fast gleichzeitig mit dem britischen Kabinett waren in Brüssel die sechs Delegationen wieder zusammengekommen. Was jetzt folgte, war ein Begräbnis erster Klasse aller britischen EWG-Beitrittsbemühungen. Die Fünf machten den Franzosen zwar

[100] Emergency, Top Secret. Heath (Brüssel) an Prime Minister und Foreign Secretary, 29.1. 1963, in: PRO, FO 371/173341/WU 1974/26.

[101] „Secret. Conclusions of a Meeting of the Cabinet, C.C. (63), 8th Conclusions", 29.1. 1963, in: PRO, CAB 128/37.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

klar, unter welchen Bedingungen sie zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit waren: Bericht der Kommission – mit Lösungsvorschlägen – innerhalb von drei Wochen; zehn Tage später sollten die Minister zusammenkommen und weiterverhandeln. Die Antwort war eine scharfe Reaktion der Franzosen, die unmißverständlich klarstellten, daß sie gegen eine Fortsetzung der Verhandlungen waren. Colombo machte einen letzten Rettungsversuch und fragte Couve de Murville, ob die französische Regierung möglicherweise Zeit brauche – eine Woche –, um den Vorschlag der Fünf zu prüfen. Damit wurde die Sitzung unterbrochen. Um 15.15 Uhr kam man wieder zusammen, um Couves Antwort zu hören: Sie fiel erwartungsgemäß negativ aus.

Um 16.30 Uhr traf man noch einmal zusammen; diesmal war auch Heath dabei: Die Delegationsleiter gaben Erklärungen ab, die sich wie Grabgesänge anhörten. Spaak, der als erster sprach, hielt eine „traurige und bewegte" Rede; er erinnerte an Churchill, an den Römischen Vertrag, mit dem Europa vereint werden sollte, offen für andere Länder; General de Gaulle könne das nicht im Rahmen einer Pressekonferenz klären. Schröder und Colombo stellten klar, daß es nach wie vor darum gehe, daß Großbritannien Mitglied der EWG werden solle. Couve de Murville las eine vorbereitete Presseerklärung herunter – mit den von de Gaulle am 14. Januar genannten Argumenten: Großbritannien habe eine gemeinsame Agrarpolitik abgelehnt, wolle Mitglied einer Gemeinschaft werden, die in sich noch nicht gefestigt genug sei, und sei nicht europäisch genug.

Was sich da in Brüssel abspielte, war nicht nur eine schwere Niederlage der britischen Regierung, es war auch die bislang schwerste persönliche Niederlage von Edward Heath, zu der, so Heath, Couve de Murville entscheidend beigetragen hatte. „Mr. Europa", wie Heath allgemein genannt wurde, nahm jetzt seine kleine persönliche Rache an Couve; ruhig und sachlich wies er dessen Argumente Punkt für Punkt zurück. Die Wirkung war entsprechend[102]. Damit ging „ein schwarzer Tag für Europa" zu Ende, wie Luns diesen 29. Januar 1963 bezeichnete[103].

10. „Why did de Gaulle do it?"[104]

War bei den Befürwortern eines britischen EWG-Beitritts die Enttäuschung über das Brüsseler „Desaster" (so die britische Botschaft in Den Haag) groß, so war man in London geradezu verbittert, wobei persönliche Gefühle – Heath – Couve de Murville, Macmillan – de Gaulle – die Sache nicht gerade einfacher machten. Kennedy spendete Macmillan zwar Trost[105], aber das half auch nicht weiter. Für etliche Zeit,

[102] Vgl. S. 94.

[103] Vgl. Anm. 98.

[104] Überschrift des Top Secret Memorandums von E. E. Tomkins (FO) v. 11. 2. 1963, in: PRO, FO 371/169122/CF1051/14.

[105] Schreiben Kennedys v. 31. 1. 1963 und Antwort Macmillans v. 1. 2. 1963 in: PRO, FO 371/171302/M 1064/23.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

so resümierte Rumbold, würden die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen „nicht mehr so sein wie vor der Pressekonferenz"[106]. Die Sache wurde auch nicht dadurch besser, daß in Paris „von offizieller Seite immer mehr Lügen und falsche Darstellungen" verbreitet würden[107] und sich de Gaulle und Couve de Murville in den folgenden Wochen in eine extreme antibritische Feindschaft hineinsteigerten[108].

Was waren die Gründe für diese Haltung? Warum hatte sich de Gaulle gegen Großbritannien entschieden und den Abbruch der Brüsseler Verhandlungen provoziert[109]? „Why did de Gaulle do it?" Das war im Februar auch die entscheidende Frage in London. Für Tomkins schien die Antwort klar: Mit Großbritannien in der EWG hätte sich die Gemeinschaft in eine Richtung entwickelt, die „völlig unvereinbar" mit de Gaulles Europapolitik war. Immer wieder wurde das Treffen zwischen Macmillan und de Gaulle in Rambouillet erwähnt, wo ersterer mit keinem Wort eine britisch-französische Zusammenarbeit im nuklearen Bereich erwähnt habe, was de Gaulle letztlich in seinem Nein bestärkt habe: einem Nein, für das er sich mit großer Wahrscheinlichkeit schon vorher entschieden hatte[110]. In einem „post-mortem" auf Brüssel drückte es Dixon drastischer aus: Wegen de Gaulle seien die Verhandlungen von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen, denn „there was never room for more than the Gaullist cock of the European roost". Mit Blick auf de Gaulle könne man aus allem nur *eine* Lehre für die Zukunft ziehen: „From now on any real accommodation with him seems impossible"[111], wobei noch schlimmer war, wie Unterstaatssekretär Caccia im Foreign Office notierte, daß man davon ausgehen müsse, „that, apart from an Act of God or the President's enemies, he is likely to remain in control of France for the sixties"[112]. Genauso sollte es kommen und noch zehn Jahre dauern, bis Großbritannien 1973 – nach einem zweiten Veto de Gaulles 1967 – Mitglied der EWG wurde.

[106] Secret. Rumbold (Paris) an Tomkins (FO), 29.1. 1963, in: PRO, FO 371/169122/CF 1051/3.

[107] Priority. Dixon (Paris) an FO, 4.2. 1963, in: PRO, FO 371/169114/CF 1022/9. Außenminister Schröder kommentierte die Erklärung Couve de Murvilles vor dem Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung für den Abbruch der Verhandlungen als „starkes Stück!", in: AAPD 1963, I, Dok. 85, Anm. 4. Adenauer übernahm kritiklos die französische Version; vgl. ebenda, Dok. 92, S. 310.

[108] Secret. Dixon (Paris) an Hood (FO), 16.5. 1963, in: PRO, FO 371/169124/CF 1051/43.

[109] Zur Interpretation der deutschen Seite vgl. Hölscher, Krisenmanagement, S. 28.

[110] Vgl. Anm. 104. Hood, Caccia und Heath stimmten dieser Analyse zu.

[111] Secret. Dixon (Paris) an Außenminister Home, 18.2. 1963, in: PRO, FO 371/171449/M 1092/129.

[112] Secret. Caccia (FO) an Außenminister Home, 21.2. 1963, in: Ebenda.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

CARL-LUDWIG HOLTFRERICH

ZUR DEBATTE ÜBER DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK VON WEIMAR ZU HITLER

Wenn Nicht-Wissenschaftler einen runden Geburtstag feiern, werden Freunde und Kollegen zu einem Empfang oder einer Feier eingeladen. Die persönliche Begegnung mit dem Jubilar und mit den anderen Gratulanten sowie die Qualität der Bewirtung soll allen Freude machen und tut dieses meist auch wirklich. Bei angesehenen Wissenschaftlern ist das anders. Sie erwarten wohl meistens, daß ihnen spätestens zum 65. Geburtstag nahestehende Kollegen, darunter vor allem die inzwischen wissenschaftlich bereits etablierten ehemaligen Schüler, ihre Reverenz durch eine besondere „Überraschung" erweisen. Sie sollen nämlich ihre Glückwünsche dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie dem Jubilar ein zusätzliches, in vielen Überstunden erarbeitetes Stück von dem liefern, was sie ohnehin in ihrem beruflichen Alltag andauernd zu produzieren haben: ein Forschungsergebnis in Aufsatzform, mindestens aber einen publizierbaren Artikel, der wissenschaftliche Anregungen widerspiegeln soll, die vom Jubilar ausgegangen sind. Daß dies skurrile Züge aufweist, wird sofort deutlich, wenn man sich vorstellt, daß Schneider einem Berufskollegen als Geburtstagsgeschenk eine Serie neuer Anzüge fertigen, Sektrüttler je hunderttausend Flaschen zusätzlich rütteln und Politiker Neuwahlen provozieren würden, nur um dem Jubilar mit einem zusätzlichen Wahlkampf zu zeigen, wie sehr sie seine Lebensleistung aus Anlaß seines runden Geburtstages zu würdigen wissen.

Es war wohl zum einen Teil diese Skurrilität, die Knut Borchardt veranlaßte, sich gegen eine Festschrift regelrecht zu verwahren, wie die Herausgeber des Sammelbandes *Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag*[1] einleitend feststellen. Zum anderen Teil war es sicherlich die Erfahrung, daß Festschriften, im Gegensatz zu Konferenzbänden, fast nie thematisch geschlossen sind, häufig Beiträge enthalten, die zur Veröffentlichung in angesehenen wissenschaftlichen Zeitschriften nicht angenommen würden und in denen qualitativ erstklassige Artikel wegen der gegenüber Zeitschriften schlechteren bibliographischen Erfassung gleichsam ein Begräbnis *erster Klasse* erfahren. Borchardt hat mich deshalb einmal wissen lassen, daß er die Idee einer wissenschaftlichen Zeitschrift mit dem Namen *Festschrift* befürwortet. Jede Nummer könnte dann einem Jubilar (mit Foto) und einem ihn interessierenden Thema gewidmet werden; aber über die Aufnahme von Manuskripten würde von den Herausgebern nach den üblichen Re-

[1] Hrsg. v. Christoph Buchheim, Michael Hutter und Harold James, Baden-Baden 1994. 372 S.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geln wissenschaftlicher Zeitschriften entschieden, d.h. auf der Basis von Gutachten seitens sachkundiger Kollegen, die für die Autoren und Leser der Zeitschrift anonym bleiben. Dieses Verfahren würde nicht nur einen hohen wissenschaftlichen Standard der Veröffentlichungen, sondern auch die für Zeitschriftenartikel übliche bibliographische Erfassung der Beiträge sichern.

Das vorliegende Buch verwirklicht mit der Geschlossenheit seines Themas und der hohen wissenschaftlichen Qualität der meisten Beiträge genau das Konzept, das Borchardt mit der Idee der *Festschrift*-Zeitschrift verband. Eine Festschrift im traditionellen Sinn ist es also gerade nicht geworden. Statt dessen enthält es eine Art Forschungsbilanz zu der von Borchardt 1979/80 angeregten Kontroverse über wirtschaftliche Ursachen und wirtschaftliche Problemlagen, die zum Scheitern der Weimarer Republik führten[2], sowie Artikel mit teils neuen Einsichten in wirtschafts- und außenpolitische Ziele, die in den internationalen Beziehungen Deutschlands in jener dramatischen Umbruchphase vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite und im Ausland verfolgt wurden.

In der Einleitung des Buches würdigen die Herausgeber Borchardt als einen Wissenschaftler, der in seinen breitgefächerten wirtschaftshistorischen Forschungen jenseits der konkreten Einzelereignisse und individuellen Entscheidungen stets die Erkenntnis der systematischen Gesamtzusammenhänge anstrebte, aus denen sich die konkreten Handlungen von Personen und die Abläufe von Wirtschaftsprozessen erklären lassen. Sie verweisen auch auf die Liberalität, die in Borchardts These von den mangelnden Alternativen der Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise als Botschaft für die Gestaltung der Gegenwart enthalten sei: Die Lösung aller möglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vom Staat zu erwarten, übersteige dessen Problemlösungskapazität. Eine solche Haltung könne dann zum Bestandteil der Schwierigkeiten werden und verhindern, daß innovative Lösungen vom privaten Bereich der Wirtschaft selbst entwickelt werden.

Die weiteren Beiträge sind in vier Hauptabschnitte eingeteilt. In den beiden ersten werden die beiden Hauptfragen der Borchardt-Kontroverse thematisiert: Erstens, überforderte die Lohn- und Sozialkostenentwicklung der Weimarer Wirtschaft schon vor der großen Weltwirtschaftskrise die durch die Produktivitätsentwicklung begrenzten Möglichkeiten der Volkswirtschaft? Und, zweitens, trugen dies und andere Faktoren dazu bei, daß es keine Alternative zu der mit dem Namen des Reichskanzlers Heinrich Brüning bezeichneten Deflationspolitik der Jahre 1930–32 gab? Im dritten Hauptteil werden einige letztlich gescheiterte Versuche zur Verbesserung der gespannten internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit disku-

[2] Die folgenden drei Aufsätze von Borchardt aus den Jahren 1979 und 1980 lösten die Kontroverse aus: „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes" (1979), „Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik" (1980), „Zur Frage der währungspolitischen Optionen Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise" (1980). Sie sind wiederabgedruckt in: Knut Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1982, S. 165–224.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tiert. Im vierten Hauptabschnitt schließlich werden Beiträge präsentiert, die rückblickend der Frage nach der Problemlösungsfähigkeit wichtiger Akteure der damaligen Wirtschaftspolitik und sogar der von Brüning selbst verfolgten Deflationsstrategie nachgehen.

Der Titel des Buches soll die Erosion bezeichnen, mit der der Erste Weltkrieg die außen- und innenpolitischen Verhältnisse zerklüftete. Auf außenwirtschaftlichem Gebiet handelte es sich dabei vor allem um die leidige Frage der Reparationen und der internationalen Verschuldung, um den sich stark ausbreitenden Außenhandelsprotektionismus und den Abwertungswettlauf. Binnenwirtschaftlich bestand die Zerrissenheit in Deutschland vor allem in den großen Differenzen zwischen den Ansprüchen an das Sozialprodukt und den begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten, zwischen dem Handlungsbedarf der wirtschaftspolitischen Akteure und ihren eingeengten politischen Handlungsspielräumen und zwischen den traditionellen Erfolgsrezepten der Vergangenheit und den neue Lösungswege fordernden Krisen der Gegenwart. Borchardt sieht ja bekanntlich die politischen Akteure in diesen Spannungsfeldern als überfordert an, wie Heroen in einer klassischen Tragödie, die sich mit allen ihren Möglichkeiten gegen das drohende Unheil wehren, aber doch vergeblich. Daß die Weltwirtschaftskrise die Nationalsozialisten an die Schaltstellen der Macht brachte, betrachte ich ebenso wie Borchardt als ein schreckliches Ende der ersten deutschen Demokratie. Ich habe Borchardt jedoch darin widersprochen, daß Brüning (und Reichsbankpräsident Hans Luther) sich mit allen ihren Möglichkeiten gegen das drohende Unheil zur Wehr setzten[3]. Nur dies würde ja den Vergleich mit einer klassischen Tragödie rechtfertigen. Doch nichts läßt erkennen, daß Brüning und Luther eine andere als die krisenverschärfende Politik *wollten*, aber selbst ein Opfer der Umstände wurden.

Zu den zwei Fragen der Borchardt-Kontroverse im engeren Sinn nehmen hauptsächlich vier Beiträge Stellung. Barry Eichengreen (Berkeley) betrachtet Borchardts Thesen in internationaler Perspektive. Er kommt beim internationalen Vergleich der Nominal- und Reallöhne zu dem Ergebnis, daß die Löhne in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise sich dem wirtschaftlichen Einbruch schneller anpaßten, also der Arbeitsmarkt besser funktionierte als in praktisch allen anderen Industrieländern. Auch stellt er fest, daß trotz ihres Anstiegs seit 1927 die Lohnstückkosten der deutschen Wirtschaft auch 1929 ihr Niveau aus der Zeit normaler Verhältnisse

[3] Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise? in: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 605–631; ders., Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur Borchardt-These, in: Geschichte und Gesellschaft 10 (1984), S. 122–141; ders., Economic Policy Options and the End of the Weimar Republic, in: Ian Kershaw (Hrsg.), Weimar: Why did German Democracy Fail? London 1990, S. 58–91; ders., Was the Policy of Deflation in Germany Unavoidable?, in: Jürgen von Kruedener (Hrsg.), Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924–1933, New York 1990, S. 63–80; ders., Vernachlässigte Perspektiven der wirtschaftlichen Probleme der Weimarer Republik, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Handlungsspielräume und Alternativen in der deutschen Staatskrise 1930–1933, München 1992, S. 133–150.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht wieder erreicht hatten. Auch aus dieser Perspektive kann er Borchardts These einer Überforderung der Weimarer Wirtschaft durch zu hohe Löhne nicht bestätigen. Allenfalls seien die Löhne angesichts der enorm gestiegenen Belastungen aus Steuern und Sozialabgaben und aus dem stark erhöhten Zinsniveau zu hoch gewesen. Doch dann müsse es in den zwanziger Jahren eine besondere Unvollkommenheit des Arbeitsmarktes gegeben haben, die sich für die Weltwirtschaftskrise ja gerade nicht nachweisen läßt. Konsequenterweise sucht Eichengreen nach Indikatoren dafür, daß in den Institutionen des deutschen Arbeitsmarktes etwa 1929 ein Umbruch stattfand. Als Hinweis darauf spürt er auf, daß eine gerichtliche Entscheidung im Januar 1929 die Befugnis der Vorsitzenden der Schiedsstellen im Rahmen der staatlichen Zwangsschlichtung aufhob, bei ausbleibender Einigung der Tarifpartner einen Tarifvertrag zu verordnen[4]. Als weiteren Hinweis sieht er die Richtlinien der Ende März 1930 gebildeten Brüning-Regierung, Lohn- und Gehaltssenkungen nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern über die staatlichen Zwangsschlichter auch im privaten Bereich der Wirtschaft durchzusetzen. Leider setzt sich Eichengreen nicht mit den Forschungsergebnissen von Hans-Hermann Hartwich (1967)[5] einerseits und Johannes Bähr (1989)[6] andererseits zur Funktionsweise des Arbeitsmarktes in der Weimarer Republik auseinander. Beide kommen nämlich zu dem Ergebnis, daß die Tätigkeit der staatlichen Zwangsschlichter im Lohnbildungsprozeß der Weimarer Wirtschaft nicht zu Ergebnissen führte, die von denen der Marktkräfte abwichen. Der kürzlich versuchte Gegenbeweis des Borchardt-Doktoranden Clemens Zahn (1993)[7] erscheint mir wenig tragfähig, insofern er darauf aufbaut, daß die staatlichen Zwangsschlichter Lohnerhöhungen ständig ungefähr auf 50 % der gewerkschaftlichen Forderungen festsetzten. Denn gerade bei einer relativen Konstanz dieses Prozentsatzes spiegeln die festgesetzten Löhne die Schwankungen der Marktkräfte auf der Nachfrageseite jedenfalls zuverlässig wider.

Eichengreen versäumt es auch, die große Lohnzurückhaltung der Tarifpartner im Konjunktureinbruch von 1925/26 als Indiz für das relativ reibungslose Funktionieren des Weimarer Arbeitsmarktes heranzuziehen. Er ist aber immerhin vorsichtig genug, seine Argumente nur als „suggestive evidence" für die von Borchardt behaupteten Rigiditäten des deutschen Arbeitsmarktes vor der Weltwirtschaftskrise zu werten, und überläßt es dem Leser zu beurteilen, ob damit die Beweislast wieder an diejenigen zurückübertragen wurde, die – wie auch Theo Balderston (1993)[8] – behaupten, daß der deutsche Arbeitsmarkt in den zwanziger Jahren marktgerecht funktionierte.

[4] Vgl. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936, Stuttgart 1988, S. 210f.

[5] Hans-Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918–1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik, Berlin 1967.

[6] Johannes Bähr, Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik, Berlin 1989.

[7] Clemens Zahn, Lohnkosten und Lebenslagen zwischen Inflation und Großer Krise. Zur Geschichte der Weimarer Lohnbewegung, Diss. München 1993.

[8] Theo Balderston, The Origins and Course of the German Economic Crisis 1923–1932, Berlin 1993.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zur zweiten Borchardt-These, nämlich daß politisch machbare Alternativen zu Brünings Deflationspolitik während der Weltwirtschaftskrise nicht zur Verfügung standen, bezieht Eichengreen eindeutiger Position. Wie in anderen Ländern hätten auch in Deutschland die Verantwortlichen für die Geld- und Fiskalpolitik vor der Entscheidung gestanden, entweder den Goldstandard mit einer deflationären Politik zu verteidigen oder expansive Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur unter Preisgabe der Parität oder Konvertibilität der Währung zu ergreifen. Wegen Deutschlands defizitärer Leistungsbilanz, seiner Verschuldungssituation, der innenpolitischen Labilität, besonders sichtbar seit den Septemberwahlen von 1930, und den lebendigen Erinnerungen an die Hyperinflation bis 1923 seien die Aufgabe der Goldparität und die Abwertung der Währung, die Eichengreen schon in früheren Forschungsbeiträgen[9] als den Schlüssel zur Überwindung der Depression erkannte, in Deutschland kein gangbarer Weg gewesen. Er schließt sich Borchardts Meinung an, daß eine solche Maßnahme das Vertrauen in die RM-Währung so nachhaltig erschüttert hätte, daß massive Kapitalflucht ins Ausland und Inflation im Inland die Folge gewesen wären. Deshalb sei eine in Krisenzeiten von Notenbanken häufig erfolgreich praktizierte temporäre Aufgabe der Goldstandardregeln im damaligen Deutschland nicht möglich gewesen.

Für die Zeit, in der die RM konvertibel war, kann ich Eichengreens Argumentation nachvollziehen. Daß die Verteidigung des Goldstandards durch die Reichsbank allerdings den Preis der Bankenkrise seit Juli 1931 und der daraus folgenden Verschärfung der Depression wert war, bezweifle ich. Entschieden anderer Meinung als Eichengreen bin ich jedenfalls für die Zeit ab August 1931, als sich nicht nur mit dem Hoover-Moratorium die realistische Aussicht auf ein Ende der Reparationen bot, sondern mit der Einführung der Devisenbewirtschaftung auch eine außenwirtschaftliche Absicherung für expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen in Deutschland eingerichtet war. Bei einer RM-Abwertung ohne Devisenbewirtschaftung wären die Bedenken von Eichengreen weiter gültig gewesen. Aber mit einer solchen Deckung der außenwirtschaftlichen Flanke hätte Deutschland z. B. der Abwertung des britischen Pfundes im September 1931 folgen können, um der deutschen Wirtschaft die krisenverschärfenden Deflationsmaßnahmen zu ersparen, die Brüning anstelle einer RM-Abwertung noch bis zum Jahresende 1931 per Notverordnung traf.

Dagegen ist von Borchardt und anderen in seinem Meinungsumfeld häufig eingewandt worden, daß die Goldparität der RM Teil eines internationalen Vertragsnetzes war, des Dawes- und Young-Plans nämlich, und daß Frankreich und die USA eine RM-Abwertung ablehnten. Übersehen wird dabei, daß es jenseits der deutschen Grenzen auch andere Stimmen gab: in der Bank für internationalen Zahlungsausgleich und in England. Noch wichtiger aber ist das Argument, das Charles P. Kindleberger

[9] Barry Eichengreen/Jeffrey Sachs, Exchange Rates and Economic Recovery in the 1930s, in: Journal of Economic History 45 (1985), S. 925–946. Barry Eichengreen, Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919–1939, Oxford 1992.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(MIT) in seinem Beitrag zu diesem Band „Rules versus Men. Lessons from a Century of Monetary Policy" aus seiner profunden Kenntnis der Geschichte von Finanzkrisen entwickelt[10]. Er ist der Ansicht, daß es in der Finanzgeschichte immer wieder Extremsituationen gab, in denen Persönlichkeiten mit Verantwortung für die Währungspolitik geradezu verpflichtet waren, Regeln und Vorschriften, bisweilen sogar das Gesetz, auf jeden Fall eingegangene Bindungen ohne Gesetzeskraft zu brechen, um wirtschaftspolitische Ziele pragmatisch zu verfolgen, statt sie prinzipientreu und ideologisch unbefleckt zu verfehlen. Kindleberger zitiert dazu den englischen Klassiker für Zentralbankpolitik Walter Bagehot: „There are times when rules and precedents cannot be broken; others when they cannot be adhered to with safety." Kindleberger untermauert seine Position, daß in der Brüningperiode die Regeln des Goldstandards trotz der internationalen vertraglichen Verpflichtungen und des Reichsbankgesetzes hätten gebrochen werden müssen und dies ohne die Gefahr einer Inflation hätte geschehen können, an zahlreichen Beispielfällen aus der englischen und französischen Währungsgeschichte des 19. Jahrhunderts und aus europäischen und amerikanischen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit. Brünings unbeirrtes Festhalten an der Deflationsstrategie sieht er ähnlich wie das Rezept eines gewissen Charles Lamb für ein Spanferkel, nämlich das Haus, in dem sich das Tier befindet, abzubrennen.

Zwei der Buchbeiträge greifen die Borchardt-Kontroverse mit ökonometrischen Methoden auf. Auch sie kommen zu entgegengesetzten Schlußfolgerungen. Der eine Beitrag stammt aus der Feder des englischen Wirtschaftshistorikers Stephen N. Broadberry und des deutschen Borchardt-Schülers Albrecht O. Ritschl „The Iron Twenties: Real Wages, Productivity and the Lack of Prosperity in Britain and Germany Before the Great Depression". Die beiden Autoren interpretieren ihre statistischen Ergebnisse als Bestätigung der ersten Borchardt-These, daß der Arbeitsmarkt in den zwanziger Jahren, wie in Großbritannien, so auch in Deutschland, unvollkommen funktionierte. Zu hohe Löhne hätten die internationale Wettbewerbsfähigkeit beider Volkswirtschaften beeinträchtigt, die Vollbeschäftigung verhindert und in einer längerfristigen Perspektive den wirtschaftlichen Aufholprozeß an das weit fortgeschrittene Produktivitätsniveau der amerikanischen Wirtschaft bis in die Wirtschaftswunderzeit nach dem Zweiten Weltkrieg aufschoben.

Bei mir hat die Lektüre dieses Aufsatzes erhebliche Vorbehalte gegen die Beweisführung zurückgelassen. Zum einen belegen die Daten nicht immer, was behauptet wird. Z. B. kann ich nicht erkennen, daß *Figure 2* die behauptete Stagflationstendenz beweist. Die Gesamttendenz der graphischen Darstellung von 1925 bis 1932 beweist eher das Gegenteil des Behaupteten und stimmt insofern überein mit dem, was in dem noch zu besprechenden Beitrag von Tilly und Huck in *Abbildung 10* über den Zusammenhang von Preisniveau und Arbeitslosigkeit für denselben Zeitraum dargestellt ist und dort korrekt interpretiert wird. Zum anderen gelingt hier, anders als im Beitrag von Eichengreen, die Bestätigung der ersten Borchardt-These, daß die Lohnniveaus 1925–1929 im Vergleich zu 1913 in Deutschland weit über den entsprechen-

[10] Vgl. Charles P. Kindleberger, A Financial History of Western Europe, London 1984.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Produktivitätsniveaus lagen, nur deshalb, weil für die Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität jener Jahre Sozialproduktdaten benutzt werden, die Ritschl in einer Veröffentlichung von 1990 speziell zur Rettung der Borchardt-These aus schwer nachvollziehbaren Umrechnungen der bekannten Sozialproduktstatistiken von Walther G. Hoffmann u. a. neu produziert hat[11]. Zwar werden die Sozialproduktsstatistiken von Hoffmann inzwischen kritisch gesehen[12]. Das gilt aber vor allem für das 19. Jahrhundert. Für die Weimarer Republik jedenfalls mißtraue ich eher Ritschls Neuberechnungen, bei deren Entstehen ein Interesse an der Bestätigung der Borchardt-These Pate gestanden hat, als den Sozialproduktschätzungen von Hoffmann, die 1965, d. h. lange vor der Geburt der Streitfrage, veröffentlicht wurden und auf die nicht nur Borchardt in seinen originären Beiträgen, sondern auch ich selbst in meiner Kritik an Borchardt wie auf einen neutralen Schiedsrichter zurückgegriffen habe. Daß Ritschl seine eigenen Schätzungen als „less biased" und damit die Hoffmann-Daten als tendenziös bezeichnet, stellt die Sache geradezu auf den Kopf.

Außerdem stellt sich die Frage, ob selbst ein gelungener Nachweis eines statistisch signifikanten Zusammenhangs zwischen hohen realen Lohnstückkosten, d. h. einer gesamtwirtschaftlich hohen Lohnquote, und hoher Arbeitslosigkeit tatsächlich beweisen würde, daß das erste Phänomen das zweite verursachte. Bekanntlich ist die volkswirtschaftliche Lohnquote dann am höchsten, wenn eine große Depression die Unternehmensgewinne verschwinden läßt, wobei die kontraktbestimmten Nominallöhne auch stark sinken können, aber definitionsgemäß eben nicht so stark wie die residualbestimmten Gewinne. Mit anderen Worten, die volkswirtschaftliche Lohnquote, d. h. die realen Lohnstückkosten der Volkswirtschaft, sind eher Symptom der Konjunkturlage als deren Ursache. Die Lohnpolitik kann nämlich immer nur Teil eines ganzen Bündels von vernetzten Ursachen einer Wirtschaftssituation sein. Dazu zählen z. B. die Fiskalpolitik, die Geld- und Kreditpolitik, außenwirtschaftliche Einflüsse, Wettbewerbs- und Regulierungspolitik u. a.

Dessenungeachtet steht im Zentrum der versuchten Beweisführung von Broadberry und Ritschl die Lohnentwicklung als „Schurke des Dramas". Im übrigen sind die beiden Autoren wohl von ihrem Wunsch, zu hohe Reallöhne sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland für Stagnationstendenzen der Wirtschaft und einen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verantwortlich zu machen, dazu verleitet worden, auf Informationen, die diesen Eindruck stören könnten, nicht hinzuwei-

[11] Albrecht Ritschl, Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Eine Auseinandersetzung mit Holtfrerichs Berechnungen zur Lohnposition der Arbeiterschaft 1925–1932, in: Geschichte und Gesellschaft 16 (1990), S. 375–402. Walther G. Hoffmann u. a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.

[12] Carl-Ludwig Holtfrerich, The Growth of Net Domestic Product in Germany 1850–1913, in: Rainer Fremdling/Patrick O'Brian (Hrsg.), Productivity in the Economies of Europe in the 19th and 20th Centuries, Stuttgart 1983, S. 124–132. Rainer Fremdling, German National Accounts for the 19th and Early 20th Century. A Critical Assessment, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 75 (1988), S. 339–355.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen: Während die britischen Exporte während der zwanziger Jahre, insbesondere nach der Rückkehr des britischen Pfundes zur Vorkriegsparität 1925, tatsächlich relativ stagnierten, wuchsen die deutschen Exporte seit der Währungsstabilisierung bis 1929 mit durchschnittlich annähernd 10% pro Jahr[13]. Zwei Volkswirtschaften mit derart unterschiedlichen Leistungen am Weltmarkt kann man schwerlich als von derselben Krankheit befallen einstufen, zumal sich die eine in einer internationalen Gläubiger-, die andere dagegen in einer Schuldnerposition befand.

Geradezu wohltuend hebt sich davon die Differenziertheit des anderen ökonometrisch angelegten Beitrages zu diesem Band von Richard Tilly und Norbert Huck „Die deutsche Wirtschaft in der Krise, 1925 bis 1934. Ein makroökonomischer Ansatz" ab. Die beiden Autoren lösen ihren früher selbst gestellten Anspruch ein, die Borchardt-Thesen im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Modellbetrachtung zu prüfen. Im Rahmen der Modellbildung schätzen sie aus Quartalsdaten von 1925 bis 1934 Bestimmungsgleichungen für die Entwicklung folgender makroökonomischer Größen: Konsum, Nominal- und Reallöhne, Exporte und Importe, Geldmarkt und Investitionen. Für die Lohnbildung kommen sie zu dem Ergebnis, daß es keine besonderen Lohnstarrheiten nach unten gab. Zwar habe es kurzfristige Lohnstarrheiten gegeben, diese seien aber sowohl im Aufschwung bis 1929 als auch im Abschwung danach vorhanden gewesen. Insofern hätten sich die Reallöhne den Markterfordernissen mit einer Wirkungsverzögerung stets angepaßt. Zusätzlich testen Tilly und Huck die erste Borchardt-These dadurch, daß sie den Arbeits-, Geld- und Gütermarkt jeweils daraufhin untersuchen, ob die Entwicklung durch Angebotsfaktoren, z.B. zu hohe Reallohnsteigerungen, oder durch Nachfragefaktoren dominiert wurde. Sie zeigen, daß die tatsächliche Entwicklung von Nachfrageschocks bestimmt wurde und angebotsseitige Erklärungen, wie die These von den zu hohen Reallöhnen, deshalb wenig Gewicht besitzen. Sie schätzen auch die Geldnachfragefunktion für die deutsche Volkswirtschaft, um auf ihrer Basis die gesamtwirtschaftliche Wirkung einer Expansion des Geldangebots während der Weltwirtschaftskrise einzuschätzen. Sie zeigen, daß – wie von Milton Friedman und Anna J. Schwartz für die USA schon vor langer Zeit nachgewiesen[14] – die Geldmenge in Deutschland von Ende 1929 bis Anfang 1933 gewaltig schrumpfte, M_1 um 36%, M_2 sogar um 43%, die Zentralbankgeldmenge immerhin auch um 15%. Auch die in der Krise zunehmend kontraktive Wirkung der Fiskalpolitik wird von Tilly und Huck mit Hilfe eines hypothetischen Vollbeschäftigungsbudgets geschätzt.

Am Ende führen die Autoren die verschiedenen Schätzgleichungen für die Gesamtnachfrage der Volkswirtschaft zusammen und unterstellen hypothetische Veränderungen in der Geld- und Fiskalpolitik, um ihre wahrscheinliche Wirkung auf die Gesamtnachfrage einzuschätzen. Sie kommen abschließend zu dem Ergebnis: „Aus

[13] Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in jener Zeit vgl.: Balderston, The Origins, S. 82–128.

[14] Milton Friedman/Anna J. Schwartz, A Monetary History of the United States 1867–1960, Princeton 1963.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Sicht dieser Arbeit sind damit nicht zu schnell steigende Reallöhne vor 1929, sondern zu schnell sinkende Preise *nach* 1929 das Problem." Damit stellten Tilly und Huck zu Recht eine größere Ähnlichkeit der deutschen Krisenerfahrung mit der amerikanischen als mit der britischen, wie es Broadberry und Ritschl tun, heraus. Der seit 1928 vom Investitionsrückgang gekennzeichnete Konjunktureinbruch sei ab 1930/31 zusehends von einer Verringerung der Geldmenge überlagert worden, der die Reichsbank nicht entschieden genug entgegensteuerte. Ein Ausweg aus der Krise hätte auch in Deutschland nach diesen Modellrechnungen nur über eine geld- und fiskalpolitische Expansion, eventuell verbunden mit einer Währungsabwertung wie in anderen Ländern seit September 1931, gefunden werden können.

Den Beitrag von Tilly und Huck schätze ich nicht primär deswegen hoch ein, weil er – wie ich selbst – eine Gegenposition zu den Borchardt-Thesen bezieht, sondern vor allem, weil er – im Gegensatz zu dem von Broadberry und Ritschl – ökonometrische Methoden nicht für eine enge, sondern für eine breit angelegte modellhafte Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Weimarer Republik einsetzt und dadurch Erkenntnisse ermöglicht, die z. B. in dem Beitrag von Broadberry und Ritschl mit seiner engeren Perspektive gar nicht gewonnen werden können.

Die übrigen Beiträge des Buches setzen sich entweder nur am Rande oder gar nicht mit den Borchardt-Thesen auseinander.

Christoph Buchheim bezieht in seinem Aufsatz „Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit" nur insofern Position zur zweiten Borchardt-These, als er von einer „wahrhaft konservativen Deflationspolitik" Brünings spricht und als auch er ein staatliches Deficit-Spending für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als notwendige Bedingung eines Wiederaufschwungs der deutschen Wirtschaft nach der Weltwirtschaftskrise anerkennt. Hitler und die Aufrüstung seien nicht nötig gewesen zur Überwindung der Depression. Buchheim stellt die These von Peter Temin[15] in Frage, nach der die Machtergreifung der Nationalsozialisten die unternehmerischen Erwartungen sofort zum Positiven gewendet habe, und zeigt, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis 1936 langsamer abgebaut wurde, als es die offizielle deutsche Statistik damals auswies. Die Hauptthese des Aufsatzes ist, daß die deutsche Wirtschaft möglicherweise bereits in den dreißiger Jahren auf einen Wachstumskurs wie in den fünfziger Jahren eingeschwenkt wäre, wenn anstelle der nationalsozialistischen Staats- und Rüstungskonjunktur eine normale marktwirtschaftliche Entwicklung, orientiert an der Nachfrage des privaten Sektors der Wirtschaft, hätte stattfinden können. Buchheim stützt diese These u. a. mit dem Hinweis, daß trotz hoher Abschreibungsvergünstigungen die Unternehmer gegenüber der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik skeptisch und trotz hoher Rentabilität mit ihren Investitionen zurückhaltend blieben. So seien die enormen Wachstumschancen der dreißiger Jahre verschenkt worden und die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik deshalb als „äußerst negativ einzustufen".

Ich halte diese These für hochinteressant, weil sie in ähnlicher Weise provoziert wie die Thesen von Buchheims Lehrer Borchardt. Überzeugt haben mich die angeführten

[15] Peter Temin, Lessons from the Great Depression, Cambridge/Mass. 1989.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Argumente allerdings nicht. Buchheim sieht zum einen die Kostenstruktur der deutschen Industrie durch die Weltwirtschaftskrise als „entscheidend verbessert" an. Selbst nach Borchardts eigenen Maßstäben aber war die Lohnkostenbelastung der deutschen Wirtschaft nie so hoch wie auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1932, als die Lohnquote, d. h. Borchardts Kostenkriterium, in Deutschland ein historisches Maximum erreichte. Also wurde die Kostenstruktur nicht durch die Weltwirtschaftskrise, sondern durch die *Erholung* der Wirtschaft von der Weltwirtschaftskrise „entscheidend verbessert", mit anderen Worten durch die Nachfrageimpulse, die seit der zweiten Jahreshälfte 1932 und verstärkt seit 1933 von staatlicher Seite ausgingen und auf die Privatwirtschaft übergriffen. Buchheim sieht zum anderen in dem amerikanischen Handelsgesetz von 1934 und der Stabilisierung der Wechselkurse zwischen dem französischen Franc, britischen Pfund und amerikanischen Dollar im sogenannten *Tripartite Agreement* von 1936 eine Vorwegnahme von Elementen der für den Nachkriegsaufschwung so wichtigen Handelsliberalisierung im GATT und der währungspolitischen Zusammenarbeit im IMF. Er verkennt dabei, daß diese Entwicklungen vor dem Krieg zwar die Tendenz, aber noch kaum das Niveau der internationalen „Zerrissenheit" veränderten und daß die Ansätze zur handels- und währungspolitischen Kooperation sehr stark auch eine politische Reaktion auf die von den westlichen Demokratien als Gefahr empfundene nationalsozialistische Bedrohung darstellten. Denn noch 1933 war die Londoner Weltwirtschaftskonferenz, nicht zuletzt am währungspolitischen Kollisionskurs der Roosevelt-Administration, gescheitert.

Michael Hutter vertritt in seinem wissenschaftstheoretischen und dogmenhistorischen Beitrag mit dem Titel „Wie setzen sich Theorien durch? Zur Entwicklung deutschsprachiger Geldtheorien in der Zwischenkriegszeit" die These, daß die Theorieentwicklung evolutionären Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist und daß die Durchsetzung bestimmter Denkrichtungen weniger vom realen wirtschaftlichen als vom intellektuellen, wissenschaftsinternen Umfeld abhängt. Belege für diese These findet er in seiner Auswertung der Aufsätze und Rezensionen zur Geldtheorie in den Jahrgängen 1919–1939 der vier damals wichtigsten deutschsprachigen Zeitschriften für Wirtschaftswissenschaft (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Schmollers Jahrbuch, Weltwirtschaftliches Archiv und Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik). Abschließend resümiert er sein Ergebnis so: Die Borchardt-These, daß die Handlungsspielräume bei Individuen und Institutionen wegen der Existenz von Regeln und normierten Erwartungen beschränkt gewesen seien, gelte auch für die wissenschaftliche Handlungsfreiheit. „Es kann buchstäblich nur das gedacht und von anderen verstanden werden, was den Regeln eines bestimmten Argumentationsspiels entspricht. Die Muster, in denen gedacht wird, bleiben dabei unreflektiert." Nach meiner Ansicht sind es offenbar solche Unterschiede in den Denkmustern, die unterschiedlichen Positionen in wissenschaftlichen Kontroversen, wie der um die Borchardt-Thesen, Tragfähigkeit, Anerkennung und Geltung verschaffen[16].

[16] Es macht z. B. für die Beurteilung der Lohnentwicklung in der Weimarer Republik einen entscheidenden Unterschied aus, ob man in Kategorien eines gesellschaftlichen Zweiklassenmodells „Ka-

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Etwas außerhalb des Rahmenthemas des Buches liegt der Beitrag von Harold James (Princeton) zur Währungsproblematik. Er behandelt die Pläne, die während des Zweiten Weltkrieges auf deutscher Seite, insbesondere vom damaligen Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten Walter Funk schon 1940, zur Schaffung einer europäischen Währungsunion in der Nachkriegszeit entwickelt und propagiert wurden. James zeigt einerseits, daß die Pläne der Alliierten, die 1944 zum Abkommen von Bretton Woods führten, eine Reaktion auf diese deutsche Initiative waren, und andererseits, daß die bis heute schon praktizierten Währungskooperationen und die noch zu schaffenden Stufen einer Währungsunion in Europa durchaus auf der Entwicklungslinie der nationalsozialistischen Währungspläne gesehen werden können. Freilich wäre eine Verwirklichung solcher Pläne unter nationalsozialistischer Ägide nicht auf der Basis einer freiwilligen Beteiligung der Nachbarländer Deutschlands zustande gekommen. Das ist der entscheidende Unterschied zur Nachkriegszeit.

Im dritten Hauptabschnitt mit der Überschrift „Gestaltungsversuche der internationalen Wirtschaftsbeziehungen" entfernen sich die Beiträge weiter von der Borchardt-Kontroverse. Ger van Roon (Amsterdam) präsentiert in seinem Aufsatz „Völkerbund und Weltwirtschaft" die Vielzahl von Initiativen des Völkerbundes, durch die Schaffung von Wirtschaftsausschüssen und durch internationale Finanz-, Zoll-, Handels- und Wirtschaftskonferenzen bis 1933 die weltwirtschaftliche Kooperation zu befördern und dadurch die Weltkonjunktur zu stabilisieren. Bekanntlich geschah dies letztlich ohne Erfolg. Trauriger Höhepunkt war die Weltwirtschaftskonferenz, die Mitte Juni 1933 unter Beteiligung auch Hitler-Deutschlands in London eröffnet wurde. Van Roon arbeitet die zentrale Verantwortung von Präsident Roosevelt für das Scheitern der Londoner Konferenz nicht angemessen heraus. Immerhin fiel F.D. Roosevelt seinem in London verhandelnden Außenminister Cordell Hull in den Rücken, als er sich weigerte, eine Wiederanbindung des Dollar an eine Goldparität und damit die von anderen Ländern angestrebte Stabilisierung der floatenden Wechselkurse als Teil eines Kompromißpakets in Erwägung zu ziehen.

Dietmar Petzina resümiert in seinem Beitrag die Diskussion der angelsächsischen Fachleute über die Reparationsproblematik und besonders über Deutschlands Zahlungsfähigkeit in der Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Verwirklichung des Dawes-Plans 1924/25. Sowohl in England als auch in den USA wurde schon damals in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur debattiert, was 1929 in der noch immer berühmten Kontroverse zwischen John M. Keynes und Bertil Ohlin zum sogenannten Transferproblem der Reparationen erneut thematisiert wurde

---

pitalisten und Arbeitnehmer" denkt – wie es Borchardt und die Kieler Schule tun, was sie paradoxerweise in diesem Punkt mit der marxistischen Ökonomie verbindet – oder ob man von einem Dreiklassenmodell ausgeht, in dem die Arbeitnehmer den Unternehmerkapitalisten gegenüberstehen, diese aber wiederum den Finanzkapitalisten. Dies ist mein Denkmuster in der Kontroverse mit Borchardt. Es entspricht der keynesianischen Tradition und scheint mir besonders für die Analyse inflationärer und deflationärer Prozesse wegen der großen Einkommensumschichtungen zwischen den beiden Kapitalistengruppen unentbehrlich zu sein.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und sich seitdem in Lehrbüchern zur Außenwirtschaftstheorie wiederfindet. Ob Petzina wohl an die Borchardt-Kontroverse dachte, als er zur Reparationsdebatte zusammenfassend schrieb: die „Formulierung wissenschaftlicher Kontroversen folgte dem politischen Streit, wissenschaftliche Argumente dienten – wohl unvermeidlich – der Legitimierung politischer Positionen"? Ich bin nicht der Ansicht, daß dies das richtige Raster für die Erklärung wissenschaftlicher Kontroversen ist. Ich meine, daß sich die oben besprochenen Thesen von Hutter besser für eine solche Erklärung eignen, auch was die damalige Reparationsdebatte unter Wirtschaftswissenschaftlern angeht.

Im letzten Beitrag des dritten Hauptteils betrachtet Werner Abelshauser das Konzept „Mitteleuropa" in einer langfristigen Perspektive der deutschen Außenwirtschaftspolitik, von der Thematisierung dieses Konzepts bei Friedrich List (1844) über die Handelsvertragspolitik des Kaiserreichs und den Ersten Weltkrieg hinweg bis zur Mitteleuropapolitik der Weimarer Republik und des Dritten Reiches („Neuer Plan" und völlige Bilateralisierung der Handelsbeziehungen). Er kommt, ähnlich wie Alan Milward[17] in früheren Studien, zu dem Ergebnis, daß Mitteleuropa für die deutsche Wirtschaft eine periphere Rolle spielte und nur in Zwangslagen, wie während des Ersten Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise, als die weit wichtigeren Beziehungen zum Weltmarkt und zu den industrialisierten europäischen Nachbarländern gestört waren, eine Bedeutung erreichen konnte, die mehr war als nur ein Mythos.

Der vierte Hauptteil „Rückblicke" wird eingeleitet von einem 1990 bereits in englischer Sprache erschienenen Aufsatz von Jürgen von Kruedener, der hier unter dem Titel „Hätte Brünings Deflationspolitik erfolgreich sein können?" in deutscher Übersetzung veröffentlicht wird. Kruedener kommt zu der Erkenntnis, daß ein Erfolg der Brüningschen Deflationsstrategie im Sinne einer Krisenüberwindung auf längere Sicht möglich gewesen wäre, daß also kein Sachproblem in der Wahl der wirtschaftspolitischen Antikrisenstrategie vorlag, sondern nur ein Zeitproblem. Und nur diesen Wettlauf mit der Zeit habe Brüning verloren. Also Operation gelungen, Patient tot! Es täte von Kruedener meines Erachtens gut zur Kenntnis zu nehmen, daß die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise Keynes zur Kritik der neoklassischen Wirtschaftstheorie und der orthodoxen Wirtschaftspolitik und zu dem berühmten Diktum veranlaßte: „Auf lange Sicht sind wir alle tot."

Der Beitrag von Gerald Feldman (Berkeley) in englischer Sprache befaßt sich mit Jakob Goldschmidt, dem Vorstandsvorsitzenden der in der Bankenkrise 1931 zusammengebrochenen Danatbank, und den Handlungsspielräumen der für die Geld- und Wirtschaftspolitik in Deutschland Verantwortung tragenden Persönlichkeiten. Feldman widerlegt zum einen den von Brüning bis zu seinem Tod gehegten Verdacht, die Deutsche Bank und ihr prominenter Verhandlungsführer Oscar Wassermann hätten eine kollektive Rettungsaktion der Großbanken zugunsten der Danatbank sabo-

[17] Z. B. Alan S. Milward, The Reichsmark Bloc and the International Economy, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.), Der „Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 377–413.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tiert, um sich eines unbequemen Konkurrenten zu entledigen. Sie trügen deshalb die Verantwortung nicht nur für die Verschärfung der Bankenkrise im Juli 1931, sondern auch für die katastrophale politische Entwicklung, die für die Republik in Deutschland und für Brüning selbst daraus folgte. Feldman zeigt, wie die Führungsspitze der Deutsche-Bank-Gruppe, besonders Hermann J. Abs, in den fünfziger Jahren versuchte, zum Teil über den im Schweizer Exil lebenden Georg Solmssen, diese Ansicht Brünings zu korrigieren, bevor er sie in seinen Memoiren veröffentlichen würde. Aber wohl nicht zuletzt wegen der persönlichen Kontakte zwischen Brüning und dem ebenfalls im amerikanischen Exil lebenden Goldschmidt war Brüning von seiner Wertschätzung Goldschmidts und von seiner negativen Meinung über die Rolle der Deutschen Bank in der Bankenkrise letztlich nicht abzubringen.

Feldman porträtiert Goldschmidts zunächst außerordentlich erfolgreiche Geschäftsphilosophie und -praxis. Er zeigt am Beispiel der Entdeckung des Nordwolle-Konkurses, der die Bankenkrise in Deutschland auslöste, daß Goldschmidt mit seiner etwa siebenwöchigen Verheimlichung des Desasters sowohl gegenüber der Dresdner Bank, mit der die Danatbank einen Kooperationsvertrag abgeschlossen hatte, als auch gegenüber der Reichsbank die Zuspitzung der Bankenkrise weitgehend selbst zu verantworten hatte. Er zeigt auch auf, daß Wassermann und die Deutsche Bank zu einer solidarischen Rettungsaktion zugunsten der Danatbank bereit waren, allerdings unter der Bedingung, daß die Reichsbank die Kredite an die Danatbank verbürgen würde, da man ja auch die Liquidität des eigenen Hauses absichern müsse. Da die Reichsbank diese Bürgschaften verweigerte, trägt sie die Hauptlast der Verantwortung für den Fehlschlag der Rettungsaktion. Dies ist ein weiterer Stein in dem Mosaik, das die verheerende Rolle der Geld- und Währungspolitik der Reichsbank unter Hans Luther während der Weltwirtschaftskrise darstellt.

Stephen A. Schuker (University of Virginia) widmet seinen Beitrag dem Persönlichkeitsbild Heinrich Brünings im amerikanischen Exil. Als Quellen standen ihm nicht nur der Nachlaß von Brüning und seiner langjährigen Sekretärin Claire Nix an der Harvard Universität, sondern Aufzeichnungen von Washingtoner Regierungsbeamten über ein ausführliches Interview mit Brüning im September 1945 zwecks Vorbereitung der Nürnberger Prozesse zur Verfügung. Der Befund ist erschreckend. Nicht nur, daß Brüning schon während seiner Amtszeit als Reichskanzler unter einer Art Verfolgungswahn litt, er war auch in Harvard ein gesellschaftlich isolierter und am Ende des Krieges schwer gestörter und frustrierter Mann. In dem Interview ruft Brüning den Eindruck eines Erzreaktionärs hervor, der nichts von der amerikanischen Demokratie hält, statt dessen viel von einer Monarchie in Deutschland mit einer starken Rolle für das Militär. Er sprach sich vehement gegen die Nürnberger Prozesse aus und hielt Stalin, nicht Hitler, für den größten Kriegsverbrecher. Er sei zwar Anti-Nazi, habe aber die außenpolitischen Ziele der nationalsozialistischen Regierung geteilt. Deutschland habe einen Verteidigungskrieg geführt und sei z. B. den Polen und Franzosen nur präventiv zuvorgekommen. Es brauche tatsächlich mehr Lebensraum. Die Interviewer nahmen den Eindruck mit, daß zwar nicht die Verfolgungen aus rassistischen und religiösen Gründen, der Zweite Weltkrieg aber auch dann

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

passiert wäre, wenn Brüning Reichskanzler geblieben wäre. Brüning hielt bis zu seinem Tod anscheinend unbeirrt von der Erfahrung des Dritten Reiches an den Ansichten fest, auf denen er schon während seiner Kanzlerschaft seine Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik aufgebaut hatte. Er hat bis zum Schluß nichts gelernt. Darin war er auf amerikanischer Seite seinem ebenfalls gescheiterten Zeitgenossen Herbert Hoover und – schlimmer noch – jüngst auf deutscher Seite Erich Honecker ähnlich.

Der letzte Beitrag des Bandes stammt aus der Feder von Jürgen Kuczynski. Er resümiert die Strukturwandlungen des Kapitalismus der Zwischenkriegszeit, deren Folgen sich wegen der Stagnationstendenzen der dreißiger Jahre erst nach dem Zweiten Weltkrieg in einer ausgeprägten Beschleunigung des Produktions- und Produktivitätswachstums zeigten.

Der Band schließt mit einem Verzeichnis von Veröffentlichungen, die Knut Borchardt selbst zum Thema des Buches beigetragen hat, sowie mit einer Kurzbeschreibung der Autoren. Den Herausgebern gebührt Dank, daß sie trotz des erklärten Widerwillens des Jubilars gegen eine Festschrift dieses Geburtstagsgeschenk produziert haben. Denn eine solch reichhaltige Sammlung anregender Forschungsbeiträge zur Wirtschaftsgeschichte der Zwischenkriegszeit hat es bisher nicht gegeben. Hoffentlich sieht Borchardt dies ebenso, damit die Herausgeber bei ihm Gnade finden dafür, daß sie ihm durch die Hintertür doch eine Festschrift vorgelegt haben.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

SERGEJ A. GORLOW

GEHEIMSACHE MOSKAU – BERLIN

Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920–1933

Die politische Isolierung des Deutschen Reiches und der Sowjetunion, die gemeinsame Frontstellung gegen das neuerstandene Polen, an das beide Staaten nach dem Ersten Weltkrieg bzw. dem polnisch-sowjetischen Krieg bedeutende Gebiete abgeben mußten, die militärischen Restriktionen des Versailler Vertrags auf deutscher Seite und das sowjetische Ziel, eine moderne Armee aufzubauen, waren die ausschlaggebenden Faktoren, die zu der geheimen Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee zwischen 1920 und 1933 führten. Dieses Thema war in der Sowjetunion zum Tabu erklärt und der offenen wissenschaftlichen Diskussion entzogen worden. Erst ab 1989 wurden früher als geheim und streng geheim eingestufte Dokumente verschiedener Behördenarchive der UdSSR bzw. – nach dem Zusammenbruch der UdSSR – Rußlands für die Forschung zugänglich und konnten damit die Basis für quellengestützte Forschungen[1] bilden.

[1] Die erste wissenschaftliche Publikation mit Überblickscharakter und einigen Dokumenten aus dem Archiv des Außenministeriums der UdSSR wurde vom Autor dieses Artikels im Juni 1990 vorgelegt: Sergej Gorlov, Sovetsko-germanskoe voennoe sotrudničestvo v 1920–1933 gg. (Sowjetisch-deutsche militärische Zusammenarbeit in den Jahren 1920–1933), in: Meždunarodnaja žisn' 1990, Nr. 6, S. 107–124. Auf dieser Veröffentlichung basiert auch die vorliegende Dokumentation. Es folgte eine ganze Reihe weiterer Aufsätze und Artikel: A. A. Achtamzjan, Voennoe sotrudničestvo SSSR i Germanii. 1930–1933 (Die militärische Zusammenarbeit der UdSSR und Deutschlands), in: Novaja i novejšaja istorija 1990, Nr. 5, S. 3–24; B. Bojcov, Rejchsver i Krasnaja Armija (Reichswehr und Rote Armee), in: Krasnaja zvezda, 25. nojabrja 1990 g.; Mišanov S. A., Po sledam otdela „R" (Auf den Spuren der Abteilung „R"), in: Sovetskij voin 1990, Nr. 11, S. 80–83; Sergej Gorlov, Voennoe sotrudničestvo SSSR i Germanii v 20e gody (Die militärische Zusammenarbeit der UdSSR und Deutschlands in den zwanziger Jahren), in: Voenno-istoričeskij žurnal 1991 Nr. 9, S. 4–11; B. Bojcov/A. Zdanovič, Sekretnye laboratorii rejchsvera v SSSR (Geheime Laboratorien der Reichswehr in der UdSSR), in: Armija 1992, Nrn. 1, 2, 3, 4, 6; Sergej Gorlov/S. V. Ermačenkov, Voenno-učebnye centry rejchsvera v Sovetskom Sojuse (Militärische Ausbildungszentren der Reichswehr in der Sowjetunion), in: Voenno-istoričeskij žurnal, 1993, Nrn. 6, 7, 8. 1992 erschien eine Edition von Dokumenten mit dem etwas sensationsheischenden Titel „Das faschistische Schwert wurde in der UdSSR geschmiedet": T. S. Bušueva/Ju. L. D'jakov, Fašistskij meč kovalsja v SSSR. Krasnaja Armija i tajnoe sotrudničestvo 1922–1933. Neizvestnye dokumenty, Moskau 1992. Einleitung und Kommentierung erscheinen allerdings kritikwürdig. Auf deutscher Seite wird der aktuelle Forschungsstand markiert durch die Arbeiten von Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin 1992, und Manfred Zeid-

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die ersten, auf eine sowjetisch-deutsche militärische Zusammenarbeit gerichteten Kontakte kamen Anfang 1920 zustande. Ihr Initiator und aktivster Förderer in Deutschland war General Hans von Seeckt, der Chef der Heeresleitung und damit praktisch der Oberbefehlshaber der Reichswehr, der durch die Zusammenarbeit mit der Roten Armee die restriktiven Bestimmungen des Versailler Vertrages unterlaufen wollte. Die zeitweiligen militärischen Erfolge der Roten Armee im polnisch-sowjetischen Krieg 1920 beeindruckten Seeckt und weckten in ihm die Zuversicht, daß die Rote Armee ein attraktiver Partner sein könnte. Gleichgesinnte von Seeckts waren Reichswehrminister Otto Geßler und der Chef des Truppenamts Otto Hasse. Auf sowjetischer Seite fand die militärische Kooperation von Anfang an die Unterstützung fast der gesamten Führung der Russischen Kommunistischen Partei, RKP(B), und des Rates der Volkskommissare. Den Kontakt zwischen von Seeckt und dem Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates der Republik[2], Lev D. Trotzki, stellte Enver-Pascha her, der seit 1916 mit Seeckt befreundet war, als dieser den türkischen Generalstab geleitet hatte. Enver-Pascha, von 1914–1918 Kriegsminister der Türkei, überschritt die sowjetisch-polnische Frontlinie zur sowjetischen Seite am 11. August 1920[3]. In der deutschen Regierung wußte anfangs nur der damalige Finanzminister und spätere Reichskanzler, Joseph Wirth, von dieser Initiative.

Am 16. August 1920 informierte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Georgij V. Čičerin, Lenin über den Kooperationsvorschlag der deutschen Regierung, den Enver-Pascha überbracht hatte. In Čičerins Schreiben war davon die Rede, „daß wir Deutschland versprochen haben, unsererseits alle Maßnahmen für die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1914 zu treffen"[4]. Im Gegenzug verpflichtete sich Berlin, dem sowjetischen Regime „inoffiziell zu helfen, d. h. durch Sendung von Rüstungsgütern an uns, Organisation von Aufständen der Polen zu unseren Gunsten usw."[5] „Jedoch", so bemerkte Čičerin, „was den Bezug von Rüstungsgütern aus Deutschland betrifft, haben wir schon Gespräche [. . .] begonnen, aber Enver behauptet, daß das

---

ler, Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993. Beide Autoren verwendeten nur wenige sowjetische Archivmaterialien.

[2] Der Revolutionäre Kriegsrat (RKR) der Republik war das höchste Militärorgan in Sowjetrußland während des Bürgerkrieges 1918–1920. Er wurde am 2. 9. 1918 durch den Beschluß des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees gegründet. Dem RKR der Republik wurden alle Militärstäbe und Militärinstitutionen Sowjetrußlands unterstellt. Nach der Gründung der UdSSR wurde der RKR der Republik am 28. 8. 1923 zum RKR der UdSSR. Am 20. 6. 1934 wurde er aufgelöst. Der Organisationsplan des RKR der UdSSR findet sich in Zeidler, Reichswehr, S. 343.

[3] Vgl. Meldung von Dzeržinskij an Lenin vom 11. 8. 1920, in: Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der neuesten Geschichte (künftig: RCChIDNI), fond 76, opis' 3, delo 106, list 1.

[4] Čičerin an Lenin, 16. 8. 1920, in: Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten RF (künftig: AVP RF), f. 04, op. 3, p. 12, d. 3, l. 192.

[5] Nahezu deckungsgleich, jedoch mit stärkerer Betonung der sowjetischen Initiative: „Hier ist eine Partei, welche richtige Macht besitzt und Trotzki auch diese Partei gehört ist (sic!) für eine Verständigung mit Deutschland. [. . .] die Partei wäre bereit die alte deutsche Grenze von 1914 anzuerkennen und sie sehen nur einzigen Ausweg zu Weltchaos, das ist Zusammengehen mit Deutschland und Türkei. [. . .] Russen zu helfen kann man in Korridor oder in geeignete Stelle eine Freiwilligen-Armee oder eine Aufstandsbewegung verursachen." Enver an Seeckt, 26. 8. 1920, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, N 247, Bl. 202–208.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einverständnis der Regierung nichts bedeutet, wenn Seeckt nicht seine Zustimmung gibt. [...] Enver wartet auf eine Antwort."[6] Čičerin spielte damit auf die am 12. August 1920 aufgenommenen Kontakte zwischen Vertretern der 4. und 15. Armee der RKKA (Rote Arbeiter- und Bauernarmee) und Wilhelm Schubert, dem letzten Militärattaché des kaiserlichen Deutschlands, an, der im Auftrag des deutschen Außenministeriums nach Ostpreußen geschickt worden war, um Fühlung mit der Roten Armee aufzunehmen[7].

In der Schlacht bei Warschau am 16.–19. August 1920 erlitt die Rote Armee eine vernichtende Niederlage. Sowjetrußland verlor den Krieg. Die Idee der Ostorientierung, so stellte der Leiter der sowjetischen Mission für Kriegsgefangenenfürsorge in Deutschland und de facto bevollmächtige Vertreter Sowjetrußlands in Deutschland, Viktor L. Kopp, am 20. September 1920 in einem Brief an Čičerin fest, sei infolgedessen in Deutschland „stark verblaßt"[8]. In den Vordergrund rückte nunmehr die Idee einer langfristigen militärischen Zusammenarbeit, die von beiden Seiten aktiv unterstützt wurde. Anfang 1921 wurde im Reichswehrministerium für die Organisation der Zusammenarbeit der Reichswehr mit der RKKA die „Sondergruppe R" (Rußland) geschaffen. Im Schriftwechsel des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten mit dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in Deutschland wurde sie als „Vogru" (voennaja gruppa: militärische Gruppe) bezeichnet. 1923 richtete das Reichswehrministerium in der deutschen Botschaft in Moskau die „Zentrale Moskau" ein, die als verlängerter Arm des Ministeriums gelten kann.

Die Konzeption der bilateralen militärischen Zusammenarbeit wurde in Gesprächen in Moskau und Berlin von 1920 bis 1923 entworfen. Das Hauptaugenmerk richtete sich dabei auf moderne Waffenkategorien, deren Besitz und Entwicklung der Reichswehr durch den Versailler Vertrag untersagt waren, während Sowjetrußland für die Fortentwicklung der eigenen Waffen das Know-how fehlte; das galt vor allem bei der Luftwaffe, chemischen Waffen, Panzern, Unterseebooten. Die Rüstungspläne der Reichswehr waren – vor allem nach der Ruhrbesetzung – von dem Gedanken an einen nahen, großen „Befreiungskrieg" inspiriert[9].

Obwohl Fragen der militärischen Zusammenarbeit beim Abschluß des Rapallo-Vertrages am 16. April 1922 nicht berührt wurden, schuf dieser günstige Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung auf diesem Felde. Čičerin schätzte die Militärkooperation im Sommer 1922 als „einen der wichtigsten Faktoren unserer Außenpolitik" ein[10]. Am 26. November 1922 wurde in Moskau nach langwierigen Gesprächen ein Konzessionsvertrag mit dem Flugzeugbauunternehmen Junkers über die Produktion von Vollmetallflug-

---

[6] Wie Anm. 4.

[7] Siehe dazu ausführlich Zeidler, Reichswehr, S. 48 f.

[8] Kopp an Čičerin, 20. 9. 1920, in: AVP RF, f. 04, op. 13, p. 73, d. 1038, l. 1.

[9] Vgl. Zeidler, Reichswehr, S. 70 ff.; Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard am Rhein 1984, S. 137 f.

[10] AVP RF, f. 04, op. 69, p. 454, d. 26, l. 6, Čičerin an seinen Stellvertreter Karachan, Juni 1922. Čičerin beschwert sich darin über die Belästigungen der deutschen Partner bei den Militärgesprächen durch die sowjetische Geheimpolizei und spricht von „Unšlichts idiotischer Einmischung". Jossif S. Unšlicht war von 1921 bis 1923 der stellvertretende Vorsitzende der VČK/GPU (Vserossijskaja Črezvyčajnaja Komissija, Allrussische Außerordentliche Kommission, kurz Tscheka genannt). VČK und GPU (Glavnoe Političeskoe Upravlenie, Politische Hauptverwaltung) waren die Vorläufer des KGB.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeugen und Motoren unterzeichnet sowie zwei Verträge über die Einrichtung einer Transitverbindung Schweden-Persien und über eine Luftvermessungskonzession für Junkers. Der Vertrag über die Produktion von Metallflugzeugen und Motoren wurde auf 30 Jahre abgeschlossen, Junkers erhielt dafür das Russisch-Baltische Werk in Fili bei Moskau zur Pacht. Dem Programm entsprechend sollten pro Jahr 300 Flugzeuge und 450 Motoren hergestellt werden, der serienmäßige Ausstoß der Flugzeuge sollte spätestens am 1. Oktober 1923 beginnen, der Serienausstoß der Motoren ein Jahr nach der Bestätigung des Vertrags[11].

Zur Finanzierung und Koordination der getarnten Rüstungsunternehmen in der UdSSR, die auch deutsche Aufträge für militärische Güter ausführten, gründete das Reichswehrministerium 1923 die „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen" (Gefu) mit Sitz in Berlin und Moskau und stellte ihr das nötige Betriebskapital zur Verfügung. Mit der Leitung der Gefu wurde Major a.D. Fritz Tschunke beauftragt. Unter ihrer Obhut standen die Flugzeugfabrik in Fili, die Chemiefabrik Bersol' für die Produktion von Giftstoffen in Ivaščenkovo[12] bei Samara mit Beteiligung der Firma Stoltzenberg und die Produktion von Artilleriemunition in verschiedenen sowjetischen Fabriken (Zlatoust, Tula, Ochta, Kazan', Petrograd) mit Hilfe von Krupp[13]. Damals schlugen in Rußland auch BMW (Panzer- und Flugzeugmotoren), Karl Walter (Schußwaffen), Rheinmetall, Siemens, Carl Zeiss und andere Firmen Wurzeln.

Jedoch stand die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit für Junkers und Stoltzenberg unter keinem glücklichen Stern. Neben produktionstechnischen Problemen sahen sich die Firmen auch einem tendenziell ungünstiger werdenden Klima für ausländische Investoren ausgesetzt[14]. Symptomatisch hierfür sind Stellungnahmen von seiten der Geheimpolizei OGPU. Ihr Chef, Feliks É. Dzeržinskij, schrieb in einer Einschätzung des „Prozesses der Studenten"[15] am 6. Juli 1925 an seinen Stellvertreter Genrich G. Jagoda und den Leiter der INO OGPU[16] Michail A. Trilisser: „Bei mir ist der Eindruck entstanden, daß die deutsche Regierung und die monarchistischen und nationalistischen Kreise allgemein auf den Sturz des Bolschewismus in der UdSSR hinarbeiten und sich auf ein zukünftiges monarchistisches Rußland einstellen. [. . .] Ist es denn zufällig, daß die Konzes-

[11] AVP RF, f. 0165, op. 2, p. 111, d. 61, l. 5–98.

[12] Anfang der zwanziger Jahre wurde Ivaščenkovo in Trock umbenannt und 1929 in Čapaevsk.

[13] Russisches staatliches Militärarchiv (künftig: RGVA), f. 4, op. 2, d. 26, l. 223–224; RCChIDNI, f. 76, op. 3, d. 317, l. 29–30.

[14] Vgl. hierzu genauer A. G. Dongarov, Inostrannyj kapital v Rossii i SSSR (Auslandskapital in Rußland und der UdSSR), Moskau 1990.

[15] Der „Prozeß" war von der OGPU (Obedinennoe Glavnoe Političeskoe Upravlenie) als Antwort auf die Verhaftung des OGPU-Mitarbeiters P. A. Skoblevskij in Deutschland während des „deutschen Oktobers" 1923 fabriziert worden und sollte die deutsche Regierung an der Einleitung eines Gerichtsverfahrens hindern. Im Oktober 1924 verhaftete die OGPU in der UdSSR die deutschen Studenten Karl Kindermann, Theodor Wolscht und Max von Ditmar, die beschuldigt wurden, die Ermordung von Stalin und Trotzki geplant zu haben. Im Januar 1925 begann in Leipzig der Prozeß gegen Skoblevskij („Tscheka-Prozeß"). Das am 22. 4. 1925 ausgesprochene Todesurteil wurde danach jedoch in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Als „Antwort" verurteilte ein Gericht in Moskau im Juni 1925 die Studenten zum Tode. Letztendlich wurden die Todesurteile aufgehoben und die Verurteilten 1926 ausgetauscht. Von Ditmar war allerdings zuvor in sowjetischer Haft verstorben.

[16] Auslandsabteilung der OGPU.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sion mit Junkers uns geschäftlich fast nichts gebracht hat? Ist es denn wahr, daß nur wir selbst daran schuld sind? Was stellen die Firma Junkers und ihr Apparat politisch dar? Haben uns die Deutschen bei der Grundlegung der Chemie- oder einer anderen Produktion geholfen? Analyse der deutschen Konzessionen?"[17] Eine Woche danach legte der Leiter der KRO OGPU[18], Arthur Ch. Artuzov Dzeržinskij, fünf Dokumente über die Tätigkeit der Deutschen in der UdSSR vor. Aus ihnen ergab sich, daß praktisch alle leitenden deutschen Mitarbeiter der Konzessionsunternehmen Spione und Agenten waren. Die Folgerung Artuzovs lautete: „Ohne Zweifel führen die deutschen Nationalisten in Rußland eine riesige Arbeit in allen Richtungen durch, und sie haben unseren Einfluß auf die deutschen Kolonien in der UdSSR deutlich übertroffen. Das letztere [unser Einfluß] ist offenbar bis zum äußersten schwach. Junkers und Gefu, scheint mir, muß man liquidieren."[19] Diese Dokumente zeigen überdeutlich, daß die Tätigkeit der deutschen Konzessionäre im Grunde genommen zum Scheitern verurteilt war, denn die OGPU war damals eine überaus mächtige Organisation[20]

Ein noch beredteres Zeugnis der Absichten der sowjetischen Seite stellt die Verordnung des Politbüros des ZK VKP(B)[21] vom 12. November 1925 dar, in der es im Hinblick auf Junkers heißt: „Dem Hauptkonzessionskomitee der UdSSR vorschlagen, den Vertragsentwurf so zu ändern, daß für uns die möglichst gewinnbringende Aufhebung der Verträge sichergestellt ist."[22] Auch ein Dienstschreiben des Hauptkonzessionskomitees für das Politbüro vom 8. Februar 1926 weist in dieselbe Richtung: „[. . .] muß unser Vertragsentwurf für den Konzessionär jetzt noch so stark verschlechtert werden, daß er zweifelsohne für Junkers unannehmbar wird?"[23] Wie die sowjetische Seite über die Militärkooperation dachte, geht ferner aus einem Schreiben des Vorsitzenden des VSNCh[24] und der OGPU, Feliks Ė. Dzeržinskij, und des Kriegskommissars Kliment Ė. Vorošilov an das Politbüro des ZK VKP(B) vom 1. März 1926 hervor. In diesem Dokument bestanden sie auf der Notwendigkeit einer umgehenden Aufhebung der Konzession für Junkers: „Wir haben alle Pläne und Daten sowohl über die in Fili gebauten Flugzeuge als auch über ihre Produktion herausgezogen. Dieses Material haben wir als Grundlage für die Organisation einer eigenen Produktion von Metallflugzeugen benutzt."[25]

Solche Verstöße zeigten Wirkung, wie sich der Verordnung des Politbüros des ZK VKP(B) vom 4. März 1926 entnehmen läßt, in der es u. a. hieß: „den Vertrag mit Junkers aufheben" und die „Entwicklung einer Flugzeugindustrie mit den Mitteln der Sowjetunion" aufnehmen[26]. Ähnliche Ziele verfolgte Moskau Mitte 1926 im Hinblick auf Bersol'. Das Protokoll Nr. 39 (vom 30. Juni 1926) der Kommission des Politbüros des ZK

---

[17] Dzeržinskij an Jagoda und Trilisser, 6. 7. 1925, in: RCChIDNI, f. 76, op. 3, d. 317, l. 9.

[18] Spionageabwehr-Abteilung der OGPU.

[19] RCChIDNI, f. 76, op. 3, d. 317, l. 11.

[20] Vgl. Aufzeichnung Čičerins über ein Gespräch mit Brockdorff-Rantzau vom 20. 2. 1925, in: Ebenda, l. 6.

[21] Nach der Gründung der UdSSR am 31. 12. 1922 wurde dann die RKP (B) im Dezember 1925 in VKP (B) umbenannt (V = Vsesojuznaja = Allunions-).

[22] RGVA, f. 4, op. 14, d. 25, l. 3.

[23] Ebenda.

[24] Vyšij Sovet Narodnogo Chozjajstva – Oberster Rat der Volkswirtschaft.

[25] RGVA, f. 33987, op. 3, d. 151, l. 55.

[26] RCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 549, l. 5.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VKP(B) für besondere Aufträge, dem u. a. der stellvertretende Vorsitzende des Revolutionären Kriegsrates der UdSSR Unšlicht, der Volkskommissar des Äußeren Čičerin und der stellvertretende Vorsitzende der OGPU Jagoda angehörten, ist hier ganz deutlich. Man wollte „einen definitiven Kurs auf den Bruch mit ihnen [den Deutschen] in der Angelegenheit Bersol' einschlagen"[27].

Diese Aussagen relativieren die in der westlichen Forschung bislang gängige These, das Junkerswerk in Fili und die Bersol'-AG in Ivaščenkovo seien allein aufgrund technischer Mängel und geschäftlicher Fehler, die von den beiden Firmen zu verantworten waren, gescheitert[28]. Jedoch wäre es ein Irrtum zu meinen, Moskau habe den wahren Wert von Bersol' und Junkers nicht erkannt. So schrieb Unšlicht am 21. Januar 1927: „In der Fabrik Bersol' erhalten wir die erste und vorläufig einzige Basis für die Produktion von Giftgasen in großem Maßstab. Auf sie müssen wir uns vorläufig für die nächste Zukunft ausschließlich stützen."[29] „In Anbetracht der kolossalen Bedeutung von Giftgasen in einem künftigen Krieg" schlug Unšlicht dem VSNCh vor, sämtliche Produktionsstätten von Giftgasen und Gasmasken zu einem selbständigen „militärchemischen Trust" zu vereinigen[30].

Im März 1927 wurde der Konzessionsvertrag mit Junkers aufgelöst[31]. Die Fabrik in Fili ging in das Eigentum der UdSSR über. Im April 1927 wurde mit Stoltzenberg eine Übereinkunft über die Liquidierung von Bersol' unterzeichnet[32]. Die Gefu, die durch unsolide Finanztransaktionen ins Zwielicht geraten war, war bereits ein Jahr zuvor aufgelöst worden. Das am 1. Mai 1926 als Ersatz geschaffene „Wirtschaftskontor" (Wiko) wurde bereits zehn Monate später infolge der internationalen Presseenthüllungen über die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit („Granatenaffäre") wieder geschlossen[33].

Diese Häufung von Problemen und Mißerfolgen traf mit einer grundlegenden Änderung der internationalen Rahmenbedingungen zusammen. Die sowjetische Seite betrachtete die zunehmende Westorientierung Deutschlands im Zuge von Stresemanns Locarno-Politik mit äußerstem Mißtrauen[34]. Moskau reagierte unter anderem mit Angeboten zur Intensivierung der Rüstungszusammenarbeit. Auf die Vorschläge, die der stellvertretende Vorsitzende des Revolutionären Kriegsrats der UdSSR, Iossif S. Unšlicht, bei seinem Besuch in Berlin im März 1926 unterbreitete, ging man dort jedoch nicht ein[35].

Als Ende 1926 die militärische Zusammenarbeit durch Veröffentlichungen des „Manchester Guardian" bekannt wurde und die Enthüllungen von der SPD für eine Kampagne gegen die allzu selbstherrlich agierende Reichswehr, die KPD und die Minderheitsregierung unter Wilhelm Marx aufgegriffen wurden[36], war dies ein weiterer schwerer Schlag

[27] Ebenda, l. 35.

[28] Vgl. z. B. Zeidler, S. 97 und S. 99 f.

[29] Vgl. Brief Unšlichts an den Leiter der Militärindustriellen Hauptverwaltung des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR, Tolokoncev, an Vorošilov u. a., in: RGVA, F. 33987, op. 3, d. 87, l. 73.

[30] Ebenda.

[31] AVP RF, f. 04, op. 13, p. 97, d. 50375, l. 196 ff.

[32] Bundesarchiv Koblenz, NL 5/116, Bl. 95.

[33] Ebenda, Bl. 94.

[34] Vgl. hierzu Martin Walsdorff, Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971.

[35] AVP RF, f. 0165, op. 5, p. 123, d. 146, l. 107–111.

[36] Vgl. hierzu Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München 1992, S. 198–208.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die sowjetisch-deutschen Militärbeziehungen. Moskau argwöhnte, die Enthüllungskampagne sei von Stresemann inszeniert worden, um prosowjetischen Stimmungen in der Reichswehr entgegenzutreten und die „Republikanisierung" der Reichswehr in die Wege zu leiten[37].

Als London am 27. Mai 1927 die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abbrach und damit eine erhebliche Verschlechterung des britisch-sowjetischen Klimas bewirkte, war Moskau an der Einstellung der deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen noch weniger interessiert als zuvor. Deshalb bemühte sich die sowjetische Führung um eine offizielle Erklärung der Reichsregierung, mit der die Kooperation „legalisiert" werden sollte. Diese Frage behandelten am 26. Februar 1927 der Leiter der Aufklärungsabteilung des Stabes der Roten Armee, Jan K. Berzin, in einem Gespräch mit dem Emissär der Reichswehr in der UdSSR Niedermayer und am 6. Mai 1927 der stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Maxim M. Litvinov, in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Moskau, Brockdorff-Rantzau[38]. Im August 1927 teilte Brockdorff-Rantzau Čičerin mit, daß die deutsche Regierung nichts gegen den weiteren Betrieb der Panzerschule in Kazan' habe[39]. Auf diese Weise wurde die militärische Zusammenarbeit trotz des Wirbels nach den publizistischen Enthüllungen fortgesetzt.

Die Panzerschule war Teil eines größeren Ausbildungsprogramms der Reichswehr in der Sowjetunion. „Seit 1925, als die Mißerfolge mit Junkers und der Yperitfabrik schon klar festgestellt waren, wurde die Zusammenarbeit schrittweise auf andere Gleise überführt", vermerkte der Leiter der Aufklärungsabteilung Berzin in einem Bericht an Vorošilov Anfang 1928[40]. Dieses andere „Gleis" wurden die militärischen Ausbildungszentren der Reichswehr. Auf dem Territorium der UdSSR wurden 1925 bis 1928 die Fliegerschule (Flugzentrum) bei Lipezk, die Panzerschule (Kampfwagenschule) bei Kazan', der Übungsplatz für aerochemische Versuche in Podosinki bei Moskau und die Chemiewaffenschule (aerochemische Station) „Tomka" in der Nähe der Eisenbahnstation Pričernavskaja bei Volsk im Saratower Oblast' eingerichtet. Hinzu trat ab Mitte der zwanziger Jahre die wechselseitige Teilnahme an Manövern und ein Austauschprogramm für Offiziere. Im August 1925 war erstmals eine Gruppe deutscher Offiziere bei Manövern der Roten Armee anwesend[41], einen Monat später wohnten sowjetische Offiziere unter Leitung von Michail N. Tuchačevskij Manövern der Reichswehr bei[42]. Danach wurden der Austausch und die Entsendung höherer Offiziere zu Manövern und Feldreisen zur regelmäßigen Übung. Bis 1930 war Deutschland wohl das einzige Land, dessen Offiziere an den großen Herbstmanövern der Roten Armee teilnahmen. Tuchačevskij war noch mindestens einmal – 1932 – als Beobachter an Manövern der Reichswehr beteiligt[43].

Neue Gefährdungen der Militärkooperation traten auf, als die UdSSR 1928 die Neue Ökonomische Politik aufgab. Als Folge davon begann das Mißtrauen gegenüber ausländischen Spezialisten ausgesprochen schizophrene Züge anzunehmen. Erinnert sei nur an

[37] RGVA, f. 33987, op. 3, d. 151, l. 3–5.
[38] AVP RF, f. 0165, op. 5, p. 123, d. 146, l. 177; f. 0165, op. 7, p. 140, d. 234, l. 1.
[39] Stresemann an Brockdorff-Rantzau, 12. 8. 1927, und Telegramm Brockdorff-Rantzau an Stresemann, 15. 8. 1927, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie B, Bd. VI, S. 229 f.
[40] RGVA, f. 33987, op. 3, d. 295, l. 71–79, Bericht Berzins an Vorošilov, 24. 2. 1928.
[41] RGVA, f. 33987, op. 3, d. 98, l. 78.
[42] Ebenda, l. 78 f.
[43] RGVA, f. 33987, op. 2, d. 5, l. 25–50.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Šachty-Prozeß, in dem neben sowjetischen Ingenieuren auch Fachleute der AEG wegen angeblicher Sabotage angeklagt waren[44]. Die militärische Zusammenarbeit mit Deutschland stand damit erneut auf dem Prüfstand. Um diese Frage zu klären, wurde 1928 sogar eine Kommission des Politbüro des ZK VKP(B) geschaffen, und der sowjetische Vertreter in Berlin, Nikolaj N. Krestinskij, mußte in seiner Korrespondenz mit Stalin und Vorošilov seine ganze diplomatische Kunst aufwenden, um einen Abbruch zu verhindern[45]. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits die wechselseitige Teilnahme von Beobachtern an Manövern, die Entsendung von Kommandeuren der Roten Armee zu Ausbildungskursen des Truppenamtes, der Austausch von Aufklärungsdaten über Polen, Rumänien und die Mandschurei sowie Kontakte zwischen den Kriegsflotten beider Länder Realität geworden.

Ausschlaggebend für die Fortführung der deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen bis 1933 war neben ihrem militärischen Nutzen auch ihre außenpolitische Bedeutung gewesen.

Dies belegen auch die im folgenden publizierten Dokumente. Sie betreffen nicht den gesamten Zeitraum der militärischen Zusammenarbeit von 1920 bis 1933, sondern beziehen sich auf die kritischen Phasen 1926/27 und 1928/29. Sie ermöglichen einen Einblick in die Motivlagen der sowjetischen Seite bei der militärischen Kooperation, die im Gegensatz zur deutschen Seite[46] noch wenig untersucht worden ist. Die Dokumente zeigen insbesondere Nikolaj Krestinskij, den sowjetischen Vertreter in Berlin, als starken Fürsprecher der militärischen Zusammenarbeit. Krestinskij vermittelte nicht nur den Besuch einer sowjetischen Militärdelegation unter Iossif Unšlicht, die in Berlin Vereinbarungen über eine Erweiterung und Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit erzielte (Dokumente 1 und 2). Er griff auch wiederholt ein, wenn er die Kooperation durch Diskussionen in den politischen und militärischen Führungszirkeln in Moskau gefährdet sah (Dokumente 4, 5 und 6). Dabei wandte er sich gegen übertriebene Spionagefurcht und gegen die seiner Ansicht nach irrtümliche Annahme, die verstärkte Westorientierung Deutschlands in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre gehe mit der Absicht einher, die Militärbeziehungen mit Moskau abzubrechen. Krestinskij bemerkte richtig, daß das Interesse der Reichswehr an den Beziehungen zur Roten Armee ebenso weiterexistierte wie die gemeinsame Frontstellung Deutschlands und Rußlands gegen Polen, auch wenn für die Stresemannsche Außenpolitik die Milderung der Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges auf dem Wege von Verhandlungen mit den Westmächten im Vordergrund stand. Die militärische Zusammenarbeit wurde in dieser Konstellation zur tragenden Säule der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Allerdings änderte diese nicht nur aufgrund technischer und ökonomischer Probleme, sondern auch wegen der gewandelten internationalen Rahmenbedingungen ihren Charakter. Das als Dokument 3 abgedruckte, in der sowjetischen Botschaft in Berlin erstellte Memorandum verdeutlicht diesen Zusammenhang.

[44] Ausführlich hierzu Wilhelm Ziehr, Die Entwicklung des „Schauprozesses" in der Sowjetunion. Ein Beitrag zur sowjetischen Innenpolitik 1928–1928, Diss. phil. Tübingen 1970, S. 73–133.

[45] AVP RF, f. 0165, op. 7, p. 140, d. 234, l. 71–78.

[46] Ein erster Bericht eines Zeitzeugen erschien bereits 1953 in dieser Zeitschrift; Helm Speidel, Reichswehr und Rote Armee, in: VfZ 1 (1953), S. 9–45.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

Brief des Bevollmächtigten Vertreters [Botschafters] der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an den stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats der UdSSR Iossif S. Unšlicht.

1. Februar 1926
Kopien an Gen. Čičerin
Kopien an Gen. Litvinov
Kopien an Gen. Stalin

Sehr geehrter Iossif Stanislavovič,

vor drei Tagen haben Seeckt und Hasse bei mir zu Mittag gegessen. Von unserer Seite waren nur jene Genossen dabei, die bereits früher an Gesprächen mit den genannten Personen und zu den gleichen Themen teilgenommen haben, nämlich: Stomonjakov[47], Jakubovič[48], Lunev[49] und ich. (Während des eigentlichen Essens war auch noch Vera Moiseevna[50] anwesend, die uns anschließend alleine ließ.)

Ich sagte dem General [Seeckt], daß ich während meines Aufenthalts in Moskau mit militärischen und mit der Gesamtführung betrauten Genossen viel über unsere gemeinsame Arbeit mit den Deutschen im Bereich der Militärtechnik gesprochen habe. Die Genossen hätten keinerlei Zweifel am guten Willen der beiden Generale und von Reichswehrminister Geßler geäußert, sähen sich aber genötigt, in Anbetracht der Ergebnisse der dreijährigen gemeinsamen Arbeit zu erklären, daß diese Arbeit fast gar nichts erbracht hat. Ich bezog mich auf die erfolglose Erfahrung mit Junkers, auf die noch nicht beendete, aber von uns ebenfalls als erfolglos eingestufte Erfahrung mit den Gasen, darauf, daß wir keine neue Bestellung für Artilleriegranaten erhalten können und die Fabriken, die eigens für die Erfüllung dieses Auftrags errichtet wurden, werden umstellen müssen, und ferner auf die bürokratische Verschleppung in der Sache mit den [Gas]masken und dem Maschinengewehr[51].

Ich sagte, daß die Moskauer Genossen das Fehlen von Resultaten und die Schwerfälligkeit der Arbeit mit den persönlichen Eigenschaften der Leute erklären, die die Arbeit von

---

[47] Boris S. Stomonjakov, Mitglied des Kollegiums des NKID (Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten) der UdSSR.

[48] Ignatij S. Jakubovič, Erster Sekretär der Botschaft der UdSSR in Deutschland.

[49] Sergej V. Petrenko-Lunev, Militärattaché der UdSSR in Deutschland.

[50] Ehefrau N. N. Krestinskijs.

[51] Im November 1923 einigten sich GEFU und Metachim auf die Gründung einer deutsch-sowjetischen AG Bersol', außerdem auf die gemeinsame Produktion von Maschinengewehren des von N. von Dreyse entwickelten Modells. Die Tests von kleinen und mittleren Dreyse-MGs wurden 1924–1925 auf dem Schießgelände Kummersdorf in Anwesenheit sowjetischer Vertreter durchgeführt. Im Dezember 1925 wurden die Musterexemplare von Dreyse-MGs über die GEFU nach Moskau bestellt. Die Bestellung wurde jedoch dilatorisch behandelt. Im Rahmen der GEFU-Metachim-Kooperation wurde mit dem Unternehmen „Auer" ein Vorvertrag über die Errichtung der Massenproduktion von Auer-Kampfgasmasken in der UdSSR geschlossen. Das von Auer ausgearbeitete Projekt fand die Sowjetseite nicht zufriedenstellend, und im Mai 1926 beschloß man in Moskau, das Projekt nicht zu genehmigen.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutscher Seite unmittelbar anleiten. Unsere führenden Genossen von der Armee hätten jegliches Vertrauen in diese Leute verloren. Bei uns vertrete man die Ansicht, daß die Einmischung dieser Leute jegliche Übereinkunft mit deutschen industriellen Gruppen erschwert und verteuert. Ich wies darauf hin, daß seinerzeit die „Gefisten"[52] versuchten, die Genehmigung für die Eröffnung eines Konzessionskontors in Moskau zu erhalten. Sie verheimlichten nicht, daß sie von deutschen Firmen Provisionen erhalten und die erwirtschafteten Gelder zum Ausbau ihrer militärischen Unternehmen verwenden wollten. Die Eröffnung eines derartigen Kontors der Gefu sei nicht erlaubt worden, aber es sei natürlich möglich, daß die Gefu-Mitarbeiter an ihren früheren Plänen festhielten und versuchten, ihre Vermittlungsstelle für ihre eigennützigen geschäftlichen Interessen auszunützen. Unsere Regierung halte die Entfernung der heutigen Gefu-Mitarbeiter für eine unerläßliche Voraussetzung für die Aufnahme weiterer gemeinsamer Projekte. Ich verstünde die Schwierigkeit, Leute mit langer Erfahrung und vielen Kenntnissen zu entfernen, aber deshalb strebten wir auch nicht danach, sie aus den alten Angelegenheiten auszuschalten. Wir wollten nur eine neue Form der Arbeit unter Heranziehung anderer Leute für neue Unternehmen.

In Moskau vertrete man den Standpunkt, daß es am angemessensten wäre, wenn sich, wie das zu Zeiten von Skljanskij[53] und Rosengol'c[54] war, die verantwortlichen Leiter der beiden militärischen Ressorts treffen würden. Sie könnten militärpolitische und militärtechnische Fragen beraten, die Richtung der weiteren Arbeit festlegen, neue Leute aussuchen und in Zukunft aufmerksamer ihre Arbeit kontrollieren. Wenn der General[55] der Ansicht zustimme, daß eine solche Begegnung wünschenswert wäre, dann bäte ich ihn zu erklären, wo, wann und wie eine solche Zusammenkunft zu organisieren wäre.

All das habe ich nicht in einem Atemzug ausgeführt, aber ich resümiere einfach und fasse das, was ich als Einführungswort erklärt, und das, was ich später hinzugefügt habe, zusammen. Ebenso werde ich mit der Antwort des Generals verfahren.

Der General ist für ein Treffen. Er tritt, ausgehend von den folgenden Überlegungen, für eine Begegnung in Berlin ein: Seine Bewegungen stehen im Licht der Öffentlichkeit, und es wäre ihm in der nächsten Zeit unmöglich, allein nach Moskau zu fahren. Er möchte aber an der Besprechung persönlich teilnehmen. Weiterhin wechselt General Hasse dieser Tage vom Posten des Chef des Stabes [des Truppenamts] zum Kommandierenden der Einheiten des Wehrkreises Berlin-Brandenburg. Wenn die Gespräche in Moskau stattfänden, dann müßte sie der neue Chef des Stabes führen, der weder unsere Leute, noch die ganze Geschichte der Gespräche und der gegenseitigen Beziehungen kennt. Zu Gesprächen in Berlin jedoch würde im Sinne der Kontinuität auch General Hasse beigezogen werden. Schließlich ist es nach Meinung des Generals auch wichtig, daß ich in Berlin mit dabei bin, weil ich doch seit über vier Jahren mehr oder weniger mit den Gesprächen und der gemeinsamen Arbeit beider militärischen Ressorts befaßt bin und daher bei den Gesprächen auf unserer Seite ebenso ein Element der Kontinuität darstellen kann, wie es

[52] GEFU-Leute. Gemeint sind offensichtlich GEFU-Geschäftsführer Fritz Tschunke und Theodor Eckardt.

[53] Efraim M. Skljanskij, stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrats von 1918 bis 1924.

[54] Arkadij P. Rosengol'c, Mitglied des RKR der Republik, Chef der sowjetischen Luftflotte 1922–1924, Schwiegersohn von Lev D. Trotzki.

[55] Gemeint ist von Seeckt.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beispielsweise General Hasse auf der deutschen Seite darstellt. Was den Zeitpunkt der Gespräche betrifft, so hat der General in nächster Zeit nicht vor, aus Berlin wegzufahren, er ist daher mit jedem Termin einverstanden und stellt es uns anheim, den Termin der Begegnung festzusetzen. Er bittet nur darum, ihn ein paar Wochen vorab zu informieren, damit es möglich ist, die Gesprächspunkte vorzubereiten. Den Ablauf der Gespräche stellt er sich folgendermaßen vor: Bis zur Reise nach Berlin soll bei uns bestimmt werden, in welchen Bereichen des Aufbaus unserer Streitkräfte und vor allem der Ausrüstung wir Unterstützung von den Deutschen erhalten wollten, sowie welche technischen und finanziellen Mittel wir unsererseits in diese gemeinsame Arbeit einbringen können. Die Deutschen klären diese Fragen ihrerseits unter dem Blickwinkel des Bedarfs ihrer Armee und im Hinblick darauf, was sie uns geben können. Aus Moskau reist nicht nur eine der führenden Persönlichkeiten unserer Roten Armee nach Berlin (die Deutschen erwarten Sie als jemanden, der die Sprache beherrscht und bereits lange Zeit an der Spitze des gesamten Versorgungswesens der Roten Armee steht), sondern auch zwei oder drei Spezialisten aus der GAU[56], der VIU[57] oder anderen Abteilungen des Revolutionären Kriegsrats. Die Gespräche beginnen mit einem allgemeinen Meinungsaustausch zwischen Ihnen und Seeckt, an dem noch jeweils maximal ein bis zwei verantwortliche Personen (beispielsweise von ihrer Seite Hasse und der neue Chef[58] des Generalstabs[59]) teilnehmen könnten; anschließend beraten die technischen Assistenten im Lauf von zwei bis drei Tagen mit dem Chef des Waffenamtes der Reichswehr und den Leitern der entsprechenden Abteilungen des Waffenamtes die im ersten Gespräch aufgeworfenen konkreten technischen Fragen. Nach dieser Vorbereitung sollen in neuerlichen Gesprächen zwischen Ihnen und dem General die Ergebnisse zusammengefaßt werden. Sollte nach dieser Besprechung eine technische und juristische Nachbereitung erforderlich sein, dann folgt das abschließende Gespräch danach. Für die ganze Angelegenheit ist ein ungefähr einwöchiger Aufenthalt hier erforderlich. Es kann natürlich auch der Fall eintreten, daß etwas mehr Zeit vonnöten ist, aber kaum mehr als zehn Tage.

Sich der Vergangenheit und zum Teil der Gegenwart unserer Beziehungen zuwendend, wies der General darauf hin, daß sich ihre Mitarbeiter sehr stark über das Verhältnis zu unseren Leuten aus der „Metachim"[60] beklagen und daß es schwierig wäre, die Leute auf einer Seite auszutauschen und auf der anderen nicht. Ich antwortete, daß es bei einem Gespräch des Generals mit Ihnen durchaus möglich sein wird, die Frage der Heranziehung neuer Leute auch von unserer Seite zu stellen. Das bedeutet keinesfalls, daß wir mit den Vorwürfen der Leute aus der „Gefu" gegen unsere Mitarbeiter einverstanden sind, aber wir verstehen, daß man an derartige Fragen nicht mit einseitigen Forderungen herantreten kann, sondern daß es notwendig ist, sich auch gegenüber den Wünschen der anderen Seite aufgeschlossen zu verhalten.

---

[56] Glavnoe artilleriskoje upravlenie RVS (Artilleriehauptverwaltung des RKR).

[57] Voenno-inženernoe upravlenie RVS (Militärtechnische Verwaltung des RKR).

[58] Gemeint ist Generalmajor Georg Wetzel, der das Truppenamt 1926 als Nachfolger von O. Hasse leitete.

[59] Gemeint ist das Truppenamt. Einen Generalstab durfte die deutsche Armee laut Versailler Vertrag nicht unterhalten.

[60] Sowjetisches Rüstungsunternehmen. Aktiengesellschaft für Herstellung metallener und chemischer Erzeugnisse.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Angelegenheit der Maschinengewehre sagte der General, daß sie daran unmittelbar interessiert seien, sofern in unserer Armee einheitliche Kaliber eingeführt würden und sie somit von uns den Gegenwert der uns übergebenen Ausrüstung und des uns überlassenen Patents in Form fertiger Maschinengewehre bekommen könnten. Leider sind die Kaliber verschieden, und für beide Armeen ist es technisch und aus ökonomischen Gründen gegenwärtig unmöglich, die Kaliber zu verändern. Es würde sich technisch kaum lohnen, wenn wir gleichzeitig Maschinengewehre mit zwei verschiedenen Kalibern für uns und für die Deutschen produzieren würden. Deshalb sind die Deutschen an der Organisation der Maschinengewehrproduktion bei uns nur insofern unmittelbar interessiert, als sie eine Stärkung der Kampfkraft unserer Roten Armee wünschen. Für die Ausrüstung und das Patent, die sie uns natürlich nicht schenken können, steht ihnen eine finanzielle Entschädigung zu. Aber der General hält es für möglich, daß man es vielleicht so einrichten kann, daß sie nicht Bargeld von uns nehmen, sondern uns in der Höhe der von uns zu entrichtenden Summe einen neuen Auftrag für Artilleriemunition erteilen. Diese Frage bedarf natürlich einer Überprüfung, in erster Linie einer Klärung, inwieweit wir die Preise für Artilleriemunition im Vergleich zur ersten Bestellung senken können.

Der General ist nach wie vor an der Errichtung der Flugzeugproduktion interessiert und hofft, daß die Gespräche von „Junkers" mit uns, die auf neuen Grundlagen geführt werden, ein positives Resultat ergeben werden.

Für schwerwiegender halten die Generale, insbesondere Hasse, unsere Meinungsverschiedenheiten in der Gasangelegenheit. Sie weisen jedoch den Vorwurf zurück, daß sie bei der Auswahl des technischen Leiters nicht aufmerksam gewesen seien. Sie hätten sich an Professor Haber[61], der zweifellos der weltbeste Spezialist in dieser Frage ist, mit der Bitte gewandt, ihnen einen seiner Schüler zu empfehlen, und dieser habe ihnen Stoltzenberg als seinen fähigsten und geeignetsten Schüler empfohlen. Sie wüßten nicht genau, was es in Spanien für eine Geschichte mit Stoltzenberg gab, weil militärische Stellen zu diesem Unternehmen keinerlei Beziehungen hatten. Die von Stoltzenberg in der Nähe von Hamburg errichtete Fabrik existiere und arbeite. Sie produziere keine Kampfgase, weil das in Deutschland verboten sei. Diese Fabrik könne, um Gefährdungen der benachbarten Bevölkerung zu vermeiden, nur bei bestimmten Wetterlagen und Windrichtungen arbeiten. Alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen treffe Stoltzenberg auch bei der Inbetriebnahme von Fabriken in Rußland. Die Deutschen bitten, diese probeweise Inbetriebnahme nicht zu behindern und von der Reichswehr nicht die vorherige Übernahme der gesamten Verantwortung für mögliche Unfälle zu verlangen. Sie sind überzeugt, daß die Ergebnisse des Probebetriebs günstiger ausfallen werden als wir denken.

Gen. Lunev antwortete, daß es von unserer Seite keine Hindernisse für die Inbetriebnahme der Fabrik gebe, worüber die in Rußland befindlichen Gefu-Mitarbeiter in Kenntnis gesetzt worden seien.

Ich schreibe nicht detaillierter über unser Gespräch, da das wahrscheinlich Gen. Lunev tun wird. Ich schreibe auch nicht über die anderen Themen, die wir berührt haben, denn wir sprachen ziemlich eingehend über deutsche Kredite für unsere Bestellungen und über die Gerüchte über eine amerikanische Anleihe für Polen, die von Amerika über Deutschland abgewickelt werden soll (siehe den letzten Brief von Gen. Raevskij). In der Frage der deutsch-russischen Kredite war der General mit der Argumentation von Sto-

[61] Fritz Haber, Chef der deutschen Kampfgasforschung im Ersten Weltkrieg, Nobelpreisträger für Chemie.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

monjakov einverstanden. Was die Frage der amerikanisch-deutschen Anleihe für Polen betrifft, so hielt er diese Idee für unwahrscheinlich und den deutschen Interessen widersprechend, weil auf diese Weise der polnische Korridor verewigt werden würde: Der Bau einer Parallelstrecke durch den Korridor seitens der Deutschen würde bedeuten, daß die Deutschen sich damit abfinden, daß der Korridor auf lange Sicht polnisches Territorium bliebe.

Meine Meinung ist, daß Sie, Iossif Stanislavovič, der Reise nach Berlin zustimmen sollten, wobei Sie diese Unternehmung nicht auf die lange Bank schieben, sondern sie am besten am Ende dieses Monats realisieren sollten. Ich bin deshalb für eine Beschleunigung, weil meiner Meinung nach Ihre Anwesenheit in Berlin und die Tatsache, daß Sie geschäftliche Besprechungen mit dem General führen, ein günstiges Klima für die Beschleunigung und die Verbesserung der Bedingungen für unsere wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen mit den Deutschen schaffen.

Mit kameradschaftlichem Gruß
N. Krestinskij

(Quelle: AVP RF, f. 04, o. 13, p. 90, d. 50186, ll. 6–11)

Dokument 2

Denkschrift über die Ergebnisse der Verhandlungen der sowjetischen Militärdelegation unter der Leitung von Iossif S. Unšlicht mit dem Oberkommando der Reichswehr.

23.–30. März 1926

Damit man sich eine allgemeine Vorstellung von den vom 23. bis 30. März geführten Verhandlungen machen kann, werden ihre Ergebnisse auf folgende Weise kurz zusammengefaßt:

Die sowjetische Seite hat die Erklärung von Herrn General von Seeckt zur Kenntnis genommen, daß künftig bei den bilateralen Beziehungen und deren Aufrechterhaltung keine Vermittlerorganisationen mitwirken werden, die außerhalb der Militärbehörden beider Parteien stehen.

Es wurde vereinbart, daß alle Verhandlungen unmittelbar durch die höchsten Militärorgane beider Seiten geführt werden. In Berlin werden solche Fragen von Herrn General von Seeckt gelöst, in Moskau vom stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates der Union, Genossen Unšlicht. Die Verbindung wird in Berlin durch den Militärattaché bei der bevollmächtigten Vertretung der UdSSR, Genossen Lunev, aufrechterhalten, in Moskau durch den bevollmächtigten Vertreter des Reichswehrministeriums, Oberst Lieth-Thomsen.

Im Laufe der Verhandlungen sind folgende Ergebnisse zu einzelnen Themen erzielt worden:

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I. FRAGEN ZUR ARTILLERIE

1. Der Vorschlag der Sowjetischen Seite über den Aufbau der Dreyse-Produktion auf der Basis einer gemeinsamen Arbeit mit dem [privaten] Kapital wurde von der Deutschen Seite abgelehnt.

Der Vorschlag der Sowjetischen Seite über die Besichtigung eines Maschinenparkes in Schweden wird von der Deutschen Seite erneut in Erwägung gezogen ebenso wie die Frage über die rechtzeitige Lieferung von Dreyse-Maschinengewehrmustern, die „GEFU" bereits im Dezember 1925 bestellt hat. Nach Klärung beider Fragen wird die Antwort durch den Genossen Lunev übergeben.

2. Der Vorschlag der Deutschen Seite über die Errichtung einer Panzerschule wurde durch die Sowjetische Seite akzeptiert.

3. Der Vorschlag der Sowjetischen Seite, mit privatem Kapital eine gemeinsame Fertigung von Motoren und Panzern in Rußland aufzubauen, wurde von der Deutschen Seite abgelehnt. Die Motive dafür sind das Fehlen von Mitteln, Mustern und verschiedene andere Gründe. Darüber hinaus erklärte die Deutsche Seite, daß sie mit Motoren versorgt sei und es keinen Sinn gäbe, die genannte Herstellung nach Rußland zu verlegen.

Die Entscheidung über den Vorschlag der Sowjetischen Seite, gemeinsam eine Schwerartillerieproduktion aufzubauen, ist von der Deutschen Seite vorläufig verschoben worden.

Die Sowjetische Seite verpflichtet sich, die Klärung von Fragen, wie der Standortsuche, der Feststellung von vorhandenen bzw. notwendigen Maschinen und Anlagen sowie der Ausgaben usw. fortzusetzen. Die Deutsche Seite verpflichtet sich, ihre Kontakte mit Industriellen weiterhin zu vertiefen, um Möglichkeiten der beiderseitigen Beteiligung an der Herstellung zu schaffen.

4. Die Bestellung von Granaten hat die Deutsche Seite vorläufig abgelehnt.

5. Die Frage der gegenseitigen Teilnahme an Manövern, Feldreisen u. a. ist geregelt worden.

II. FRAGEN DER MARINEBEHÖRDE

1. Die Deutsche Seite zeigte sich zwar sehr interessiert an unserem Vorschlag über die Zusammenarbeit (d. h. über die Kapitalbeteiligung) bei der Werft in Nikolaev sowie an einem Auftrag an diese zum Bau von U-Booten, Wachschiffen und Schnellbooten, lehnte ihn aber aufgrund der schwierigen finanziellen Lage ab.

2. Die Deutsche Seite erklärte, daß sie sehr daran interessiert sei, daß die UdSSR gute U-Boote besitze.

Zu diesem Zwecke übergibt die Deutsche Seite der Sowjetischen Seite die vollständigen Unterlagen, Projekte, Werkzeichnungen, Spezifikationen, Patente, Erfindungen im Bereich der U-Boote, die auf der Grundlage der während des Krieges gesammelten Erfahrungen und von Forschungen in der Nachkriegszeit sowohl direkt im Konstruktionsbüro der Marinebehörde (Marinewartung) als auch in den direkt oder indirekt mit der Marinebehörde verbundenen Firmen und Büros (Ingenieurskantoor voor Scheepsbouw u. a.) erarbeitet worden sind.

Zur Frage der gebührenfreien Übergabe aller dieser Unterlagen verspricht die Deutsche Seite, alle Möglichkeiten zu klären und anschließend eine Antwort zu geben.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. FRAGEN DER LUFTWAFFE

1. Die Frage „Junkers". – Angesichts der Erklärung der Deutschen Seite, daß es für sie nicht möglich sei, sich in die Verhandlungen mit einer privaten Firma einzumischen, erklärte die Sowjetische Seite, daß sie unter solchen Umständen die Verhandlungen mit der Firma „Junkers" selbständig weiterführen wird.
2. Lipeck. – Die deutschen Vorschläge über die Erweiterung der Schulen in Lipeck wurden durch die Sowjetische Seite angenommen.

IV. FRAGEN DER OPTIK, DES INGENIEURSWESENS, DES RUNDFUNKS, DES SCHEINWERFER- SOWIE DES TELEFON- UND TELEGRAFENWESENS

Die Deutsche Seite erklärte, daß sie kein Interesse an dem Aufbau einer gemeinsamen Produktion im Bereich der oben erwähnten Militärtechnik auf dem Territorium der UdSSR habe, da ihre Streitkräfte in dieser Hinsicht gut versorgt seien. Sie bot lediglich die Vermittlung bei den Verhandlungen mit Privatunternehmen an.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurde festgestellt, daß eine Zusammenarbeit in folgenden Bereichen möglich ist:

1. Austausch von technischen Dokumentationen über die zur Aufrüstung bewilligten Geräte.
2. Wechselseitige Teilnahme an konstruktiven Maßnahmen auf Truppenübungsplätzen und in Laboratorien.
3. Unterstützung beim Erwerb von verschiedenen Geräten sowie Mustern bei Privatunternehmen.
4. Austausch von Mustern verschiedener militärischer und anderer technischer Geräte, insbesondere Tausch von Infanteriebrücken. Das Muster einer Artilleriebrücke wird von der Deutschen Seite zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt.

V. CHEMISCHE FRAGEN

1. „Bersol'"

Die Sowjetische Seite akzeptiert den Vorschlag der Deutschen Seite, die Frist der Inbetriebnahme und vertraglichen Übergabe der Fabrik um einen weiteren Monat zu verlängern. Diese Frist wird folglich auf den 1. Mai 1926 festgelegt.

Die Sowjetische Seite betrachtet es als mit der Deutschen Seite abgestimmt, daß die Leitung der Fabrik sowie ihre weitere Umrüstung gänzlich in die Hände der Sowjetischen Seite übergehen, falls die Fabrik zur genannten Frist nicht in Betrieb gesetzt wird, und zwar mit einer Produktionskapazität von 3,8–4 Tonnen Lost[62] pro Tag. Die Umrüstung erfolgt auf Kosten der Deutschen Seite.

[62] Senfgas, Yperit.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Sowjetische Seite hält den von der Deutschen Seite bestimmten Maximalbetrag für viel zu niedrig und besteht darauf, diesen Betrag auf 2 Mill. Mark festzusetzen, denn nur ein solcher Betrag ermöglicht mit Sicherheit eine rationelle Ausstattung der Anlagen T. und N. Die Hälfte dieses Betrages soll die Deutsche Seite bei der Übernahme der Leitung durch die Sowjetische Seite anzahlen. Die über die Anzahlung hinaus ausgegebenen Beträge werden von der Deutschen Seite nach der Inbetriebnahme durch die Sowjetische Seite gedeckt. Die Produktionskapazität soll mindestens 3,8 bis 4 Tonnen Lost pro Tag betragen.

Die Deutsche Seite bittet, ohne eine endgültige Antwort auf den Vorschlag der Sowjetischen Seite zu geben, um einen Kostenvoranschlag für die Umrüstung, damit sie eine endgültige Entscheidung treffen kann.

Zum heutigen Zeitpunkt erklärt sich die Deutsche Seite bereit, 1 Mill. Mark zu bewilligen, wobei 300000 Mark als Anzahlung und der Restbetrag nach der Inbetriebnahme durch uns ausgezahlt wird.

Die Sowjetische Seite schlägt vor, in Ivo[63] die Installierung einer Diphosgenanlage mit einer Produktionskapazität von 3,5–4 Tonnen pro Tag in Angriff zu nehmen. Dafür sind etwa 1 Mill. einschließlich Gebäude notwendig. Die Geldmittel dafür werden je zur Hälfte von der Deutschen und Sowjetischen Seite bereitgestellt.

Die Deutsche Seite zeigt Interesse an diesem Vorschlag, verschiebt aber die konkrete Entscheidung so lange, bis die Kosten der Inbetriebnahme sowie eines möglichen Umbaus der „Bersol'"-Fabrik festgesetzt werden.

2. Aerochemische Tests

Die Sowjetische Seite betrachtet den folgenden Orientierungsplan sowie die Bedingungen der Durchführung der gemeinsamen aerochemischen Tests als mit der Deutschen Seite vereinbart:

Bedingungen:

Die Deutsche Seite verpflichtet sich, auf eigene Rechnung folgende Fachleute zum Versuchsort kommen zu lassen:

1. Versuchsleiter	1
2. Physiker	1
3. Chemiker	1
4. Meteorologe	1
5. Physiologe	1
6. Arzt	1
7. Assistenten verschiedener Fachgebiete	4
8. Technisches Personal	2

sowie die notwendigen Flugzeuge mit entsprechender Apparatur.

Die Sowjetische Seite verpflichtet sich, für die Versuche dieselbe Zahl von Fachleuten sowie das ganze notwendige Bedienungspersonal auf eigene Kosten zur Verfügung zu stellen.

Alle Ausgaben, die mit der Durchführung von Tests zusammenhängen (Anschaffung von OV[64], Tieren und Tierhaltung u. a.), werden von beiden Seiten je zur Hälfte gedeckt.

---

[63] Ivaščenkovo.

[64] Otravljajuščie veščestva (Giftstoffe).

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf dieselbe Weise werden die Ausgaben für die Schaffung eines Versuchsgeländes sowie für den Transport von Flugzeugen und Apparaturen zum Versuchsort hin gedeckt.

Orientierungsplan

Die Sowjetische Seite wird der Deutschen Seite bis Ende April Informationen über den voraussichtlichen Versuchsort sowie einen Orientierungsvoranschlag liefern.

Die Deutsche Seite wird ihre Antwort eine Woche nach Erhalt des Projekts geben. Im Falle der Zustimmung zu dem Projekt läßt die Deutsche Seite ihre Fachleute und Geräte spätestens bis zum 1. August zum Versuchsort kommen.

Zu diesem Termin soll die Sowjetische Seite die wichtigsten Arbeiten abgeschlossen haben, die für den Beginn der Tests unerläßlich sind.

3. Auer-Gasmasken

Hinsichtlich der Auer-Gasmasken übernimmt die Deutsche Seite alle Verpflichtungen der „GEFU".

(Quelle: AVP RF, f. 0165, o. 5, p. 123, d. 146, ll. 107–111)

Dokument 3

Memorandum[65]

1. Unsere bilateralen Beziehungen mit den Freunden[66] sind revisionsbedürftig, da sich die auswärtigen Beziehungen sowohl des heutigen Deutschlands als auch der UdSSR grundlegend verändert haben.
2. Die Hauptidee der Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien bestand für uns darin, ausländisches Kapital zum Zwecke der Steigerung der Verteidigungsfähigkeit des Landes heranzuziehen; für sie ergab sie sich aus der Notwendigkeit, über eine absolut geheime Basis für die illegale Aufrüstung verfügen zu können. Dabei waren wir weniger als sie an Geheimhaltung interessiert.
3. Die Zusammenarbeit auf dieser Ebene hat die Erwartungen beider Parteien nicht vollständig erfüllt. Wir haben lediglich eine partiell geeignete Ausrüstung der bekannten Unternehmen erhalten, die erst nach umfangreichen Umbauarbeiten zur Anwendung geeignet sein kann. Sie haben alle ihre Mittel verschwendet, sich dabei blamiert, jedoch haben sie diese Unternehmen für andere politische Spekulationen genutzt und auf diese Weise ihr Ansehen bei den Entente-Staaten bis zur jetzigen Höhe zu steigern vermocht.
4. Die gegenwärtige Situation ist für beide Seiten durch eine Festigung ihrer internationalen Positionen gekennzeichnet. Für Deutschland ist das besonders wichtig. Die allmähliche Lockerung seiner unmittelbaren politischen Abhängigkeit von den Entente-Staaten, die Erwerbung eines gewissen Stimmrechts im Völkerbund läßt immer weniger Platz für illegale Aufrüstung. Die Möglichkeit, dieselben Ergebnisse auf dem legalen Weg zu erzielen, ohne dafür zur Kapitalausfuhr u. ä. zu greifen, erscheint zunehmend realistischer.

[65] Das Memorandum wurde in der Botschaft der UdSSR in Deutschland im Januar 1927 (ohne Empfänger und Unterschrift) zusammengestellt.

[66] Gemeint sind die deutschen Militärs.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5. Höchst symptomatisch dafür sind sowohl der bereits erfolgte Rücktritt Seeckts als auch der bevorstehende Rücktritt Geßlers sowie die ganze Kampagne zur „Republikanisierung" der Reichswehr. All das sind Indizien für die Kapitulation der aktivistischen Gruppen der Ostorientierung. Der Einfluß der westlich orientierten Aktivistengruppen (Rechberg, Mahraun[67]) ist wohl kaum gestiegen, zweifellos ist aber, daß Stresemann jetzt die *ganze* deutsche Politik bestimmt und seine Vertragstaktik ausschlaggebend ist.
6. Es wäre aber falsch zu glauben, daß Deutschland ganz auf illegale Möglichkeiten verzichtet, seine Verteidigungsfähigkeit zu steigern. Mit der Zunahme ihres Einflusses hoffen deutsche Diplomaten zwar, ihre Ziele auf dem Wege der direkten Verhandlungen zu erreichen, Stresemann verzichtet aber zweifelsohne nicht darauf, einige illegale Möglichkeiten für einen schwarzen Tag, für den Fall eines Mißerfolgs, oder vielleicht auch als großen Trumpf zu haben. Dabei ist ihnen wichtig, daß zwei Bedingungen erfüllt werden: Erstens, daß die Zahl derer, die in diese Sache einbezogen sind, so klein wie möglich ist (nämlich um das Recht der Bekanntmachung nicht der Willkür des Schicksals zu überlassen, sondern in eigenen Händen zu halten); und zweitens, daß dies der Regierung keine großen Unkosten bereitet (Experimente mit verdeckter Aufrüstung aller Art waren ihnen eine Lehre).
7. Was die wahrscheinliche Einstellung der Deutschen zu Hilfen von uns betrifft, ist ein Unterschied in ihren Haltungen zur Kooperation in puncto Landstreitkräfte und in puncto Marine festzustellen. Während sie im Hinblick auf die Landstreitkräfte an unserer Schwächung überhaupt nicht interessiert sind, sondern ihre direkten Interessen auf unsere Stärkung zielen (solange wir keine gemeinsame Grenze haben und sie bei jeglichen Konflikten ihre Neutralität bewahren können), liegen die Dinge bei der Marineaufrüstung völlig anders. Hier würde uns unsere Stärkung einen Ausgang aus dem Finnischen Meerbusen verschaffen und würde die Deutschen folglich vor die Notwendigkeit stellen, im Falle eines Konfliktes, den wir mit Dritten haben, eine bestimmte Position einzunehmen (ganz zu schweigen von den anglophilen Tendenzen in ihrer Flotte). Selbstverständlich ist diese Verhaltensrichtlinie nicht langfristig festgelegt, aber man muß jetzt damit rechnen.
8. Unterschiede in der Einstellung der Deutschen uns gegenüber sind einerseits in bezug auf unsere westlichen und nahöstlichen Nachbarn (siehe oben) und andererseits in bezug auf die fernöstlichen, insbesondere Japan und China festzustellen. Hier sind die Deutschen an unserer Stärkung nicht interessiert, denn sie hoffen darauf, eine selbständige Politik zu betreiben oder vielleicht sogar ihren Einfluß in China auf unsere Kosten zu stärken. Auch wenn diese Taktik nur von einer kleinen Gruppe ausgeht, so bestimmt sie doch im wesentlichen die Politik der Deutschen uns gegenüber im Osten.
9. Unsere Taktik den Deutschen gegenüber bleibt nur im Prinzip unverändert: es gilt, unsere Verteidigungsfähigkeit mit ihrer Hilfe zu steigern, ohne sie in unsere Armeeorganisation eindringen zu lassen. Praktisch sollten wir aber, ausgehend von dem oben erwähnten, unsere Wege gründlich überprüfen.
10. Bei unserer Hauptaufgabe, der Stärkung der materiellen Basis der RKKA, sinkt die Bedeutung der Reichswehr insofern, als sie tatsächlich über keine ausreichenden Mittel

[67] Arnold Rechberg, Industrieller und politischer Publizist; Arthur Mahraun, Führer des Jungdeutschen Ordens. Beide waren exponierte Vertreter einer eindeutigen Westorientierung Deutschlands. Insbesondere Rechberg war durch seine Pläne eines Militärbündnisses mit den Westmächten gegen die UdSSR bekannt geworden.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dafür verfügt. Es muß zugegeben werden, daß die Versuche des Reichswehrministeriums, bei unseren Beziehungen mit Privatfirmen zu vermitteln, nicht nur nutzlos, sondern zuweilen geradezu schädlich sind, da sie auf die Einrichtung einer Kontrolle über unsere Kontakte, Entsendung ihrer Leute unter dem Deckmantel der Firmen usw. hinauslaufen.

11. Uns bleibt folgendes zu tun: 1) die taktischen und die operativen Erfahrungen der Deutschen im Weltkrieg sowie ihre weitere Verwertung dieser Erfahrungen zu nutzen; 2) die deutschen Methoden des Stabsdienstes zu nutzen; 3) einige bei ihnen hochentwikkelte technische Mittel und Methoden (Nachrichtenwesen, Luftwaffe, Artillerie) zu nutzen. All diese Daten soll und kann man sowohl durch Agententätigkeit als auch durch die Entwicklung eines Systems von Dienstreisen unserer Leute zu ihnen erhalten.

12. Im Austausch dafür können wir ihnen die mit Lipeck und Kazan' anvisierten Möglichkeiten unter folgenden Bedingungen zur Verfügung stellen: 1) daß wir sie in unsere Armeeorganisation nicht eindringen lassen, indem wir entweder territorial oder zeitlich ihre Unternehmungen begrenzen; 2) daß wir keine Kosten, die mit diesen Vorhaben verbunden sind, auf uns nehmen.

13. Es muß erwähnt werden, daß unsere Taktik nach außen hin keinen Änderungen unterworfen sein soll, so daß die Freunde weiter die Überzeugung haben sollen, daß wir an ihrer materiellen Unterstützung weiterhin interessiert seien. Das wird sie dazu bringen, einen für uns günstigen Einfluß auf die entsprechenden staatlichen Behörden auszuüben.

14. Besondere Vorsicht ist in den Marinefragen geboten. Eine Zusammenarbeit in Marinefragen müssen wir sabotieren und sie hauptsächlich darauf begrenzen, daß wir unsere Leute hierher schicken und technische Zeichnungen bekommen u. ä. Auf keinen Fall dürfen wir ihre Fachleute für eine längere Periode in unsere Marineorgane hereinlassen. Das einzige, was wir ihnen zugestehen können, ist, ihnen unsere Gewässer zu Übungszwekken für U-Boote sowie für Versuchsfahrten ihrer Schiffe unter Beteiligung von Mannschaften unserer Seite zur Verfügung zu stellen.

15. Praktisch kann die Arbeit ungefähr folgendermaßen ausgeführt werden:

A) Wir geben ihnen die Möglichkeit, Panzer-, Luft-, Chemiewaffen-, Unterseeboots-, Photogrammetrieschulen sowie Laboratorien und Versuchsstationen, angegliedert an solche Ausbildungseinrichtungen oder separat, wie z. B. eine Artillerieversuchsstation für Flugabwehr- und Ferngeschützfeuer oder solche für Rundfunk und Fernleitung, auszustatten und zu entwickeln.

B) Von ihnen bekommen wir das Recht, unsere Fachleute zu allen Kursen und in alle für uns wichtige Institutionen, Manöver, Lehrveranstaltungen, Feldreisen usw. zu schicken, *sie zu Armee- und Marineeinheiten abzukommandieren*, (wie dies Schweden und Finnen tun).

C) Wir organisieren gemeinsame Besprechungen von operativen Fragen (z. B. „ein möglicher Plan des strategischen Aufmarsches der Baltischen Staaten und Polens"). Man braucht keine Angst vor solchen Gesprächen zu haben, wenn man sich gut darauf vorbereitet und sich über die Aufklärungs- und Desinformationstaktik einigt.

D) Wir üben weiterhin im Rahmen der früheren wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf sie Druck aus, ohne dabei in irgendeiner Weise mit Erfolg zu rechnen.

E) Wir übernehmen die bereits bestehenden Unternehmen („Bersol'" und „Junkers") in eigene Regie wie es bereits durch die leitenden Instanzen in Aussicht genommen ist (selbst wenn die Freunde auch an „Bersol'" hingen, so hätte es keinen Nutzen für uns, denn sie haben ohnehin kein Geld).

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F) Das Geschäft mit Dreyse sollten wir, falls es uns noch interessiert, auf dem Wege direkter Verhandlungen mit dem Unternehmen durchführen, wobei wir diese Verhandlungen nicht demonstrativ unter Ausschluß des Reichswehrministeriums führen, aber auch nicht um Unterstützung bei ihm bitten sollten. Falls das Reichswehrministerium wieder anbieten sollte, das entsprechende Werk auszustatten, dann sollten wir mit ihm verhandeln, als ob es ein gewöhnlicher Lieferant wäre und ohne Zugeständnisse aus politischen Gründen zu machen.

16. Diese Änderung unserer Taktik sollten wir ihnen zu verstehen geben, indem wir von uns aus ein Gespräch über den Punkt B des vorhergehenden Absatzes vorschlagen. (Sie versuchen seit langem, das zu erreichen, und werden die Wiederaufnahme [der Gespräche] unsererseits als ein günstiges Symptom auffassen.) Insbesondere ist es wichtig, dies *genau jetzt* zu tun, denn das wird eine psychologische Hilfe für die Gruppierungen sein, die uns unterstützen und die zur Zeit von allen Seiten systematisch angegriffen werden. Es besteht die Gefahr, daß diese Gruppierungen unter dem Druck von außen und von innen ihre Orientierung ändern werden, und dann würden wir alle unsere Unternehmungen streichen müssen.

17. Hinsichtlich der Frage des Austausches von Aufklärungsdaten können wir in Zusammenhang mit den Gesprächen über die vorhergehenden Absätze in einer für uns günstigen Weise Druck auf sie ausüben.

18. Der eben erhaltene Auszug aus der „Vossischen Zeitung" bestätigt meines Erachtens noch einmal die Richtigkeit der aufgestellten Thesen.

(Quelle: AVP RF, f. 0165, o. 5, p. 123, d. 146, ll. 165–169)

Dokument 4

Brief des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an den Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Maxim M. Litvinov.

18. Januar 1927

Eine Kopie an den Genossen Unšlicht

Nr. 67/s

Aus Ihren Briefen sowie aus den Mitteilungen, die wir über die Kanäle des Genossen Lunev erhalten, ersehe ich, daß die Militärbehörde beabsichtigt, allmählich den Kontakt mit der deutschen Militärbehörde völlig einzustellen.

Ich würde diese Einstellung verstehen, wenn sie von parteipolitischen Überlegungen prinzipieller Art diktiert wäre, d. h. im Falle, daß die Instanz [so wurde das ZK der VKP(B) genannt, Anm. d. Vfs.] entschieden hätte, daß es für uns unangebracht wäre, angesichts der wiederaufkommenden imperialistischen Stimmung in Deutschland die Arbeit unserer Militärbehörden [Volkskommissariat für das Kriegswesen und Reichswehrministerium, Anm. d. Vfs.] in irgendeiner Weise zu koordinieren.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Soweit ich aber erkennen kann, läßt sich die Einstellung der Militärbehörde nicht durch diese prinzipiellen Überlegungen erklären, sondern dadurch, daß Deutschland nach Meinung unserer Militärs allmählich in das Fahrwasser der englischen Politik gerät.

Wenn ich mich nicht irre und wenn die Ursachen für den durch die Militärbehörde im voraus beschlossenen Abbruch der Verbindung mit der Reichswehr eben diese sind, so muß das NKID [Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten] meiner Meinung nach entschieden gegen eine solche Politik kämpfen.

Worin besteht die Zusammenarbeit mit der Reichswehr und worin kann sie künftig bestehen? Die Fliegerschule, die Panzerschule, andere Schulen, verschiedene Arten von militärischen Labors usw., die Deutsche bei uns einrichteten, unsere Teilnahme an den deutschen Manövern, die Abkommandierung unserer roten Kommandeure zu den deutschen militärischen Lehranstalten, die Anwesenheit deutscher Offiziere bei unseren Manövern.

Für uns ist unsere Präsenz bei den deutschen Manövern sowie bei Vorlesungen an deutschen Akademien, die Kenntnisnahme der verschiedenen technischen Errungenschaften der deutschen Armee sehr nützlich. Dies gaben ausnahmslos alle Genossen des Militärs zu, die hier zu Besuch waren. Der Nutzen wird noch größer sein, wenn wir frühzeitig alle zu Manövern abzukommandierenden Offiziere noch sorgfältiger aussuchen und ihnen anordnen, sich im voraus etwas besser vorzubereiten, damit sie imstande sind, mehr von den deutschen Errungenschaften zu lernen.

Das, was wir den Deutschen im Austausch anbieten, kostet uns nichts, denn sie bezahlen alles aus eigener Tasche, und es ist außerdem sehr leicht, einen unauffälligen Ort im tiefen Hinterland der UdSSR für jede Art von Schulen und andere kleine deutsche Einrichtungen zu finden.

Es könnte nur einen einzigen Einwand geben, und zwar den, daß die Deutschen bei uns für die Engländer spionieren. Aber ich glaube, daß die Militärbehörde und unsere Nachbarn [Kriegskommissariat und Politische Hauptverwaltung (OGPU)] dies nicht ernsthaft behaupten würden. Denn für die Engländer zu spionieren, bedeutet Spionage zugunsten Polens. Und zwischen Polen und Deutschland besteht keine Freundschaft, und es wird noch lange nicht zu einer Freundschaft kommen. Ich glaube nicht an die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der polnisch-deutschen Frage. Die gegenwärtige Situation, bei der Deutschland und Polen zwar keinen Krieg miteinander führen, aber ein sehr gespanntes Verhältnis zueinander haben, wird noch über Jahre hinweg andauern. Während dieser ganzen Zeit wird Deutschland eine Verbindung zu uns benötigen für den Fall, daß es zu Komplikationen mit Polen kommen sollte. Aus diesem Grunde werden die deutschen Militärs gewiß keine Angaben über unsere Armee durch die Engländer an die Polen vermitteln.

Im allgemeinen halte ich es übrigens für ausgeschlossen, daß sich die Deutschen im Falle eines englischen Angriffs gegen uns auf die Seite Englands stellen würden. Ein bewaffnetes Einschreiten in jedwedem Konflikt, ob mit oder ohne unsere Beteiligung, werden die Deutschen nicht unternehmen. Wenn sie sich so eng mit England verbünden würden, daß sie bereit wären, England bei einem Konflikt mit uns militärisch oder sonstwie aktiv zu unterstützen, dann würden sie nicht ihre Flugzeuge bei uns unterhalten und ihre Schulen bei uns einrichten. Diese Möglichkeiten hätten ihnen dann die Engländer bei sich zur Verfügung gestellt. Es ist noch nicht soweit gekommen und es wird nicht soweit kommen. Die Deutschen wollen keineswegs eine Marionette der Engländer sein, sie wollen ihre eigene Politik führen, und ihre wirtschaftliche Lage und insbesondere die Perspektiven der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung lassen sie mit Recht darauf hoffen, nicht

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur eine von England unabhängige Außenpolitik führen zu können, sondern auch ein einflußreicherer Faktor in der internationalen Politik als England selbst zu werden. Ein Bündnis mit England und die Hilfe Englands benötigen die Deutschen für die nächsten zwei Jahre, aber auf lange Sicht brauchen die Deutschen uns in unserer Eigenschaft als Handelspartner für die deutsche Industrie und als Widerpart gegenüber England viel mehr als England.

Es scheint mir, daß wir bei all unseren politischen Prognosen diesen Aspekt nicht berücksichtigen und daß wir die Großmachtpläne Deutschlands unterschätzen.

Bezugnehmend auf die am Anfang des Briefes aufgeworfene praktische Frage, bitte ich Sie, gegen die Idee des Abbruchs jeglicher Kontakte mit den deutschen Militärs zu kämpfen. Unter demselben Gesichtspunkt bitte ich Sie, die Frage über die Reise von Seeckt[68] positiv zu lösen. Diese Frage sollte keine besonderen Einwände seitens des Genossen Unšlicht hervorrufen, denn ausgerechnet von Seeckt wird er kaum verdächtigen, mit den Engländern verbündet zu sein.

Mit kameradschaftlichem Gruß
N. Krestinskij

(Quelle: AVP RF, f. 0165, o. 7, p. 138, d. 221, ll. 30–32)

Dokument 5

Brief des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Iossif V. Stalin.

28. Dezember 1928

Verehrter Genosse,
unser Militärattaché, Genosse Kork[69], der vor kurzem von seiner Dienstreise nach Moskau zurückkam, berichtete mir, daß er zu einer ganzen Reihe von Fragen bezüglich der laufenden Arbeit keine bestimmten Richtlinien bekommen konnte, da das Politbüro eine Kommission zur Zusammenarbeit zwischen der Roten Armee und der Reichswehr eingerichtet hat, deren Arbeitsergebnisse entscheidend für die Frage sein werden, ob die gegenwärtig bestehende Zusammenarbeit fortgesetzt wird. Demzufolge werden die Richtlinien, die die verschiedenen Aspekte dieser Zusammenarbeit betreffen, erst nach dem Abschluß der Arbeit dieser Kommission und nach der Genehmigung ihrer Vorschläge durch das Politbüro erteilt.

Ich möchte der Kommission des Politbüros meine Überlegungen zur Frage der Zusammenarbeit mitteilen. Ich weiß zwar nicht, wer dieser Kommission angehört, bezweifle aber nicht, daß Sie daran teilnehmen. Deswegen richte ich meinen Brief an Sie sowie Kopien an die Genossen Vorošilov[70] und Litvinov[71].

[68] Nach seinem Rücktritt als Chef der Heeresleitung im Oktober 1926 beabsichtigte von Seeckt, eine Studienreise in die süd-östlichen Regionen Rußlands durchzuführen.
[69] August J. Kork, sowjetischer Militärattaché in Deutschland 1928.
[70] Kliment E. Vorošilov, Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrats der UdSSR, 1925–1934.
[71] Maksim M. Litvinov, stellvertretender Außenkommissar der UdSSR.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Worin besteht zur Zeit die Zusammenarbeit zwischen unserer Roten Armee und der Reichswehr? Von unserer Seite besteht diese Zusammenarbeit darin, daß wir bereits seit drei oder vier Jahren alljährlich Gruppen unserer roten Kommandeure zu deutschen Manövern abkommandieren. Zweitens haben wir in den letzten zwei Jahren Gruppen unserer verantwortlichen Kommandeure hierher abkommandiert, damit sie hier in der deutschen Militärakademie[72] einen praktischen und theoretischen Kurs besuchen. Von deutscher Seite besteht diese Zusammenarbeit darin, daß die Deutschen unseren Manövern beiwohnen und die deutsche Reichswehr auf unserem Territorium militär-technische Schulen gründet, und zwar solche, die aufgrund des Versailler Vertrages auf deutschem Territorium nicht existieren dürfen. Ich meine damit die bereits seit drei Jahren bestehende Flieger-, Panzer- und Chemieschule, oder genauer gesagt, nicht eine Schule, sondern eine Station für aerochemische Tests.

Ich möchte auf jeden einzelnen Aspekt der Zusammenarbeit detaillierter eingehen.

1. Unsere Teilnahme an den deutschen Manövern

Die Teilnahme unserer roten Kommandeure an den Manövern brachte unseren Genossen beim ersten Mal trotz des freundlichen Empfangs durch die Deutschen relativ wenig Nutzen. Erklärt wurde das mit der schlechten Organisation und Vorbereitung der aus der UdSSR abkommandierten Gruppe. Die Genossen haben von ihrer Dienstreise erst kurz vor der Abreise erfahren. Deswegen konnten sie sich weder individuell noch gemeinsam auf die ihnen gestellten Aufgaben vorbereiten. Sie haben sich keine Fragen überlegt und konnten sich keine Grundkenntnisse über die deutsche Armee verschaffen. Außerdem beherrschten die meisten von ihnen die deutsche Sprache überhaupt nicht.

Der damalige Militärattaché, Genosse Lunev, machte den Revolutionären Kriegsrat darauf aufmerksam, und die nächste Gruppe war etwas besser vorbereitet. 1928 war die Organisation der Reise bereits völlig zufriedenstellend. Ausgewählt wurden dafür Genossen aus den Reihen der roten Kommandeure, die über eine gute theoretische und praktische Ausbildung verfügten. Die Zusammensetzung der Gruppe wurde vorher bekanntgegeben, und die Genossen haben sich auf die bevorstehende Arbeit vorbereitet. Außerdem befanden sich unter den Abkommandierten ein oder zwei Genossen, die bereits bei den Manövern im vergangenen Jahr anwesend waren, sowie der Leiter unserer Militärakademie, Genosse Ejdeman[73], der in diesem Winter drei Monate in Berlin an der Militärakademie und 3 Monate bei der Reichswehrverwaltung gearbeitet hat, und schließlich Genosse Uborevič[74], der seit November vergangenen Jahres in Berlin tätig war. Der angereisten Gruppe schloß sich Genosse Kork an. Die Genossen hatten die Möglichkeit, sich in drei Gruppen zu teilen und abwechselnd den Manövern in verschiedenen Militärbezirken Deutschlands beizuwohnen. In jeder Gruppe befand sich ein Genosse, der bereits erste Erfahrungen mit der Reichswehr gesammelt hatte, und es gab unter ihnen genügend Genossen, die der deutschen Sprache mächtig waren.

---

[72] Gemeint sind die Ausbildungskurse des Truppenamtes, die im Grunde genommen nichts anderes als eine Militärakademie waren.

[73] Robert E. Ejdeman, Korpskommandeur, 1925–1932 Leiter und Kommissar der M.-V.-Frunze-Militärakademie.

[74] Jeronim P. Uborevič, Armeekommandeur ersten Ranges, 1925–1928 Befehlshaber des Nord-Kaukasischen Militärbezirks.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Erzählungen einiger Genossen, die in diesem und in den vergangenen Jahren an den deutschen Manövern teilgenommen haben, erweckten bei mir den Eindruck, daß die Genossen viele interessante Erfahrungen und nützliche Informationen auf den Gebieten der Organisation, Taktik und Strategie gesammelt haben.

2. Langfristige Dienstreisen unserer Militärgenossen nach Deutschland

Im vergangenen Jahr haben wir erste Erfahrungen mit langfristigen Dienstreisen unserer Genossen nach Deutschland zur Erforschung einer modernen Organisation des Militärwesens gemacht. Abkommandiert wurden der Genosse Uborevič, der hier 13 Monate lang gelebt hat, sowie die Genossen Ejdeman und Appoga[75], die über dreieinhalb Monate hier weilten. Für die Genossen, insbesondere für den Genossen Uborevič, standen in der Reichswehr alle Türen offen, ausgenommen lediglich die absoluten Geheimsphären. Sie besuchten Vorlesungen in der Akademie, erarbeiteten zusammen mit deutschen Lehrgangsteilnehmern Lösungen für militärische Planspiele, besichtigten Kasernen, machten sich mit der Winterausbildung in allen Truppeneinheiten bekannt, besichtigten und testeten alle bei der deutschen Armee eingeführten technischen Errungenschaften, machten sich mit der Verwaltungsorganisation der Armee sowie deren Versorgung bekannt. Als die Genossen Ejdeman und Appoga abgereist waren und der Genosse Uborevič, dem die Deutschen eine besondere Sympathie entgegenbrachten, alleine blieb, wurde ihm noch mehr als den anderen gezeigt, so daß er jetzt ohne Zweifel als einer der besten Kenner – und zwar auf der internationalen und nicht nur auf der russischen Ebene – der modernen deutschen Armee gelten kann. Uborevič und seine Kameraden schlugen eine Bresche, und in diesem Jahr kam eine neue Gruppe unserer Kommandeure zu einem langfristigen Praktikum an. Es sind erst fünf Personen da, zwei für ein ganzes Jahr und drei für ein halbes Jahr. Im Mai werden noch weitere sieben Personen erwartet, die hier die ganze Periode der Feldreisen und Manöver, d. h. ungefähr vier Monate, verbringen. Bei den Manövern werden auch die Genossen anwesend sein, die hier die Winterperiode des Praktikums verbringen.

3. Die Anwesenheit der Deutschen bei unseren Manövern

Wenn ich mich nicht irre, kamen die Deutschen zum ersten Mal 1926 zu unseren Manövern. Es war eine Periode der angespannten Beziehungen zwischen uns und der Reichswehr im Zusammenhang mit den zum damaligen Zeitpunkt noch nicht abgewickelten Unternehmen in Fili und in Trock[76]. Unsere Militärführung empfing die Deutschen unfreundlich, sie mußten in schmutzigen Waggons fahren, ihnen wurden ungeeignete Wohnungen zur Verfügung gestellt und ihnen wurde keine Freundlichkeit bei den Treffen entgegengebracht. Natürlich kamen die Deutschen schlecht gelaunt zurück und zogen daraus für uns ungünstige Konsequenzen.

Zum zweiten Mal waren die Deutschen 1927 bei den Manövern im Nordkaukasus dabei. Diesmal wurden sie ausgezeichnet empfangen, die Manöver verliefen sehr gut, und

[75] Ernest F. Appoga, Korpskommandeur. Er war in einer leitenden Position im Stab der Roten Armee.

[76] Es handelt sich um den Flugzeugbaubetrieb in Fili und um das Chemiewerk „Bersol'" zur Herstellung der Giftstoffe. Ivaščenkovo wurde Mitte der zwanziger Jahre in Trock (zu Ehren von Trotzki) und 1929 in Čapajevsk zu Ehren des Bürgerkriegshelden Vassilij J. Čapajev umbenannt.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Deutschen waren mit deren Ergebnis sehr zufrieden. Die Manöver wurden vom Genossen Uborevič geleitet. Der militärische Erfolg der Manöver und der freundliche Empfang, mit dem die deutsche Militärdelegation auf dem Nordkaukasus aufgenommen wurde, sind unter anderem die Erkärung dafür, daß die Deutschen Uborevič mit großer Sympathie und Respekt behandelten. Darüber hinaus wußten sie über seine Vergangenheit als Befehlshaber im Bürgerkrieg. Im Verlaufe der weiteren Beziehungen mit ihm überzeugten sich die Deutschen, daß Uborevič ein sehr begabter und vielversprechender Feldherr ist, was ihre Sympathie zu ihm noch verstärkte.

In diesem Jahr unterschied sich die deutsche Delegation bei unseren Manövern günstig von der des Vorjahres dadurch, daß an ihrer Spitze der Chef des deutschen Truppenamtes, Oberst Blomberg[77], stand (der inzwischen bereits ein junger General geworden ist). Ich habe Gespräche mit einigen Teilnehmern aus der deutschen Delegation an unseren Manövern geführt. Mit anderen Teilnehmern sprachen Uborevič und Kork. Sie alle haben einen sehr guten Eindruck gewonnen. Blomberg machte einige kritische Bemerkungen, aber er erkennt das Wachstum und die Stärke der Roten Armee an. Ich unterhielt mich mit Oberst Köstring[78], der zu Zeiten des Generals von Seeckt die russische Abteilung bei der Reichswehr leitete und jetzt bei den Truppen das Kommando über ein Kavallerieregiment führt. Er berichtete mir von dem guten Eindruck, den bei ihm, dem Kavalleristen, unsere Kavallerie hinterlassen hat, sowie über die erfolgreichen aerochemischen Tests.

4. Deutsche Unternehmen in der UdSSR

Am wenigsten kann ich über deutsche Unternehmen in der UdSSR berichten. Ich weiß lediglich, daß die Deutschen sehr daran interessiert sind, sie zu erweitern, und ihre finanziellen Mittel mit der Perspektive einer mehrjährigen Arbeit einsetzen wollen. Das bedeutet, daß sie in der nächsten Zukunft eine Veränderung der Beziehungen zur Roten Armee nicht im Sinne haben. Diese Unternehmen stellen für die Deutschen den wertvollsten Teil der Zusammenarbeit dar. Darin liegt für die deutsche Seite die Hauptbedeutung der Zusammenarbeit.

Nun werde ich eine Einschätzung versuchen, wem diese Zusammenarbeit wie nützt. Was erhalten wir? Erstens kann eine ganze Reihe unserer Militärs, die unmittelbar in der Praxis stehen, eine moderne Militärausbildung in Deutschland bekommen, und sie bekommt sie auch. Zweitens erhalten diese Genossen sowie die, die zu Manövern abkommandiert werden, eine Möglichkeit, kritisch unsere Armeeorganisation und unseren Militäraufbau zu betrachten, indem sie eine der besten ausländischen Armeen – hinsichtlich der Qualität und der Versorgung - kennenlernen. In der deutschen Armee haben wir einen Maßstab für einen Vergleich. Wir können Schwächen und Stärken unserer Roten Armee im Vergleich mit der deutschen Armee sehen. Und wir können entsprechende Veränderungen beim Aufbau unseres Militärsystems vornehmen. Drittens tragen die deutschen Militärs, die uns besuchen und sich von der Stärke unserer Armee persönlich überzeugen lassen, dazu bei, daß sich sowohl in Deutschland als auch im übrigen Ausland eine entsprechende Meinung über uns als Militärmacht bildet. Und das ist einer der Faktoren, die die Gefahr eines Angriffs auf uns mindern. Viertens treten die Reichswehrfunktionäre

[77] Werner von Blomberg, 1927–1929 Chef des Truppenamtes; 1933–1938 Reichswehr- bzw. Reichskriegsminister.

[78] Ernst Köstring, 1931–1933 inoffizieller Militärattaché in Moskau.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Deutschland und in der UdSSR in einen unmittelbaren tagtäglichen Kontakt mit unseren Kommandeuren und kommen sich persönlich näher. Auf diese Weise werden in den Reihen der deutschen Militärs Sympathien zu uns geweckt, was bis jetzt auf der Grundlage der gemeinsamen Feindschaft zu Polen und teilweise zur Entente geschieht. Und schließlich, fünftens, die Schaffung der technischen Militärschulen bei uns verbindet nicht nur einzelne Gruppen deutscher Offiziere, sondern auch die ganze Reichswehr als solche mit uns. Es ist nicht so einfach, die Basis für die Ausbildung von technisch qualifizierten Offizieren zu wechseln. Sie können sonst auch fast nirgendwohin gehen, denn in den kleinen Staaten kann man die Deutschen leichter aufspüren.

Das sind die Vorteile, die wir aus der Zusammenarbeit mit der Reichswehr in der gegenwärtigen Situation haben.

Ist diese Zusammenarbeit für uns politisch gefährlich? Wir sind nicht das einzige Land, das mit den Deutschen ähnliche Beziehungen im militärischen Bereich unterhält. Bei den deutschen Manövern sind Ungarn, Schweizer, Litauer und, wenn ich mich nicht irre, auch bulgarische und türkische Offiziere anwesend. Somit wird unser Staat durch unsere Teilnahme an den Manövern sowie durch längere Dienstreisen unserer Genossen nach Deutschland nicht kompromittiert. Die Deutschen hätten mehr Grund zur Furcht davor als wir. Was die deutschen Schulen in der UdSSR betrifft, so tun wir vom staatlichen Gesichtspunkt aus nichts, was irgendwelchen Abkommen oder völkerrechtlichen Normen widersprechen würde. Hier treten die Deutschen als Verletzer des Versailler Vertrages auf, und sie müssen sich vor der Aufdeckung fürchten, sie müssen sich um die Geheimhaltung kümmern. Wir sind freilich auch vor Enthüllungen nicht geschützt, und wir wissen aus Erfahrung, daß dies einen ungünstigen Eindruck bei der deutschen Arbeiterschaft hinterläßt. Aber, erstens, haben sich die deutschen Arbeiter nach der „Granatenaffäre"[79] an den Gedanken unserer militärischen Zusammenarbeit völlig gewöhnt, und zweitens können wir ja immer beweisen, daß wir die Gewinner in dieser Zusammenarbeit sind, daß wir mehr bekommen und weniger geben. Und für jeden Arbeiter wird dies doch der ausschlaggebende Punkt sein.

Es wird die Meinung vertreten, daß die deutschen Militärs, nachdem sie bei uns Zutritt erhalten haben, ihren Aufklärungsdienst gut postieren werden und daß die Aufklärungsdaten auch zu unseren gefährlicheren Feinden gelangen können.

Mir erscheint diese Überlegung nicht überzeugend. Die Informationen, die deutsche Offiziere, die sich in der tiefsten Provinz, in Lipeck, in Kazan' und in der Nähe von Simbirsk, aufhalten, über uns und unsere Armee bekommen können, sind dermaßen unwichtig, daß der deutsche Militärattaché ohnehin über sie verfügt und daß sie dem deutschen Aufklärungsdienst durch andere zivile Kundschafter, die nicht an solchen Schulen ihre Ausbildung machen, zufließen. Die wichtigeren Informationen, deren Weiterleitung gefährlich für uns wäre, kann man nur durch eine langfristige Arbeit bei uns im Revvoensovet[80] erhalten. Die Deutschen werden höchstwahrscheinlich versuchen, eine Erlaubnis zur Abkommandierung einiger Stabsoffiziere in den Revvoensovet zu bekommen; dies ist für sie aber weniger wichtig als die Schulen, denn es gibt für sie im Revvoensovet nichts zu lernen. Deswegen könnten wir es wahrscheinlich ablehnen, die von ihnen entsandten Per-

[79] 1926 wurden in der deutschen Presse parallel mit der „Junkers"-Geschichte sensationelle Meldungen über die sowjetischen Lieferungen von Geschossen und Granaten per Schiff nach Deutschland veröffentlicht.

[80] Der Revolutionäre Kriegsrat der UdSSR.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sonen aufzunehmen, und dies durch die Erweiterung ihrer Schulen kompensieren. Oder man könnte im äußersten Fall die Zulassung ihrer Militärs in unserem zentralen Militärapparat auf ein Minimum begrenzen.

Wenn wir die militärische Zusammenarbeit aufgeben oder ihr einen Rahmen geben, in dem sie für die Deutschen von keiner nennenswerten Bedeutung mehr ist, so würden wir, erstens, die Verbindung mit der einzigen Armee in Europa verlieren, die völlig auf der Höhe der Zeit ist. Das würde für uns bedeuten, daß wir bei allen militärischen Angelegenheiten gezwungenermaßen nur auf uns selbst gestellt sein würden, ohne die Möglichkeit zu haben, die europäische Militärtechnik einzuholen und sie zu überholen[81]. Zweitens, wenn wir die Reichswehr zurückweisen, werden wir sie, die ein uns freundlich gesinnter außenpolitischer Faktor in Deutschland ist, zwingen, nach einer anderen Orientierung zu suchen.

Deswegen meine ich, daß die Beendigung der Zusammenarbeit nicht in unserem Interesse wäre. Ich bin für die Aufrechterhaltung der bestehenden Formen der Zusammenarbeit und für die Erweiterung dieser Zusammenarbeit auf die beiden Marinebehörden. Die deutsche Marine war bis jetzt antisowjetisch eingestellt, unter dem Einfluß einer Reihe von außenpolitischen Faktoren sind die deutschen Marineleute jetzt aber bereit, Kontakte mit unserer Marine anzuknüpfen. In militärtechnischer Hinsicht wird es uns Vorteile bringen, und deswegen sollten wir diesen deutschen Vorschlag nicht ablehnen.

Mit kameradschaftlichem Gruß
(N. Krestinskij)

(Quelle: AVP RF, f. 0165, o. 7, p. 140, d. 234, ll. 71–78)

Dokument 6

Brief des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an den Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates der UdSSR Kliment E. Vorošilov.
21. Juli 1929

Sehr geehrter Klim Efremovič,
am 28. Dezember vergangenen Jahres, nachdem ich von der Gründung einer Kommission des Politbüros zur Frage der militärischen Zusammenarbeit mit den Deutschen erfahren hatte, habe ich an den Genossen Stalin, an Sie und an Litvinov einen detaillierten Brief geschrieben, in dem ich meine Ansichten über diese Zusammenarbeit erläuterte und im großen und ganzen für ihre Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung eintrat.

Ich habe keine Antwort auf meinen Brief bekommen, auch die Resolution der Kommission des Politbüros ist mir nicht bekannt. Aber aus der Tatsache, daß die frühere Zusammenarbeit weiterlief und daß unsere Marinebehörde die Frage der Kontaktaufnahme mit der deutschen Kriegsmarine auf die Tagesordnung setzte, schloß ich, daß die Frage im Sinne der Aufrechterhaltung der bisherigen Beziehungen mit der deutschen Reichswehr gelöst worden ist.

[81] Das ist eine Anspielung auf die von Stalin geprägte Parole, „den Kapitalismus einholen und überholen".

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jetzt erfahre ich aber vom Genossen Putna[82], daß die Frage der Zusammenarbeit mit den Deutschen schon wieder im inneren Zirkel Ihrer Behörde diskutiert wird. Und zwar wird sie dort aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert: aus politischer Sicht (ob sich die Deutschen nicht umorientieren) und aus rein praktischer Sicht (wem nützt die Zusammenarbeit mehr) und schließlich aus rein taktischer Sicht (damit wir den Deutschen ja nicht mehr Liebenswürdigkeit erweisen als sie uns). Der Genosse Putna informierte mich, daß unter anderem die Nichtzulassung der Gruppe Hammerstein[83] zu unseren großen Manövern diskutiert wurde und womöglich immer noch diskutiert wird. Hammerstein wurde schon vor langem versprochen, daß er dieses Jahr zu Manövern eingeladen würde, genau wie es im vergangenen Jahr mit dem General Blomberg geschah. (Hammerstein wurde bereits zum Leiter des Operativstabs[84] der Reichswehr befördert und tritt dieses Amt an, wenn der jetzt noch amtierende Leiter des Stabes[85], Blomberg, den Oberbefehl über die ostpreußischen Truppen in Königsberg übernimmt.)

Es hat sich bei mir der bestimmte Eindruck gebildet, daß eine ganze Reihe von Prämissen, auf deren Basis diese oder jene Schlußfolgerung gezogen wird, nicht richtig sind. Ich habe deshalb das Bedürfnis, mich erneut zur Frage der Zusammenarbeit in der heutigen politischen Lage zu äußern. Da aber diese Frage immer noch in die ausschließliche Kompetenz der Militärbehörde fällt und vielleicht sogar ohne Instanz[86] gelöst werden wird, so richte ich meinen Brief nicht an den Genosen Stalin, sondern nur an Sie, wobei ich Zweitschriften an das Volkskommissariat für Äußere Angelegenheiten, an den Genossen Stomonjakov sowie an den Genossen Berzin[87], der unmittelbar für die Beziehungen zwischen der Roten Armee und der Reichswehr zuständig ist, richte.

1. Die deutsche Regierung und die deutsche Reichswehr ändern gegenwärtig ihre Politik gegenüber der UdSSR in keiner Weise. Dem widerspricht die Aufregung, die durch den Auftritt am 1. Mai[88] verursacht worden ist, keineswegs. Diese Aufregung wurde von den Sozialdemokraten aus parteipolitischen Gründen inszeniert und aufrechterhalten. Ih-

[82] Vitovt K. Putna, Militärattaché der UdSSR in Deutschland 1929–1931.

[83] Im August–September 1929 weilte eine Delegation unter dem Chef des Truppenamtes, Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, auf offizielle Einladung fast sechs Wochen in der Sowjetunion. Es gab anscheinend Meinungsdifferenzen innerhalb des RKR der UdSSR, ob man die Hammerstein-Delegation zu den großen Herbstmanövern der Roten Armee zulassen sollte, weil die politischen Beziehungen 1929 immer kühler wurden. Die Sowjetdiplomaten versuchten stets, die militärische Kooperation als integralen Teil des Gesamtkomplexes der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu betrachten und einzusetzen.

[84] Gemeint ist das Truppenamt.

[85] Truppenamt.

[86] Gemeint ist das ZK der VKB (B).

[87] Jan K. Berzin, Leiter der Aufklärungsabteilung der RKKA in den Jahren 1924–1935.

[88] Am Vorabend des 1.5. 1929 verbot der Berliner Polizei-Präsident Zörgiebel die Demonstration am 1. Mai in Berlin. Der Kriegskommissar Vorošilov erwähnte diese Tatsache in seiner Rede während der traditionellen Parade auf dem Roten Platz in Moskau. Dort wurden zudem Karikaturen einiger deutscher SPD-Minister und des Reichswehrministers gezeigt. Die Rede Vorošilovs wurde vom deutschen Außenamt als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands verurteilt. Am 2. und 3. Mai kam es zur Démarche des deutschen Botschafters in Moskau, Herbert von Dirksen, im Außenministerium, was dann eine besänftigende Erklärung Vorošilovs zur Folge hatte. Am 14. Mai erklärte von Dirksen Stomonjakow gegenüber, der Zwischenfall während der Feiern am 1. Mai in Moskau sei beigelegt.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen spricht die kleinbürgerliche radikale Presse nach, genauer gesagt, sie hat ihnen nachgesprochen, denn heute erinnert sich, von den Sozialdemokraten abgesehen, niemand mehr an den 1. Mai.

Ernsthafte bürgerliche Kreise und ernsthafte Politiker, selbst aus dem Milieu der Sozialdemokraten (sozialdemokratische Minister), vertreten nach wie vor die Ansicht, daß die proletarische Revolution in absehbarer Zeit Deutschland nicht bedroht. Deswegen lassen sie die Zusammenarbeit mit der UdSSR zu, weil sie in ihrem staatspolitischen sowie in ihrem nationalwirtschaftlichen Interesse liegt, und das, obwohl in der UdSSR Kommunisten an der Macht sind. Die Ereignisse vom 1. Mai haben an dieser Einstellung der deutschen Regierung nichts geändert.

Der Beitritt Deutschlands zum Pariser Reparationsvertrag[89] bedeutet ebenfalls keine Veränderung der deutschen Politik uns gegenüber. Deutschland hat mit uns ein Handelsabkommen und das Berliner Freundschafts- und Neutralitätsabkommen während der Gültigkeit des „Dawes-Plans" abgeschlossen[90].

Der „Young-Plan" unterscheidet sich nicht prinzipiell vom „Dawes-Plan": Er ist ziemlich schwierig für Deutschland, wobei Deutschland keine zusätzlichen geheimen politischen Zugeständnisse gemacht hat. In Paris gab es keine Verhandlungen über die Schaffung einer einheitlichen Front gegen uns. (Man darf das Gerede des verstorbenen halbwahnsinnigen Generals Hoffmann sowie des Erben seiner Wunschträume, des Generals Lidtke[91], nicht ernstnehmen. Das ist ein unbedeutendes Häufchen von Menschen ohne jeglichen Einfluß, von dem sich die deutsche Regierung nicht nur pro forma, sondern auch tatsächlich distanziert.) Deutschland hat seine Freundschaft mit uns an niemanden verkauft, denn für einen solchen Verkauf sind mehrere, untereinander einige Käufer notwendig sowie die Voraussetzung, daß Deutschland mit diesen vereinten Käufern ein vollständiges und allumfassendes Bündnis schließt. Es ist aber so, daß sich Amerika, England und Frankreich untereinander faktisch nicht einig sind. Bis vor kurzem bestand eine offene Rivalität zwischen Amerika und England. Frankreich unterstützte England. Jetzt zeichnen sich einige Veränderungen ab. England will sich mit Amerika versöhnen, und zwischen England und Frankreich bestehen Diskrepanzen in der Reparationsfrage: Sie schaffen es nicht, die deutschen Reparationszahlungen untereinander aufzuteilen. Frankreich versucht seinerseits, seine finanziellen Beziehungen mit Amerika zu legalisieren. Jedenfalls sind diese drei Mächte noch zu keiner Einigung gekommen, und sie werden selbstverständlich zu keiner Einigung kommen. Ich glaube, daß der Konflikt zwischen Amerika und England bestehen bleibt. Bei den Deutschen überwog bis jetzt die Orientierung auf Amerika. In Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Druck, den Amerika insbesondere während der Pariser Verhandlungen ausgeübt hat, wird bei den Deutschen der Wunsch spürbar, von Amerika etwas unabhängiger zu werden. Die einen träumen davon, mit der Labourregierung in England näher in Kontakt zu kommen, die anderen wünschen die Annäherung an Frankreich. Es ist noch schwierig, darüber zu urteilen, welchen der

[89] Gemeint ist der Young-Plan vom Juni 1929.

[90] Das deutsch-sowjetische Handels- und Rechtsabkommen wurde am 12.10. 1925 abgeschlossen, der Berliner Vertrag am 24.4. 1926.

[91] Hoffmann war Vertreter der sogenannten Militärpartei in den regierenden Kreisen Deutschlands. Zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk bestand er darauf, daß an Sowjetrußland Annexionsforderungen in ultimativer Form gestellt werden. Näheres über Lidtke konnte nicht ermittelt werden.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drei Wege Deutschland einschlagen wird. Ich glaube, daß Deutschland im großen und ganzen Amerika treu bleiben wird. Der Sieg des amerikanischen Einflusses ist für uns in außenpolitischer Hinsicht günstig. Aber es hat sich bis jetzt nichts ereignet, was Deutschland dazu gebracht hätte, seine Politik uns gegenüber zu ändern. Noch hat keiner Deutschland gekauft und nicht einmal versucht, ernsthaft darüber einen Handel zu führen.

2. Das Verhalten von Vertretern der deutschen Militärkreise bestätigt meine Behauptung, daß die Regierung von ihnen keine Änderung in der Politik und keinen Abbruch der bisherigen Beziehungen verlangt.

Unseren Kommandeuren wird derselbe freundliche Empfang bereitet wie früher. Das Unterrichtsprogramm für August und September wurde unter Berücksichtigung aller Wünsche des Genossen Jakir[92] und anderer zusammengestellt. Das Programm für Juli wurde revidiert, um die Wünsche der erwähnten Genossen zu befriedigen. Kleine Mißhelligkeiten in bezug auf eine Gruppe unserer Kommandeure sind längst wiedergutgemacht und aus der Welt geschafft. Im großen und ganzen können sich weder die hier vorübergehend weilenden Genossen noch unser Militärattaché über die Deutschen beschweren, und sie tun es auch nicht.

Die Deutschen äußern nachdrücklich ihren Wunsch, Kontakte mit unserer Marinebehörde anzuknüpfen, und sind bereit, eine Gruppe von Mitarbeitern unserer Roten Flotte zu empfangen. Die Deutschen beabsichtigen, unserem Geschwader, das in Swinemünde ankommt, einen herzlichen Empfang zu erweisen.

Die Militärbehörde betont ihren Wunsch und ihre Bereitschaft, dem Genossen Budnevič bei seinen Verhandlungen mit „Rheinmetall" und anderen Unternehmen zu helfen. Daran, daß diese Bereitschaft nicht in Anspruch genommen wird, sind nicht die Deutschen schuld. Die Ursachen dafür sind, daß sich sowohl der Genosse Budnevič als auch der Genosse Putna aufgrund ihrer Anweisungen (die meines Erachtens nicht ganz richtig sind) bemühen, die Sache so darzustellen, als ob der Genosse Budnevič ein Industrieller sei, der wenig mit unserer Militärbehörde zu tun hat, und hier ausschließlich mit Industriellen verhandelt und dabei Kontakte mit den deutschen Militärkreisen meidet.

3. Welche Umstände bringen den Genossen Berzin zur Schlußfolgerung, daß die Deutschen bereit sind, die Beziehungen mit uns abzubrechen? Das sind ausschließlich Reibereien, die in der UdSSR in Zusammenhang mit den deutschen Unternehmungen dort entstehen. Ich fürchte, daß diese Meinungsverschiedenheiten im politischen Sinne generalisiert werden. Aus den Erfahrungen der früheren Zusammenarbeit mit den Deutschen auf dem Gebiet des Flugzeugbaus und der Giftgasproduktion wissen wir, wie schädlich für die Sache persönliche Feindseligkeiten zwischen den Menschen sind, die die Arbeit auf unserer und auf der deutschen Seite machen. Die Tatsache, daß L. G. Ginzburg[93] und der Major Tschunke[94] einander nicht mehr ausstehen und sich über keine einzige, nicht einmal die winzigste Frage, einigen konnten, stellte einen der Gründe für das Scheitern dieser Unternehmungen dar. Ich befürchte, daß die Beziehungen zwischen dem Genossen

---

[92] Jona E. Jakir, Armeekommandeur 1. Ranges, 1925–1930 Befehlshaber des ukrainischen Militärbezirks.

[93] Lev G. Ginzburg, Generaldirektor der AO „Metachim", die mit der „GEFU" im September 1923 eine deutsch-sowjetische AG Bersol' zur Giftgasproduktion gegründet hatte.

[94] Fritz Tschunke, einer der zwei Geschäftsführer von „GEFU". Später wurde er zum Geschäftsführer des Rußlandausschusses der Deutschen Wirtschaft.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fišman[95] und den deutschen Fachleuten für Chemiewaffen feindselig zu werden beginnen. Die Deutschen wollten, und anscheinend wollen sie immer noch, langfristig bei uns arbeiten. Es ist nicht ihrem, sondern unserem Wunsch entsprechend geschehen, daß der Vertrag über Tomka[96] für ein Jahr geschlossen worden ist. Denn sie wollten ja einen Fünf-Jahres-Vertrag. Nach Kazan'[97] haben sie vor kurzem Panzer geschickt. Es ist klar, daß sie die Arbeit fortsetzen wollen.

Nach meiner tiefen Überzeugung wollen sie die Beziehungen mit uns nicht abbrechen.

4. Vielleicht nutzen uns die deutschen Unternehmen in der UdSSR wenig? Dafür bringt die Arbeit unserer Kommandeure in Deutschland uns großen Nutzen.

Gelegentlich hörte ich die Meinung, daß die Deutschen unseren Kommandeuren dasselbe zeigen, was sie im vergangenen Jahr gezeigt haben, und daß der Genosse Jakir und andere nichts zu Gesicht bekommen, was nicht bereits der Genosse Uborevič gesehen hat. Das entspricht nicht den Tatsachen. Auch wenn die Deutschen die Absicht haben sollten, ihre Armee so vorzuführen, wie sie es im vergangenen Jahr getan haben, so werden die Genossen in diesem Jahr doch etwas Neues im Vergleich zum vorigen Jahr zu sehen bekommen, denn die Entwicklung des Militärwesens bleibt in Deutschland nicht stehen. Faktisch wird es den Genossen in diesem Jahr jedoch gelingen, mehr zu sehen, als die Genossen im vergangenen Jahr gesehen haben.

5. Nehmen wir für einen Augenblick an, daß die Gruppe der Kommandeure in diesem Jahr dieselben Kenntnisse erwerben werden, die die Kommandeure im vergangenen Jahr erworben haben, so sind doch die Kenntnisse vom vergangenen Jahr nicht zum Gemeingut aller Kommandeure unserer Roten Armee geworden. Der Genosse Uborevič hat keine Kurse durchgeführt, keine Vorlesungen gehalten, ließ nicht Hunderte von Kommandeuren durch seine Hände gehen. Das, was er in Deutschland gelernt hat, weiß er, wissen die Genossen, an die er Berichte erstattet hat, und einiges realisiert er in der Praxis bei sich in seinem Militärbezirk. Sollen doch auch auf dieselbe Weise einige Dutzende unserer bedeutenden Kommandeure in Deutschland dasselbe lernen. Es werden ja auch vom VSNCh Hunderte junger Ingenieure ins Ausland zum Praktikum geschickt, ohne daß man dabei auf Unkosten in Devisen achtet. Ist es denn nicht möglich, daß sich die Militärbehörde den Luxus leisten kann, jährlich ein paar Dutzend Kommandeure ins Ausland zur praktischen Schulung in einer Musterarmee zu schicken? Ich glaube, daß es möglich und notwendig ist.

6. Wir werden unsere Kommandeure aber nur dann hierher zu ernsthafter Arbeit in der Reichswehr schicken können, wenn wir den Deutschen die Möglichkeit einräumen, ihre technischen Unternehmungen bei uns weiterzuführen. Sie zahlen bei der Abkommandierung ihrer und unserer Militärs drauf, wir auf dem Gebiet der militärtechnischen Unternehmen der Deutschen bei uns. Wir sollten bewußt diesen Verlust akzeptieren, um unseren Gewinn auf dem anderen Gebiet zu behalten.

Aus allen oben erwähnten Gründen würde ich es nicht für richtig halten, die Frage einer grundlegenden Veränderung und Reduzierung unserer militärischen Beziehungen mit den Deutschen zu stellen.

---

[95] Jakov M. Fišman, Militärattaché in Deutschland, 1925–1937 Chef der Militär-Chemischen Verwaltung des Stabes der RKKA.

[96] Gemeint ist der Vertrag über die Durchführung von aerochemischen Versuchen auf dem Territorium der UdSSR.

[97] Es handelt sich dabei um die Panzerschule in Kazan'.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darüber hinaus sollte man auch den allgemeinen politischen Aspekt berücksichtigen. Wir haben Komplikationen im Osten, wir benötigen die Hilfe der Deutschen bei der Wahrung der Interessen unserer Bürger[98]. Es ist möglich, daß wir auf die Hilfe der Deutschen in vielerlei Hinsicht angewiesen sein werden. Wir können doch nicht gleichzeitig Schritte unternehmen, die bei den deutschen Kreisen den Eindruck hinterlassen könnten, wir wären feindselig eingestellt.

Zum Schluß einige Worte über die Reise von Hammerstein. Unsere Beziehungen zur Reichswehr beruhen zu einem beträchtlichen Grad auf den persönlichen Einstellungen der führenden Reichswehroffiziere. Unsere Beziehungen entstanden in der Zeit, als von Seeckt der Chef der Heeresleitung und Hasse der Chef des Truppenamtes waren – alle beide unsere Freunde. Die Beziehungen auf dem Gebiet des Flugzeugbaus und der chemischen Industrie klappten nicht, weil an der Spitze der Versorgung [Heereswaffenamt] der Reichswehr der uns unfreundlich gesinnte General Wurtzbacher[99] stand (er ist gestorben). Groener[100], Heye[101] und Blomberg, die Geßler, von Seeckt und Hasse ablösten, sind uns gegenüber im Prinzip freundlich eingestellt, obwohl Groener ein viel schlüpfrigerer Mensch als Geßler ist und Heye eine weniger bedeutende Person als von Seeckt, wenngleich er uns freundlich gesonnen ist. Unser Freund Blomberg geht. Auf seine Position wird Hammerstein ernannt. Hammerstein stand unter dem Einfluß uns freundlich gesonnener Menschen. Es bestehen alle Gründe zur Annahme, daß er sich zu einem uns ebenso freundlich gesonnenen Menschen wie Blomberg entwickeln wird. Wir können dazu beitragen, dies aber auch stören. Wenn wir um ihn bei den Manövern genauso werben würden, wie wir um Blomberg im vergangenen Jahr geworben haben, so werden wir ihn für uns gewinnen. Wenn wir ihn nicht gastfreundlich empfangen oder gar nicht zu uns einladen, so wird er sicherlich zu unserem Feind. Es ist nicht mehr möglich, ihn nicht zu uns einzuladen: Wir haben die Reise und den Reiseplan bereits mit den Deutschen vereinbart, er ist sozusagen bereits eingeladen. Diese Einladung ohne jeglichen Grund zurückzuziehen (und einen Grund, der für die Deutschen überzeugend wäre, gibt es nicht), würde eine feindselige Geste gegenüber der Reichswehr und eine persönliche Beleidigung Hammersteins bedeuten. Ich glaube, wir sollten dies nicht tun. Und wenn wir dies nicht tun und wenn die Einladung aufrechterhalten bleiben sollte, dann sollten wir ihn auch auf gebührende Weise empfangen. Die Deutschen wenden für unsere monatelang hier lebenden Kommandeure weit mehr Energie und Geld auf als wir für einen freundlichen Empfang der Gruppe von Hammerstein-

[98] Am 10.7. 1929 besetzte China die Ost-Chinesische Eisenbahn, die unter gemeinsamer sowjetisch-chinesischer Betriebsführung stand, sowie den Telegraph der Eisenbahn. Der sowjetische Geschäftsführer wurde abgesetzt und aus China ausgewiesen; eine Reihe sowjetischer Handelsorganisationen sowie die Handelsvertretung in der Manschurei wurden geschlossen. Nach einer Reihe diplomatischer Démarchen brach die Regierung der UdSSR am 17.7. 1929 die diplomatischen Beziehungen mit China ab und bat gleichzeitig die deutsche Regierung, die sowjetischen Interessen in China zu vertreten. Am 18.7. 1929 erklärte sich Deutschland bereit, die Wahrnehmung der Interessen der UdSSR in China, und auf die Bitte Chinas die Interessen Chinas in der UdSSR zu übernehmen; vgl.: Dokumenty Vnešnej Politiki SSSR, Bd. XII, S. 380–386, 388–397, Moskau 1967.

[99] Ludwig Wurtzbacher, Generalmajor, Chef des Heereswaffenamtes 1920–1926.

[100] Wilhelm Groener, Reichswehrminister 1928–1932.

[101] Wilhelm Heye, Chef der Heeresleitung 1926–1930.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kühlenthal[102] sowie anderer deutscher Militärs werden ausgeben müssen, die uns besuchen.

22. Juli 1929

PS: Genosse Putna teilte mir aufgrund der von ihm heute aus Moskau erhaltenen Post mit, daß die Frage der Zulassung der Gruppe von Hammerstein zu unseren Manövern positiv gelöst wurde. Die Entscheidung macht die letzte halbe Seite des von mir gestern diktierten Briefes überflüssig. Im übrigen verliert dieser Brief aber seine Aktualität nicht, deswegen sende ich ihn zu.

(Quelle: AVP RF, f. 05, op. 9, p. 45, d. 32, ll. 107–115)

(Aus dem Russischen übersetzt von Elena Ilina und Jürgen Zarusky)

[102] Erich Kühlenthal, Oberst, Chef der heeresstatistischen Abteilung „T3" des Truppenamtes 1928–1931. Dieser Abteilung wurde Anfang 1928 das Arbeitsgebiet Rußland als T3 (V) angegliedert.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Rudolf Vrba, The Unheeded Warning. Reflections on the Auschwitz Report 1944.

On April 7, 1944 the author and his partner, Alfred Wetzler, succeeded in escaping from Auschwitz and returning to their homeland, Slovakia. The author refutes the suggestion that already existing resistance groups in Auschwitz or Slovakia planned their escape beforehand. Vrba states that Wetzler and he took the initiative solely by themselves. Vrba outlines how they contacted representatives of the Jewish Council in Slovakia upon their arrival. They immediately reported on the events that took place in Auschwitz, which included the preparations being made for the imminent mass murder of Hungarian Jews. Vrba and Wetzler, therefore, urged that their report be sent immediately to the Jewish authorities in Budapest. The Auschwitz Report was indeed transmitted to Hungary without delay. However, the Jewish leaders in Budapest never passed on this vital information to the victims selected for deportation. More than four hundred thousand deportees remained in complete ignorance of their eventual fate until they arrived in the death camp. The author suggests reasons why the vital information contained in the Auschwitz Report was withheld from the deportees.

Ruprecht Poensgen, The Schloß Salem School during the Third Reich.

Highly disputable during the Weimar Republic, the educational methods advocated by the Schloß Salem School were a source of constant conflict during the National Socialist movement. Founded in 1919 by Prinz Max of Baden and Kurt Hahn, the Salem School principles, although politically conservative, were diametrically opposed to National Socialist ideology. After the National Socialists' rise to power, the school suffered severe economic hardship and the value of the educational reform it purported was questioned. Although Kurt Hahn eventually had to leave the school, it managed to survive and remain open throughout the war. This was essentially due to three factors. First of all, the school declared its loyalty to the Nazi regime, thereby virtually relinquishing its independence. Secondly, the Salem School was important to the Nazi regime in terms of domestic and foreign policy considerations. And finally, by appointing Blendinger (1934–1943) as the school principal, one sought to retain the fundamental ideas and instructional methods that distinguished the Salem School. By doing so, a perilous path was taken in trying to fulfill the ideological doctrines set forth by the Nazi regime, yet maintaining independent thought and the freedom to act.

Martin H. Geyer, The struggle for National Representation. German Sports and the Hallstein Doctrine.

The regular participation of West German und East German athletic teams in sporting events, as well as the acceptance of East German leagues into major interna-

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tional sports organisations gave GDR leadership a perfect opportunity to present themselves as a single sovereign state. In this essay, the difficulties for West German foreign policy arising out of this situation are critically examined. West Germany's declaration in 1955 that common Olympic teams could represent the whole nation conflicted with the principles set forth by the Hallstein Doctrine. The author discusses how the fundamental premises of West German foreign policy were counteracted by international recognition of East German athletic teams and their sporting achievements. Furthermore, the question is raised why sports, as in no other comparable area, allowed for very close ties between West Germany and the GDR and why the Hallstein Doctrine more or less failed. Only after the construction of the wall, could the Hallstein doctrine, though very briefly, be effectively propagated.

Rolf Steininger, Great Britain and de Gaulle. The Failure of British Entry into the E.E.C. in January 1963.

In August 1961 Great Britain applied for membership to the European Economic Community. Negotiations started in October 1961 and in December 1962, a final meeting was scheduled for January 28, 1963. At a now famous press „conférence de choc" on January 14, 1963, President Charles de Gaulle said „Non" to British entry into the Common Market. It is generally taken for granted that this press conference was the end of Britain's application to the E.E.C. A careful examination of British records allows us to reevaluate this assumption. The paper shows that Britain's objective was to try to maintain negotiations and to invite the five E.E.C. members in favour of British membership, whereby the German government's attitude would be of „critical importance". After two dramatic weeks, the outcome was that the Five did not have the strength to resist the political pressure the French government brought to bear upon them. On January 29, 1963 the negotiations finally broke down.

Carl-Ludwig Holtfrerich, The Debate on German Economic Policy from Weimar to Hitler.

This is a commentary on the *Festschrift* entitled „*Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge*" dedicated to Knut Borchardt on his 65th birthday in 1994. The *Festschrift* consists of research papers based on the controversy Borchardt incited in 1979/80 concerning the political problems and the economic situation which led to the collapse of the Weimar Republic. While balancing the conflicting views of these papers the author also discusses the remaining essays, some of which give new insight into the economic and foreign policy goals which Germany pursued during the critical period between the two World Wars. *Reichskanzler* Brüning appears in a new light in this research.

Sergej A. Gorlow, Moscow and Berlin. Military and Economic Cooperation between the Soviet Union and Germany (1920–1933).

This material consists of newly available documents from the archives of the Russian Foreign Office and contains four letters written by the special envoy and autho-

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rized representative of the USSR in Germany, Nikolai N. Krestinskij. They cover the period from 1926 to 1929 and are addressed to Soviet leadership (Josef V. Stalin, Kliment Ė. Vorošilov, Maxim M. Litvinov, Josef S. Unšlicht). Also included in the documents is a protocol note on Soviet-German military negotiations in Berlin in 1926, as well as a proposal paper by the Soviet delegation in Germany in 1927. These documents shed new light on Soviet-German military cooperation during a time when both sides regarded one another with mutual suspicion.

Klaus-Dietmar Henke
Die amerikanische Besetzung Deutschlands
2. Auflage 1996. 1.077 Seiten,
DM/sFr 88,–/öS 652,– ISBN 3-486-56175-8
Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte,
Band 27



„Eine überaus reiche, anschaulich und lebendig geschilderte Sammlung meisterhafter »Miniaturen« zur amerikanischen Besetzung Deutschlands."
Rainer A. Blasius in der FAZ vom 3.4.95

„Mit seiner brillanten Studie hat Henke in methodischer und empirischer Hinsicht Maßstäbe gesetzt … bahnbrechend"
Hans-Jürgen Schröder in DAS PARLAMENT vom 24.3.95

Oldenbourg

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Rudolf Vrba,* Associate Professor für Pharmakologie an der University of British Columbia, Kanada (2176 Health Sciences Mall, Vancouver, B.C. Canada V6T 1Z3), wurde 1924 als Walter Rosenberg in der Tschechoslowakei geboren. Als Jude wurde er im März 1942 zunächst in das Konzentrationslager Maidanek, dann nach Auschwitz verschleppt. Am 7. April 1944 gelang ihm, zusammen mit Alfred Wetzler, die Flucht aus dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Im slowakischen Zilina verfaßte er im April 1944 (zusammen mit A. Wetzler) einen Bericht über die Vernichtungslager in Auschwitz. Vom September 1944 bis zum Kriegsende war er aktives Mitglied der tschechoslowakischen Partisanenbewegung. Nach dem Krieg studierte er in Prag Chemie. Seit 1958 arbeitete er an verschiedenen Forschungseinrichtungen und Universitäten in Israel, England, in den USA und in Kanada. Rudolf Vrba hat zahlreiche wissenschaftliche Studien vor allem im Bereich der Neuro-Biochemie, aber auch der Diabetes- und Krebsforschung veröffentlicht. Seine Erinnerungen an Auschwitz und an seine Flucht publizierte er 1963 unter dem Titel „I cannot forgive", dt. Übersetzung „Ich kann nicht vergeben" (München 1964).

Ruprecht Poensgen, M.A. (Am Springintgut 19, 21335 Lüneburg), Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes und des DAAD; veröffentlichte u.a. „Die Krise des spanischen Kolonialsystems aus der Sicht der Anchorenas, 1789–1810. Ein Bonarenser Handelshaus am Vorabend der argentinischen Unabhängigkeit" (Köln 1991); promoviert gegenwärtig an der Universität Bielefeld über ein wirtschaftsgeschichtliches Thema der argentinischen Geschichte im Zeitraum 1750–1870.

Dr. *Martin H. Geyer,* Privatdozent, Stellvertretender Direktor des Deutschen Historischen Instituts Washington (1607 New Hampshire Avenue, N.W. Washington, D.C. 20009, USA); veröffentlichte u.a. „Die Reichsknappschaft. Versicherungsreform und Sozialpolitik im Bergbau 1900–1945" (München 1987). Demnächst erscheint: „Verkehrte Welt. Revolution und Inflation in München 1914–1924".

Dr. *Rolf Steininger,* ordentlicher Professor, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck (Innrain 52, A-6020 Innsbruck); veröffentlichte u.a. „Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg" (Bonn 1979), „Deutsche Geschichte 1945–1961" (2 Bde., Frankfurt ^{9}1994), „Die Stalin-Note vom 10. März 1952" (Bonn ^{3}1986), „Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung Nordrhein-Westfalens" (Düsseldorf 1988), „Deutsche Geschichte seit 1945" (4 Bde., Frankfurt a.M. 1986).

Dr. *Carl-Ludwig Holtfrerich,* Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte an der Freien Universität Berlin (J.F. Kennedy-Institut, Lansstr. 7, 14195 Berlin); veröffentlichte u.a. „Die deutsche Inflation 1914–1923" (Berlin/New York 1980), „Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise" (Wiesbaden 1982), „Wirtschaft USA. Strukturen, Institutionen und Prozesse" (München/Wien 1991), „Die Deutsche Bank 1870–1995" (München 1995, zusammen mit L. Gall, G.D. Feldman, H. James, H.E. Büschgen).

Dr. *Sergej A. Gorlow* (Waldstr. 42, 53177 Bonn); veröffentlichte u.a. zahlreiche Beiträge und Publikationen zur Zwischenkriegsperiode (1917–1941) sowie zu den sowjetisch-deutschen Beziehungen. Arbeitet derzeit an Dokumenten aus russischen Archiven (Protokolle des Politbüros der KPdSU, diplomatische und militärische Archivalien u.ä.) und studiert das Thema der sowjetisch-deutschen militärpolitischen Beziehungen in der Rapallo-Periode aus sowjetischer Sicht.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 1996 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Anke Thulke.
Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs. 3 PresseGiVm Artikel 2 Abs. 1e DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse wie folgt an:

Verlag: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die Firma R. Oldenbourg GmbH & Co KG unter der gleichen Anschrift. Sie wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin R. Oldenbourg Verwaltungs GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München, vertreten. Außerdem sind nachstehende Kommanditisten beteiligt. Elisabeth Alber, Hausfrau, Rieden; Hedwig Geupel, Hausfrau, Oberhaching; Baroniu Silvia von Maydell, Hausfrau, München; Christoph von Krafft, Finanzdirektor, BASF, New Jersey; Christa von Bomhard, Fremdsprachensekretärin, NAMMA, München; Gräfin Inge von Schönborn, Geschäftsinhaberin, München; Dr. John Oldenbourg, Übersetzer, selbst., München; Dr. Andreas Oldenbourg, Steuerberater, WP, Haarmann & Partner, München; Dr. Thomas Oldenbourg, Rechtsanwalt, München; Friedrich Schily, kaufm. Angestellter, Krupp, Essen; Jochen Schily, Bankdirektor, Merck, Düsseldorf; Horst Schily, Schauspieler, Bühne der Landeshauptstadt Kiel; Dr. Rolf-Dieter Schmid, Arzt, Bubenreuth; Dr. Axel Schmid, Kieferorthopäde, selbst., München; Wilhelm Schmid, Major a. D., Regensburg; Barbara Müller, Hausfrau, München; Heidi Fieser, Sekretärin, Schule Schloß Salem, Salem; Reinhard Fieser, Internatsleiter, Jugendsozialwerk, Esslingen; Johannes Oldenbourg, Dipl.-Math., Oldenbourg, München; Christoph Oldenbourg, Restaurator, selbst., Oxford; Louise Oldenbourg, Grafikerin, selbst., Todtmoos; Walter Oldenbourg, Verleger i. R., München; Eva Lange, Hausfrau, München; Brigitte Hahn-Miller, Hongkong; Dr. Klaus Hahn, Arzt, Universitätsklinik Mannheim, Heidelberg; Dr. Peter Hahn, Denkmalpfleger, Senator für Wissenschaft und Kunst, Bremen; Mariele Platiel, Hausfrau, Bonn; Edith Müller, Hausfrau, Ingolstadt; Dr. Reinhard Müller-Leimbach, Arzt, selbst., Ingolstadt; Dr. Marianne Maubach, Ärztin, Ingolstadt; Brigitte Reiner, Hausfrau, Haar; Dr. Heinz Reiner, mediz. Direktor, Bezirk Obb., Haar; Eberhard Oldenbourg, Kaufmann i. R., München; Eva May, Studienrätin, Hausfrau, München; Paul Oldenbourg, Dipl.-Ing., selbst., München; Marga Oldenbourg, Hausfrau, München; Doris Krusenstjern, Lehrerin, Reg. v. Obb., München; Regine Oldenbourg, Geschäftsinhaberin, selbst., München; Albrecht Oldenbourg, Verlagsangest., München; Paul Schröder sen., Dipl.-Ing. i. R., Turnhout/Belgien; Anne den Hertog-Schröder, Heilgymnastin, selbst., Amsterdam; Tomas Schröder, Verlagskaufmann, Hamburg; Nicola Schröder-Steenhuisen, Tierärztin, Tierklinik „De Heuvel", Best; Paul A. Schröder jun., Bankkaufmann, NBM-Bank, s. Gravenhage; Brigitte Fertl, Hausfrau, München; Inge von Negelein, Hausfrau, München; Prof. Dr. Friedrich Rosenkranz, Vors. d. Geschäftsleitung, Oldenbourg, München; Ilse Rosenkranz-Castelli, Psychologin, Frascati; Dr. Thomas Cornides, Verleger, Oldenbourg, München; Dr. Elisabeth Garms, Hausfrau, Rom; Cäcilie Cornides, Therapeutin, selbst., Rieden; Dr. Rudolf Cornides, Amtsarzt i. R., Innsbruck; Margit Cornides, Hausfrau, Bonn; Christoph Cornides, Volkswirt, DAT-Daten- und Textverarbeitungs GmbH, Heidelberg, Mannheim; Gabriele Hommes, Hausfrau, Ingolstadt; Barbara Roth, Restauratorin, selbst., München; Miriam Wagmann, Dipl.-Ing., Architekturbüro Prof. K. Ackermann, München; Dr. Christian Fertl, Arzt, selbst., Kochel; Dr. Rudolf Oldenbourg jun., Physiker, Brandeis University, Cataumet/USA; Jens Peter Oldenbourg, Architekt, selbst., Grünwald; Hermann Geupel, Student, München; Johanna Geupel, Angestellte, Oberhaching; Alexandra Geupel, Studentin, Oberhaching; Ursula Geupel, Schülerin, Oberhaching; Monica Oldenbourg-Swolschak, Hausfrau, München; Ruth Grosse, Sekretärin, Max-Planck-Gesellschaft, Pullach; Claudia von Saalfeld, Lehrerin, Staatl. Schulamt München, München; Bankhaus H. Aufhäuser, München; Dr. Marlene Baubin, Salzburg; Frieder v. Krusenstjern, München; Gisela Rosenkranz, Hausfrau, München; Daniela Cornides, Bonn; Jakob Cornides, Student, Wien; Johannes Cornides, Student, Wien; Francesco Oldenbourg, München; Alessandro Oldenbourg, München; Stephan Cornides, Bonn; Vilma Piccolo-Oldenbourg, Artdirector, München; Marietta Lechleitner, Hausfrau, Eimen/Österreich; Klaus Alber, Student, München; Richard Alber, München; Maximilian May, Schüler, München; Franziska May, Schülerin, München; Johanna May, Schülerin, München; Prof. Dr. Francesco Castelli, Frascati; Maria-Theresia Fenzl-Reiner, Dipl.-Betriebsw., Kelkheim; Gabriele Reiner, Med.-techn.-Assistentin, München; Hans Anton Reiner, Dipl.-Biol. und Winzer, Freiburg/Opfingen; Peter Kloepfer, Rechtsanwalt, selbst., Kettwig; Prof. Dr. Rolf Kloepfer, Land Baden-Württemberg, Mannheim; Dr. Hans E. Kloepfer, München; Stephanie von Bechtolsheim, Dettelbach; Dr. Andrea von Mengershausen, Bayrischzell; Michaela von Bentzel, Heroldsberg; Mitja Oldenbourg, Ottobrunn.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte